



22. Dezember 1930

JULIUS KALISKI · ÜBERWINDUNG DER KRISE?

HABEMUS gubernatorem. Wir haben einen Reichskanzler, den ersten der Deutschen Republik. Diese Verkündung hat Heinrich Brüning seit der Übernahme dieses Amtes durch seine Politik als wahr bestätigt. Energie, Arbeitsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Stetigkeit prägen sich in seinen Handlungen aus, die eine gerade Linie seit Beginn seiner Regierung bilden. Ohne Angst ist sein politischer Gang, frei von der Angst, die in führenden Stellungen sonst als "Kollegialgeist" gerühmt wird (der nur Verzicht auf Leitung ist). Es ist keine geringere Wertung dieser Haltung, wenn man annimmt, daß sein Versuch den chaotischen Zuständen im Land Dämme entgegenzustellen auf Widerstände stieß, die nur dem Unkundigen als unüberwindbar erschienen. Die richtige Einschätzung der seiner Politik entgegenstehenden Kräfte ist kein geringeres Verdienst. Man darf vielleicht daran erinnern, daß sich das "Wunder der Rentenmark" in ähnlicher Weise vollzog. Man *wollte*, und es wurde.

Im Augenblick kommt es nicht darauf an, ob die durch die Notverordnungen geschaffenen Maßnahmen in ihren Einzelheiten gebilligt werden können, sondern auf die ordnende Gestaltung. Man muß fragen: Ist das System, das den (vorausgesetzten) Absichten des Reichskanzlers entstammt, als Basis des erforderlichen Aufbaus möglich? Das Ziel: die Moräste des Staatshaushalts durch Ausgabenbegrenzung trockenulegen, und die Wege zur Erschließung neuer Einnahmen sind im Prinzip anzuerkennen. Das wollte bei den gegenteiligen Neigungen und Gepflogenheiten aller Parteien immerhin getan sein. Die Einleitung einer Kürzung der Beamtengehälter ist behutsam angefaßt, läßt aber den Willen einer folgerichtigen Fortsetzung bis zum Ausgleich der unseligen Köhlerschen Besoldungsreform vom Jahr 1927 erkennen. Heute wird unsere Beamtenschaft wohl nicht mehr verkennen, daß die Kürzung ihrer Gehälter eine Lebensnotwendigkeit der Nation ist, die dem Beamtentum eine Ausnahmestellung eingeräumt hat, die durch die Sicherung ununterbrochenen Einkommens, durch Pensionen und Hinterbliebenenfürsorge in einer Zeit der Massenvernichtung von Existenzen groß genug ist. Da sich die Beamten seinerzeit von Regierung und Reichstag die Gehaltszulagen gewissermaßen darbringen ließen, so kann man keinen Vorwurf gegen den einzelnen Beamten erheben, wohl aber gegen die Regierung und alle Parteien, die daran beteiligt waren. Die Höhe der Beamtengehälter ist nur ein Teil

der schweren Last der Beamteninflation, deren Abbau auch dann nicht unterbleiben darf, wenn durch die Einschränkung der Beamtenheere nicht unmittelbare Ausgabenersparnisse erzielt werden. Nach Neuordnung der Umsatzsteuer zum Beispiel muß man unverzüglich die Anzahl der daran beteiligten Beamten entsprechend verringern; denn jede Überbesetzung beeinträchtigt die Leistung. Daß die Lebensverhältnisse anderer Kreise bei einem Vergleich mit denen der Beamten auch für die Beamtschaft provozierende Erscheinungen bloßlegen, kann nur als eine Verpflichtung mehr angesehen werden der phantastischen Bereicherung unserer Industrie- und Bankkapitäne endlich ein Ziel zu setzen. Es wäre nicht ohne Sinn auch für die Bemessung der Einnahmen jener Kapitäne ihre Leistung als Maßstab aufzustellen. Das ergäbe eine radikale Einkommensreduktion in jenen Kreisen.

»Die Führer der Industrie und der Banken haben in all den Jahren, die dem Krieg folgten, ebenso versagt wie die Generalität im Krieg. Wir verfügen über das starke Aktivum einer von hohem Arbeitswillen getragenen Arbeiterschaft, die jedoch den Entschluß zur Führung oder Mitführung der Wirtschaft bisher nicht aufbrachte, wir haben dazu tüchtige Techniker, Ingenieure, Chemiker, Aufseher, Buchhalter und Verkäufer in unteren, mittleren und gehobenen Stellungen, wir haben mutige Makler mit unstillbarem Verlangen nach höchsten Provisionen, schließlich ein Corps sehr großer "Verdiener", von denen die wenigsten Verdienste um die nationale Wirtschaft aufweisen können. Die Höhen der deutschen Wirtschaft; die Interessengemeinschaft Farbenindustrie und noch ein paar andere große Unternehmungen, in denen mit großer, manchmal will es sogar scheinen: überstiegener, Tatkraft gearbeitet wird, sind mit der Entziehung der Lebenskraft ganzer Industriezweige und Gewerbe errichtet, mit einer schwer notleidenden Landwirtschaft und der Unterbindung der Entwicklung so mancher Wirtschaftsgruppen, die arbeitsam um ihre Existenz ringen und leben könnten, wenn ihnen nicht die Zufuhr von Betriebskapital zugunsten phantastisch ausgestatteter Kaufhäuser, Cafés und Kinos vorenthalten würde... Den Urgrund vielen wirtschaftlichen Leides haben wir in der Überspannung der Industriewirtschaft zu erblicken und in der Vernachlässigung der erforderlichen Stärkung agrarischer Produktion. Bereits während der Kriegszeit wurde hier als Postulat einer rationellen deutschen Wirtschaftspolitik bezeichnet, daß die Industriebasis Deutschlands unter Förderung der Produktivität eingeschränkt, die landwirtschaftliche Basis aber mit allen nur erdenklichen Mitteln erweitert werden müsse. Es war aber anscheinend leichter den entgegengesetzten Weg zu gehen. Dazu berauschte man sich an den Behauptungen umfassender Durchführung von Rationalisierungen, die sich doch nur auf einzelne Betriebe erstreckten, aber die Gewerbe als solche unberührt ließen, damit das Gegenteil einer Rationalisierung bewirkten und das Chaos weiter vergrößerten. Die Produktionsfähigkeit aller möglichen Industrien stieg ins Maßlose, der Handel wurde mit gleichen Mitteln forciert, und das bei vielfach abnehmender Aufnahmefähigkeit des Markts.«¹

Das wurde an dieser Stelle vor Jahren gesagt und war damals auch nur die Wiederholung von Feststellungen, die seit dem Zusammenbruch in kurzen Intervallen immer wieder getroffen werden mußten.

Die Forderung eines Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft wurde in den schweren Jahren nach dem Krieg überhört. Im Anschluß an die eben erwähnte Betrachtung wurde von dieser Notwendigkeit des Neuaufbaus gesagt: »Man hält sie für überflüssig, solange das Geld im Kasten klingt, die Geschäfte der Großindustrie blühen, und die Auslandsanleihen fließen. Von dem, was erforderlich war, ist in der deutschen Wirtschaft nur wenig geschehen. Es muß in Erstaunen versetzen, daß die Führer der deutschen Landwirtschaft die Zustände decken, die sich aus der Unterlassung einer Neugestaltung der Wirtschaft ergeben, und unter denen gerade das Land ganz sicherlich nicht am wenigsten leidet. Die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion muß eine der Haupt Sorgen der Nation sein. Kein Aufwand, kein Opfer darf zur Erreichung dieses Zieles zu hoch sein.«

1) Siehe *Kaliski* Wilde oder organisierte Wirtschaft?, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 486 und 489; das nächste Zitat Seite 488 und folgende.

Mittlerweile wird es Gemeingut wirtschaftlichen Urteils, daß die deutsche Großindustrie mit den Mitteln der Nation eine Expansion unternommen hat, für die alle Voraussetzungen der Aufnahmefähigkeit der Märkte fehlen. Was das an Kapitalaufwendungen und Abschreibungen nach sich zieht, erklärt zum Teil das sture Festhalten an der schlimmen Preispolitik, deren Abbau unwesentlich und nur von Lohnreduktionen abhängig gemacht werden soll. Übersieht man heute den Umfang der Katastrophe, so wird es schwer sich daran zu erinnern, daß noch vor gar nicht langer Zeit Führer der Arbeiterklasse die Grundlagen dieser Wirtschaft als durchaus gesund betrachteten.

Was zur Stützung der Landwirtschaft geschah und im Rahmen der Notverordnungen weiter geschehen soll, verrät bei Anerkennung des besten Willens immer noch das Fehlen eines festen Punkts, von dem aus das Werk einer Sanierung der Agrarwirtschaft mit wahrnehmbarer Wirkung begonnen werden kann. Die Brotgetreideerzeugung muß noch auf lange Zeit hinaus als das Fundament der deutschen Landwirtschaft gelten, im Zusammenhang damit die Sicherung unseres Futtermittelanbaus. Für die Bedeutung der Veredlungsproduktion müssen wir volles Verständnis haben, ohne dabei zu vergessen, daß die Umstellung der Landwirtschaft sich doch nur in anderen Formen und Fristen vollziehen kann als etwa Dispositionsänderungen in der Blechemballagefabrikation. Bemißt man den Widerstand, der in Deutschland der Stärkung des Roggenkonsums entgegengestellt wird, und zwar ohne jeden ernsthaften Grund, in einer Situation bitterster Not, so kann man ungefähr ermessen, was es hier Schritt für Schritt zu überwinden gilt. Längst sind hier grundlegende Aktionen zur Herbeiführung einer normalen Brotwirtschaft verlangt und begründet worden. Warum sie bislang unterblieben ist, gehört zu den Unverständlichkeiten, mit denen man sich nicht abfinden soll. Alle Stützungspolitik mußte ebenso wie die bloße Erhöhung der Zollsätze versagen und wird auch nachträglich durch Untersuchungsausschüsse nicht wirkungsvoller gemacht werden. Die deutsche Brotgetreideerzeugung reichte aus, um dem deutschen Volk Brot zu sichern, aber man verstand den Segen zur Quelle von Qualen und Krisen zu machen.

Das System der Überwindung dieser Zustände hätte auch die Kräfte in sich die Landwirtschaft und mit ihr die gesamte Volkswirtschaft mit dem Bewußtsein einer grundlegenden Änderung zu erfüllen. Diese Erkenntnis herbeizuführen bedeutete den Sieg der Idee des Aufstiegs, die selbstverständlich den unaufschiebbaren Kampf gegen das alles erdrückende Elend der Arbeitslosigkeit umfaßt. Auch die beste Arbeitslosenversicherung kann das natürlich nicht. Nicht nach andauernder Fürsorge (die sich doch einmal erschöpfen muß) sondern nach neuer Arbeit rufen die jetzt unfreiwillig Feiernden. Es wird daher »vornehmlich den Produktionsgebieten erweitertes Schaffen gesichert werden müssen, die für die Bewegung der Gesamtwirtschaft ausschlaggebende Bedeutung haben«. In den Einzelheiten ist das hier am 14. April begründet worden, und es wurde damals gesagt:

»Bleiben die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Deutschland unerfüllt, so könnten trotz allen parteipolitischen Traditionen und auch bei noch so "bewährter alter Taktik" auch bei uns sich in gar nicht zu langer Zeit einige Wandlungen im Parteilieben vollziehen.«²

Das hat sich, wie man jetzt weiß, allzu schnell bestätigt.

2) Siehe Kaliski Beseitigung der Arbeitslosennot, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 325 und 326.

Bei der Arbeit die Lebensmittelpreise zu senken stehen wir vor der Tatsache, daß das Niveau der Preise, die die Landwirtschaft für ihre Produkte erhält, eine erhebliche Verbilligung der Versorgung des Konsums zuließe. Daß sie nicht eingetreten ist, ist eine Folge der krankhaften Störungen des Wirtschaftslebens, deren Behebung nur von den eben erwähnten grundlegenden Maßnahmen ihren Ausgang nehmen kann. Auch das zu schaffen halten wir im Rahmen der jetzt eingeschlagenen Politik an sich für möglich. Mindestens ist die Tür zu ihr nicht verschlossen. Es wird sich zeigen, ob man sie öffnen will.

Die großen Komplexe schwerer Unterlassungssünden während vieler Jahre wirklicher Gestaltungsmöglichkeit unserer Schaffenskräfte lassen die Behauptung von vornherein als irrig erscheinen, daß die deutsche Wirtschaftskrise als Teil einer Weltwirtschaftskrise zu gelten hat. »Wie steht es denn nun aber mit der deutschen Wirtschaftskrise?«, fragt Alexander Rüstow. Und er kommt zu einem Schluß, der mit dem hier Entwickelten übereinstimmt: »Dürfen wir uns mit dem Gedanken trösten, daß sie [die Krise der deutschen Wirtschaft] nur einen Teil jener gewaltigen allgemeinen Störung der Weltwirtschaft darstellt (also vom deutschen Standpunkt aus gesehen durch höhere Gewalt gesetzt ist) und mit der Weltwirtschaftskrise vorübergehen wird? Nichts wäre verderblicher als eine solche fatalistische Selbsteinschläferung. Während die Krise der Weltwirtschaft Mitte 1929 zum Ausbruch kam, ist die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage seit Ende 1927 in ununterbrochenem Gange, so daß also allein schon das Zeitverhältnis es ausschließt in der spätern Weltkrise die Ursache für die frühere deutsche Krise zu suchen. Und selbst die Verschärfung, welche die Abwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft seit Anfang 1930 erfahren hat, läßt sich schwerlich auf eine zusätzliche Einwirkung der Weltwirtschaftskrise zurückführen. Denn die deutsche Ausfuhr, deren Absinken man angesichts der Krise fast aller Absatzländer hätte erwarten können, hat sich, besonders wenn man die Preisveränderungen ausschaltet, seit Ausbruch der Weltkrise in erstaunlichem Maße gehalten. Dagegen ist die Ausfuhr der übrigen Länder nach Deutschland erheblich zurückgegangen, und nur etwas mehr als die Hälfte dieses Rückganges beruht auf den eben behandelten internationalen Preissenkungen, die ihrerseits für die deutsche Wirtschaft sogar den überwiegenden Vorteil einer wesentlich billigern Deckung ihres Bedarfs an ausländischen Rohstoffen bedeuten. Soweit also Weltkrise und deutsche Krise auf dem Wege des Außenhandels auf einander eingewirkt haben, hat eher die deutsche Krise zur Verschärfung der Weltkrise beigetragen als umgekehrt. Also muß die deutsche Krise deutsche Ursachen haben.«³

Über die wesentlichsten Ursachen der deutschen Krise, zumindest über die Stärke der einzelnen Krisengründe, wird man anders denken können als Rüstow. Aber unanfechtbar ist die Erkenntnis, daß eher die deutsche Krise zur Verschärfung der Weltkrise beigetragen hat als umgekehrt.

Wenig berücksichtigt oder ohne entsprechende Berücksichtigung für die Beurteilung des Wesens der Weltwirtschaftskrise bleibt die Ausschaltung des bolschewistischen Rußlands aus dem Weltverkehr, was bei der Aufnahmefähigkeit eines nicht gewaltsam erstickten Markts dieses Riesenreichs gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Mit der Bolschewisierung Rußlands ist der Produktivität eine Welt verschlossen worden. England hat diese Entwicklung im Dienst seiner imperialen Politik gewollt und gefördert, Deutschland hat sie, getragen von der Mitwirkung aller Parteien und aller Wirtschaftskreise, selbstmörderisch mitgemacht. Die 500 Millionen Mark, die Deutschland in den sogenannten Fünfjahresplan hineingesteckt hat, sind am Ende noch das kleinste Opfer, das ein schlimmer Selbstbetrug brachte. Aus dem bolschewistischen Rußland kann Deutschland und Kontinental-

3) Siehe Rüstow *Der Weg durch Weltkrise und deutsche Krise*, in der *Europäischen Revue* 1930 Seite 879.

europa keine Rettung kommen, weder eine militärische noch eine wirtschaftliche. Jede Politik, die darauf hofft oder gar sich aufbaut, ist verbrecherischer Wahn, gleichviel welchen Motiven sie entspringt. Das Gedächtnis der deutschen Öffentlichkeit ist so schwach, daß daraus dem Erinnerungsvermögen der verantwortlichen Führung kein Fluidum der Stärkung zufließen kann. Aktiv sind bei uns nur die Kräfte zur Verschüttung der Feststellung von Realitäten und zur Auslöschung der Erinnerung an Tatsachen. Die Geschichte des Ruhrkriegs vor allem hat man sich bemüht so intensiv zu entstellen und vergessen zu machen, daß man einen besondern Band schreiben müßte, um den wahren Bestand zu rekonstruieren. Nicht zuletzt daraus resultiert die (zur Volksmeinung proklamierte) Annahme, daß aus der Nichterfüllung von Wiedergutmachungsverpflichtungen ein Aufstieg zu neuem nationalen Leben kommen könnte. Nach dem deutschen Zusammenbruch war auch wirtschaftlich eine neue Welt zu errichten. Eine Zusammenarbeit mit Frankreich, an die der frühere Minister Yves Le Trocquer, der mehreren französischen Regierungen angehört hat, in einem Vortrag jetzt mit Resignation erinnerte, bot diese Möglichkeit in einem hohen Maß. Dieser Vortrag wurde am 4. Dezember in Berlin gehalten, aber in den verschiedensten Berichten Berliner Blätter haben wir gerade diesen besonders wichtigen politischen Hinweis Le Trocquers wieder nicht gefunden. Darin liegt Kontinuität. Schon im Jahr 1922, als Le Trocquer im Kabinett Poincaré seine Vorschläge für die Ausführung umfassender Arbeiten in Frankreich durch deutsche Arbeiter und Beamte und mit deutschen Materialien der Öffentlichkeit unterbreitete, wurde in den Sozialistischen Monatsheften auf dieses Projekt mit Nachdruck hingewiesen. Die deutsche Presse überhörte es, die deutsche offizielle Politik ist auf diesen offiziellen französischen Vorschlag gar nicht eingegangen. Wußte man nicht, wollte man nicht wissen, daß ein gewaltiges Arbeitsgebiet offenlag, nicht sehen, wie eine solche deutsch-französische Kooperation der deutschen Produktivkraft eine neue Entfaltungsmöglichkeit bringen, wie sie nicht nur die deutsche Reparationslast erleichtern sondern nun auch ein Baumaterial für das neue Kontinentaleuropa abgeben und daher in den Endwirkungen der Ausführung Deutschland selbst wieder zugute kommen konnte? Aber man starrte damals (geschieht es heute nicht?) immer nur hypnotisiert auf die angelsächsischen Länder, die die Verkörperung aller "Wirtschaft" schienen. Was sich direkt in unserm Nachbarland Frankreich vollzog, schien daneben nicht der Beachtung wert. Wie man ja bei dem Wort Kolonialpolitik auch nur an die britischen Kolonien dachte und selten auf den Gedanken kam sich einmal das französische Kolonialreich anzusehen oder gar die Güte der französischen Kolonialmethoden gegenüber den englischen zu prüfen. Alles, was hier von Zeit zu Zeit darüber an positiven Angaben veröffentlicht wurde, glaubte die politische Journalistik Deutschlands nicht beachten zu sollen. Jetzt, nach 12 schweren Nachkriegsjahren, finden wir in einem Artikel des Vorwärts (der für das Verlangen deutsch-französischer Zusammenarbeit in all den Jahren wenig Gehör aufbrachte) einen Umriß der Größe des französischen Kolonialreichs und der französischen kolonialen Leistungen:

»Frankreich selbst bedeckt eine Fläche von 551 000 Quadratkilometer, das ist nicht viel mehr als die Ausdehnung Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gestalt (469 000 Quadratkilometer). Das französische Kolonialreich jedoch hat mit 11,5 Millionen Quadratkilometer einen Umfang, der größer ist als der gesamte Erdteil Europa (10,0 Millionen Quadratkilometer). Frankreich zählt zurzeit 41 Millionen Einwohner,

die französischen Kolonien 52 Millionen. Zu diesen Ziffern für die Kolonien kommen noch die Mandatsgebiete mit weiteren 632 000 Quadratkilometer und einer Gesamteinwohnerzahl von über 6 Millionen. Schon verwaltungsmäßig zeigt sich ein teilweise recht enger Zusammenhang zwischen diesen Gebieten und dem "Mutterland". Während zum Beispiel der Hauptteil der Kolonien durch das Kolonialministerium verwaltet wird, genießen die 3 nordafrikanischen Kolonien (Marokko, Algerien und Tunis) eine Sonderbehandlung, indem sie teils durch das Ministerium des Innern, teils durch das des Äußern verwaltet werden. Die Kolonien Algerien, Senegal und Réunion besitzen eine unmittelbare Vertretung im französischen Parlament. Unter diesen Kolonialgebieten finden sich neben unfruchtbaren Wüstengebieten auch überaus fruchtbare Gebiete, an Erzen aller Art bestehen gewaltige, teilweise noch nicht endgültig erforschte Vorräte, das französische Kongogebiet, Kamerun, Madagaskar und Indochina zählen zu den wasserreichsten Gebieten der Erde, und die Versorgung Frankreichs mit tropischen und halbtropischen Pflanzenerzeugnissen aus seinen Kolonialgebieten wächst Jahr für Jahr. . . Schon bisher zeigt der Außenhandel Frankreichs mit seinen Kolonien ein fast ununterbrochenes Anwachsen. Im Jahre 1929 betrug er in beiden Richtungen zusammen 16,15 Milliarden Franken, das heißt mehr als 2½ Milliarden Mark . . . 3 Haupttatsachen kennzeichnen die wachsende Bedeutung der Kolonial- und Mandatsgebiete für die französische Wirtschaft: 1. werden diese Gebiete Jahr für Jahr zu immer wichtigeren Absatzmärkten der französischen Industrie, 2. nimmt gleichzeitig ihre Rolle als Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln zu, 3. bilden sie sehr rentable Anlagemärkte für französische Kapitalien.⁴

Italiens Bemühungen Arbeitermassen in französische Kolonien zu dirigieren stoßen auf den verständlichen Widerstand Frankreichs, das dem Versuch der Italianisierung französischer Kolonien aus nationaler Selbsterhaltung entgegenzutreten muß. Für deutsche Kolonisationsarbeit sind solche Hemmungen nicht vorhanden. Deutschland hat keine Aspirationen auf französisches Kolonialgebiet. Es verlangt seinen Anteil an der Kolonisationsarbeit im kommenden Vereinigten Europäischen Kontinent; seine Leistungen in den ehemals deutschen Kolonien rechtfertigen solches Verlangen, das sich als produktive Pflicht darstellt. Gegenüber der Aufgabe zu kolonialisatorischer Leistung tritt der Wunsch bestimmte Gebiete auch in eigene Verwaltung zu nehmen zurück. Allerdings wird es sich von selbst ergeben, daß die ehemals deutschen Kolonialgebiete nun wieder deutschem Mandat unterstellt werden. Doch das ist eine Frage, deren Beantwortung man ruhig der Zukunft nach der Einigung Europas überlassen kann. Fremde Kolonialgebiete für sich zu beanspruchen hat aber Deutschland weder Veranlassung noch Neigung, weder jetzt noch später. Wenn also deutsche wirtschaftliche Leistung in französischen Kolonien vollbracht wird, so ist damit auch nicht die mindeste politische Gefahr für Frankreich verbunden, wohl aber die Möglichkeit der wirtschaftlichen Erschließung dieser Gebiete gegeben, die dem ganzen europäischen Kontinent und dem mit ihm verbundenen Afrika zum Heil gereicht. Darüber ist sich die französische Politik klar, und deshalb ist solche kolonialisatorische Gemeinschaftsarbeit mit Deutschland Frankreich durchaus erwünscht und auch in verschiedener Gestalt von ihm angeboten worden. Deutschland aber, in seiner angelsächsischen Orientierung, verschloß sich bis jetzt dieser Möglichkeit, deren Inanspruchnahme eine nicht zu überschätzende Tragweite gehabt hätte (direkt und indirekt), wenn auch nur 100 000 deutsche Menschen dem Ruf zu solcher Arbeit gefolgt wären.

Wer diese deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit vollbracht hätte, dem wären auch alle Widerstände gegen einen wirklichen Aufbau der deutschen Wirtschaft überwindbar gewesen. Das bedingte schon das Gesetz des Schaf-

4) Siehe Franke Frankreichs Kolonialpolitik, im Vorwärts vom 13. Dezember 1930.

fens, nach dem aus der Erfüllung der Notwendigkeit neue Einsicht und immer neue Kraft zur Vollendung strömt. Der Verzicht auf Aufbau ließ eine wilde Wirtschaft in die Halme schießen und zeitigte Ergebnisse, deren Jammer jetzt vom deutschen Volk durchlebt wird. Zusammenfassung der einzelnen Gewerbe zu selbstverwaltenden Körpern, in denen Vertreter der Arbeiter und der Betriebsleiter mit gleicher Pflicht der Verantwortung an der Produktionsführung teilnehmen sollten, hätte die Grundlage des Aufbaus zu bilden. Diesen Zusammenschlüssen hätte die Gesetzgebung weite Vollmacht über die Führung ihrer Produktion und die dazu gehörenden Betriebe zu geben. Sie wären auch der geeignete Boden für die Rationalisierung der Produktion unter verantwortlicher Mitwirkung aller an ihr Beteiligten. Jene Gebilde werden sich dann, neben ihrer Eigenschaft als Organe zur Einziehung wichtiger Steuern, als die zweckmäßigen Träger einer Kammer der Arbeit als der Vertretung der Produktivkraft und der Leistung des Volks erweisen, während das Parlament des allgemeinen Wahlrechts die Vertretung der Bevölkerung nach ihrer Zahl repräsentiert. Die Idee des Zweikammersystems liegt offenbar auch dem Gedankengang des Reichskanzlers nahe, wobei sein Blick sich jedoch auf den Reichsrat zu richten scheint, der als Nachahmung des einstigen Bundesrats alle Vorzüge jener frühern Institution eingeübt hat, Eigenleben nicht erlangen kann. Um so stärker ist die werbende und schaffende Kraft einer Kammer der Arbeit in einem Zweikammersystem, das eine Widerspiegelung aller Schichten und schaffenden Kräfte der einzelnen Gruppen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft bildet.

Fruchtbar werden können aber selbst die besten Leistungen der Innenwirtschaft und Innenpolitik nur durch den Geist einer Außenpolitik, die zum Zusammenschluß unseres Kontinents führt. Amerikas Antwort auf das Verlangen nach Herabsetzung der deutschen Zahlungen, gerade jetzt aufs neue gegeben, ließ an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Die Spuren sollten schrecken. Jede Politik, die von einer Verständigung mit Frankreich absieht, wäre immer eine Wiederholung unserer Vorkriegspolitik und nicht zuletzt der Politik seit 1918, die von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Nur Ansätze zur Änderung des Kurses brachten die kurzen Perioden der Erholung Deutschlands. Das vor allem muß die deutsche Regierung beachten, wenn sie wirklich regieren, das heißt die Dinge lenken will. (Was sie doch wohl auch für die Folge beabsichtigt, obwohl die beschämende Affäre des Filmverbots, mit ihren fatalen Verdunklungen eines klaren Tatbestands, schon Zweifel daran erweckt hat.) Wird sie es tun?

RICHARD KLEINEIBST · DER EINZIGE WEG

WENN einmal die Geschichte der deutsch-französischen Verständigung (oder ihrer negativen Seite) geschrieben wird, muß sie ein besonderes und ausführliches Kapitel über die Berichterstattung der Presse enthalten. Es kann vielleicht einen bereits geprägten Titel erhalten: Wie wir belogen wurden. Nicht immer aus Böswilligkeit, aber auch nicht immer aus Unkenntnis. Vielmehr wohl aus dem Bestreben heraus, daß auch die Zeitung "Dienst am Kunden" zu üben hat, daß sie das bringen muß, was der Leser erwartet, und was als Öffentliche Meinung gangbar ist. Der ausländische Berichtersteller fühlt sich als Angestellter seiner Zeitung, seine Meinung bildet sich beinahe automa-

tisch nach dem Rentabilitätsmaßstab, den die kaufmännische Direktion aufstellt, den sie für den günstigsten erachtet. Aber mit einer gefärbten Brille auf der Nase sieht man nicht mehr die natürliche Farbe. Es sei also keineswegs der Vorwurf bewußter Täuschung erhoben. Die Psychologie kennt den Begriff des Gerichtetseins. Darum geht es. Gerichtet aber ist die Öffentliche Meinung in Deutschland gegen Frankreich. Zu oft ist hier nachgewiesen, daß sie in der Hauptsache am angelsächsischen Leitseil gegängelt wird, als daß es immer wieder unterstrichen werden müßte. Es sei deshalb nur versucht referierend Tatsachen festzuhalten und zu reproduzieren, sie den Berichten gegenüberzustellen, zu zeigen, daß Öffentliche Meinung nicht eine mystische Emanation aus "völkischer Wesenheit" ist, sondern daß sie "gemacht" wird, und natürlich so und auch anders gemacht werden kann. Wer dann daraus den Schluß ziehen sollte, daß die Zeitung nicht nur ein Geschäftsunternehmen ist, daß ihr auch eine Erziehungsaufgabe obliegt, und daß sogar diese und der Profit auf die Dauer sich sehr gut vereinigen ließen, der teilte damit nur die Meinung des Verfassers dieses Aufsatzes.

Immer noch beherrschen 2 Themen als Unterabteilungen das Große der europäischen Verständigung und die außenpolitische Situation: Abrüstung und Reparation. Und immer noch weigert man sich in Deutschland die Tatsachen kennenzulernen, immer noch berichtet man über die Vorgänge so wie man ihren Ablauf auf Grund der eigenen Orientierung wünscht, nicht wie er sich vollzogen hat. Man dreht sich um die eigene Achse, kommt nicht vom Fleck.

In der Abrüstungsfrage ist die Streitfrage die gleiche geblieben: Abrüstung durch Sicherheit oder Sicherheit durch Abrüstung? Es widerstrebt einem immer die gleichen Argumente zu wiederholen, nachzuweisen, daß keinerlei Abrüstung, und gehe sie noch so weit, den (heute noch natürlichen) Drang ausschaltet das Recht des Stärkeren anzuwenden. Aber solche Wiederholung bleibt immer noch notwendig. Ein Gleichgewicht der Rüstung verbürgt noch nicht im mindesten den Frieden. 51 % Erfolgsaussicht (und die ist nicht zu errechnen, bleibt der subjektiven Beurteilung überlassen) und der Wunsch das Gleichgewicht durch ein Übergewicht der einen Seite zu ersetzen werden alle guten Vorsätze über den Haufen werfen. Am Tag der völligen Abrüstung, die an sich eine Utopie ist, denn (wie oft muß es wiederholt werden?) man kann das Kriegspotential nicht abrüsten, man kann die chemischen Fabriken nicht schleifen, die Verkehrsflugzeuge nicht abwracken, dem Forscher nicht verbieten "Todesstrahlen" zu erfinden, den Frauen nicht verbieten zu gebären, also am Tag selbst der völligen Abrüstung oder des so inbrünstig ersehnten Gleichgewichts der Rüstungen, das nie ein Gleichgewicht der Kräfte sein kann, begänne heimlich oder offen der Rüstungswettstreit, würde Mißtrauen gegen einander zu Spannungen führen, die eine Explosion unausweichlich machen. Ein Gleichgewicht der Rüstungen ist ohne diese Gefahr nur möglich, wenn eine übergeordnete Macht existiert, die in allen Konflikten zwischen verschiedenen Nationen Recht spricht und zugleich über eine Exekutive verfügt, die ihrem Urteil auch gegen Widerstrebende Geltung verschaffen kann; eine Exekutive also zur Hand hat, die jeder Einzelmacht und selbst den Kriegsmitteln einer Mächtekombination überlegen ist. Dann, gerade dann, besteht die größte Gewähr, daß diese Exekutive kaum je in Aktion gesetzt werden muß, daß es möglich sein wird mit Leib und Leben weniger gefährdenden Mitteln rechtsbrecherischen Staaten gegenüber auszukommen.

Das ist, man darf wohl sagen: die Auffassung des gesunden Menschenverstands, eine Auffassung, die von der Logik der Vernunft und der Logik der Tatsachen (wenn schon dieser Unterschied gemacht werden soll), die vom "letzten" Krieg bestätigt wurde. Eine Auffassung übrigens, die ganz Frankreich zeigt, selbst der größere Teil der französischen Sozialisten, wenn sie auch gegen das Rüstungsbudget der am 4. Dezember gestürzten Regierung Tardieu Sturm gelaufen sind und aus alter Tradition dem Budget, wie aus der Erklärung Pierre Renaudels deutlich hervorging, aus innenpolitischen Gründen die Zustimmung versagt haben. Wohl konnte man in der deutschen Presse lesen, daß die Regierung Tardieu-Briand für ihre Außenpolitik eine Mehrheit gefunden, nicht aber, was mindestens jedem Pariser Korrespondenten, wenn schon nicht den deutschen Politikern, bekannt sein mußte, daß sie den größten Teil der Kammer mit Ausnahme der äußersten Rechten und Linken hinter sich hatte. Wie Frankreich (dieses umfassende Wort mit Absicht gebraucht) zur These Abrüstung-Sicherheit steht, dafür mögen 2 Äußerungen zeugen, die eine von Paul Painlevé, die andere von Paul Boncour.

Auf dem Kongreß der Républicains Socialistes führte Painlevé aus:

»Die internationale Politik fordert vor allem kaltes Blut, klaren Blick und ruhiges Abwägen (mesure). Es gibt Pazifisten, die blind in einer Art Mystizismus die unmittelbare Entwaffnung Frankreichs befürworten. Glauben Sie wirklich, daß diese großmütige Geste gewisse großenwahnsinnige Abenteurer oder gewisse Apostel der "Weltrevolution" abhalten würde? Und hätten die Maßnahmen, die sie anpreisen, nicht den Erfolg den Frieden zu kompromittieren, den sie um jeden Preis erhalten wollen? Selbst die gleichzeitige Entwaffnung aller Länder ohne eine andere Garantie könnte an sich noch keine zuverlässige Sicherung gegen den Krieg sein. Stellen wir uns 2 vollständig entwaffnete Völker vor, das eine unzufrieden, das andere mit dem gegenwärtigen Stand einverstanden. Geriete nicht das eine, besonders, wenn es stärker industrialisiert ist als das andere, sich also schneller bewaffnen kann, in Versuchung seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen? Und das um so eher, je geringer dank der Entwaffnung die Kosten sind, um das zu erreichen?«

Painlevé macht dann weiter auf den Unterschied aufmerksam, der bei sonst gleichen Verhältnissen zwischen den unzufriedenen Ländern und den befriedigten bestehe: daß nämlich die einen keinen Grund zu aggressiver Haltung haben, während bei den anderen »die Revanche die Hoffnung wenigstens sehr aktiver und mitunter sehr mächtiger Minoritäten« bleibe. Ausbau des Garantiesystems, Stärkung des Völkerbunds, das ist der Schluß, den Painlevé »um des lieben Friedens willen« zieht. Das ist nicht nur klar und eindeutig, es entspricht auch tatsächlich der Politik, die Aristide Briand als der Exponent des "saturierten" und deshalb nicht aggressiven Frankreichs zur Geltung zu bringen gesucht hat, wenn er, von anderm abgesehen, nach Garantien entweder durch die angelsächsischen Mächte oder durch den Ausbau der Verträge und die Ausgestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit und der Machtvollkommenheit des Völkerbunds suchte.

Bei der Feier des Waffenstillstandstags, eingeladen durch die sozialistische Stadtverwaltung von Bourges, sagte Paul Boncour, der allerdings in den Kreisen der deutschen Sozialisten und Pazifisten, ohne daß seine Militärvorschläge gerade genau bekannt wären, eine schlechte Presse hat, unter anderm: »Um den Krieg zu verhindern, gibt es nur ein Mittel: jenes, das immer, zu allen Zeiten und in allen Ländern, existiert hat. Jedesmal, wenn es sich darum gehandelt hat eine Gemeinschaft zu hindern eine andere mit Krieg zu überziehen, Stadt gegen Stadt, Provinz gegen Provinz, mußte man eine übergeordnete Macht schaffen, fähig sie daran zu hindern, und das war der nationale Staat, der über seine Richter, seine Gendarmen und seine Soldaten verfügte. Es ist sentimentaler Schwatz nach dem

Frieden zu rufen, ohne ihn zu organisieren. Es ist eine Schimäre alle Konflikte durch Schiedsgericht regeln zu wollen, wenn das Schiedsgericht der Sanktionsmöglichkeit entkleidet ist. Der internationale Organismus besteht, und das ist viel, ist eine große historische Tat, die an sich genügen würde, um den Vertrag von Versailles zu rechtfertigen. Aber dieser internationale Organismus, die Gesellschaft der Nationen, ist aller Aktionsmittel bar. Es handelt sich darum sie ihm zu liefern. Wie ein anderer wiederholte: Man muß Karthago zerstören, so wiederhole ich: Starke internationale Armee: die allein die nationale Abrüstung möglich macht.«

Aber auch der offizielle Redner der Sozialisten, Genosse Sascha Grumbach, kann bei der Kammerdebatte nicht verhehlen, daß die Wahlen in Deutschland »eine große Enttäuschung verursacht« hätten, daß sie geeignet gewesen seien »die Öffentliche Meinung in Frankreich unmittelbar nach der Räumung des Rheinlandes zu beunruhigen«, zumal auch die Kommunistische Partei Deutschlands auf ein Programm schwöre, das zum Krieg führen müsse. Ebenso wendet er sich scharf gegen die Demonstrationen und die Reden des Stahlhelms, gegen die »véritables cris de guerre contenant, vis-à-vis de l'Alsace, des paroles absolument inadmissibles«. Und zu den Revisionsforderungen erklärte der offizielle Redner der Sozialistischen Partei:

»Man spricht ferner in Deutschland von einer Revision der Verträge in einem Geisteszustand, der nichts mit dem Geist des Friedens gemein hat.«

Selbst auf Léon Blum können sich die deutschen "Revisionisten" (welch merkwürdigen Begriffswandel hat dieser Name durchgemacht: von den Kämpfern um eine Revision des Dreyfusprozesses in Frankreich zu den alte Parteianschauungen revidierenden Sozialdemokraten Deutschlands, um Anno 1930 plötzlich alle zu bezeichnen, die nach Versailles- und Youngrevision rufen) nicht beziehen. Denn auch er schrieb am 28. November im Populaire: »Weder der internationale noch der französische Sozialismus haben jemals den Vertrag von Versailles in seiner Gesamtheit verurteilt. In Versailles, Saint-Germain und Trianon sind einige jüngere oder jahrhundertalte Ungerechtigkeiten der Geschichte ausgemerzt worden. Wir haben zwar den Verträgen nicht zugestimmt, aber wenn man nun etwa Europa wieder in den Status vor dem Krieg zurückversetzen wollte, dann würden wir noch entschiedener Nein sagen. Stellt man heute die Summe der begangenen Ungerechtigkeiten und wiedergutmachten Ungerechtigkeiten einander gegenüber, dann würde die Wagschale der Gerechtigkeit sich zweifellos nach der Richtung des heutigen Status neigen.«

Wenn trotz diesen deutlichen Warnungen an die Revisionsrufer der sozialistische Redner und also auch die Sozialistische Partei sich für die Fortführung der Politik von Locarno einsetzen, so deckt sich diese Auffassung mit der Briands und des damaligen Kabinetts Tardieu. Die Erwägungen aber, die Grumbach anstellte, sind gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu einer Politik der Vorsicht, wie sie von allen Rednern, bald schärfer betont bald nur angedeutet, als notwendig erachtet wurde. Hier ist ebensogut eine Einheitsfront, wie es eine außenpolitische Einheitsfront in Deutschland gibt, deren "geistige" Urheber die Nationalsozialisten sind. Hierauf näher einzugehen dürfte sich erübrigen, die Tatsachen (von Ministerreden bis zu den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses und den entsprechenden Kommentaren in der Presse) sind bekannt genug. Der Völkische Beobachter hatte recht, wenn er am 4. Dezember den Tatbestand in einer dicken Überschrift also zusammenfaßte: »Der Auswärtige Ausschuß unter nationalsozialistischer Führung«. Drohungen werden wieder unterschiedslos nach Westen und Osten lanciert, Deutschland ist, wie das schon seit langem warnend vorausgesagt wurde, in eine Isolierung gekommen, die unheimlich an die Zeit der "Einkreisung" vor dem Weltkrieg erinnert. Und das deutsche Volk weiß nichts und

hört nichts, als was man für gut befindet ihm vorzusetzen. Man interpretierte Briands Ausführungen zu dem "Revisionsartikel" 19 des Versailler Vertrags als eine rechtliche Anerkennung der deutschen Forderungen. Was hat Briand in der Tat gesagt? Nun, daß der Artikel existiert. Aber vorher sagte er, jener Artikel werde »in einem Geist angerufen, der nicht dem Geist entspricht, in dem er redigiert worden war«. Und weiter:

»Kommt hinzu, daß es nicht genügt, daß ihn ein Volk anruft, um gewonnenes Spiel zu haben. Es kommt zur Verhandlung. Es hat eine solche über die Frage der Minderheiten gegeben. Sie hat peinliche, ja aufreizende Diskussionen entfesselt. Aber es ist schon etwas, daß diese Fragen überhaupt diskutiert werden können. Vor der Existenz des Völkerbunds konnte es das nicht geben. Deutschland hat einen Versuch gemacht. Ich habe mich dagegen erhoben.«

Das alles ist nicht zitiert worden. Und Tardieu? Er äußerte sich also:

»Ich komme zur subtilsten Frage, zur Frage der Revision. 2 Tatsachen: Der Artikel 19 des Vertrags, der, wie man sagt, von Revision spricht; und die vom Völkerbund festgelegte Regel: nämlich, daß bei dieser Frage Einstimmigkeit notwendig ist.«

Tardieu unterstreicht dann, daß die Nichtanwendbarkeit von Bestimmungen sich nur auf solche ökonomischer und finanzieller Natur beziehen könne, woraus man schon seit 10 Jahren praktische Konsequenzen gezogen habe.

»Wie aber diesen Text auf Grenzen anwenden? Was soll eine "unanwendbar gewordene Grenze" bedeuten? Eine Grenze wird angewandt, und das heißt Friedenszeit. Oder sie wird es nicht, und das heißt Krieg. Ich will aus diesen Erklärungen keine weitgehende Folgerung ziehen: Der Völkerbund fordert Einstimmigkeit; wir werden nicht mitmachen. Der Artikel 19 behelligt uns also nicht.«

Es fiel auch weiterhin das Wort von der Revision, die zum Krieg führen werde, und es kommt ein Schlußsatz zu dieser Materie, der also lautet:

»Alle 8 Tage in Frage stellen, was man soeben unterzeichnet hat, ist ein übles System. Ich sage es mit dem Respekt, den ich vor dem deutschen Volk habe, mit der Kenntnis dessen, was seine Kultur für die Zivilisation bedeutet (ce que sa culture a apporté à la civilisation), ich sage es, weil einer der Vorteile des demokratischen Regimes darin besteht, daß man frei von Volk zu Volk sprechen kann.«

Das ist gewiß zum Teil um einen Ton herber und dezidierter als die Äußerungen Briands, unterscheidet sich sinngemäß aber nicht von der Deklaration des Außenministers. Doch in Deutschland spricht man munter weiter von den notwendigen "Grenzrevisionen", die einen, ohne sich zu überlegen, daß Revision in diesem Sinn wirklich Krieg bedeutet, die anderen sich dessen wohl bewußt und darauf mindestens geistig rüstend.

Doch zurück zu dem angeblichen Widerspruch zwischen den Ausführungen Tardieus und Briands. Auch Grumbach hat solchen in einem Zwischenruf behauptet. Der Ministerpräsident aber beruft sich ausdrücklich auf den Außenminister, beruft sich auf die Kabinettsitzungen, daß seine Interpretation sich mit der Briands decke, nachdem Briand selbst vorher schon die volle Einmütigkeit des Kabinetts festgestellt hatte. Wie aber wird den deutschen Zeitungslesern die Sachlage dargestellt? In dem am 14. November aus Paris gegebenen Bericht des Sozialdemokratischen Pressedienstes heißt es:

»Briand hatte betont, daß der Erfolg der Hitlerleute und die Entgleisungen deutscher Wahlredner ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung und noch weniger zu einer Änderung seiner Versöhnungspolitik gäben. Tardieu hatte das glatte Gegenteil erklärt. Wo Briand die Versöhnung, die Organisation des Friedens in der ganzen Welt will, verlangt Tardieu Sicherheit und immer neue Garantien für die Verewigung der französischen Hegemonie. Wenn Briand erklärte, der Artikel 19 des Völkerbunds pakts gäbe den interessierten Mächten ein unbestreitbares Recht die Nachprüfung unerträglich gewordener Vertragsbestimmungen zu verlangen, betonte Tardieu schroff, jeder Versuch zur Revision bedeute Krieg.«

Und im Hamburger Echo konnte man das am 14. November noch ganz anders dargestellt sehen. Von »zweideutigen Versöhnlern« spricht jener Artikel, in dem man folgende Stellen findet:

»Briand hat in der Weise eines guten Europäers gesprochen, herzlich bekannte er sich zur Versöhnungspolitik. Und seine Klugheit stellt nicht überspannte Ansprüche an Deutschland. Wie Briand den französischen Sicherheitsfimmel in seine Rechnung stellen muß, so billigt er der deutschen Regierung zu, daß sie zum Lavieren gezwungen wird . . . Herr Tardieu aber spricht zweideutig. Anscheinend friedfertig, in Wirklichkeit tückisch. Formell trifft selbstverständlich zu, daß der Völkerbund die Revision des Versailler Vertrages nur durch einstimmigen Beschluß herbeiführen kann, aber wer versöhnlichen Willens ist, wird nicht so aufreizend hervorkehren, daß schließlich bei Frankreich die Entscheidung steht. Vollends seine Argumentation zur Abrüstungsfrage klingt, als entstamme er einer Familie von Roßtäuschern und Schiebern. Tardieu ist doch kein großer Politiker; wie könnte er sonst dem schmierigsten Winkeladvokaten gleich Winkelzüge machen? . . . Hier gleicht er dem Volteschläger beim Kartenspiel.«

In einem großen sozialdemokratischen Blatt von der Bedeutung des Hamburger Echos muß solche Tonart Erstaunen hervorrufen. Wie soll es da erst in anderen deutschen Blättern zugehen?

Zu erklären sind solche Auslassungen nur aus völliger Unkenntnis der Verträge, ihres Wortlauts und ihres Sinns, durch die ständig falsche Unterrichtung der deutschen Presse. Die freilich schreit zum Himmel. Die ganze Rede Henry Franklin-Bouillons, die von der gesamten Kammer mit höchster Aufmerksamkeit angehört wurde, die auf Tatsachen aufgebaut ist, wird in der kleinen und großen deutschen Presse mit dem einfachen und bequemen Wort, ohne daß auf den sachlichen Inhalt eingegangen würde, als "Hetzrede" abgetan. In dankenswerter Weise druckte das Tagebuch am 22. November einen Teil dieser Rede ab, noch ausführlicher zitiert sie im November das Foerstorsche Organ Die Zeit. Dort kann man sich über diesen Punkt informieren. Vielleicht vergeht diesem oder jenem dann die Lust über Zahlenkunststücke zu schwadronieren. Franklin-Bouillon hat sich die Mühe gemacht den deutschen Heeresetat genauer durchzuarbeiten als es wohl die meisten deutschen Volksvertreter tun, von ihrer Kenntnis des französischen Heeresetats ganz zu schweigen. Über den werden in höchster Unverfrorenheit Zahlen veröffentlicht, was den gewiß nicht umstürzlerischen Badischen Beobachter am 16. November zu den folgenden entrüsteten Worten zwingt:

»Wenn aber in der deutschen Presse ohne Rücksicht auf den Kurs des Franken stets von 12 (künstlich errechneten) Milliarden gesprochen wird, so ist das mehr als politische Brunnenvergiftung. Mit solchen Fälschungen dient man nicht dem Frieden. Warum denn immer die Dinge schwärzer malen als sie sind? Warum denn immer Öl ins Feuer gießen? Völker gegen einander hetzen?«

12 Milliarden nennt der Badische Beobachter »künstlich errechnet«. Friedrich Wilhelm von Oertzen, neuerdings außenpolitischer Fachmann der Vossischen Zeitung, hat es sogar auf 18 gebracht.

Aber die Stimme des Badischen Beobachters ist eine Einzelstimme, die vom Chor der Abrüstungsrufcr völlig verdeckt wird. In den Köpfen der deutschen Zeitungsleser, die kaum je den Wortlaut des Artikels 8 des Friedensvertrags lesen werden und noch viel weniger die sachlichen (und nicht formalistischen) Interpretationen der Gegenseite erfahren, muß sich allmählich der Glaube festsetzen, daß in teuflischer Gemeinheit Deutschland sein gutes Recht vorenthalten, daß es in schlimmster Weise vergewaltigt, daß es seiner Ehre beraubt werde. Wie sollte sich der deutsche Zeitungsleser plötzlich mit der scharfen Absage des englischen Vertreters Lord Cecil abfinden, nachdem

ihm durch Zitate aus der englischen Presse monatelang vorher suggeriert worden war, daß Deutschland in Genf mit der Rückendeckung durch die Angelsachsen rechnen dürfe? Es gilt hier nicht die Entschuldigung der Uninformiertheit. Die Auslandsvertreter der deutschen Presse *müssen* wissen, daß die Dinge anders liegen, sie müßten, wollten sie ihre (sagen wir einmal: patriotische) Pflicht erfüllen, vor dem verderblichen Kurs warnen, an dessen Ende die Isolierung Deutschlands statt der gewünschten Isolierung Frankreichs steht. Es bleibe nicht unerwähnt, daß einen schüchternen Versuch nach dieser Richtung der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressediensts unternommen hat. Er meldete am 5. November:

»Leider droht der ungelöste Flottenstreit seine üblen Rückwirkungen auch auf den deutschen Abrüstungsvorstoß ausüben zu wollen. Den beiden angelsächsischen Ländern England und Amerika liegt natürlich viel mehr an einer Flottenabrüstung als an einer Abrüstung zu Lande. Es dürfte sich also wieder das fatale Schauspiel ergeben, daß Frankreich sich einige mäßige Flottenkonzessionen abringen läßt, wenn es dafür die volle Freiheit für die Rüstungen zu Lande erhält. Die Angelsachsen würden bei einem derartigen Kuhhandel darauf verzichten den deutschen Vorstoß, dem sie an sich sympathisch gegenüberstehen, auf der Abrüstungskonferenz praktisch zu unterstützen. Was aber dann an greifbaren Ergebnissen zu erwarten ist, dürfte nur eine Enttäuschung sein.«

Vor einigen Monaten las man das noch anders, und wir fürchten, man wird es wohl wieder einmal anders lesen.

Die angekündigte »Enttäuschung« hat jedenfalls nicht auf sich warten lassen, und die deutsche Presse sah der Entwicklung der Dinge in Genf ziemlich fassungslos zu. Noch am 27. November telegraphierte der Korrespondent der Frankfurter Zeitung seinem Blatt, daß sich »um die Abrüstungsvorbereitung und Lord Cecil eine seltsame Tragik gewoben« habe. Die »Tragik« ging so weit, »daß der gleiche Lord Cecil heute und als Vertreter einer Labourregierung so gar keinen wesentlich andern Standpunkt einnimmt als vor 1 und 2 Jahren Lord Cushendun«:

»Wie ist das möglich, fragt man sich, bei einem Mann von der überzeugten Festigkeit und der politischen Weitsicht eines Lord Cecil? Als Antwort kann man keine andere finden, als daß die britische Regierung und ihre Vertreter zunächst einmal den Konventionsentwurf, wie er auch herauskommen möge, fertigstellen will, damit endlich die Abrüstungskonferenz einberufen werden könne und einberufen werden müsse.« Bei solch eindringender Völkerpsychologie sind wir genügend darauf vorbereitet, daß der Kurs in Deutschland auch in Zukunft der gleiche bleibt.

Und zur Katastrophe führen muß. Die Zeichen schrecken. Italien, Rußland, Bulgarien und Deutschland: so sah die Gruppierung der "friedliebenden" Mächte in Genf aus. Schärfer akzentuiert sich die »Scheidung der Geister«, von der die Germania beim Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission am 6. November sprach. Auf allen Fronten sind die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten getrübt und gespannt. Jeder Ressortminister fühlt sich berufen in die Aufgabenzone des Außenministers einzugreifen. Der Außenminister selbst wird gezwungen sich unnötige Niederlagen zu holen, muß sich von seinem tschechoslowakischen Kollegen bedeuten lassen, daß er falsch unterrichtet werde. Empört antwortet Felix Calonder, den man sich quasi als den deutschen Vertreter gegen Polen zu rechtgemacht hat, auf die Aufforderung der Ostdeutschen Morgenpost dafür zu sorgen, daß Polnisch Oberschlesien an Deutschland zurückfalle:

»Diese Insinuation, die das Pflichtgefühl des Präsidenten der Gemischten Kommission verletzt, weise ich mit Entrüstung zurück. Die gegenwärtige Grenze ist die natürliche Grundlage meiner Mission.«

Also wir stoßen wie in der Vorkriegszeit unentwegt auch unsere Freunde vor den Kopf. Das hindert die mit falschen Meldungen und Darstellungen gefütterte deutsche Öffentliche Meinung nicht sich nun erst recht der Katastrophenstimmung hinzugeben, daß wir uns Bundesgenossen suchen müssen, mit deren Hilfe wir unser Recht wahren und erringen können. Und das sieht dann ungefähr so aus wie der Schluß eines Leitartikels Sturm an der Ostgrenze, den die Kreuzzeitung am 7. Dezember ihren Lesern vorsetzte:

»Je entmachteter wir sind, um so weniger können wir es uns leisten risikolose Politik zu treiben. In einem Völkerbunde, der seine Verpflichtung nicht erfüllt, hat das Deutsche Reich überhaupt nichts mehr zu suchen. Es geht nicht um Oberschlesien allein sondern auch um das Korridorgebiet; um die Rettung des ganzen deutschen Ostens. Damit ist auch für Genf die wesentliche Aufgabe gegeben: diejenigen Maßnahmen zu fordern und zu fördern, durch die dem Zustand der Rechtlosigkeit und Bedrückung im Osten wirklich abzuhelfen wäre: die Revision der Grenze.«
Hört man solche Sprache (man denke auch etwa an den Exkurs des Professors Erich Obst bei der 2. Taufe der Deutschen Staatspartei), so erwächst für die Sozialdemokratie gebieterisch die Pflicht sich dieser gefährlichen Stimmung unbedingt entgegenzuwerfen; "prominente" Genossen müssen sich daher noch mehr als schon immer vor unvorsichtigen und leicht zu mißdeutenden Redewendungen in ihren öffentlichen Kundgebungen in acht nehmen.

Im übrigen: Es gibt einen Weg zur Revision. Der ist hier oft und deutlich genug gezeigt worden. Selbst die anglophile Frankfurter Zeitung berichtete am 1. Dezember über einen Artikel Poincarés im Excelsior, der den Titel Vom Traum zur Wirklichkeit trägt, unter anderm mit folgenden Worten:

»Was die Revision angeht, so wiederholt Poincaré die von ihm schon einige Male vorgebrachte These: Jawohl, eine Revision ist möglich, aber nur, wenn in Genf frei von jedem Druck über einen bestimmten Punkt gesprochen wird. Das Schlimme sei das allgemeine und nicht präzierte Revisionsgeschrei.«

Das befriedigt allerdings die Frankfurter Zeitung nicht, und sie stellt dem eine Äußerung Lucien Romiers gegenüber, die, an sich keinen Gegensatz dazu bildend, auf die Pflicht Frankreichs hinweist Europa zu helfen. Nun, die Politik Briands hat diesen Weg eingeschlagen, und es ist an Deutschland das Weitergehen darauf zu ermöglichen. Es sei in diesem Zusammenhang rühmend hervorgehoben, daß vor kurzem, am 4. Dezember, der Sozialdemokratische Pressedienst, bei der Behandlung der Reden Owen Youngs und Hjalmar Schachts über das Reparationsproblem, Amerika als den »Eintreiber« der deutschen »Tributlasten« bezeichnete und den Artikel also schloß:

»Der Schlüssel des Problems [der Revision] liegt zweifellos bei Amerika und nur bei Amerika. Aber es wird vermutlich noch einer längern Zeit der Aufklärung bedürfen, bis sich drüben jene Erkenntnisse allgemein durchgesetzt haben, die allein eine gründliche Änderung des Reparationsproblems ermöglichen werden.«


Ein paar Tage später hat dann der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika »mit einer an Brutalität grenzenden Eindeutigkeit«, wie der Vorwärts schrieb, unter scharfen, besonders gegen Deutschland gerichteten Begleitreden jede Neureglung der interalliierten Schulden weit von sich gewiesen. Was nicht hindert, daß Schacht sich weiter als Retter feiern lassen kann, während die Vossische Zeitung in unbegreiflicher Verwirrung des Gemüts es fertig brachte von der Deutschfreundlichkeit der amerikanischen Senatoren zu sprechen. Ebenso merkwürdig mußte es berühren, daß, am 12. Dezember, bei der Wiedergabe von Pressestimmen bei dem Verbot des Remarquefilms, die Berliner Zeit am Mittag eine Äußerung Hearsts kommentarlos zitierte: Frankreich verlange von Deutschland »das letzte Pfund Fleisch«. Das sagt ausgerechnet ein Amerikaner. Wie beschämend gegenüber solch hetzerischer

Stimmungsmache zum Schaden Deutschlands ist die Botschaft »unseres großen Feindes«, so nannte ihn das Berliner Tageblatt am 16. Dezember, Raymond Poincarés, die, um das gleiche Berliner Tageblatt zu zitieren, »wie ein Vermächtnis klingt, das die Summe eines Lebens zieht«. Poincaré sandte zur Einweihung des neuen Germanistischen Instituts der Sorbonne, wie die Vossische Zeitung berichtete, einen »Verständigungsappell aus dem Krankenzimmer«. In Anwesenheit des deutschen Botschafters wurde eine Ansprache des Kranken verlesen, »in der das gegenseitige Sichkennenlernen der beiden Länder [Frankreichs und Deutschlands] als Vorbedingung für eine Annäherungspolitik bezeichnet und vor gegenseitiger Isolierung gewarnt wird«.

Zieht man die Summe dessen, was die deutsche Presse über Frankreich auf der einen, Amerika auf der andern Seite schreibt, so muß man feststellen: Das alles dient jedenfalls nicht der vom Sozialdemokratischen Pressedienst für notwendig erachteten Aufklärung »drüben«. Diesem Ziel bringt es auch nicht näher, wenn der Reichskanzler in seinem dem Petit Parisien gegebenen Interview von Frankreich als dem »Hauptgläubiger« spricht (was formell ja zutrifft, aber allzu leicht auch substanzuell aufgefaßt wird, also den Blick von dem wahren Tatbestand ablenkt), wenn man in Deutschland das bißchen Europäisch, das man zu buchstabieren begonnen hatte, schon wieder verlernt hat, so daß sogar Erich Ludendorff es für nötig erachtet vor dem Wahnsinn eines neuen Kriegs sehr ernsthaft und sehr begründet zu warnen.

Krieg oder Verständigung? So scharf zugespitzt hat sich heute schon die Lage in Europa. Es gibt einen Weg zur Revision. Es gibt einen Weg zur Entspannung. Es gibt einen Weg zur Beseitigung der Wirtschaftsnot. Der Weg heißt: Vereinigter Europäischer Kontinent durch Einigung zwischen Deutschland und Frankreich. Es gibt nur diesen.

LUDWIG OPPENHEIMER · DEUTSCH-FRANZÖSISCHE AUSSPRACHE ÜBER SCHLICHTUNGSWESEN UND ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT

N der Davoser Sozialpolitischen Aussprache wurden, neben den grundsätzlichen Auseinandersetzungen¹, auf 2 Gebieten noch praktische Fragen behandelt: nämlich der Staatseingriff in die kollektive Lohnreglung und in Arbeitskämpfe und die Möglichkeiten der Selbstverwaltung bei öffentlichen oder öffentlicher Kontrolle unterstehenden Betrieben. Auch hier ergaben sich fruchtbare Gegenüberstellungen und Abgrenzungen zwischen dem von den Deutschen und dem von den Franzosen eingenommenen Standpunkt.

Bereits bei der Vorfrage des Geltungsbereichs von kollektiven Tarifverträgen begegnete die deutsche Auffassung, wonach bei einem genügend großen Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in einem Berufszweig Tarifverträge als für sämtliche Berufsangehörige, auch nichtorganisierte, verbindlich erklärt werden können, auf französischer Seite Bedenken. Zwar verlangten auch die Franzosen nachdrücklich eine sehr entschiedene Fortbildung der Rechtsentwicklung, »du code individualiste au droit syndical« (so formuliert

¹) Siehe *Oppenheimer* Staat und Selbstverwaltung in der Sozialpolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 1113 und folgende.

es André Fourgeaud in einem Buch). Sie forderten, daß Gesetzgebung und Gerichte diejenigen Verbände, die kollektive Verträge abgeschlossen hätten, genau ebenso zur Einhaltung ihrer Verbindlichkeiten anhalten sollten wie die Vertragspartner individueller Verträge. Dagegen hielten sie die Forderung: solche Verträge auch für Nichtorganisierte verbindlich sein, diese mithin an den aus kollektiven Vereinbarungen entspringenden Vorteilen teilnehmen zu lassen, für zu weitgehend. Die Kraft der Gewerkschaften und die Organisationsfreudigkeit ihrer Mitglieder müßten darunter leiden; zudem würde die Befugnis zur Verbindlicherklärung dem Staat allzuviel Macht anvertrauen. Von deutscher Seite wurde hierauf erwidert, daß die unter diesem System gemachten Erfahrungen die befolgte Politik rechtfertigten. Einmal sei die Gleichstellung von Organisierten und Nichtorganisierten auch unter dem deutschen System nicht vollständig, da gewisse Vorteile (zum Beispiel von Schiedsgerichtsverträgen) den Verbandsangehörigen vorbehalten blieben. Vor allem aber führe sie die außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeitnehmer keineswegs zu dem Schluß, daß sie sich, im Genuß jener Vorteile, den Eintritt in die Gewerkschaften ersparen könnten; im Gegenteil bewegten gerade die Erfolge die von ihnen begünstigten Außenstehenden zum Eintritt in die Gewerkschaften: weniger aus materiellen Erwägungen, als weil sie in ihnen die Vorkämpfer einer neuen sozialen Ordnung erblickten.

Während diese Probleme nicht noch eingehender verfolgt werden konnten, wurden die Fragen des Schlichtungsverfahrens, insbesondere die Verbindlicherklärung, bis zur vollständigen Klärung der Standpunkte diskutiert.

Hierbei ergab sich nach längerer Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Teilnehmer ein ziemlich einheitlicher Standpunkt. Das deutsche System, wonach die Verbindlicherklärung möglich ist, »wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen der Billigkeit entspricht, und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist«, wurde unter der Voraussetzung grundsätzlich gutgeheißen, daß man die Anwendung der Verbindlicherklärung durch schärfere Fassung ihrer gesetzlichen Voraussetzungen auf besonders dringliche Gruppen von Fällen beschränkt. Hierbei wurde vor allem an 2 Gruppen von Fällen gedacht: an die Schutzbedürftigkeit der Interessen schwacher Arbeitnehmerorganisationen gegenüber mächtigen und rücksichtslosen Unternehmerorganisationen und an die Bedrohung des Wirtschaftsfriedens durch Wirtschaftskämpfe sehr großen Umfangs gerade zwischen besonders starken Organisationen; wenn nämlich in Not- und Krisenzeiten die Undurchsichtigkeit der Konjunktur, verbunden mit dem Einfluß politischer Spannungen und gruppenpsychischer Erregungen, den Abschluß einer Vereinbarung verhindert, und eine Machtprobe größten Stils sich vorbereitet; diesem letztgenannten Fall wurde auch der an sich noch gesondert zu erwähnende Fall der Bedrohung der Produktion lebenswichtiger Betriebe als grundsätzlich verwandter Fall zugerechnet. Dis bisher geübte, allzu ausgedehnte Anwendung der Verbindlicherklärung habe dagegen in zahlreichen Fällen mit Notwendigkeit zu der bereits von Sorel gegeißelten »Kuhhandelsmoral« führen müssen. Demgegenüber müsse der Anwendungsbereich der Verbindlicherklärung sehr eingegengt werden. Die Parteien würden sich weit eher bewogen sehen auch vor dem Schlichter nur sachliche Forderungen zu erheben, wenn sie wüßten, daß die Schlichtungsbehörden gegenüber unsachlichen Forderungen es ablehnen

einen Schiedsspruch zu fällen und es in solchem Fall zu einem Lohnkampf kommen lassen. In gleicher Richtung würde auch das, die Technik der Durchführung des Schlichtungsverfahrens verbessernde englische System wirken, das dem Schlichter verbietet die Differenz zwischen den Forderungen und Geboten beider Parteien zu teilen und ihm vorschreibt sich für die Forderung einer Partei zu entscheiden. Auch dieses System steigere das sich aus unsachlichen Forderungen ergebende Risiko und wirke derart ebenfalls verantwortungssteigernd. Der ganzen Stellungnahme lag ferner die Einsicht zugrunde, daß die deutsche Verbindlicherklärung, im Gegensatz etwa zum australischen Schlichtungssystem, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht antastet, da sie die Parteien nur zivilrechtlich zur Durchführung des gefällten Schiedsspruchs verpflichtet, dem Staat dagegen keine Befugnisse einräumt seinerseits die Durchführung des Schiedsspruchs zu erzwingen. Wenn trotz dem nur zivilrechtlichen Charakter der durch die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen geschaffenen Bindung in Deutschland derartige Schiedssprüche in der Regel von beiden Parteien innegehalten werden, mithin Lohnkämpfe (die während der Schlichtungsverhandlungen noch zulässig sind) nach gefälligem Schiedsspruch nur ausnahmsweise durchgeführt werden, so liegt dies eben nicht an Verboten sondern an dem moralischen Risiko eines Vertragsbruchs. Hieraus folgt zugleich, daß in der Tat in solchen Fällen, wo ein Schiedsspruch als ausgesprochen ungerecht empfunden wird, die Möglichkeit zu streiken eben bisweilen dennoch wahrgenommen wird, ohne daß dies einen Verstoß gegen die Gesetze in sich schließt. Die Kampffähigkeit der Gewerkschaften, auf die die Deutschen in dieser Diskussion keinen geringern Wert legten als die Franzosen, wird somit unter keinen Umständen gefährdet.

Neben dieser Frage der Einschränkung in der Anwendung der Verbindlicherklärung wurde auch die noch weiterreichende Frage einer allmählichen Verringerung des Anwendungsbereichs des staatlichen Schlichtungsverfahrens überhaupt erwogen. Man sah hierbei im allgemeinen ein Zurücktreten der Anwendung des staatlichen Schlichtungsverfahrens grundsätzlich als wünschenswert an, betonte jedoch zugleich, daß dieses Ziel nur mittelbar durch Verbesserungen der Voraussetzungen erreichbar sei, unter denen auch ohne Staatseingriff kollektive Vereinbarungen zustande kommen. Insbesondere wurde in diesem Sinn die Notwendigkeit der Stärkung bisher noch zu schwacher Gewerkschaften betont. Starke Organisationen der Arbeitnehmer erhöhten bei den ihnen gegenüberstehenden Arbeitgebergruppen die Bereitschaft Tarifverträge abzuschließen. Es entstehe so durch die Praxis eine geregelte Tradition der Tarifabschließung. Weiterhin würden unmittelbare Übereinkommen dadurch erleichtert werden, daß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in den Grundsätzen der Staffelung der Tarifverträge eine Annäherung erfolgte: Die Arbeitgeber hätten sich vor zu starkem Druck auf die Löhne der Ungelernten zu hüten, aus dem sich ein zu starker Abstand zwischen den verschiedenen Lohngruppen ergäbe; und die Gewerkschaften müßten eine zu geringe Bewertung der gelernten Gruppen und die daraus folgende zu geringe Staffelung vermeiden. Endlich solle man in viel stärkerem Maß von der in der Gesetzgebung schon vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen durch Einigung auf Schlichter, die das Vertrauen beider Parteien besäßen, vereinbarte Schlichtungsstellen zu schaffen, die auf Grund der geltenden Gesetzgebung Vorrang vor den staatlichen besitzen. Selbst in den Fällen, wo Schlichtung erforderlich bliebe, brauchte diese nicht notwendig staatlichen Charakter zu tragen.

Der französische Standpunkt unterschied sich, besonders in den Formulierungen des dem "orthodoxen" Syndikalismus noch näherstehenden André Philip, von dem deutschen durch eine weit kritischere Haltung gegenüber dem Staatseingriff, und zwar in beiden Fällen, in denen ihn die Deutschen forderten: zum Schutz schwächerer sozialer Gruppen und zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. Der Gegensatz beruht zum überwiegenden Teil auf der großen Verschiedenheit der tatsächlichen Verhältnisse in beiden Ländern. Die französische Gewerkschaftspolitik hatte bis vor kurzem mit völlig anderen Voraussetzungen zu rechnen als die deutsche. Die französischen Gewerkschaften sind, der weniger beschleunigten Industrieentwicklung ihres Landes gemäß, viel schwächer als die deutschen und können auf den Staat nicht den starken Einfluß ausüben wie diese. Die sozialistischen Politiker, denen der Rückhalt und Gegendruck starker Gewerkschaften fehlt, können für die Ziele der Arbeiterklasse ebenfalls weit weniger erreichen als ihre deutschen Genossen. So erscheint es verständlich, wenn dem französischen Gewerkschafter der Staat als Wächter des Unternehmertums erscheint, und wenn er jeden Appell an den Staat als Förderung der kapitalistisch mißbrauchten "unité nationale" ansieht. Unter diesen Verhältnissen waren die französischen Gewerkschaften weder dem Staat noch auch den Parteien gegenüber gleichwertige Verhandlungspartner. In diesem frühen Stadium der Gewerkschaftsentwicklung kann daher das befolgte System der Isolierung, das zunächst die eigenen Kräfte stärken und sich Unabhängigkeit und Kampfwillen erhalten will, nicht als unzweckmäßig bezeichnet werden. Es erzielt zwar kaum sehr erhebliche praktische Erfolge für die Arbeiter, hält aber das Bewußtsein der höhern Aufgabe lebendig und den Weg in die Zukunft frei. Ebenso ist es zu verstehen, wenn die Franzosen das Eingreifen des Staats auch in dem andern Fall ablehnten, in dem es die Deutschen forderten, nämlich zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. Bei dem Meinungsgegensatz in dieser Frage handelte es sich um einen ganz typischen "Kampf mit verkehrten Fronten", wo jeder gerade das betont und fordert, was ihm selbst fehlt, was der Gegner aber bereits im Übermaß besitzt. Wenn die Deutschen die Notwendigkeit gelegentlichen Eingreifens des Staats zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens stark betonten, so, weil in zahlreichen Fällen im Lauf des letzten Jahrzehnts der Staat Lohnkämpfe von ungeheuren Ausmaßen und verheerenden Wirkungen hatte geschehen lassen, und weil die Stärke des klassenkämpferischen Willens in Deutschland immer wieder befürchten läßt, daß sich ohne Staatseingriffe derartige Wirtschaftskämpfe wiederholen. Wenn die Franzosen ihrerseits an den Kampfwillen appellierten, so, weil sie immer wieder ein Abgleiten in, um mit Sorel zu sprechen, »zünftlerischen sozialen Pazifismus« befürchten, und weil andererseits, dank der auf starker agrarischer und mittelständischer Grundlage ruhenden relativ gesunden sozialen und wirtschaftlichen Struktur Frankreichs, Wirtschaftskämpfe dort kaum derartige Erschütterungen hervorrufen können wie in Deutschland. (Mit wachsender Macht und politischer Betätigung der französischen Gewerkschaften werden in neuester Zeit die praktische Haltung der Gewerkschaftsführer und die theoretischen Grundsätze des Syndikalismus immer realpolitischer. Das wachsende Interesse der Gewerkschaften für die Aufgabengebiete staatlicher Wirtschaft, die immer ernsthaftere Diskussion über den Eintritt von Gewerkschaftsführern in Ministerien, endlich die Haltung der syndikalistischen Teilnehmer in Davos selbst und ihre Berichte über Davos lassen diese Tendenzen eindrucksvoll hervortreten.)

Am Schluß der Besprechungen wurden ganz kurz einige Möglichkeiten der Selbstverwaltung in öffentlichen Betrieben zur Diskussion gestellt, ohne daß jedoch die hierbei auftretenden theoretischen und praktischen Probleme noch gründlich analysiert werden konnten. Insbesondere konnte die Frage einer grundsätzlichen Bewertung und Abgrenzung der 3 möglichen Formen gemeinschaftlicher Gestaltung (öffentliche, dem Privateigentum entzogene Wirtschaft, staatlich normierte und kontrollierte Selbstverwaltung unter Erhaltung von Privateigentum, freie genossenschaftlicher Initiative entspringende Selbsthilfeorganisation) nicht mehr behandelt werden.

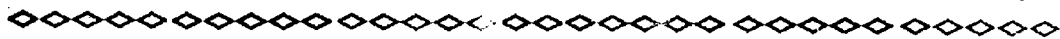
Zum Thema der öffentlichen Wirtschaft wies Walther Pahl nach, daß der bürokratische Regiebetrieb nicht ihre einzige denkbare Betriebsform darstelle. Vielmehr sei die Methode der Selbstverwaltung, insbesondere einer unbürokratischen Selbstverantwortung und kaufmännische Beweglichkeit der leitenden Personen zulassenden Verwaltung, auch im Rahmen der öffentlichen, dem Privateigentum entzogenen Betriebe denkbar. Man sollte in diesem Sinn eine Betriebsform schaffen, bei der zwar in der grundsätzlichen Geschäftspolitik eine öffentliche gemeinschaftliche Kontrolle gewahrt bleiben müßte, die eigentliche Geschäftsführung jedoch kaufmännisch und in voller Selbständigkeit geschehen könnte. In der Aussprache wurden einige Mängel gegenwärtiger öffentlicher Betriebe herausgestellt. Vor allem griff man ihre Preispolitik an, die vielfach von einem kapitalistischen Grundsätzen nicht allzu unähnlichen Prinzip der Gewinnerzielung bestimmt würde und das sozialistischem Wollen weit gemäßere Selbstkostenprinzip allzu wenig beachtete. Die Anhänger der öffentlichen Betriebe bemerkten, daß diese Tendenz zumal der Gemeinden dem Verbraucher durch die Preispolitik ihrer Betriebe indirekte Steuern aufzuerlegen eine kaum vermeidbare Folge aus anderen Tatsachen der heutigen Wirtschafts- und Finanzpolitik (Finanzausgleich, Anleiheperrungen usw.) darstelle, daß aber mit dieser Erklärung keine grundsätzliche Rechtfertigung der fraglichen Politik ausgesprochen werden solle.

Zuletzt sprach der Herausgeber der Revue des Etudes Coopératives Bernard Lavergne über die Regiegenossenschaften Belgiens, die eine interessante, leistungsfähige und zukunftsreiche Unternehmungsform darstellen und in sehr geschickter Weise Elemente der öffentlichen Wirtschaft, der staatlich kontrollierten Selbstverwaltung und der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation mit einander verbinden. Sie sind auf Beschluß und unter Beteiligung öffentlicher Behörden gegründet, werden von Beamten geleitet, besitzen aber vollkommene administrative, geschäftliche und finanzielle Selbständigkeit; sie tragen also die volle finanzielle Verantwortung für Erfolg und Mißerfolg ihrer Geschäftsführung und haben vom Staat weder Zuschüsse zu beanspruchen noch Überschüsse an ihn abzuführen. Die besondere, die Regiegenossenschaft von jedem öffentlichen Betrieb unterscheidende Eigenart des Verfahrens besteht darin, daß außer dem Staat auch die Kunden oder Nutznießer der geschaffenen Unternehmungen durchgängig Aktionäre oder Miteigentümer dieser Unternehmungen werden. Derart muß zum Beispiel eine Gemeinde, die von dem Kommunalkreditinstitut, einer solchen Genossenschaft, Kredit aufnimmt, automatisch einen bestimmten mäßigen Bruchteil dieser Anleihe zum Erwerb von Aktien des Instituts verwenden. In dieser »Identität von Unternehmer und Nutznießer« liegt also die genossenschaftliche Eigenart der régies coopératives begründet. Lavergne bezeichnet sie daher nicht mit Unrecht als

Konsumgenossenschaften im weitern Wortsinn. Zu beachten ist hierbei allerdings, daß die "Konsumenten" in diesem Fall in der Regel Gemeinden oder sonstige öffentliche Verwaltungskörperschaften sind; zu diesen treten noch bei der dem Wohnungsbau dienenden Regiegenossenschaft gemeinnützige, halbprivate, lokal und regional organisierte Wohnungsbaugesellschaften. Der genossenschaftlichen Struktur der Unternehmungen entspricht vor allem auch ihre Preispolitik, die sich sehr scharf von den staatskapitalistischen Grundsätzen etwa gemischtwirtschaftlicher Betriebe unterscheidet. Die Aktionäre erhalten nur eine dem niedern Zinssatz sicherer Anlagen entsprechende mäßige Verzinsung. Gewinne werden nicht gemacht. Überschüsse kommen durch Rückvergütungen oder noch besser durch unmittelbare Preissenkung den Verbrauchern zugute. Die Regiegenossenschaften verfügen über kein Monopol und müssen daher mit der Privatwirtschaft konkurrieren. In Verbindung mit der finanziellen Unabhängigkeit der Genossenschaften vom Staat hat dies zu modernen Produktionsmethoden und hoher Leistungsfähigkeit geführt. Den angeschlossenen Betrieben vermitteln die Regiegenossenschaften Kapital zu mäßigen Sätzen unter Zwischenbürgschaft des Zentralinstituts, billig eingekaufte Rohstoffe, technische Beratung und anderes. Die Leistungen, die Staat und Gemeinden zugunsten der Regiegenossenschaften auf sich nehmen, beschränken sich darauf, daß sie gering verzinsliche Kapitalien hergeben und außerdem durch Bürgschaft und staatliche Zinsgarantie die Aufnahme mäßig verzinslicher Anleihen auf dem freien Kapitalmarkt erleichtern. Sie lassen den Betrieben also lediglich in dem durch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerechtfertigten Umfang den Vorteil der behördlichen Finanzkraft zugute kommen. Die staatliche Zinsgarantie bedeutet, da die Regiegenossenschaften bisher immer gut und verlustlos wirtschafteten, überhaupt keine Beanspruchung öffentlicher Mittel; sie ist im Grunde vielmehr nur als Vertrauensstützung zu bewerten. Obendrein genießen die Behörden noch als Gegenleistung bei einem Teil der Genossenschaften den Vorteil, daß ihre Beteiligung nur allmählich in Jahresraten eingezahlt zu werden braucht, während gleichwohl die ihnen als Kunden des Unternehmens zustehenden Rückvergütungen bereits laufend für sie gutgeschrieben und gegen die Jahresraten verrechnet werden.

Mit der Darstellung dieser Unternehmungsform wurde die Aussprache abgeschlossen. Das Leitmotiv der Aussprache: loyale Gegenüberstellung sozialpolitischer Methoden und Analyse der durch diese Methoden zu erfassenden Tatbestände in einem Kreis ausgesuchter Menschen verschiedener Nationen und politischer Richtungen, hat sich im wesentlichen bewährt. Eine Wiederholung derartiger Aussprachen wurde allseitig gewünscht.

In persönlichen Gesprächen wurden ferner die behandelten Fragen in den Zusammenhang noch umfassenderer politischer und wirtschaftspolitischer Probleme gestellt. Insbesondere wurde die Notwendigkeit betont durch Herausarbeitung einheitlich durchdachter und dennoch nicht schematisierender wirtschaftspolitischer Ideen auf dem Weg zu einer planmäßigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker voranzukommen. Die wirtschaftliche, politische und soziale Zukunft des Kontinents müsse so lange als ungesichert erscheinen, als es an der Fühlung und Zusammenarbeit derjenigen Kräfte fehle, die die europäische Wirtschaft und Gesellschaft auf der Grundlage gleichmäßiger Berücksichtigung aller ihrer Glieder aufbauen wollten.



PAUL THORWIRTH · DOMINION OSTAFRIKA?



SEIT Juli dieses Jahres säuselt es im deutschen Blätterwald von Klagen, ähnlich denen der betrübten Lohgerber, die wieder einmal ihre Felle wegschwimmen sehen, gegen die von der großbritannischen Regierung beabsichtigte Closer Union der 3 ostafrikanischen Gebiete Kenya, Uganda und Tanganyika. Der Monat November war sogar reich an schriftlichen und mündlichen Protesten gegen das britische Vorhaben, wobei unsere anglophilen Publizisten nicht zu betonen vergaßen, daß dieses Vorgehen Englands noch einer der wenigen Punkte sei, die die deutsch-englische Verständigung erschweren und deshalb britischerseits schleunigst zugunsten Deutschlands in fairer Weise geregelt werden müßten. Man wird in London zu solchen Auslassungen gelächelt haben.

Was ist geschehen? Die britische Regierung hat in einem Weißbuch dem Völkerbund den Plan unterbreitet das Mandatsgebiet Tanganyika (früher Deutsch Ostafrika) mit den beiden genannten angrenzenden Kolonien zu einer Verwaltungseinheit zu verschmelzen. Für das Gesamtgebiet sollen ein Oberkommissar und ein Gesetzgebender Rat ernannt werden. Den ersten nannte die englische Presse bezeichnenderweise schon des öftern den Vizekönig; er soll ausschließlich für Eingeborenenfragen, ferner für Post, Telegraphie, Eisenbahnen, Häfen, Zölle und Landesverteidigung zuständig sein. Der Gesetzgebende Rat soll für das Gesamtgebiet Gesetze erlassen dürfen, die übrigens von dem Oberkommissar wiederaufgehoben werden können.

Referieren wir jedoch auch den Tatbestand noch an der Hand der Historie und des Nachkriegsvölkerrechts. Zu Beginn des Weltkriegs, am 8. August 1914, wurde der Hafen von Daressalam beschossen. Es war dies der erste feindliche Angriff größern Stils gegen die im Vertrauen auf die Haltbarkeit des Artikels 11 der Kongoakte¹ mit nur geringen, nicht einmal zum Grenzschutz ausreichenden Streitkräften versehenen deutschen Kolonien. Die Tatsache verdient festgehalten zu werden; sie zeigt, in welcher Richtung ein wesentliches Kriegsziel Englands lag, und mit welchen typisch angelsächsischen Mitteln es erstrebt wurde. Im Verlauf des Kriegs besetzten dann auch alliierte Streitkräfte sämtliche deutschen Besitzungen in Übersee. Bei Kriegsende stand man vor der Alternative die Kolonien zu annektieren oder sie ganz oder teilweise an Deutschland zurückzugeben. Beides war nicht möglich. Der offenen Annexion mußte sich Woodrow Wilson widersetzen, da er sich im 5. seiner 14 Punkte festgelegt hatte². Den Rückfall der Gebiete an Deutschland aber wollte man ebenfalls nicht, sondern man wollte sie tatsächlich behalten, wie die von Ray Stannard Baker, dem Pressechef Wilsons, veröffentlichten Protokolle des Rats der Zehn respektive der Vier ausweisen. Namentlich den Vertretern der britischen Dominions lag an der Festhaltung der Beute. Einer von ihnen, der südafrikanische Premierminister Jan Christian Smuts, fand denn auch den Ausweg. Mit der Begründung, daß Deutschland seine Kolonien zu friedensstörenden und kriegerischen Maßnahmen miß-

1) »Die kriegführenden Teile würden von dem Zeitpunkt ab darauf Verzicht zu leisten haben ihre Feindseligkeiten auf die also neutralisierten Gebiete [hier Deutsch Ostafrika] zu erstrecken und diese als Basis für kriegerische Operationen zu benutzen.«

2) »Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.«

braucht, namentlich aber die Eingeborenen in ihnen mißhandelt, also eingeborenenpolitisch versagt habe, wurden die deutschen Territorien in Übersee, später noch einige türkische Provinzen, der Vormundschaft des Völkerbunds unterstellt, in dessen Auftrag sie von den Mächten, von denen sie im Krieg okkupiert waren, noch jetzt verwaltet werden. Damit war das Mandatssystem eingerichtet. Für Deutschland war diese Regelung, mochte sie auch einen erheblichen Fortschritt in eingeborenenpolitischer Beziehung bedeuten, insofern besonders ungünstig, als die Kolonien ihm entzogen, jedoch von den Siegerstaaten nicht annektiert wurden. Im Fall der offiziellen Annexion nämlich hätte Deutschland nach völkerrechtlicher Observanz den Wert der Gebiete auf die Zahlungen, die es zu leisten hatte, anrechnen können. Diese Möglichkeit, die Deutschland nicht unwesentlich entlastet hätte, entfiel nunmehr. Übrigens war der Verfasser mindestens einer der beiden Noten, die die Begründung für die Wegnahme der Kolonialgebiete angaben, der sogenannten Mantelnote, der Privatsekretär Lloyd Georges, Philip Kerr. Eine besondere angelsächsische Aufmerksamkeit war hierbei noch, daß in den beiden erwähnten Noten auf kritische Äußerungen Matthias Erzbergers und Gustav Noskes zur deutschen Kolonialpolitik Bezug genommen wurde, die im Mai 1914 im Reichstag fielen; daß Noske und Erzberger bei der gleichen Gelegenheit andere Einzelheiten der deutschen Kolonialpolitik lobend hervorgehoben hatten, wurde, da nicht zum Ziel führend, verschwiegen. Mag selbst den ehemaligen Kriegsgegnern die subjektive Ehrlichkeit ihrer geäußerten Auffassung aus Kriegspsychose unterstellt werden, mag man nun auch mit Recht der Hoffnung sein, das Mandatssystem werde sich als Keim einer neuen, von sozialem Geist geleiteten Eingeborenenpolitik erweisen (verschiedene Vorkommnisse, zum Beispiel die beinahe vollständige Ausrottung der Samoaner unter dem Mandat des Dominions Neuseeland, begründen diese Hoffnung nicht übermäßig), sicher ist, daß England vom Zeitpunkt der Existenz dieses Systems als völkerrechtlicher Institution ab versucht hat den Charakter der Institution zu verändern, mit dem Ziel auf kaltem Weg doch noch zu der von vornherein erstrebten Annexion zu gelangen³.

Gemäß Artikel 22 der Völkerbundsakte sind die Mandatsgebiete in A-Mandate (ehemals türkische Provinzen), B-Mandate (eigentliche Mandate, Gebiete mit unmündiger, sich selbst zu verwalten unfähiger Bevölkerung, die von den Kolonialministerien Englands und Frankreichs verwaltet werden, hierunter unter anderen das jetzt umstrittene Tanganyika), endlich C-Mandate (von angrenzenden Territorien aus zum Teil mit diesen zusammen verwaltete Gebiete, hierunter unter anderm Südwestafrika) zu unterscheiden. Bereits 1922 beugte nun das Colonial Office das Recht, indem sich Großbritannien durch das sogenannte Tanganyikastatut (Artikel 10) autorisieren ließ »à constituer le territoire soumis au mandat en unions ou fédérations douanières fiscales et administratives avec les possessions avoisinantes, relevant de sa propre souveraineté ou placées sous son contrôle, à condition que les

3) Es sei nur auf die Äußerung des frühern britischen Kolonialministers Amery verwiesen, der die Mandatsgebiete als das perpetuelle Eigentum der Mandatare erklärte, nur belastet mit der Servitut, daß alljährlich über die materielle und immaterielle Lage der Eingeborenen jener Gebiete an den Völkerbund zu berichten sei. Tatsächlich dürfte jedoch nach der Begründung, mit der das Mandatssystem errichtet wurde, sowie nach dem Wortlaut der Bestimmungen das Eigentum, besser die Souveränität an diesen Gebieten, den Eingeborenen selbst zustehen; Ausüßer der wesentlichen Funktionen der Souveränität bis zum Zeitpunkt der Mündigkeit der Eingeborenen dürfte niemand anders als der Völkerbund selbst sein, während die Mandatare lediglich als die Organe des Völkerbunds zur Ausübung dieser Funktionen zu betrachten sind.

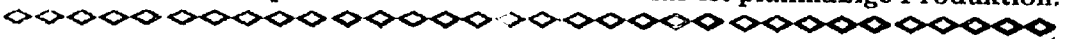
mesures adoptées à cet effet ne soient pas contraires aux dispositions du présent mandat⁴. Hier wird also dem unter dem Regime eines B-Mandats stehenden Tanganyikagebiet unmerklich bereits der Charakter eines C-Mandats beigelegt. Man kann nun mit dem Völkerrechtssachverständigen Friedrich Grimm die Rechtsgültigkeit dieses Statuts als dem Artikel 22 der Völkerbundsakte widersprechend bestreiten, oder man kann seine Rechtsgültigkeit unterstellen und gleichwohl aus dem Schlußsatz des Artikels 10 der Meinung sein, daß das zurzeit von England geplante, oben geschilderte Vorhaben der Rechtsgrundlage entbehre, sicher ist, daß England sich nicht hindern lassen wird zu tun, was es in seinem Interesse (das hier, wie auch sonst, dem kontinentaleuropäischen Stracks zuwiderläuft) zu tun für nötig hält.

Die Reichsregierung hat bisher nur den Rechtsweg beschritten. Von einem politischen Vorgehen, das England kränken konnte, hat man wie stets abgesehen. Scharfe Noten hat man nach deutschem außenpolitischen Brauch nur gegen kontinentaleuropäische Staaten bereit. England gegenüber wagt man höchstens "Einsprüche". Der erste erfolgte durch den Reichsaußenminister Julius Curtius selbst bei der Septembertagung des Völkerbunds, ein anderer eigenartigerweise etwas später durch den (deutscher kolonialer Betätigung abholden) Delegierten Erich Koch in der Völkerbundscommission für Politische Fragen, endlich einer durch das deutsche Mitglied der Permanenten Mandatscommission Julius Ruppel bei dieser. Man scheint erreicht zu haben, daß die Mandatscommission die Beratung des englischen Projekts bis zu dessen Erledigung durch das britische Parlament vertagte, dem eine Vorlage darüber fast gleichzeitig zuging. Man muß als Kontinentaleuropäer zufrieden sein, wenn eine Reichsregierung sich überhaupt aufrafft anderer Meinung zu sein als eine angelsächsische Instanz. Sie hat allerdings noch etwas mehr getan, was der breitem Öffentlichkeit weniger bekannt wurde: Sie überreichte das Werk Das Eingeborenenrecht dem Völkerbund sowie dem Internationalen Arbeitsamt zur Kenntnisnahme, worauf bereits ein formales, aber sehr warm gehaltenes Dankschreiben des Holländers John Loudon einging. Es lohnt die Mühe sich mit dieser monumentalen, rund 1200 Großoktavseiten umfassenden, von Strecker & Schröder in Stuttgart herausgebrachten Publikation näher zu befassen, der Spätfrucht einer Reichstagsresolution vom Jahr 1907. Jene Resolution, deren geistiger Urheber der Berliner Jurist Felix Meyer war, forderte die Kodifizierung der Rechtsanschauungen sämtlicher Eingeborenenstämme der deutschen Kolonien. Das Reichskolonialamt ließ mittels eines von Joseph Kohler ausgearbeiteten Fragebogens in sämtlichen Territorien durch die örtlichen Dienststellen, Missionsstationen und sonst ansässigen Deutschen die Erhebungen anstellen. Bis zum Kriegsbeginn waren diese nahezu vollendet. Während des Weltkriegs schlummerten sie im Archiv der Gouvernements respektive des Reichskolonialamts, um alsdann jedoch einem Stab von Fachmännern unter der Führung Erich Schultz-Ewerths und Leonhard Adams zur Bearbeitung und Veröffentlichung übergeben zu werden. Der 1. Band enthält die Darstellung des Rechtslebens der Eingeborenen des frühern Deutsch Ostafrikas, der 2. die der Eingeborenen der übrigen ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee. Beim Studium dieses Werks wird mancher, vielleicht zu seiner Verwunderung, zweierlei feststellen: einmal, wie weit die Rechts-

4) Siehe hierzu auch Schnee Mandatspolitik, in den Verhandlungen des Deutschen Kolonialkongresses /Berlin 1924/ Seite 4 und folgende.

entwicklung bei diesen Gemeinwesen, die wir primitiv zu nennen gewohnt sind, zum großen Teil bereits fortgeschritten ist, zum andern, mit welchem ehrlichen Eifer Deutsche, die keineswegs immer Juristen oder Ethnologen waren (weshalb natürlich auch der wissenschaftliche und praktische Wert der Einzelabhandlungen verschieden hoch ist), sich um die Klärung der zum Teil denen der Hochkulturvölker ganz entgegengesetzten Rechtsanschauungen der Eingeborenen bemüht haben. Nur bei Franzosen, etwa bei René Basset und Maurice Delafosse, findet man diesen hohen Grad von Einfühlungsvermögen in die Vorstellungswelt der Afrikaner wieder. Die Arbeit hat auch hohe praktische Bedeutung, insofern nämlich, als mit ihr den Mandatsmächten für die Rechtspflege unter den Eingeborenen eine umfassende, fast nie versagende, bisher jedoch fehlende Grundlage geboten wird, besonders, nachdem man sich in der Eingeborenenpolitik immer mehr nach dem Grundsatz richtet, daß zunächst das Eingeborenenkulturgut zu erkennen, zu pflegen und aufwärtszuentwickeln ist. Wenn Deutschland nicht schon durch die Tatsache seiner Mitgliedschaft im Völkerbund, insbesondere in der Mandatskommission, faktisch von dem Vorwurf der Unfähigkeit zur überseeischen Kolonisation gereinigt wäre, durch dieses Werk wird es gerechtfertigt.

Hoffen wir, daß man die Sprache, die mit der Überreichung dieser Arbeit gesprochen wurde, in der Welt versteht. Der Widerstand Englands, der aus seinem Interesse an der Verwirklichung seiner ostafrikanischen Pläne herührt, ist von einem sich in Europa isolierenden Deutschland freilich nicht zu brechen. Der britischen Politik geht es darum die östliche Hälfte Afrikas abrundend zu britisieren und den Indischen Ozean zu einem britischen Binnenmeer zu machen. Das Interesse Kontinentaleuropas an dem gesamten afrikanischen Kontinent ist indessen nicht minder vital. Es gilt Kontinentaleuropa durchzurationalisieren, es relativ autark zu machen, wie es die übrigen 4 sich herausbildenden Wirtschaftsimperien sind oder sein werden, um das Produktionsniveau und die Widerstandskraft der Kontinentalvölker nicht unter das der andern sinken zu lassen. Ohne den Besitz zumindest sehr erheblicher Teile Afrikas ist jedoch keine Arbeitsteilung, keine Erhöhung des Wohlstands, keine Selbstversorgung Kontinentaleuropas möglich. Deshalb handelt Deutschland im gemeineuropäischen Interesse, wenn es sich der englischerseits geplanten Umbiegung des Mandatsgedankens nachdrücklich entgegenstellt. Der Wert des Tanganyikaterritoriums ist ganz verschieden hoch berechnet worden; sicher ist nur, daß er in die Milliarden geht. Glaubt England auf dieses Territorium durchaus nicht verzichten zu können, so möge es Deutschland durch ein Mandat über jetzt englisches westafrikanisches Gebiet entschädigen; der Völkerbund wird solcher Regelung, zumal sie gleichzeitig eine räumliche Ausdehnung des Mandatsprinzips wäre, ganz gewiß nicht widersprechen. Freilich darf man, um ein außenpolitisches Problem in kühner, konstruktiver Weise zu lösen, nicht allein stehen. Deshalb möge die deutsche Außenpolitik nicht allein auf die Rechtswege und Rechtsmittel bauen, sie möge vor allem die Anglophilie und die Frankophobie beiseite lassen. Man verständige sich über die Regelung der Frage schleunigst mit Frankreich, dessen Mandatsgebiete unangetastet zu lassen sind, da sie dem kommenden Kontinentaleuropa nicht verloren gehen, und man fordere von England nachdrücklich afrikanische Produktionsgebiete für den deutschen, den europäischen Arbeiter. Sozialismus ist planmäßige Produktion.



VALTIN HARTIG · EINDRÜCKE EINES DEUTSCHEN SOZIALISTEN IN FRANKREICH

PERSÖNLICHE Erfahrungen und Beobachtungen sind begrenzt. Es erscheint gewagt sie verallgemeinernd auf eine ganze Nation zu beziehen. Aber darf man das gleiche nicht auch von der Presse der sogenannten Öffentlichen Meinung sagen? Auch sie wird nur von wenigen Personen gemacht, die meist bestimmten Interessen dienstbar sein müssen. Eine gewisse Beweiskraft kommt den persönlichen Eindrücken also doch zu, besonders, wenn sie im Verkehr mit Hunderten von Personen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten in den verschiedensten Landesteilen in der letzten Zeit gewonnen sind.

Die Quintessenz meiner Begegnungen mit Franzosen im letzten Jahr ist: Wo überall der Deutsche in Frankreich hinkommt, wird er auf das freundlichste aufgenommen. Irgendwelche Animosität im persönlichen Verkehr ist nirgends zu spüren. Im Gegenteil, mir erscheint es fast, als finde der Deutsche besondere Sympathie. Wer einige Brocken Deutsch aus dem Krieg, der Gefangenschaft oder der Besetzung kann, sucht sie aus lebenswürdigem Entgegenkommen in der Unterhaltung mit dem Besucher zu verwenden. Ich habe seit Jahren im Gespräch mit Franzosen keine andere Meinung gehört als die: der Krieg sei ein tragisches Mißverständnis und ein Unglück für beide Nationen gewesen. Auf den Krieg und die wieder drohende Kriegsgefahr kommt fast jede Unterhaltung mit einem neuen Bekannten. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um Diskussionen mit Sozialisten sondern um Gespräche, die ich mit Angehörigen der verschiedensten Schichten, selbst mit Soldaten, anknüpfte. Überraschend dürfte sein, daß man in solchen Konversationen mehr Sympathie für Deutschland als für England oder gar für Amerika wahrnehmen kann. Für die Amerikaner, so empfindet das Volk, war der Krieg nur ein Geschäft. Selbst im ehemals von den Deutschen besetzten Kriegsgebiet, sogar im ehemaligen Kampfgebiet mit den heute noch vielfach sichtbaren Spuren der Zerstörung vernahm ich keine andere Stimme als die der Trauer über das Geschehene. Es liegen ja die Friedhöfe von 4 Völkern so nahe bei einander, und wer geht nicht aufs tiefste erschüttert an den vielen umzäunten Feldern vorbei, auf denen, wie bei Arras auf einem einzigen, 36 000 Kreuze stehen? Ich denke an einen Abend in Lille. Die Delegierten zum Kongreß der Gemeindearbeiter werden vom Bürgermeister, der ein Sozialist ist, in der großen Halle des neuen und noch nicht ganz fertigen Rathauses empfangen. Er begrüßt sie, und als er erfährt, daß einige Deutsche als Gäste, dabei sind, da heißt er gerade sie ganz besonders willkommen: »Dieser Boden, der 52 Monate Blut trank, lehrt uns, daß Krieg nicht mehr sein darf, daß wir uns vertragen müssen.« Die Liller Oper war bei Kriegsbeginn noch nicht vollendet. Die Deutschen bauten sie aus und spielten darin während des Kriegs. Als an dem Festabend, an dem neben den Kongreßdelegierten Liller Einwohner teilnahmen, gerade in der Oper der erste Deutsche nach dem Krieg in Lille sprach, da wurde er am lebhaftesten begrüßt. Im Sommer ergießt sich ein jährlich wachsender Strom deutscher Ferienreisender nach Frankreich. Auf den Boulevards in Paris hört man zuweilen ebensoviel deutsch reden wie englisch. In den Küstenorten der Normandie und der Bretagne fand ich zahlreiche Deutsche, und überall brachte man dem deutschen Gast eher größere Sympathie als den Engländern entgegen.

Eigentümlich für Frankreich scheint die linkspolitische Stellung der Lehrer zu sein. Sie ist auf den Kampf um die Laienschule zurückzuführen. Unter der Lehrerschaft, die gut organisiert und dem Gewerkschaftsbund, der *Confédération Générale du Travail*, angeschlossen ist, finden die Stimmen gegen den Krieg und für die Verständigung ein besonders gutes Echo. Hier darf man auch darauf hinweisen, daß der Schüleraustausch zwischen Deutschland und Frankreich drüben auf das gleiche Entgegenkommen trifft wie bei uns. Ich hörte französische Väter und Mütter aus Dijon und Charleville begeistert davon sprechen. Eine Reihe von Universitäten veranstaltet Ferienkurse, die besonders von Deutschen stark besucht werden. Ich kam mit Lehrern und Teilnehmern in Rennes und Paris in Berührung. Nirgends fand ich eine andere als deutschfreundliche Haltung, überall das Interesse für die Verhältnisse bei uns, deren Verständnis für die Franzosen nicht leicht ist. Eigene Anschauung von Deutschland ist äußerst selten. Der Franzose zieht sein Wissen über uns aus Büchern und Zeitungen. Es sind einige Werke über Deutschland in der Nachkriegszeit erschienen, zum Beispiel Félix Bérauds Buch über Berlin. Sie enthalten manche überraschend scharfen Wahrnehmungen, aber man wundert sich auch über Mißverständnisse oder Schiefheiten und sieht daran, wie schwer es einer Art ist die andere zu begreifen. Übersetzungen deutscher moderner Literatur sieht man in den Buchhandlungen überall. Der Erfolg von Erich Maria Remarques Buch *Im Westen nichts Neues* muß in Frankreich nicht geringer gewesen sein als in Deutschland. Ihm folgten die Übersetzungen der übrigen Kriegsromane von Ludwig Renn, Arnold Zweig usw.

Wer gleich nach der Reichstagswahl dieses Septembers nach Frankreich kam, mußte erschüttert sein über den Eindruck des Wahlausfalls auf das französische Volk. Er fand eine aufgeschreckte Nation, die den Krieg herankommen sah. Bevor die Aufregung sich etwas legen konnte, schwoll sie durch den Stahlhelmtag in Koblenz erneut und diesmal noch höher an. Die Berichte der Zeitungen gaben täglich der Besorgnis neue Nahrung. Die Sozialistische Partei verfügt in Frankreich nicht über eine große Presse. Neben dem Zentralorgan *Le Populaire* mit einer Auflage von rund 40 000 gibt es zwar noch an 80 Parteiblättchen, die aber nur wöchentlich oder monatlich in sehr kleiner Auflage für die Parteisektionen der Departements, nicht für die breite Öffentlichkeit, erscheinen. In der Provinz werden neben den großen Pariser Blättern lokale Zeitungen gelesen, eine rechter und eine linker Richtung in der Regel. Angesichts der in allen, in den rechten wie linken Blättern stark zum Ausdruck kommenden Besorgnis um die Sicherheit Frankreichs gewann eine im *Matin* erscheinende Artikelserie über die französischen Grenzschutz- und Verteidigungsrüstungen den Anschein einer Beruhigungsaktion, die der Bevölkerung sagen sollte: Wir sind den Stahlhelmen und Hitlerleuten nicht wehrlos preisgegeben. Daß der Stahlhelm in Koblenz davon gesprochen hatte, auch er wolle den Frieden, daß Stahlhelmlaute sich um französische Presseleute besonders bemühten, war zwar im *Matin* veröffentlicht worden, hatte aber, zumal der Reporter Henri de Korab diese Bemühungen deplaciert nannte, in der Aufregung über diese Kundgebung überhaupt keine Wirkung. Auszüge aus den großen Pariser Zeitungen erschienen in der Provinzpresse. Selbst in linken Blättern las ich Artikelserien, die aus Hans von Seeckts Buch über Landesverteidigung zu dem Ergebnis kamen: Deutschland ist moralisch und materiell bereit morgen wieder wie 1914 loszuschlagen. Als ich, empört über solche Meinung und

ihre mögliche Wirkung auf die erregten Gemüter, auf die Redaktion ging, um ihr die Unrichtigkeit jener Behauptungen klarzumachen, erhielt ich, der Redaktion doch ein Unbekannter, die entgegenkommende Antwort: »Schreiben Sie uns, bitte, einen Gegenartikel.« Also auch dies war möglich, und es zeigt gleichzeitig, wie gern man sich in Frankreich von der Grundlosigkeit jener Befürchtung überzeugen möchte. Alle Franzosen, mit denen ich im Oktober sprach, glaubten an einen heraufziehenden Krieg, und mit Ausnahme der Sozialisten hielten alle die französische Politik der Sicherheitsrüstung für richtig und eine Revision des Versailler Vertrags als friedensgefährdend (aber in der Hauptsache eben nur darum) für unmöglich.

Mein Gesamteindruck war: Frankreich ist radikal friedensgewillt. Ihm steckt der Krieg, den es auf seinem Boden erlebte, in allen Gliedern. Die Ungeheuerlichkeit eines neuen Kriegs, die Angst davor läßt alle Rüstungsausgaben tragen. Das französische Volk möchte mit dem deutschen in Frieden leben, aber es wird die Besorgnis nicht los, daß Deutschland angreifen will. Wie ist eine solche Haltung des im Weltkrieg doch siegreichen Frankreichs möglich? Aber man überlege einmal: Frankreich allein Deutschland gegenüber wäre 1914 erdrückt worden. Daß die anderen Mächte bei einem neuen Krieg ihm wieder ebenso beistehen, dafür hat es keine Gewähr. Den Sicherheitspakt haben die angelsächsischen Kriegsverbündeten, sobald sie den Krieg gewonnen und die Beute heimgebracht hatten, dem französischen Volk, das die schwersten Blutopfer gebracht hatte, kalt verweigert. Nun stehen seinen 40 Millionen 63 Millionen Deutsche gegenüber. An die völlige Entwaffnung Deutschlands glaubt man im Volk nicht, man denkt an die gewaltige Chemische und Schwerindustrie Deutschlands, die sich sofort auf Fabrikation von Kriegsmaterial umstellen könnte. Ihre Leistungen im Weltkrieg und die Darlegung ihrer Bedeutung zur Rechtfertigung der Ruhrbesetzung ist dem Franzosen noch im Gedächtnis. Dazu kommt nun das unglaubliche Anschwellen des deutschen Nationalismus, dazu kommt die Unkenntnis Deutschlands und deutscher Gemütsart. Die Demonstration der Stahlhelmer mit ihrer feldmarschmäßigen Ausrüstung war, wie die Beobachtung der Presse, wie die unzähligen Gespräche mit Privatpersonen zeigten, den Franzosen ein schlagender Beweis für die materielle und geistige Nichtabrüstung Deutschlands. Dabei ist noch eines zu bedenken: Man kann in Frankreich solche Massendemonstrationen nicht in ihrer wahren Bedeutung abschätzen. Denn die Organisation, die es in Frankreich zuwege brächte in einer Stadt 100 000 Mann in gleicher Ordnung aus dem ganzen Land zusammenzuführen, hätte eine Macht, vor der sich die Regierung beugen müßte. Die deutschen Massenorganisationen kennt Frankreich eben nicht. Die gesamten französischen Gewerkschaften aller Richtungen zählen noch nicht 800 000 Mitglieder. Die Sozialistische Partei, die im Parlament kaum geringern Einfluß als die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag besitzt, ist die einzige mit einer nennenswerten Organisation, aber auch sie zählt, gegenüber den 1 100 000 Mitgliedern in Deutschland, deren nur 100 000. Von den auf die Koblenzer Tagung folgenden Gegendemonstrationen der Sozialdemokratie und dann des Reichsbanners in Berlin wurde in der großen bürgerlichen Presse wenig gesprochen. Als ich darauf in einigen Versammlungen hinwies und bemerkte, das hätte bestimmt gewissen Kriegsinteressenten nicht gepaßt, gab es jedesmal frenetische Zustimmung. Später bemerkte ich, daß in den Zeitungsauslagen die Photographieen dieser beiden großen Demonstrationen große Beachtung

fanden. Leider kamen sie verhältnismäßig spät. Zur Beruhigung konnte ich nichts Besseres tun als auf die Stärke unserer für die Demokratie und den Frieden eintretenden Arbeiterorganisationen hinzuweisen, deren numerische Größe die Franzosen stets schrankenlos bewundern. In Arbeiterversammlungen mußte ich angesichts des starken Eindrucks dann geradezu vor der Überschätzung wieder warnen, denn sonst hätte man geglaubt, die deutschen Gewerkschaften hätten das Heft vollständig in der Hand und brauchten die Arbeitsbedingungen nur zu diktieren. Von unserm systematischen Organisationsgeist, der auf der Seite der Arbeitgeber ebenso wie bei den Arbeitern vorhanden ist, hat man in Frankreich keine Vorstellung.

Es scheint ein Paradoxon und ist doch richtig: Auch der Nationalismus Frankreichs ist friedensgewillt, er stellt seine unsinnigen Forderungen nur zum Schutz des Landes vor einem Krieg. Ist nicht ein schlagender Beweis dafür das, was Briand auf dem Bahnhof in Lyon bei der Rückkehr aus Genf passierte? Ein Kriegskrüppel beschimpfte ihn dort: »Du Schurke, du treibst uns wieder in den Krieg!« Der Mann war dazu von der Action Française, also dem Organ des extremen Nationalismus, angestiftet. Er war eben von der Meinung beherrscht: Die Politik Briands schwächt die Verteidigungskraft Frankreichs und erleichtert einem revanchedurstigen Deutschland die Kriegsvorbereitung; um Gottes willen also keine Revision des Versailler Vertrags! Wie oft habe ich es erlebt, daß nach freundlicher und verständnisvoller Unterhaltung etwas wie Härte und Schroffheit in das Gespräch kam, wenn man die Revision verlangte. Dann war es zunächst, als spräche man gegen eine Mauer. Auch hier scheint mir ein tragisches Mißverständnis vorzuliegen. Für 80 % aller Franzosen ist der Versailler Vertrag die Garantie des Friedens; an ihm rütteln bedeutet für sie Kriegsmöglichkeiten schaffen. Daß Frankreich mit all seiner Politik den Frieden will, ist jedem Franzosen unumstößliches Evangelium. Indem Frankreich an dem Versailler Vertrag festhält, Deutschland keine weitere Aufrüstung gestattet, wahrt es den Frieden, erweist es der Menschheit einen hohen Dienst: das ist die Volksmeinung, die sich von der Bedeutung des polnischen Korridors für das Empfinden aller Deutschen keine Vorstellung macht. Wenn Deutschland Revision gerade im Interesse der Befriedung verlangt, um Unruhequellen und Konfliktsstoffe zu beseitigen, denkt der Franzose, wir wollen mit der Revision die Möglichkeit zur Rüstung und zur Revanche. Immerhin konnte ich in einer öffentlichen Kundgebung gegen den Krieg offen von der Notwendigkeit der Revision sprechen, ohne daß Störungsversuche gemacht wurden, obwohl der deutsche Redner an allen Plakatsäulen groß angekündigt worden war, und das war diesmal, Ende Oktober, in einer der nordischen Industriestadt Lille geradezu in allem so entgegengesetzten Stadt wie Nizza mit ihrer südlichen Bevölkerung. In der selben Versammlung führte der temperamentvolle französische Sprecher in seiner Begründung der Verständigungsnotwendigkeit aus, er trage noch Geschößsplitter unter der Haut, und vielleicht rühren sie gar von dem Deutschen her, der eben gesprochen habe, aber er drücke ihm brüderlich die Hand. Und als er dabei spontan meine Hand erfaßte, da raste der überfüllte Saal von überwältigendem Beifall. Einige Tage vorher sprach ich in einer kleinern, von der Liga für Menschenrechte einberufenen Versammlung in Cannes, die hauptsächlich von Intellektuellen besucht war. Hier stellte man mir in der Diskussion ins einzelne gehende Fragen zum Versailler Vertrag, insbesondere über die territorialen Regelungen. Es gelang

unschwer die Zuhörer davon zu überzeugen, wie sehr Unverständnis gegenüber dem neuen Deutschland dazu beigetragen hätte den deutschen Nationalismus wachsen zu lassen. Aber die Frage wurde auch gestellt, ob man in Deutschland die Räumung des Rheinlands 5 Jahre vor dem letzten Termin nicht als einen Akt der Versöhnlichkeit hätte aufnehmen müssen.

Das Ergebnis meiner persönlichen Erfahrungen ist dies: Wie es auch um die offizielle Politik beider Länder stehen mag, von welchen Faktoren und Interessen sie auch beeinflußt werde, die Bevölkerung Frankreichs, der einfache Mensch dort ist verständigungswillig und wünscht nichts sehnlicher als den Frieden mit uns. Aber er lebt in der Vorstellung eines möglichen Kriegs. Der Schrecken davor beeinflußt auch die Politik des demokratischen Landes. Worauf es also ankommt, ist, daß wir dem französischen Volk unsern Friedenswillen glaubhaft machen.

JULIUS BERGER · DER VERSUCH EINER KLEIN- SIEDLUNG IN PALÄSTINA UND SEIN GELINGEN



NICHT nur für Zionisten ist die Ansiedlung jüdischer Massen auf produktiver Grundlage von Interesse. Daher sollen die Ergebnisse einer vor kurzem vorgenommenen Untersuchung der Verhältnisse in Schchunath Borochow, der einzig bisher vollständig durchgeführten jüdischen Kleinsiedlung in Palästina, hier wiedergegeben werden. Die Untersuchung geschah im Frühjahr und Sommer 1930 auf Veranlassung der Palestine Mortgage and Credit Bank durch den Beamten dieser Bank Studnitz und den Verfasser dieses Aufsatzes.

Die Kleinsiedlung Schchunath Borochow liegt $3\frac{1}{2}$ Kilometer nördlich von Tel Awiw. Sie wurde im Jahr 1921 von einer Gruppe poalezionistischer Arbeiter und Angestellten gegründet und nach dem Schöpfer der poalezionistischen Bewegung, Dob Borochow, genannt. Der Boden, 640 Dunam (588 000 Quadratmeter) wurde vom Jüdischen Nationalfonds erworben. Doch mußten sich die Siedler mit $\frac{1}{3}$ an dem Bodenpreis beteiligen. Diese Beteiligung wird als Vorauszahlung auf die von den Siedlern zu zahlende Pachtrente (4 % vom Erwerbspreis) gerechnet. Die Akkumulierung der zukünftigen Bodenrente in eine Beteiligung am Bodenerwerbspreis steht zweifellos mit der Grundidee des Jüdischen Nationalfonds in Widerspruch, deren Merkmal gerade darin besteht, daß der Siedler keinerlei Aufwendungen für den Boden zu machen braucht, abgesehen von der Rente. Die Gründung der Siedlung entsprach einem realen Bedürfnis: Ersatz der schlechten und teuren Stadtwohnungen durch billige und praktische Eigenheime in der Nähe der Stadt, Verbesserung der Existenzbedingungen durch Zuweisung einer kleinen Bodenfläche zu jedem Haus, das die Anlage einer landwirtschaftlichen Hilfswirtschaft und Selbstversorgung des Siedlers mit Gemüse, Milchprodukten, Eiern usw. ermöglichen sollte. Entsprechend der Gesinnung der Gründer sollte die Siedlung einen ausgesprochen sozialistischen Charakter tragen. Privatläden sind nicht erlaubt. Vermieten ist verboten.

Schchunath Borochow ist in 219 Siedlerstellen von $2\frac{1}{2}$, $2\frac{1}{4}$ und $1\frac{1}{2}$ Dunam (2300, 2070 und 1380 Quadratmeter) eingeteilt. Im Sommer dieses Jahres waren 135 Stellen besiedelt, weitere 25 schon vergeben. Jeder Siedler darf

nur eine einzige Stelle besitzen. Wir zählen insgesamt 500 Einwohner, darunter 174 Kinder. Der Boden der Siedlung ist stark hügelig und größtenteils für Orangenbau geeignet. Wie fast alle früheren jüdischen Siedlungen in Palästina litt auch diese viele Jahre unter Wassermangel. Erst im Jahr 1926 wurden von verschiedenen zionistischen Institutionen Anleihen zur Verfügung gestellt, mit deren Hilfe eine moderne Wasserversorgung eingerichtet werden konnte. Das bis dahin sehr ungünstige Bild der Siedlung änderte sich sofort nach Fertigstellung der Wasseranlage, und ihre ganze Entwicklung kann daher tatsächlich erst vom Jahr 1927 ab datiert werden.

Nach allerhand langwierigen Verhandlungen standen für den Bau der ersten Häuser 4000 Pfund zur Verfügung, die als 1. Hypothek in Abschnitten von je 180 Pfund an 22 Siedler verlost wurden. Die Häuser sollten 300 Pfund kosten, das Restgeld wurde zu je $\frac{1}{3}$ von dem Palästinensischen Arbeiterfonds, den Hauseigentümern und als Darlehen des Bauunternehmers bereitgestellt. Dies war eine Baugilde. Bald wurde die Erhöhung der Bausumme auf 400 Pfund verlangt. Als man sie nicht bewilligte, wurde der Bau eingestellt. Es kam zu sehr schwierigen Verhandlungen, die Hypothekenbank stellte schlechte Bauausführung fest und verlangte grundlegende Reparaturen der Häuser, kurzum, die Häuser kamen schließlich auf 500 Pfund zu stehen, sind aber tatsächlich nicht mehr als die 1. Hypothek wert; das in sie darüber hinaus hineingesteckte Kapital ist verloren. Das System des full equipment hat in diesem Fall vollkommen versagt. Heute befinden sich insgesamt 81 massive Häuser in der Siedlung, die mit Ausnahme jener erstgebauten 22 ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel von den Siedlern selbst mit Hilfe ihrer Ersparnisse und mittels kleiner Anleihen errichtet wurden. Die meisten von ihnen bauten die Siedler selbst. Derartige Häuser kosten heute als Einzimmerhaus mit Küche und Terrasse zirka 70 Pfund, als Zweizimmerhaus mit Zubehör 100 bis 130 Pfund. Diese Häuser sind zwar in der Regel kleiner als die erstgebauten 22, sind ihnen aber an Qualität der Ausführung überlegen. Vor allem aber sind sie, eben weil sie von den Siedlern selbst, teilweise im Verlauf von Jahren, errichtet wurden, praktischer und, was das Wichtigste ist, schuldenfrei. Für den Wegebau gab der Keren Hajesod 2000 Pfund als Anleihe. Der Umfang der Wegebauten ist gering, befestigte Wege gibt es überhaupt nicht. An öffentlichen Anstalten zählt das Dorf einen Kindergarten mit 45 Kindern, eine Schule mit 75 Schülern, eine Klinik der Krankenkasse und eine Konsumgenossenschaft.

Was die Berufsschichtung in der Siedlung anlangt, so waren ursprünglich 57 % der Siedler städtische Arbeiter, 14 % landwirtschaftliche Arbeiter, 20 % Angestellte, 4 % Handwerker, 2 % Händler. Heute zählen wir nur mehr 43 % städtische Arbeiter, 10 % landwirtschaftliche Arbeiter und 24 % Angestellte. Vermehrt hat sich noch die Gruppe der Handwerker auf 9 % und die der Selbständigen Landwirte von früher 1,3 auf jetzt 9 %. Auch gibt es da 3 Händler: 2 Milhhändler und 1 Petroleumverteiler. 52 % der Siedler haben ihren Arbeitsplatz in Tel Awiw, 21 % in der Umgebung der Siedlung, 27 % in der Siedlung selbst. Jeder Siedler hat für eine Stelle je nach der Größe von 49,5 bis 56 Pfund zu zahlen, und zwar etwa die Hälfte bar, den Rest innerhalb von 15 Jahren. In diese Zahlung ist einbegriffen der Anteil am Bodenerwerbspreis (11 Pfund), an der Wasserversorgung (26) und an Wegebaukosten (12). Die Steuern betragen 8 % vom Einkommen, werden je nach der Zahl der Familienmitglieder ermäßigt. Jeder Siedler erhält 1 Kubikmeter

Wasser täglich frei. Die Einnahmen und Ausgaben der Siedlung betragen 840 Pfund, von denen 624 aus den Steuern der Siedler, der Rest aus indirekten Steuern und Abgaben und aus den Einnahmen der Wassereinrichtung gedeckt werden. Von den Ausgaben entfallen 400 Pfund auf Unterricht, 120 auf Wache, 200 auf Verwaltung, 60 auf öffentliche Arbeiten. Die durchschnittliche Verschuldung der Siedler beträgt 44,5 Pfund, aber nach Abzug der bezeichnenderweise ungleich stärker verschuldeten Angestellten nur mehr 24,3 Pfund. Das ist 8- bis 10mal weniger als etwa die Verschuldung des durchschnittlichen Siedlers in der Ebene Jesreel.

Eine vorsichtige Schätzung des durchschnittlichen Reinvermögens der Siedler nach Abzug der Schulden ergibt je 161 Pfund. Das Gesamtreinvermögen von Schchunath Borochow beträgt danach etwa 20 000 Pfund. Außer den 81 massiven Häusern gibt es in 11 % der Fälle noch massive Kuhställe und in ebenso vielen Fällen massive Hühnerställe. Nur noch 32 % der Siedler wohnen in Baracken, und diese sind teilweise sehr gut gebaut und ein vollkommener Hausersatz. In 24 % der Fälle finden wir provisorische Kuhställe, in 28 % provisorische Hühnerställe. Nur 3 Siedler haben überhaupt noch keine eigene Wohnung und wohnen entgegen den Gesetzen der Siedlung zur Miete. In 8 % der Fälle ist überhaupt noch kein Stall vorhanden. Wir finden über 60 Kühe und über 4000 Stück Geflügel. 42 % der Siedler, das sind aber 70 % aller derer, die länger als 2 Jahre sesshaft sind, besitzen eine junge Orangepflanzung. 20 % treiben statt dessen oder außerdem noch Gemüsebau. Sehr anschaulich wird das Bild, wenn wir die Siedler in 4 Gruppen, je nach der Länge ihres Aufenthalts in der Siedlung, einteilen. Dann beträgt das durchschnittliche Reinvermögen in Gruppe A (5 Jahre und länger in der Siedlung) 252 Pfund, in Gruppe B (2 bis 5 Jahre in der Siedlung) 187 Pfund, in Gruppe C (weniger als 2 Jahre in der Siedlung) 81 Pfund und in Gruppe D (noch nicht angesiedelt) 78 Pfund. Das zeigt klar die fortschreitende Vermögensbildung, analog der Länge des Aufenthalts in der Siedlung. Mit Ausnahme der Kranken und einiger weniger, von ihrer Familie unterstützten älteren Personen haben alle Siedler ein stabiles Einkommen. Es beträgt durchschnittlich bei den Angestellten 11,7 bis 15 Pfund, je nach der Dauer des Aufenthalts in der Siedlung, was in den meisten Fällen der Länge des Aufenthalts im Land überhaupt entspricht, bei den Nichtangestellten, das heißt vor allem Arbeitern, 7,3 bis 7,7 Pfund monatlich. Zu dem Arbeitseinkommen kommt in 25 % der Fälle ein Zusatzeinkommen aus dem Verkauf der Produkte der Hilfswirtschaft in Höhe von 5 bis 60 % des Arbeitseinkommens. Dabei wurde lediglich der durch den Verkauf der Produkte erzielte Erlös gerechnet, während der Wert der im eigenen Haushalt verzehrten Eigenprodukte nicht festgestellt werden konnte; er trägt jedenfalls ganz beträchtlich zur Besserung der Lebenslage bei, davon zeugen unter anderm das gute Aussehen der Kinder sowie das relativ hohe Niveau der Ernährung.

Dieser ausgezeichnete Stand wurde erreicht, ohne daß die öffentlichen Finanzinstitute nennenswert dazu beitragen mußten. Mit Ausnahme jener 22 Siedler, die an dem verunglückten Hausbauexperiment beteiligt wurden, hat nie ein Siedler je einen Zuschuß seitens der zionistischen Finanzinstitute erhalten oder auch nur beansprucht. Die Gelder, die die Siedler für den Aufbau ihrer Wirtschaften brauchten, bekamen sie in 80 % der Fälle als kleine Anleihen (15 bis 20 Pfund, abzahlbar innerhalb eines Jahres) von den Kleinbanken,

zu 9 bis 12 % Verzinsung. Fast nur solchen Anleihen sind die erste Einrichtung der Wirtschaft, der Bau des Hauses und der Stallung, der Kauf der Kühe, der Setzlinge für den Orangengarten usw. zu verdanken. Die Siedler selbst sind sehr streng auf genaue Einhaltung der Rückzahlungsbedingungen bedacht. Die Institute der Zionistischen Organisation und der ihr nahestehenden Unternehmungen haben sich an der Gründung und dem Ausbau der Siedlung mit 17 657 Pfund beteiligt. Davon entfallen auf den Kaufpreis des Bodens durch den Jüdischen Nationalfonds 6800 Pfund, auf eine Anleihe des Keren Hajessod für Wegebau und Wasserversorgung 2068 Pfund, auf eine Anleihe des Jüdischen Nationalfonds für die Wasseranlage 2000 Pfund. Die Anleihe der Hypothekenbank für 22 Häuser beträgt zuzüglich Zinsen (5 % auf 20 Jahre) 4950 Pfund. Für eben diese Häuser hat der Palästinenische Arbeiterfonds eine unverzinsliche Anleihe von insgesamt 800 Pfund auf 20 Jahre gegeben, ferner 427 Pfund als Anleihe für die Wasserleitung. Für den selben Zweck ließ die American Zion Commonwealth 612 Pfund. Andere öffentliche Mittel hat die Siedlung nicht erhalten, das heißt, auf die einzelne Siedlerstelle entfallen 84 Pfund. Alle Anleihen werden aber im Lauf von 15 bis 20 Jahren abgezahlt, mit ihrer Rückzahlung ist genau nach den Bedingungen bereits begonnen. Dann werden auf den einzelnen Siedler als Zuschußleistung aus öffentlichen Mitteln nur mehr 33 Pfund entfallen, nämlich der Betrag, den der Jüdische Nationalfonds für den Boden gezahlt hat, der bekanntlich in seinem ewigen Besitz bleibt. Mit einem Kapitalaufwand von je 84 Pfund pro Siedler, wovon aber nur 33 Pfund als dauernde Investition bleiben werden, während der Rest zurückgezahlt wird, wurde also eine Siedlung geschaffen, auf der heute schon 500 Menschen unter recht auskömmlichen Verhältnissen leben, und die nach ihrem völligen Ausbau über 800 Menschen eine gute Existenzgrundlage bieten wird. Jetzt schon beträgt das Gesamtreinvermögen der Siedler rund 20 000 Pfund. Hier ist in verhältnismäßig kurzer Zeit ein beträchtlicher Wohlstand geschaffen worden, wobei man öffentliche Mittel nur ganz wenig in Anspruch nahm.

Das gute Gelingen der Siedlung hängt natürlich nicht in letzter Linie von der Qualität der Siedler ab. Und hier muß den Frauen von Schchunath Borochow ein besonderes Lob gespendet werden. Auf ihren Schultern ruht die gesamte Haus- und Kleinwirtschaft, und sie kommen dieser keineswegs leichten Aufgabe mit letzter Hingabe nach. Wir haben mehrere Fälle, wo eine Frau neben ihrer Hauswirtschaft und der Pflege ihres Kindes ganz allein die Anlage von über 2 Dunam (über 1800 Quadratmeter) bewässerter Gemüsekultur betreibt und daraus schon im 1. Jahr eine monatliche Bareinnahme von 3 Pfund zieht. Eine andere bewirtschaftet ohne jede fremde Hilfe einen Kuhstall von 3 Milchkühen, einen Hühnerstall von 100 Stück Geflügel, einen Orangengarten von 2 Dunam und hält außerdem noch einen Haushalt mit 3 Kindern, wovon erst 2 in schulpflichtigem Alter sind, in tadelloser Ordnung; auf diese Weise ist sie imstande das Einkommen ihres Mannes, eines Chauffeurs mit 10stündiger Arbeitszeit, fast zu verdoppeln.

Neben der guten Qualität der Siedler (wodurch sich aber Schchunath Borochow nicht von anderen Siedlungen in Palästina unterscheidet) sehen wir 2 Hauptgründe für das Gelingen des Experiments. Der eine ist der Charakter von Schchunath Borochow als einer vorstädtischen Siedlung. 52 % der Siedler finden ihren Erwerb in Tel Awiw, 21 % in den benachbarten Siedlungen

der Orangenzone; höchstens 20 % sind für ihre Existenz auf Schchunath Borochow selbst angewiesen. Die Kombination von gut bezahlter städtischer Arbeit mit landwirtschaftlicher Selbsthaftigkeit ist entscheidend für das Gelingen. Sie ermöglicht die Aufrechterhaltung eines höhern Standards als er sonst im Land zu finden ist, nicht zum wenigsten, weil sie den Arbeiter und Angestellten von den Schwankungen der Wirtschaft viel unabhängiger macht als den in der Stadt lebenden Kollegen. Die Wohnungen in Schchunath Borochow sind viel besser als die durchschnittlichen Massenquartiere der Stadt und fast durchweg miete- respektive zinsfrei. Der Siedler genießt den Nutzen einer kleinen, nebenbei zu betreibenden Hilfswirtschaft und ist verhältnismäßig leicht imstande sich die Grundlage zum wirtschaftlichen Aufstieg zu schaffen. Die andere Ursache des Erfolgs des Experiments sehen wir in der Finanzierung der Wirtschaften durch die Siedler selbst unter fast völligem Ausschluß der Hilfe durch die Öffentliche Hand. Abgesehen von Bodenerwerb, Wasseranlage und Wegebau waren die Siedler ganz auf sich gestellt. Dieses System hat sich ausgezeichnet bewährt, weil es der Psyche der Siedler entgegenkam. Es hat ihre konstruktiven Kräfte geweckt, Energie, Anpassungsfähigkeit, Gefühl für die Chance. Im Gegensatz zu anderen zionistischen Siedlungen gingen alle wirtschaftlichen Experimente in Schchunath Borochow auf eigene Verantwortung des Siedlers. Not und natürliche Entwicklung machten den Siedler sparsam, Extravaganzen abgeneigt, hoben gleichzeitig sein Selbstvertrauen, das den Erfolg jeder selbständigen Arbeit entscheidet. Nichts bezeichnet besser den Erfolg dieses Systems als das Versagen der Gegenmethode, wie wir sie im Fall der mit Hilfe öffentlicher Gelder errichteten 22 Häuser sehen. Die Siedler in Schchunath Borochow, die keine Hilfe aus öffentlichen Mitteln bekamen, sind heute weit besser daran als diejenigen, denen der Keren Hajessod Häuser baute.

Das Experiment der Selbsthaftmachung des städtischen Arbeiters und Angestellten mittels der vorstädtischen Kleinsiedlung, wie es in Schchunath Borochow unternommen wurde, ist geglückt. Zwar blieben viele der ursprünglichen Ideologien nur so lange wirksam als es der Siedlung schlecht ging. Seit Wasser da ist, und eine Entwicklung zur Prosperität begann, haben sie einer mehr wirtschaftlichen Betrachtungsweise Platz gemacht. Der Großteil der Siedler ist von der Bedarfswirtschaft zur Verkaufswirtschaft übergegangen. Trotzdem behielten die sozialistischen Ideale ihre Kraft. Das zeigt sich auch in der fortschreitenden Entwicklung der Konsumgenossenschaft Zorchaniah, deren Ausbau nach der Seite der Produktion hin erwogen wird, und die bereits jetzt eine sehr bedeutende Rolle in der Wirtschaft der Siedlung spielt. Der Erfolg des ganzen Unternehmens macht das fortgesetzte Drängen der palästinensischen Arbeiterschaft nach der Gründung weiterer Arbeitervorstädte sehr begreiflich. Schchunath Borochow ist aber auch ein Beweis dafür, daß eine vor allem auf Quantität abzielende Siedlungspolitik, wie sie die politische Lage heute dringender als je vorschreibt¹, in Palästina ausgezeichnete Möglichkeiten hat und auch mit bescheidenen Mitteln Resultate erzielen kann. Darüber hinaus liefert Schchunath Borochow einen interessanten Beitrag zur Frage der jüdischen Siedlung im besondern und der der vorstädtischen Siedlung überhaupt.

1) Siehe dazu die Rundschau *Außenkolonisation*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 II Seite 724 und folgende.

HERMAN KRANOLD · SIDNEY OLIVIERS VERMÄCHTNIS



LORD Sidney Olivier verbrachte den größten Teil seines Lebens in der englischen Kolonialverwaltung. Die Gebiete, in denen er an verantwortlichster Stelle, praktisch unermüdlich tätig, den Hauptteil seiner reichen Erfahrungen sammeln konnte, waren Westindien und Westafrika. Dort brachte er es bis zum Gouverneur von Jamaica, einer alten, großen, zeitweise von schwersten Nöten geplagten englischen Kronkolonie. Er konnte seine glänzende Laufbahn machen, obwohl er seit Jahrzehnten als Sozialist und Labourist bekannt war. Er ist einer der Gründer der Gesellschaft der Fabier, und von der 1. Hälfte ihres Aufsatzbands, der zuerst 1889 erschien und in der Geistesgeschichte des europäischen Sozialismus einen tiefen Einschnitt machte¹, schrieb er den 4. Abschnitt Die moralischen Grundlagen des Sozialismus; damals noch junger bachelor of arts in Oxford, aber eine Feuerseele, gebändigt von schonungsloser Sachlichkeit. Mit auf Olivier bezieht sich der Satz in Sidney Webbs Einführung zu der Neuausgabe vom November 1919:

»2 der 7 Verfasser können . . . darauf hinweisen, daß ein großer Teil ihrer "Werke" in jenen Archiven begraben liegt, in denen die Aktennotizen und Berichte modern, durch die die Amtsgeschäfte des Britischen Reichs erledigt werden . . . Alle 5 Überlebenden waren zu der einen oder andern Zeit in verschiedenen Formen öffentlicher Verwaltung tätig, vom Dienst in einem Gemeinderat [vestry; bezieht sich auf Shaw] bis zum Regieren einer Kolonie.«

In den Literaturangaben über die Tätigkeit der Gesellschaft der Fabier bei Webb finden sich über Angelegenheiten des Britischen Reichs neben der von George Bernard Shaw 1900 herausgegebenen Sammlung *Socialism and the Empire* auch 2 Schriften von Sidney Olivier: *The League of Nations and Primitive Peoples*, das 1918, und *White Capital and Coloured Labour*, ein kleines Buch, das 1906 erschien. Seit jener Einführung aus Webbs Feder sind wiederum 10 Jahre ins Land gezogen. Inzwischen ist Olivier, der, nachdem er in der Amtslaufbahn schon Baronet geworden war, damals Lord wurde und ins Oberhaus eintrat, Staatssekretär für Indien in der 1. Regierung MacDonald im Jahr 1924 gewesen. Jetzt, in MacDonalds 2. Regierung, ist er seines hohen Alters wegen nicht wieder Minister. Als Altersgabe, als kolonialpolitisches Testament, legt er uns nun das letztgenannte Buch in neuer Bearbeitung vor, und zwar nicht wieder, wie die 1. Ausgabe, als kleine Sammlung von Zeitschriftenbeiträgen sondern nunmehr im Umfang von 346 Seiten als systematische Bearbeitung des Gegenstands². Die Neubearbeitung berücksichtigt in vollem Umfang die tiefgreifende Entwicklung, die während der 25 Jahre seit dem Erscheinen der 1. Auflage in den Beziehungen zwischen Weißen und Nichtweißen Platz gegriffen hat: Wenn Olivier vom »weißen Kapital« in seinem Buch spricht, so meint er die das Kapital und den Boden in den kolonialen Gebieten vorwiegend beherrschenden Arbeitgeber

1) Siehe den *Sammelband Fabian Essays in Socialism*, herausgegeben von Shaw, Beiträge von Besant, Bland, Clarke, Olivier, Shaw, Wallas, Webb /London 1889/; die letzte englische Ausgabe, die mir vorliegt, mit einem Vorwort von Webb (jetzt Lord Passfield) /London 1929/. Von deutschen Ausgaben ist mir nur eine bekannt: *Englische Sozialreformer, eine Sammlung Fabian Essays* /Leipzig 1897/, veranstaltet von Grunwald mit einem Vorwort von Saenger, das der Bedeutung des Buchs besser gerecht wird als der neue, von Grunwald gegebene Titel und die Tatsache, daß er das Vorwort Shaws und den Beitrag Blands Der Ausblick fortgelassen hat.

2) Siehe *Olivier White Capital and Coloured Labour*, neue Ausgabe /London 1929/; siehe auch vom selben Verfasser *The Anatomy of African Misery* /London 1927/.

europäischer (vorwiegend britischer) Abstammung, und unter »farbiger Arbeit« versteht er »Völker, vorwiegend afrikanischer Rasse, seien es Abkömmlinge und Nachfolger von Sklaven in unseren älteren Kolonien, seien es unzivilisierte Eingeborene, die bei der Aufteilung Afrikas unter weiße Souveränität geraten sind, betrachtet als Arbeiterschaft, die die Weißen in Landbau, Bergbau, öffentlichen Diensten, technischen Anlagen oder solchen Gewerben gegen Lohn beschäftigen oder zu beschäftigen suchen, die die Einführung der europäischen Zivilisation in ihren Ländern begleiten«. Aber auch Biologie, Anthropologie, soziale und ökonomische Studien hätten in jenen 25 Jahren beständig zur Kritik der Beziehungen zwischen den Rassen beigetragen, so daß man das Buch nicht mehr einfach neudrucken konnte.

Jene tiefgreifende Wandlung im britischen Kolonialreich seit dem ersten Erscheinen seines Buchs schildert Olivier in meisterhafter Zusammenfassung; besonders hebt er folgende Momente hervor:

1. die weitgehende Beachtung der Probleme der Agrikultur in den rassistisch gemischten alten britischen Kolonien in Westindien, sowohl unabhängig von direkter Zuwendung weißen Kapitals als auch in Zusammenhang mit ihr,
2. die selbe Entwicklung in Westafrika, unter besonderem Hinweis auf den von den Eingeborenen betriebenen bäuerlichen Kakaoanbau,
3. die Entwicklung des Bergbaus und sonstiger industrieller Tätigkeit in Afrika, insbesondere innerhalb der Südafrikanischen Union,
4. das Wiedererstehen prinzipiell verschiedener Behandlung der menschlichen Rechte von Europäern und Eingeborenen in Südafrika, die »das normale ökonomische Streben der weißen landbesitzenden und arbeitgebenden Klasse ihre politische, wirtschaftliche und militärische Übermacht über eine landlose arbeitende Klasse auszunutzen« verstärkt und noch bedenklicher macht, aber auch die durchaus gleichartige Entschlossenheit der weißen Arbeitnehmer Südafrikas die politisch rechtlosen eingeborenen Arbeiter in der Stellung ungelerner, schlecht bezahlter Tagelöhner festzuhalten und ihnen durch Gesetz (South African Industrial Colour Bar Law von 1926) und Sitte das Koalitionsrecht und den Zugang zu den gelernten Berufen vorzuenthalten,
5. die Versuche neue Gebiete durch großkapitalistische Unternehmungen zu exploitiern, zum Beispiel die Übertragung von Hoheitsrechten und Ausbeutungsmonopolen durch Verleihung (Charter) an Aktiengesellschaften, wie im Fall der British South African Company hinsichtlich der südafrikanischen Gebiete Maschonaland, Matabeleland, Nordrhodesien usw.,
6. die weiße Kolonisation in Ostafrika und die Methoden der europäischen Arbeitgeber zur Deckung des Bedarfs an farbiger Arbeit in diesen Gebieten,
7. die Doktrin der Treuhänderschaft (Trusteeship) der weißen Rassen für die Zivilisierung der farbigen »rückständigen« Völker in Afrika usw., wie sie der Gründungsvertrag (Covenant) des Völkerbunds verkündet, und die britischen Regierungen der letzten Jahre »kühnlich verheißen« haben.

Auch für die nicht unter einem Mandat des Völkerbunds verwalteten britischen Kolonialgebiete hat die britische Regierung diesen Grundsatz ausdrücklich anerkannt, unumwunden durch den Mund des Herzogs von Devonshire in dem Kenyaweißbuch von 1923, wo es heißt, daß »in allen unseren afrikanischen Gebieten die Interessen der Eingeborenen von der Regierung als »oberste« (paramount) angesehen werden müssen, und daß, wenn die Interessen afrikanischer Eingeborener und die Interessen der einwandernden

Rassen in Widerstreit geraten sollten, die ersten den Vorrang haben sollten«³. Demgegenüber hat sich nach Olivier die britische Kolonialverwaltung im Lauf der letzten 30 Jahre von dem Grundsatz leiten lassen, daß die »Reichsbesitzungen als unentwickelte Liegenschaften behandelt werden müssen«. Bis 1890 etwa seien »britische Kolonien organische menschliche Gemeinschaften« gewesen, »die Bevölkerungen aus verschiedenrassischen Zutaten hatten, die aber alle gleichen Rechts als britische Untertanen waren«:

»Auswanderer in diese Gebiete gingen dorthin, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen . . . Auch in den Gemeinschaften von gemischter Rasse . . . konnten sie keine weiteren Rechte beanspruchen, als wenn sie in der Heimat das Feld ihrer Tätigkeit gewechselt hätten. Niemand sprach von ihnen als Sendboten des Reichs oder betrachtete die Kolonien als Milchkuhe für England . . . oder ihre Länder und "zurückgebliebenen" Völker als von der Vorsehung dafür ausersehen zum Vorteil der Briten angeeignet und in Dienst gezwungen zu werden.«

Die Politik der Kolonialverwaltung sei streng von den Grundsätzen des victorianischen Liberalismus beherrscht gewesen. Ohne zu erörtern, ob das Lob des victorianischen Englands hier nicht doch etwas allzu uneingeschränkt gesungen wird, kann man zugeben, daß die Philanthropie, die Charles Dickens' Frau Jelliby über den Strümpfen für die Neger von Borrioboola Gha Mann und Kinder vergessen ließ, in der Tat ein für den Kolonisatorengeist jener Zeit charakteristischer Exzeß ist.

Ein 2. Teil des Vorworts rechtfertigt den reichlichen Gebrauch von Begriffen wie Industriekapitalismus, kapitalistisches Produktionssystem, kapitalistischer Imperialismus, kommerzieller Industrialismus, Ausbeutung usw.:

»Zufällig ist die Angemessenheit mancher der erwähnten Begriffe und die Wirklichkeit ihrer Bedeutung im Umkreis der Beziehungen zwischen Weißen und Farbigen besonders klar . . . Zwar wurde ein großer Teil des Britischen Reichs nicht kapitalistisch kolonisiert sondern durch Auswanderung von Männern und Frauen, die selbst arbeiten wollten. Andere Teile unserer älteren Kolonien wurden aber kapitalistisch kolonisiert, durch Aktiengesellschaften oder Empfänger riesiger Landlehen aus der Hand der Krone, mit der Absicht sie durch Sklavenarbeit auszubeuten; und praktisch war unsere neuere Kolonisation in Afrika, um nur von diesem Kontinent zu sprechen, in genau dem selben Sinn von europäischen Konzernen und Kapitalisten kapitalistisch finanziert, und die eigentlich leitende Arbeit liegt in der Hand von Männern, die als Grundbesitzer oder Farmer und Benutzer und Organisatoren von Lohnarbeit hinausgehen, wenn auch freilich die Arbeiter, die sie zu beschäftigten erwarten, heute nicht Leibeigene oder Sklaven sondern Eingeborene sind.«

WENN Selbstsucht eine Menschenrasse antreibt einer andern Unrecht anzutun, so wird sie eine moralische und religiöse Entschuldigung dafür finden«, sagt Olivier im Verlauf einer Betrachtung der Negerfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser Satz könnte aber ganz gut als Motto über seiner Darstellung der Behandlung der Neger im Britischen Reich stehen.

Nicht, daß er ausschließlich dieses Motiv sähe. Daß die christliche Heidenmission (neben vielfachen geschäftlichen Motiven, die bei denen, die sie vom Mutterland aus betreiben, oft unterlaufen mögen) doch auch von anderen Strebungen bewegt wird, ist von Olivier gewiß nicht als erstem Sozialisten

3) Siehe die *amtliche Denkschrift* Indians in Kenya /London 1923/; ferner sehr ausführlich, besonders auch über die praktischen Folgerungen der britischen Kolonialverwaltung aus diesem Grundsatz, den Report of the Commission on Closer Union of the Dependencies in Eastern and Central Africa /London 1929/, der Olivier beim Abfassen seines Vorworts noch nicht vorlag; sodann den Rechenschaftsbericht Amerys, des Kolonialministers im Kabinett Baldwin, Memorandum Showing the Progress and Development in the Colonial Empire from November 1924 to November 1928 /London 1929/; schließlich sehr instruktiv über den Begriff der paramouncy, im britischen Reichsrecht den Report of the Indian States Committee 1928-1929 /London 1929/.

gesagt worden. Zwiespältige Gefühle beseelen uns ihr gegenüber. Auf der einen Seite sehen wir in der langen Geschichte der christlichen Heidenmission, namentlich in den von Negern oder Indianern bevölkerten Ländern, gewiß vieles, was uns wenig segensreich erschien und zum Teil noch heute so erscheint; zum Beispiel ist uns ihr oft fanatischer Kampf gegen ursprüngliche Formen des Geschlechtslebens wenig sympathisch, da wir gelernt haben zu erkennen, daß in dieser Beziehung moralisch kein System vor dem andern ausgezeichnet ist, solange es auf dem Einverständnis der Beteiligten beruht und keinen Unmündigen gefährdet; unter diesem Gesichtspunkt erscheint uns die durch wirtschaftliche Verhältnisse erzwungene Einehe der kapitalistischen Gesellschaft Europas mindestens so bedenklich wie selbst die Punaluaehe, und die Verseuchung eines Großteils der europäischen Jugend durch die Straßenprostitution der Städte entschieden bedenklicher als die Gastprostitution bei primitiven Völkern, die wenigstens keine Syphilisverschleppung zur Folge hatte. Aber mit dem Schwinden der primitiven Lebensverhältnisse, mit den Sklavenjagden, Heereszügen, Massenwanderungen von Saisonarbeitern in Afrika ist doch zugegebenermaßen die Voraussetzung der Ungefährlichkeit der dort urwüchsigen Formen der Prostitution geschwunden: siehe die riesige Ausbreitung von Frambösie und Syphilis in den letzten Jahrzehnten in Mittelafrika. Seit dem Eindringen kapitalistischer oder ihnen ähnlicher Herrschaftsformen ist die Polyandrie und Polygynie auch in ihren urtümlichsten Gestalten kein "natürlicheres" System mehr als die europäische Durchschnittsmonogamie der Gegenwart. Heute müssen wir also, ob wir früher mochten oder nicht, in diesen Fragen am Strang der christlichen Missionen ziehen. Ähnlich hat sich in anderen Dingen die Lage von Grund aus gewandelt. Teils amüsiert teils entrüstet haben wir lange dem Kampf der Missionare gegen die Nacktheit mit kritischen Kommentaren zugesehen. Nach dem damaligen Stand unseres Wissens und der Dinge mit Recht. Auch heute kennen wir die Schäden, die Kleidung in den Tropen mit sich bringt, genau, ja genauer als früher. Aber wir haben seither gelernt, daß Schuhe notwendig sind, um das Eindringen lebensgefährlicher Parasiten zwischen den Zehen in den Körper zu verhüten, und daß Kleider vor den Stichen der Moskitos schützen müssen, wenn wir der Schlafkrankheit, der Malaria und einer Reihe von anderen Seuchen Herr werden wollen, die wahrscheinlich mit Afrikas und Lateinamerikas Eingeborenen sehr schnell aufräumen würden, wenn wir nicht mit vielen europäischen Mitteln, unter anderm eben der Einführung von Kleidern, gegen sie kämpften. Anerkennen müssen wir auch, daß die ursprüngliche Forderung an den Farbigen für den Europäer zu arbeiten, die früher auch Missionaren nachgesagt werden mußte und bei manchen von ihnen, gerade auch zum Beispiel bei Bischöfen der englischen Missionskirchen⁴, heute noch zu finden ist, seit langem schrittweise dem Entgegengesetzten weicht; immer konsequenter, mutiger und ausnahmsloser stemmen sich trotz dem Haß weißer Nutznießer, den sie sich dadurch zuziehen, die Missionen der Ausbeutung der Natives durch die Immigrants entgegen. Olivier erzählt diese Wandlungen im Charakter des Missionarischen, und darüber hinaus schildert er sehr schön, wie die selbe Entwicklung, die in Europa die noch zukunftsfreudigen Zweige des Christentums immer mehr von der Caritas zur sozialen Arbeit treibt, auch Fürsorge für Wohlergehen

4) Siehe hierzu und zu manchen weiteren Einzelheiten im folgenden *Kranold* Französische und englische Kolonisation, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 914 und folgende, namentlich Seite 921.

und Bildung der Eingeborenen immer mehr zu einer Haupttätigkeit der Mission macht⁵⁾. Es wird manchem Sozialisten in Europa guttun, der behaglich im seichtesten Aufklärlicht aus der Quelle der Sozialistenfresser Haeckel e tutti quanti plätschert, diese gerechtere und vor allem auch fruchtbarere Auffassung von der Kulturbedeutung der Mission für die kolonialen Völker aus einwandfrei sozialistischem Mund zu hören.

Mission ist zwar eines der beiden Hauptmotive der Kolonisation. Aber wer das Evangelium aller Welt predigt, verzichtet in den seltensten Fällen, wie Moffat oder Livingstone, freiwillig dabei auf den Schutz der Staatsmacht. Und so folgt dem Prediger nur zu leicht der Feldwebel und diesem der Pedlar. Gewöhnlich findet sich sogar die umgekehrte Reihenfolge: Die Predigt folgt dem Handel, und dieser der Flinte, die um des Handels willen vorausgeschickt wird. »Die Menschen kolonisieren nicht aus missionarischen Antrieben«, sagt deshalb Olivier einmal in Zusammenfassung einer längeren Darstellung, etwas abrupt freilich, aber doch hochgradig wahr. Gerade das Britische Reich ist in fast allen Teilen eine Mustersammlung von Fällen, in denen der Wahrheitsgehalt dieser Worte vollständig ist. Immer wieder beweist Olivier demgemäß, daß alle die so verschiedenen, in den verschiedenen Zeiten und Gegenden angewendeten, anscheinend einander ganz entgegengesetzten Methoden britischer kolonialer Arbeit der selben Quelle: der auri sacra fames, entspringen. So will man in Britisch Ostafrika die Arbeitspflicht für die Eingeborenen und die volle Landaneignung durch die Einwanderer immer wieder dadurch erreichen, daß Kenya und Uganda "Selbstverwaltung" bekommen, das heißt eine parlamentarische Regierungsform, bei der eine zum größten Teil von den eingewanderten Großgrund- und Plantagenbesitzern, Kaufleuten usw. gewählte Vertretungskörperschaft volle Gesetzgebungsbefugnis erhält; denn so hofft man die im größten Teil Südafrikas bereits erzwungene Ausschließung der Eingeborenen vom Grundeigentum und von der gelernten Arbeit (das heißt ihre Herabdrückung zum willenlosen, ungelerten und ungeschützten Plantagenarbeiterproletariat) auch im Osten des dunklen Erdteils zu erreichen, da die jetzt noch dort die Befehlsgewalt Ausübenden, Parlament und Regierung in London, die auf mehr als auf ein paar ostafrikanische Terraingründen Rücksicht zu nehmen haben, sich diesen Forderungen bisher nicht ganz gefügt haben.

Wichtiger aber ist uns, wie Olivier uns an den verschiedenen geschichtlichen Entwicklungsstufen dieses Systems zeigt, wozu es führt. Südafrika, in dem es, dank der Vorkämpferarbeit der Buren, herrscht und anscheinend das Land einer für die Weißen schließlich hoffnungslosen, gewaltsamen, explosiv hereinbrechenden Auseinandersetzung entgegentreibt; Jamaica, in dem das System in der Mitte des 19. Jahrhunderts zusammenbrach, nachdem es zunächst mit bloßer "Rebellen"ausrottung gestützt wurde, die aber die geächteten Nichtweißen nur dazu brachte in die Wildnis zu fliehen, so daß die riesige Zuckerplantagenwirtschaft aus Mangel an Arbeitern zugrunde ging (an der Unfähigkeit des totgeschossenen Arbeiters einen Handgriff zu tun muß auch der energischste Wille gewaltsam ausbeutender kapitalistischer "Führer-

5) Siehe hierzu die Rundschau *Kolonisation*, in den Sozialistischen Monatsheften 1915 I Seite 112, 469 und folgende; dort wurde im Abschnitt *Missionsmethoden* besonders das Buch Harris' *Dawn in Darkest Africa* als eines der frühesten und schönsten Zeichen einer grundsätzlichen Neuorientierung auch der britischen Missionspraxis nach dieser Richtung angezeigt, sowie im Abschnitt *Missionswesen* das selbe an dem Buch Richters *Das deutsche Kolonialreich und die Mission* nachgewiesen.

naturen“ schließlich scheitern); endlich Ostafrika, das in den zwar nicht mehr ersten, aber doch noch nicht irreparablen Anfängen dieses Systems steckt und deshalb noch den Weg menschlicherer und erfolgreicherer Methoden einschlagen kann: sie alle zeigen, daß dieser häufigste Ursprung der britischen kolonialen Erwerbungen auch meist ihr weiteres Schicksal bestimmt hat. Gegenüber solchen scheinbaren Ausnahmen zeigt nun Oliviers Buch, und das ist praktisch wohl das Wichtigste an ihm, daß die menschlicheren Methoden vorteilhafter sind und doch auch nicht nur dem heiligen Egoismus dienen sondern historisch und in der Gegenwart aus ihm entspringen.

Aus der Fülle der Beispiele seien nur 2 erwähnt.

Zunächst das der Kolonien in Westafrika, in denen von vornherein die britische Verwaltung den Eingeborenen den Grundbesitz nicht fortnahm, die vorgefundenen sozialen und politischen Organisationen bestehen ließ und sich schon verhältnismäßig früh daran machte die Eingeborenenwirtschaft, die bereits auf verhältnismäßig hoher Stufe vorgefunden wurde, systematisch zur Erzeugung großer Mengen exportierbarer Produkte zu befähigen. Olivier führt nun zwar die in Britisch Westafrika befolgten Methoden zum großen Teil auf den schon erwähnten liberal-humanitären Geist der britischen Kolonialverwaltung im Zeitalter der Königin Victoria zurück. Dieser Auffassung aber kann der Leser sich nicht anschließen. Gewiß haben vor allem in der victorianischen Ära die humanitären Einflüsse in der Bestimmung britischer politischer Entwicklung eine besondere Rolle gespielt. Man denke nur an die Begründung der britischen Sozialreform durch das Bündnis der Peeliten und der Radicals, die beide durchaus kapitalistisch orientiert waren, von denen aber doch mindestens die zweitgenannte Gruppe unter dem Einfluß von Leuten wie Bentham, James und John Stuart Mill, Dickens usw. mit einem weithin (oft vielleicht etwas aufdringlich) glänzenden Tropfen sozialen Öls gesalbt war; man bedenke, wie die maßgebenden Staatsmänner, die zum Teil, wie die Lords John Russell und Brougham, von den Radicals, zum Teil, wie die beiden großen Gegenspieler Disraeli und Gladstone, von den Peeliten herkamen, in ihren Resolutionen zwischen den verschiedenen Grundauffassungen der Kolonisation hin- und hergetrieben wurden; noch heute ist Lord Lugard eine überragende Säule dieses Geistes, der große Teile der britischen Kolonialbureaukratie sicherlich damals beseelte, noch heute vor allem Lord Olivier selbst, der indische Vizekönig Lord Irwin und die ganze Garde der Beamten des Colonial Office, die sich gegen die Verbürgung der Verfassung Britisch Ostafrikas wehren. Daß aber diese Gesinnung in Westafrika wirken konnte, während sie fast im ganzen übrigen Britischen Reich unwirksam blieb, scheint mir in der Hauptsache darauf zurückzugehen, daß das kolonisierende britische Kapital schon damals gar keine andere Möglichkeit sah aus diesen Gebieten Nutzen zu ziehen als dadurch, daß die Eingeborenen möglichst viel Welthandelsware produzierten. Als wichtigste Momente möchte ich zum Beweis für diese Auffassung anführen: einmal, daß auch in der victorianischen Ära die westafrikanischen Methoden eine Ausnahme, Feuer und Schwert und Plantagen und Zwangsarbeit aber die Normalmethode britischer kolonialisatorischer Tätigkeit darstellten, und dann, daß sich auch in Westafrika die Förderung der Eigenproduktion der Eingeborenen ganz ausschließlich auf Welthandelsobjekte erstreckte, und daß man auch dort erst etwa seit 1900 auch der Produktion des Lebensbedarfs

der Eingeborenen selbst anfängt jene Förderung angedeihen zu lassen, die man ihnen für die Hervorbringung von Baumwolle, Kaffee, Tee, Kautschuk, Kakao, Palmöl, Kokosfett, Kopra, Erdnüssen usw. schon Jahrzehnte hindurch zu bieten bestrebt war. Es scheint nicht wenig charakteristisch, daß selbst Olivier der Legende von der menschlichen Vergangenheit des britischen Kolonialwesens trotz stärkstem Willen zur Objektivität und trotz ganz klarer Reinheit von jeder Spur von Cant in seinem Wesen zum Opfer fällt. Wahrlich: Der britische Star kann keinem Briten gestochen werden, und die deutschen Kantorowicze können für sich das Wort als Entschuldigung in Anspruch nehmen: Auch Olivier war blind und ist mehr als du.

Das andere, noch lehrreichere Beispiel ist das Jamaicas. Oliviers 26. Kapitel, Die Pilgerfahrt eines Negerbauernvolks, ist am stärksten mit persönlicher Wärme geschrieben. Sein Inhalt ist folgender: Westindien lernte Neger ursprünglich nur als Sklaven kennen, die importiert werden mußten, um den Arbeiterbedarf der Europäerplantagen zu decken, da die zur Zeit der Entdeckung durch die Europäer dort ansässigen Eingeborenen, die Karaiben, teils umgebracht wurden teils an der Berührung mit jenen wegstarben. Die Plantagen erzeugten Welthandelswaren: auf Jamaica vorwiegend Zucker und aus dem Zuckerrohrsaft gewonnenen Rum. Da aber schließlich auch die schlechtestwertigen Teile der Plantagen ihre Nahrung selbst zu erzeugen, wobei sie naturgemäß in die Methode des Landbaus, die sie von ihrer afrikanischen Heimat her kannten, zurückverfielen. Das bessere Ackerland Jamaicas war Eigentum von Europäern. Der Neger, selbst, wenn er frei wurde, konnte auf gutem Land nicht Eigentümer, also nicht Bauer werden. Nur im Busch und Urwald des gebirgigen Waldlands, das das Innere füllte, und das er erst urbar machen mußte und nach den afrikanischen Methoden der im Raubbau betriebenen shifting cultivation (der "Rutschkultur") auch anbaute, fand der Neger, der legal oder illegal frei wurde, Eigenland, Freiheit und Nahrung. Das blieb ein Ausnahmezustand, solange die Sklaverei bestand. Als aber die Neger ohne gleichzeitige Ausstattung mit Land "frei", das heißt schutzlose Freiarbeiter wurden, flohen sie in immer größeren Scharen ins Innere; die Plantagen verödeten, und schließlich sammelten sie sich in den inneren Gebieten in so großen Scharen an, daß sie in das Gebiet der Plantagen, das heißt in den Bereich des "Landes der weißen Menschen", immer häufiger einbrachen, um sich das Notwendigste zu "besorgen". Schließlich mündete dieser langjährige chronische Krisenzustand in die "Rebellion" von 1865; zwar wurde sie niedergeschlagen, wie 70 Jahre vorher Toussaint l'Ouvertures Erhebung auf San Domingo, aber die Briten zogen daraus doch die Lehre die Bodensperre gegen die Neger allmählich zu beseitigen. Heute steigt Jamaica entschieden auf, der Zustand der Monokultur ist im Schwinden, ein modernes, genossenschaftlich organisiertes Bauerntum von Negern ist in vollem Aufschwung. Die hierfür schließlich entscheidende Agrarreform Sir Henry Blakes vom Jahr 1895 entsprang aber weniger dem Umstand, daß er als Ire Mitgefühl für die Not unterworfenen Agrarvölker hatte, als vorwiegend dem Bedürfnis Englands Jamaica als politische Machtposition und als Land hochprozentig rentabler Kapitalanlagen der ältesten und vornehmsten Gentry in der Hand und ruhig zu behalten; mit dem Schwert in der Faust hatten die "besiegt" sterbenden Neger der victorianischen Ära und ihrem humanitären Geist den Weg zum Menschenrecht abgerungen.



LIVIER zeigt uns wesentliche Seiten des britischen kolonialen Imperialismus mit souveräner Kenntnis ungeheuren Materials; durchleuchtet (innerhalb der Grenzen jener persönlichen Unvollkommenheit, die nach irgendeiner Richtung uns allen anhaftet) das System von innen her mit voller Schonungslosigkeit; kennzeichnet es als ein Sozialist, der, ohne an "radikale" Dunstvorstellungen verhaftet zu sein, doch nie vergaß, daß er ein Sozialist ist, und dem deshalb der Klassenkampf in den kolonialen Gebieten lebendige, wenn auch häßliche Wirklichkeit war. Schon 1889 schrieb er:

»Die Sozialisten behaupten, daß dieses System des privaten Eigentums an Boden und Kapital die Bedingungen zerstört, unter denen allein die alltägliche Moralität möglich ist, die für glückliches Leben notwendig ist . . . Diese moderne Entwicklung des Eigentumssystems . . . zwingt die Person mehr und mehr zu unsozialer Neigung und Tat.«⁶

Es ist in der Tat ganz die selbe Grundgesinnung, noch 40 Jahre, seitdem diese Worte zum erstenmal gedruckt wurden, unwittert vom Hauch der ursprünglichen Frische fester Überzeugung, wenn es 1929 heißt:

»Meistens ist es positiv falsch zu behaupten, daß die Leute, die als Arbeitgeber oder Aufseher von Eingeborenenarbeit Beschäftigung finden, so behutsam in ihrer Neigung oder so umsichtig in ihren Disziplinmethoden sind wie der Durchschnitt der britischen Arbeitgeber bei uns . . . Schon in einem demokratischen Weißenland, zum Beispiel den Vereinigten Staaten, ist die Haltung des organisierten weißen Kapitals gegen die weiße Arbeiterschaft . . . offenkundig unbarmherzig. Nichts wird dadurch gewonnen, daß man vorgibt, daß ein Antreiber verständiger ist, wenn er mit Schwarzen zu tun hat; im Gegenteil, die Gefahr ist im Fall der Rassenverschiedenheit größer . . . Das Gefühl, daß der Schwarze nur zur Sklaverei gut ist, wird heute ziemlich oft verspürt . . . Die Politik der 3. Periode, in der wir noch leben, ist eine entschlossene Rückkehr zu der kapitalorientierten Ausbeutungspolitik der 1. Periode . . . Ihr [der Kongostaatregierung] wesentlicher Zweck und eigentliches Verfahren unterscheiden sich in nichts von den ähnlich inspirierten Maßnahmen in allen dem neuzeitlichen Imperialismus unterworfenen Gebieten . . . Die Methode der kapitalistischen Ausbeutung stellt ihre eigenen methodischen Anforderungen . . . Sie kommen darauf hinaus weiße Männer instanzzusetzen auf der Arbeit der Schwarzen zu gedeihen.«⁷

Unumwundener kann man das Ausbeutungsverhältnis zwischen Weiß und Schwarz gewiß nicht kenzeichnen als es hier und an zahlreichen anderen Stellen des Olivierschen Buchs geschieht. Man könnte höchstens kräftiger schimpfen, ohne deshalb die Geltung und Wirkung solcher Sätze zu steigern. Um so wichtiger ist es nun, daß auch Olivier nicht schlankweg "gegen" Kolonisation ist. Freilich gibt er sich keiner Täuschung darüber hin, daß die kolonisierende Herrschaft europäischer Völker nicht ewig zu dauern bestimmt ist:

»Die rückständigere Rasse, die für knechtisch ausgegebene Klasse werden beständig die Monopole der führenden Rasse benagen und Gleichheit mit dem Weißen in Sphären beanspruchen und erreichen, die der Weiße sich gewöhnt hat als sein abschließliches Gebiet zu betrachten.«

Folgerichtig meint Olivier, daß die Vorherrschaft der Weißen, sofern sie noch einige Zeit dauern sollte, nur auf »geistiger Überlegenheit« beruhen könne:

»Die Grundsätze, gemäß denen der weiße Europäer eine Führerstellung errungen hat, die ihm selbst der Islam nicht bestreiten kann, sind Grundsätze, die das Bestehen von Rassenunterschieden bestreiten. Da liegt seine Stärke. Wenn er sie aufgibt, wird er selbst ein Barbar; er kann vielleicht die Schwarzen dann ausrotten, aber nicht sie leiten oder mit ihnen leben.«

6) Siehe *Olivier* *The Basis of Socialism*, in *Fabian Essays in Socialism* /London 1920/ Seite 114.

7) Siehe *Olivier*, an dem in Note 2 erstgenannten Ort Seite 44 und folgende; die weiteren Zitate ebenda Seite 335, 336, 329 und folgende.

Auf besondere Gefügigkeit der Kolonialvölker, etwa aus Dankbarkeit für die Segnungen, die die Weißen ihnen gebracht haben, über die Zeit der erzwungenen Unmündigkeit hinaus rechnet Olivier nicht:

»Ich habe westindische Neger kennen gelernt, die Gott für die Sklaverei danken, weil sie für ihr Volk ein Mittel des Fortschritts zu Freiheiten gewesen sei, die dem afrikanischen Wilden unbekannt sind. Aber ich habe niemals gehört, daß sie dem Weißen für die Sklaverei dankten. Nicht die Sklaveneigentümer oder Sklavenjäger unter den zivilisierten Weißen haben sie befreit; sie wissen, daß die Elemente der weißen Zivilisation und des weißen Charakters, mit deren Hilfe sie ihre Freiheit erlangt haben, nicht die selben sind wie diejenigen, die sie versklavten.«⁸

Abseits aber dieser Erwägungen zieht Olivier, obwohl für ihn auch in Angelegenheiten der kapitalistischen Wirtschaft, in den Kolonien wie im Mutterland gleicherweise, das Kirchenvaterwort »Inter faeces et urinam nascimur« gilt, doch nicht die Folgerung, daß es gelte das koloniale Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß einfach aufzuheben. Er kennt die Geschichte der europäischen Kolonisation, die mit dem Blut und Schweiß der unterworfenen Völker geschrieben ist; er kennt die herrischen Laster der europäischen Ausbeuter, aber auch die Vergangenheit und die gegenwärtigen Neigungen freier farbiger Völker. Er weiß zum Beispiel, wie niedrig der Neger Menschenleben schätzt, wie leicht er mordet:

»Ein Wilder wird gewiß nicht ohne positiven Grund töten, aber der Grund, der ihn dazu bestimmen kann, wird dem zivilisierten Menschen vielleicht ebenso entsetzlich trivial erscheinen wie die Gründe für die Morde in der isländischen Njalsaga.«

8) Also auf die größere moralische Fortgeschrittenheit der Europäer im Vergleich zu den Kolonialvölkern gründet Olivier seine Erwartung, daß das koloniale System, zumal in Afrika, noch eine gewisse Zeit bestehen kann. Charakteristisch für diese hohe Bewertung der realen Bedeutung moralischer Faktoren ist auch eine Stelle, von der hier, damit das Bild des Autors selbst vollständiger werde, wenigstens die Sätze, die das Gerippe bilden, wiedergegeben seien: »Der Verfasser stimmt der marxistischen Theorie der Zivilisation nicht zu und fühlt sich berechtigt diese Tatsache mit einer gewissen Selbstzufriedenheit und Sicherheit zu erwähnen, da er einer jener Sozialisten war, die vor 40 und mehr Jahren dazu beitrugen der frühen sozialistischen Bewegung in England die Trugschlüsse und Grenzen des Marxschen Evangeliums darzulegen; ein Umstand, der geschichtlich einer der Gründe ist, aus denen die englische sozialistische und Arbeiterbewegung sich in einer Richtung entwickelt haben, die die britische Arbeiterpartei zur stärksten und fortschrittlichsten politischen Kraft in unserm oder irgendeinem andern Land gemacht hat.« An »Selbstgefälligkeit«, wie der Verfasserin amüsanter, seltsamerweise anscheinend ironisch gemeinter Weise sagt, fehlt es diesen Sätzen gewiß nicht. Doch nicht darum sind sie hier zitiert, sondern weil es dann (in jenem für englische Moralabhandlungen so charakteristischen Gemisch von Richtigem und Falschem) also weitergeht: »Wenn wir die Frage untersuchen, was wir mit Zivilisation, insbesondere mit westlicher Zivilisation meinen, müssen wir . . . ein gutes Stück tiefer graben als in den Boden der materiellen Interessen. . . . Viele Leute neigen zu der Annahme, daß jeder Engländer, der in ein afrikanisches Land geht, um dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen, an sich und seinem Charakter nach ein Sendbote der Zivilisation sei. Aber das ist zweifelhaft, nicht, weil es strittig ist, ob alle solche Kolonisten selbst gute Vertreter der europäischen Zivilisation sind, sondern weil der Zweck, um deswillen sie hingehen, und die Verhältnisse, in denen sie primär mit Afrikanern in Berührung kommen, gerade nicht diejenigen sind, die der gebildete Europäer als Zivilisation im liberalen Sinn betrachtet, sondern gerade jene, mit denen der Marxist sie identifiziert, nämlich das ökonomische Verhältnis des kapitalistischen Unternehmers zum proletarischen Lohnarbeiter . . . Diese ökonomische Philosophie des kapitalistischen Imperialismus, der Glaube, daß afrikanische Eingeborene dadurch zivilisiert werden, daß sie billige europäische Waren kaufen und in das kapitalistische System der Lohnarbeit einbezogen werden, ist wesentlich an sich selbst marxistischer Materialismus. Die marxistischen Kommunisten der Liga gegen den Imperialismus sehen dies vergnügt ein und setzen es auseinander. Aber die Missionskirchen im ganzen und die britische sozialistische Bewegung haben diese Lehre immer bestritten. Zivilisation ist nicht wirtschaftlicher Überfluß. Sie ist nicht das Vermögen Reichtum üppig hervorzubringen oder materielle Bedürfnisse mit wenig Arbeit zu befriedigen; sondern sie ist der Gebrauch, der von diesen Mitteln und Fähigkeiten von menschlichen Wesen in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen gemacht wird, und der humane Geist, das Benehmen und die Schätzung der Mitglieder einer Gesellschaft für einander, deren materielle Bedürfnisse befriedigt werden. Zivilisation ist nicht eine Angelegenheit der Industrie . . . sondern der Moral und der Kunst . . . Der Kapitalismus in Europa, und erst recht in rassistisch gemischten Gemeinwesen, ist ein offenkundiger Feind und Zerstörer einer Zivilisation der Kunst und Moral. Das ist der eigentliche Hauptgrund für den Angriff der Sozialisten auf ihn.« In dieser Weise kann man freilich Kolonialpolitik für sein Land »treiben und sie gleichzeitig moralisch verurteilen. Wir kontinentale Sozialisten, die wir den Sozialismus auf das Schaffenspostulat gründen, ziehen es vor auch Kolonialpolitik von diesem unserm Standpunkt aus zu beurteilen und daher schöpferische Kolonialarbeit als Pflicht zu erkennen.

Dieses noch weiter ins einzelne ausgeführte Beispiel dient Olivier dazu seinen Glauben an die Höherwertigkeit der bessern Seite der europäischen Moral im Vergleich zu der der kolonialen Völker zu kennzeichnen, wie sie einst waren und heute noch vorwiegend sind. Er verweist auf den Anteil aller Missionare und Philanthropen, die sich der kolonialen Völker im Lauf von Jahrhunderten annahmen und das jetzt ihnen schon gehörende Stück Freiheit und Menschenrecht ihnen erobern halfen.

Schon aus dem bloßen Dasein einer machtvollen Arbeiterbewegung, eines tief im Moralischen wurzelnden Sozialismus in Europa schließen wir, daß wir die Hoffnung auf eine Vermenschlichung und gerechtere Gestaltung unserer Wirtschaft nicht aufzugeben brauchen. So schöpft auch Olivier aus dem Bestehen der sozialistischen Bewegung und aus den Zielen, die sie in ihrer internationalen Organisation für die Lösung der Kolonialprobleme aufgestellt, aus den Wegen, die sie dafür gefunden hat, die Hoffnung, daß die fortschreitende Sozialisierung des europäischen Kultur- und Wirtschaftskreises auch die Giftstacheln des kolonialen Imperialismus aus dem Fleisch der überseeischen Völker ziehen werde, ohne daß sie dem Schicksal überlassen werden sich zu zerfleischen und die Elendsgeschichte des kapitalistischen Europas in den letzten 200 Jahren unter heißerer Sonne ihrerseits »in Freiheit und Grauen« zu durchleiden. Er summiert deshalb seine eigene Auffassung von der Sache durch wörtliche Anführung der Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Kongresses von 1928 in Brüssel. Nicht nur von deren kritischen Teilen sagt er, die Feststellungen seien »gemäßigt ausgedrückt«, und der Gehalt sei »unbestreitbar«, sondern er macht sich auch ihre Forderungen ausdrücklich zu eigen. Welches sind diese Forderungen? Einige seien hervorgehoben:

»2. Jeder eingeborenen Familie werde ausreichend Land für ihren Unterhalt gesichert,
 3. Keinerlei Steuer oder sonstige Lasten sollen den Eingeborenen auferlegt werden außer für die Verwaltung öffentlicher Dienste, die ihnen direkt zugute kommen.
 4. Keine Steuern sollen erlaubt sein, die ein Eingeborener nicht bezahlen kann, ohne sein Heim zu verlassen und für einen Unternehmer zu arbeiten.
 5. Jede Art erzwungener Arbeit und ebenso jede Art Besteuerung oder Druck werde abgeschafft, die eingeführt wurden, um Eingeborene zur Lohnarbeit zu zwingen . . .
 8. Der Grundsatz einer unterschiedlichen Behandlung der Rassen in der Industrie wird völlig verurteilt. Fremde Kapitalisten und Pflanzler, die die natürlichen Schätze ausbeuten, sollen verpflichtet sein einen hinreichenden Teil ihrer Gewinne zu den Zwecken der Wohlfahrtspflege und Erziehung an den Eingeborenen beizutragen . . . Der Ackerbau der Eingeborenen . . . soll von der Regierung unterstützt und gefördert werden . . . Solange die eingeborenen Bevölkerungen dieser Gebiete nicht tatsächlich fähig sind den verwickelten Apparat eines zivilisierten Staatswesens durch demokratisch-parlamentarische Einrichtungen zu kontrollieren, ist es wesentlich, daß die europäische Ausbeuterklasse nicht unbegrenzte Herrschaft über die Kolonialverwaltung erlangt.«

Diese Grundsätze sind auch die Sidney Oliviers. Und auch er sieht in dem Mandatssystem einen Hebel zur Erreichung dieser Fortschritte.

Man kann über das Tempo, in dem man erwartet, daß diese Fortschritte Wirklichkeit werden, sehr verschiedener Meinung sein. Man kann sich auch darüber klar sein, daß jenseits dieser sozialen Ideen noch viele politische und wirtschaftliche Probleme der Kolonisation liegen, die Sidney Olivier weder berührt noch, der Begrenzung seines Themas nach, berühren konnte. Daß er aber gangbare und zu verantwortende Wege in die Zukunft weist, sollte gerade der deutsche Sozialist anerkennen.



PAUL FERDINAND SCHMIDT · BERLINER VERKEHRSFANATISMUS UND KEIN ENDE



ES handelt sich bei dem Banausstück, das die Berliner Stadtverwaltung neuerdings inszeniert, nicht um das Ephraimpalais allein. Aber die Art, wie dessen mutwillige, man kann fast sagen böswillige Vernichtung vom Berliner Tiefbauamt in Szene gesetzt und mit Motiven versehen wird, spricht eine so überlaute Sprache, daß man aus diesem einen Fall die Unvernunft unserer "Verkehrspolitik" nach allen Seiten ermessen und entwickeln kann. Es genügt nicht mehr gegen eine Gesinnung zu protestieren, die unersetzliche Kostbarkeiten des Altstadtbildes bereits vernichtet hat wie die Spittelkolonnaden und nun das Ephraim- und das Kreuzsche Palais vernichten will. Im Fall Ephraimhaus sind die Stadtplaner schon auf den Einfall geraten, dieses Palais sei gar kein Altertum mehr, das geschützt zu werden verdiene, da »sein Wert als Baudenkmal doch sehr umstritten« sei; weil nämlich einige Stuckteile vor 35 Jahren durch Sandsteinstücke ersetzt wurden. Gegen solche "Argumentation", von öffentlicher Seite betrieben, genügt jedem Einsichtigen ein einziger Blick auf die unangetastete Herrlichkeit dieses schönsten Rokokohauses Berlins mit seinen Balkongittern und Putten, dem wunderbaren Ellipsenschwung seiner 3geschossigen Treppe, dem einzigartigen Chinesischen Zimmer.

Aber die verwerfliche Romantik, die um jeden Preis Altertümer erhalten will, auch wo die dringende Gegenwart ihre Beseitigung gebieterisch fordert? Hier ist zu sagen: Was fallen *muß*, soll fallen. Aber erst, wenn man solche Notwendigkeit einwandfrei bewiesen hat. Und dann ist zu verlangen, daß Gleichwertiges an seine Stelle gesetzt werde. Die Parole muß lauten: Gestalten, wo nicht erhalten werden kann! Das Berliner Tiefbauamt aber will überhaupt nicht gestalten sondern nur zerstören. Man sehe sich nur an, was an die Stelle der abgetragenen Hälfte der Spittelkolonnaden gesetzt wird: eine Architektur, die ihre ganze, an sich schon grausliche Umgebung zum Chaos zusammenhaut und die geforderte Verbreiterung der Leipziger Straße, einziges Argument jenes überhasteten Abbruchs, überdies unmöglich macht. Ein trister Aberwitz, ein Hohn auf jede stadtbauliche Vernunft. Nein, der Protest gegen den einzelnen, immer wieder an unerwarteten Stellen auftauchenden Zerstörungsgeist dieses Tiefbauamts ist zwecklos. Es gilt das böse Prinzip selber an seiner Wurzel und im ganzen Umfang seiner Absichten aufzudecken und daran seine innere Unmöglichkeit aufzuweisen. Es ist die völlig veraltete Anschauung von Verkehrspolitik, die all diese Sünden gebiert und die Stadt Berlin mit Zerstörung bedroht.

Der Fall des Ephraimpalais verhält sich so, daß die Mühlendammschleuse reparaturbedürftig ist und Anlaß dazu gab einen Plan von doppelter Erweiterung auszuhecken: Einmal soll die Schleuse, die bisher nur Schiffe von 600 Tonnen durchließ, für 1000-Tonnen-Schiffe passierbar gemacht, das heißt also die ganze Spree innerhalb Berlins mit Abänderung aller Brücken und Uferanlagen in einen Großschiffahrtsweg umgewandelt werden. Und zum andern soll die darüber führende Brücke, die die Gertraudenstraße mit dem Molkenmarkt verbindet, auf 45 Meter Breite (fast die Breite der Linden) gebracht werden. Die schon sehr stattlichen Zufahrtsstraßen auf beiden Seiten haben kaum die Hälfte dieser Breite. Als Grund wird angegeben,

daß unter der Spree respektive unter dieser Brücke ein Untergrundbahnhof angelegt werden wird. Warum dieser Bahnhof nicht unter den Molkenmarkt verlegt werden kann, sagt kein Mensch. Max Osborn fragte einen der Planer, warum man denn nicht für diesen extremen Fall eine Hängebrücke konstruiere, um die breiten Stützen über dem Untergrundbahnhof zu vermeiden, und erhielt die klassische Antwort: weil deren Stützen das Ephraimpalais verdecken würden. Also, um das Palais nicht mit Brückenpfeilern zu verstellen, soll es lieber ganz vernichtet werden. Sagt nicht Tyll Eulenspiegel, sondern das Berliner Tiefbauamt. Denn nun kommt das Unfaßbare: Die 45 Meter breite Brücke wird so gelegt, daß in ihrem Zug das Ephraimpalais rasiert werden muß. Unter der Voraussetzung dieser Brückenbreite hat der Stadtbaurat Martin Wagner einen Gegenentwurf gemacht, der sie auf die rechte (östliche) Seite des Mühlendamms verlegt, das heißt den abbaureifen Krögel opfert und dafür die linke Straßenflucht mit dem Palais bestehen läßt. Dieser Entwurf ist klanglos abgelehnt worden.

Man muß sich den Stadtplan einmal genau ansehen, um diese Tatsachen zu begreifen. Man wird dabei noch mehr und noch Ungeheuerlicheres entdecken. Denn eine Brücke von 45 Meter Breite inmitten eines Straßensystems von 15 bis 20 Meter durchgehender Breite ist ein stadtbaulicher Unsinn, den selbst Zerstörungswut nicht ganz erklärt. Hier soll vielmehr nur ein Probestück für einen Straßendurchbruch von gleicher Breite gebaut werden, der die ganze Zukunft der Altstadt festlegt. Nach Süden führt dieses Durchbruchprojekt im Zug der Gertraudenstraße zum Spittelmarkt, nach Nordosten mitten durch Häuserblöcke, zum Alexanderplatz. Auf diesem Weg liegt unter anderm das Kreuzsche Palais in der Klosterstraße, dessen Abbruch als besiegelt proklamiert wird. Die geplante Verbreiterung der Leipziger Straße um 10 Meter bestärkt die Wahrscheinlichkeit dieses Projekts. Gesprochen wird zwar nur von dem kurzen Stück zwischen Spittelmarkt und Dönhofsplatz, weshalb die Spittelkolonnaden abgerissen wurden. Aber das wäre genau so sinnlos wie die isolierte Breite der Mühlendammbücke. Natürlicherweise wird die Verbreiterung der ganzen Leipziger Straße folgen müssen, mit nachfolgender Beseitigung der Schinkelschen Torhäuschen am Potsdamer Platz. Wie man sich die Ausführung dieser und noch weiterer uns drohender Verbreiterungen und Durchbrüche denkt, und wer die geradezu phantastischen Kosten tragen soll, erscheint rätselhaft. Wenn man zum Beispiel Umbau und Erhöhung der sämtlichen Spreebrücken in Berlin allein ins Auge faßt, als Folge der Fahrwinne für das 1000-Tonnen-Schiff, so bekommt man den Milliardenkoller. Von all diesen selbstverständlichen Folgerungen des einen einzigen Mühlendammumbaus wird aber kein Wort geredet. Mit verbundenen Augen, wie der Stier in der Arena, los auf dieses köstliche, einzig wünschenswerte Ziel! So treibt man Stadtbaupolitik in Berlin zur Zeit der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit.

Es ist klar, welche Wahnidee hinter diesen Großmannsplänen des Tief- und leider auch des Hochbauamts in Berlin steht. Sie wollen nachholen, was man 1864 beim Generalbebauungsplan versäumt hat, sie denken voraus und sorgen für die künftige Zehnmillionenstadt zwischen Erkner und Potsdam. Geniale Pläne, nicht wahr? Denn es gibt Leute, die Berlin Anno 2000 durchaus nicht unter 10 Millionen Bewohner stark sehen wollen, und die dem Verkehr des Berliner "Broadway" (wir sind ja bekanntlich die "amerika-

nischste" Stadt Europas und nicht wenig stolz auf solchen Namen) vorsorglich schon heute eine Gasse durch die Berliner Altstadt bahnen möchten. Aus gewichtigen bevölkerungsstatistischen Gründen ist nun freilich die Zehnmillionenstadt Berlin in der Vossischen Zeitung vom 29. Oktober 1930 als eine nie realisierbare Utopie nachgewiesen worden. Aber das scheint der merkwürdige Berliner Stolz in seiner rage de nombre nicht zu vertragen. Er fühlt sich schon gekränkt, wenn man ihm die simple Tatsache erzählt, daß nicht Berlin sondern Paris die größte Stadt des Kontinents und ihm um mehr als 1½ Millionen Einwohner voraus ist. Dort hat der Seinepräfekt Georges Eugène Haussmann vor mehr als 7 Jahrzehnten seine großen Durchbrüche wohlweislich um die Altstadt herum geleitet. Der Berliner Fall liegt völlig anders. Nehmt die elektrischen Straßenbahnen aus dem Innern, schafft ein paar Umgebungsboulevards: so wird selbst bei verdreifachtem Verkehr die Breite sämtlicher Berliner Straßen genügen, die auch schon im eigentlichen Stadtkern ausgiebig genug angelegt sind.

Aber von diesem Einwand, der sich aus der einfachen Anschauung ergibt, will die Berliner Verkehrshysterie nichts wissen. Man leidet in Berlin am abstrakten Verkehrsfanatismus. Wer Paris oder London gesehen hat, lächelt über das Gerede von Verkehrsnot in Berlin. Er kann nur feststellen, daß der ganze Berliner Verkehr in den Hauptverkehrspunkten noch ganz harmlos und undicht gegenüber dem Verkehr in jenen Weltstädten ist, wo man freilich viel weniger von ihm spricht. Wir haben in Berlin eine Verkehrsreglung mit allem Komfort und Verkehrszählung über Verkehrszählung. Aber wo ist der dazu gehörige Verkehr? Man kann zu jeder beliebigen Tageszeit durch die Leipziger Straße, den Mühlendamm, die Königstraße kommen, oder was sonst für beängstigende Passagen gemeint sein können, und man wird mit Verwunderung eine Art Leerlauf der polizeilichen Reglung feststellen müssen. Es gibt da unter gar keinen Umständen Knäuel, wie sie in Paris überall und jederzeit mit überlegenem Humor gelöst werden. Die maßlose Überschätzung dieses Straßenrummels ist eine hoffnungslos veraltete Angelegenheit. Das ganze Getue mit dem Berliner Verkehr beruht lediglich auf der schlechten Disziplin der Fahrer und Fußgänger. Man muß zum Beispiel nur einmal in den unübersichtlichen Straßen Kopenhagens erlebt haben, wie die ununterbrochenen Ketten der Radfahrer sich gewandt und rücksichtsvoll bewegen, wie man dort überall und jederzeit diese Radlermasse als Fußgänger gefahrlos durchkreuzen kann, um sich der Berliner Zuchtlosigkeit bewußt zu werden. Es fehlt an wirklich streng durchgeführten Maßnahmen gegen das rüde Drauflosfahren der Radler, namentlich der Motorradfahrer (eins der traurigsten Verkehrskapitel) und auch der Chauffeure, gegen die Unbeherrschtheit der Fußgänger, gegen die Straßenbahnketten, die nicht mehr in die Innenstadt gehören. Es fehlen allerdings auch sinnvolle Umgehungsvorschriften und Möglichkeiten für die Automobile, die von einem Ende der Stadt zum andern gelangen möchten. Hier allein ist der Hebel anzusetzen. Nicht aber bei einer sinnlosen Verbreiterung der Citystraßen, die nur das Fahrzeugdurcheinander vergrößern, allerhand Gefährte anlocken, die sonst andere Wege nähmen, und so das Chaos zur Unerträglichkeit steigern würden.

Man ist in Berlin einfach hinter der Zeit zurückgeblieben. Man glaubt, Weltstadt sei gleichbedeutend mit einem Durcheinander gehäufte Verkehrsnot, und Straßenbreite sei das geheiligte Mittel, um unser Tempo, von dem wir

so gern sprechen, aller Welt zu demonstrieren. Vorausschauende Architekten, wie Le Corbusier und Hilberseimer, haben längst die 2geschossige Straße und andere Möglichkeiten durchkonstruiert. Das sind Konstruktionen, die aufbauen und nicht vernichten, und die man durchdenken soll. Was man sich aber, ernstlich verbitten muß, das ist, daß man sich auf jene Art von Zukunftsmöglichkeiten festlegt, die schon heute gedanklich überholt ist, daß man unersetzliche Bauten abreißt, weil sie rückständigen Verkehrsideen einer Tiefbaubureaukratie im Weg stehen, daß man die Gegenwart zu Nutz und Frommen einer falsch einkalkulierten Zukunft vernichtet. Wir haben andere Sorgen als das 1000-Tonnen-Schiff im Herzen Berlins, da es an die Peripherie und in den Teltowkanal gehört, wenn anders es überhaupt noch in 10 Jahren hier vonnöten sein wird. Was wir brauchen, sind nicht Verkehrswege sondern menschenwürdige Wohnungen und Siedlungsbauten für die Hunderttausende, die nichtswürdig untergebracht sind. Draußen wachsen die Aufgaben einer kommunalen Baupolitik. Wir wollen für den lebendigen Berliner Menschen arbeiten, nicht einen toten Berliner Verkehrsfetisch anbeten.

DAVID LUSCHNAT · NACHT UND TOD



UFLEBT die Nacht, die tiefe und furchtbar lebendige,
 Die schweigende Nacht, die Wurzel des wachsenden Tages,
 Sie nährt aus sich die angeatmeten Menschen,
 Die Schlafenden alle in allen den dunklen Bezirken.
 Sie nährt sie geduldig mit furchtbarer, schweigender Ehrfurcht.

Denn groß ist das Schicksal der Menschen, größer als Nacht.

Wenn aber die Träume entstehen, die menschlichen Träume,
 Wenn sie aus Häusern und Städten aufquellend sich ballen,
 Wolkenhaft wogen und wandern im sprachlosen Winde,
 Dann überkommt es die Nacht, besiegt sie und zwingt.

Ihr Schoß ist offen dem träumenden Schicksal der Erde,
 Ihr Leib empfängt den schrecklichen Samen der Träume.
 Da wimmert und zuckt das Gewirr der erschrockenen Sterne
 Und lautlos wächst der Tag im Leibe der Nacht.

Geduldig trägt sie den Sohn, den Vater des Hellseins,
 Geduldig löst sie sich hin in den blutigen Morgen.
 Und langsam heben sich auf die Geschlechter der Menschen,
 Bereiten und rüsten den Tag, den tödlich alltäglichen,
 Der sie zum Tode bereitet alltäglich und stündlich.

Wenn aber verwerkt ist das Körnergeröll der Jahre,
 Der Mensch sich endet und stammelnd sein Leben hinaushaucht,
 Dann lebt sein Tod, der ernste und furchtbar lebendige,
 Der saugt ihn ein in die Nacht der unendlichen Nächte
 Und haucht ihn an mit dem ruhigen Schlaf der Schlafe
 Und nährt ihn tief in ewiger, schweigender Ehrfurcht.

Denn groß ist das Schicksal des Menschen, größer als alles.

FRITZ KUNERT · COSIMA WAGNERS RINGEN UM DEN PARSIFALSCHUTZ



COSIMA Wagner richtete, als das Urheberrecht beraten wurde, am 9. Mai 1901 ein längeres Schreiben an den Reichstag, das seinen einzelnen Mitgliedern zuging. Sie widerlegt zunächst in glänzender Polemik einzelne irrige und absolut unsachliche Debatteausführungen von Reichstagsabgeordneten. Dann kommt sie zum Kern der Sache. »Ich fühle mich durch die Behandlung der Angelegenheit gedrungen zu erklären, daß es mir vor allem, ja einzig und allein auf den Schutz des Bühnenweihfestspielles Parsifal ankam und ankommt. Öffentlich bitte ich um diesen Schutz unter Verzichtleistung auf die Erträgnisse der verlängerten Schutzfrist, um endgültigen Schutz für Parsifal zu erlangen.« Dabei ging sie von der vielumstrittenen Ansicht aus, daß es Richard Wagners »Wunsch und Wille« wäre, »daß sein Theater einzig auf dem Hügel zu Bayreuth stehe, daß einzig in diesem Hause sein Parsifal aufgeführt werde«. Diese Versuche zum Ziel zu gelangen scheiterten völlig, sowohl 1901 wie auch später 1913 nach Ablauf der 30jährigen Schutzfrist.

Nach dem Tod Richard Wagners war das Bayreuther Festspielhaus in höchst schwieriger, Cosima Wagner daher in peinvoller Lage. Alles um sie wankte. Allein gerade von jenem Zeitpunkt ab entwickelte sie allen Hindernissen und Gewalten zum Trotz eine erstaunliche Umsicht, eine beispiellose Zähigkeit und nie versagende Tatkraft. Durch sie kam das Werk, das mit dem Tod seines Schöpfers zusammenzubrechen drohte, verhältnismäßig schnell zu glücklichem Vorschreiten und prächtiger Blüte. Nun schien ihm mit dem Freiwerden des Parsifal wieder eine Grundlage entzogen. Das Schreiben Cosima Wagners war daher sehr verständlich. Als es mir als Abgeordnetem übergeben war, antwortete ich am 26. Mai 1901 in einem Brief, den ich in sinngemäßer Rekonstruktion, zum Teil wörtlich, mit Auslassungen, wiedergebe:

»Sehr geehrte Frau, der Reichstag ist in diesem Monat verlagert, und die verminderte Last der laufenden Arbeit gestattet mir Ihr auch an meine Adresse gerichtetes Schreiben vom 9. Mai dieses Jahres nunmehr für meine Person zu beantworten. Auf das, was Sie als »Einleitung« Ihres offenen Briefes bezeichnen, will ich hier nicht eingehen. Die Hauptsache ist Ihnen der Schutz des Parsifal durch Reichsgesetz. Dieser Schutz schließt, wenn ich Sie recht verstehe, ein Monopol ein für Sie, Ihren Herrn Sohn und dessen Nachkommen, und zwar für unbeschränkte Zeit. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse und der maßgebenden Faktoren ist an das Zustandekommen eines Schutzgesetzes, wie Sie, hochgeehrte Frau, es im Sinne haben, schlechthin nicht zu denken. Auch ich würde einem solchen Gesetz meine Zustimmung nicht geben können. Gestatten Sie mir hierzu einige begründende Bemerkungen, die Sie wenigstens von dem einen überzeugen werden, daß man in Bewunderung und Treue zu dem Meister und seinem Lebenswerk stehen kann, ohne doch Ihrem Hauptwunsch nachkommen zu können.

Wenn Richard Wagner und Sie den Parsifal der gewöhnlichen Bühne nicht auslieferten, so war das voll berechtigt. Sie verabscheuten die Profanation des Werkes, die die geschäftsmäßige Aufführung mit sich bringt. Sie behielten das Werk in Ihren Händen, um ihm in der Darstellung künstlerisches Blühen und ideale Gestaltung auf Ihrer Bayreuther Bühne zu sichern. Und

der andauernde und wunderbar tiefgehende Erfolg zeigte, daß Sie nicht nur den starken Willen sondern auch die Kraft besaßen den künstlerischen Gedanken zur schöpferischen Tat werden zu lassen. Allein, wer garantiert Ihnen, der Nation und der Menschheit dafür, daß das Mysterium vom heiligen Gral für alle Zukunft seine besten Hüter in den leiblichen Nachkommen des gewaltigen Dichterkomponisten haben werde? Oft sind die physischen Nachfolger des Genies in einer der späteren Generationen geistige Zwerge. Und darum ist für ferne Zeiten der beste Schutz des Parsifal nicht die Familie, sondern das Volk, nicht der einzelne, sondern die unendlicher Entwicklung fähige Menschheit . . .

Gern erkenne ich an, daß Sie von den edelsten Beweggründen bei Ihrer Anschauung geleitet werden. Einig weiß ich mich mit Ihnen in dem Gedanken, daß alle wahre Kunst ein »Bindungsmittel«, eine Friedensbotschaft zwischen den Nationen darstellt. Gewiß hat sich auch Richard Wagner ein Denkmal in Bayreuth errichtet. Allein für sein eigentliches Denkmal ist das Plätzchen doch zu klein. Das eigentliche, unzerstörbare und dauernde Denkmal ist ihm im Herzen der Mit- und Nachwelt, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzpfähle, errichtet worden. Wie Zeit und Welt Wagner Großes gaben, so gab er in großem Stil zurück . . . Ferner meine ich, daß Wagners Stern heute nicht im Zenith sondern im Anfang seiner Bahn steht. Je mehr das Volk aber geistig fortschreitet, um so dringender wird es Musteraufführungen im rigorosesten Sinn des Wortes verlangen, um so überflüssiger wird damit aber auch die Fürsorge des Individuums und der Familie für die Aufführung eines einzelnen Kunstwerks.

Sie fühlen, verehrte Frau, daß mir nichts ferner liegt als Sie verletzen zu wollen, daß ich mich allein von rein sachlichen Beweggründen leiten lasse. Dem kann auch nicht anders sein, da ich mit inniger Dankbarkeit und erfüllt von hoher Bewunderung zurückdenke an den unvergeßlichen Mann, den ich zuerst, wenn ich nicht irre, 1875 im Konzerthaus in Berlin sah. Er dirigierte damals in unerreichter Art Bruchstücke aus dem Ring. Niemann sang reckenhaft mit einer ebenbürtigen Partnerin. Der Trauermarsch durchbrauste zum erstenmal in erschütternder Klage, in unendlich wehevollen Klängen den Saal. Uns allen war, als sei das eherne Fatum selbst an uns vorübergeschritten. Totenstille, dann endloser, jubelnder Beifall. Es war ein Tag des Triumphs, ein großer Tag für die Wagnersche Sache in Berlin. Später erblickte ich den Meister wiederholt im Berliner Viktoriatheater, als Angelo Neumann die Tetralogie zur Aufführung brachte. Wagner wurde damals in Berlin wie ein Triumphator gefeiert, und das Glück strahlte ihm aus den Augen. Zuletzt sah ich ihn mit einem leisen, resignierten Zug in dem markanten Antlitz auf dem Hügel zu Bayreuth nach einer ergreifend schönen Parsifalaufführung im Jahr 1882. Und lebendig wie damals, so steht er heute noch und immer vor meinem innern Auge. Nie hat irgendein Lebender aus der Kunstwelt auch nur annähernd einen so faszinierenden Eindruck auf mich gemacht wie er.

Sehr geehrte Frau, bei solchen Reminiszenzen angelangt, gestatten Sie mir vielleicht noch die Erwähnung einer kleinen Episode, die von neuem die Macht der Wagnerschen Muse zeigt, und die Ihnen deshalb nicht ganz uninteressant sein dürfte. Ich habe manchen öffentlichen und nichtöffentlichen Strauß Richard Wagners wegen ausgefochten. Es war so im Jahre 1880, und zwar an den schönen Ufern des Goldenen Horns und des gigantischen

Bosporus zu Konstantinopel, als ich nach mühevollen Vorarbeiten Bruchstücke des Tannhäuser, insbesondere den Tannhäusermarsch nebst Chor und Introdution, zu 2maliger öffentlicher Aufführung vor einem Publikum, das sich aus allen Klassen zusammensetzte, gebracht habe. Die Musik wirkte auf das völlig unvorbereitete internationale Publikum der orientalischen Kapitale so gewaltig, daß sich am Schluß der Wartburghymne der Beifallsturm erst besänftigte, als ich für Chor und Orchester das Dacapozeichen gab. Da alle Nationen, an dem Konzert mit einzelnen Piecen beteiligt, ihr Bestes gaben, so war gleichsam ein musikalischer Wettstreit in jenen Tagen entstanden, in dem der ritterliche Einzugsmarsch Richard Wagners unbestritten die Siegespalme errang. Bemerkt sei schließlich noch, daß alle Mitwirkenden aus reinem Interesse, ja Enthusiasmus für die Sache selbst eintraten, und daß die Einnahmen ausschließlich zur Linderung der damaligen furchtbaren armenischen Hungersnot verwendet wurden. Die Aufführung war gewiß nicht zunftgemäß, aber dafür der Sache Wagners förderlich und dem Geiste des Meisters entsprechend.

Seien Sie versichert, daß Ihrer dauernd denkt in vorzüglicher Hochachtung und Ergebenheit Fritz Kunert.«



UF diesen Brief antwortete mir Cosima Wagner am 3. Juni 1901. Ich habe ihre Antwort nahe an 3 Dezennien zurückgehalten, glaube sie aber jetzt veröffentlichen zu können, da die Gründe, die sie damals veranlaßt haben mochten ihr Schreiben als »vertraulich« zu bezeichnen, sicherlich schon lange nicht mehr gelten und nun durch ihren Tod am 1. April 1930 vollends gegenstandslos geworden sind. Ich gebe ihren Brief nachstehend wörtlich wieder:

»Hochgeehrter Herr! Sie sind der erste (bis jetzt der einzige) von den Herren Abgeordneten, welcher auf mein Schreiben mir erwidert. Sie haben meine Schlußbitte mit Wohlwollen und ernster Beachtung dieses Schreiben aufzunehmen erfüllt; so fühle ich mich Ihnen gegenüber zu Dank verpflichtet und spreche Ihnen diesen auf das herzlichste aus.

Nie kann mich ein Unterschied der Ansicht oder eine Verschiedenartigkeit der Überzeugung verletzen, wenn ich, wie bei Ihnen, hochgeehrter Herr, die rechtschaffene Gesinnung und die Achtung vor dem andern erkenne. Was mich bestimmt, ist der Wille des Meisters, und ich meine, daß er für sein Volk so viel getan, daß dieses Volk nun auch mit mir diesen Willen ehren sollte. Ich fühle Ihnen nach, was Sie beseelt, indem Sie eine allgemeine Verbreitung der Kunst für das Volk wünschen.

Ich halte diesen Wunsch aber von einer Täuschung eingegeben.

Wir haben die billigen Ausgaben der Klassiker, öffentliche Museen, leicht kann man sich Gipsabgüsse der antiken Meisterwerke verschaffen; finden Sie, daß in unserem Gebaren, in unserer Literatur, in unserer Presse, in unserer Sitte auch nur das geringste von dieser Popularisierung zu bemerken sei? In der Volksvertretung durfte ein namhafter Abgeordneter [Eugen Richter] einer allgemeinen Sache eine persönliche Wendung geben, eine Familie und insbesondere eine Frau in das Treffen führen, ignoble Motive ohne Begründung unterlegen, persönliche Verhältnisse ununtersucht vorbringen, um die niedrigsten Regungen im menschlichen Wesen wachzurufen (Neid und Mißgunst), und niemand brach ihm das Wort ab. Wie ist unsere Bildung beschaffen, wie steht es mit unserer Sitte; ist von dem Schiller-Goetheschen Geiste auch nur ein Hauch in die Allgemeinheit gedrungen?

Dem Beispiele der Volksvertretung möchte ich der Kürze halber nur eines noch hinzufügen: Privatbriefe werden, ungeachtet, ob die Verfasser noch leben, publiziert und an der Möglichkeit ihrer Publikation Pressionsversuche ungehindert ausgeübt.

Was könnte ich noch an Beispielen hinzufügen, um zu beweisen, daß unsere großen Weisen, Meister und Dichter nicht Gemeingut geworden sind? Nicht auf Verbreitung kann es demnach ankommen sondern auf Vertiefung.

Gewiß verstehen Sie mit mir (ich durch Bismarck angeleitet) unter Volk die Gesamtheit aller Stände von dem König bis zum Bettler. In diesen Ständen gibt es die für die Kunst Begabten und Empfänglichen und diejenigen, welche es nicht sind.

Eine Sache der Erziehung wäre es meines Erachtens die Begabung zu steigern und bei den Unbegabten die Verehrung für das Ungenossene zu wecken. Hätten wir solche Erziehungsanstalten im Geiste Goethes erlangt, dann können Sie sicher sein, hochgeehrter Herr, daß alle Zöglinge einstimmig für eine Kunststätte eintreten, welche das Ideal eines größten Künstlers, soweit dies mit irdischen Kräften möglich ist, rein erhält. Sie würden wissen, daß unsere gegenwärtigen Kunstinstitute dieses nicht vermögen; Sie würden uns in unserem Bestreben immer mehr Unbemittelte in unser Auditorium aufzunehmen unterstützen, bis der Gedanke des Meisters gänzlich verwirklicht wäre, während doch niemals, weder bei stehenden Theatern noch bei reisenden Unternehmern, daran gedacht wird Aufführungen unentgeltlich zu geben. Während im Theaterrepertoire ein Eindruck sich durch die Vermengung mit allem Erdenkbaren verwischt (ungefähr wie bei der Zeitungslektüre das durch einzelnes geweckte Mitgefühl), so wirkt der hier empfangene Eindruck nachhaltig; er wird fruchtbar in dieser oder jener Weise, um als Tat oder Werk Gemeingut zum Wohle des Volkes zu werden.

Sie werden mir erwidern, solche planmäßige Erziehung und Erhebung eines Volkes, etwa wie der Gang der Sterne, sei ein Ding der Unmöglichkeit; es ginge chaotisch in unserem Dasein zu, und man müßte froh sein auf irgendeine Weise einen Brocken des Ideales zur flüchtigen Tröstung zu erhaschen.

Ich gebe Ihnen das Pandämonium der Welt zu und weiß, daß das Evangelium der Liebe vielleicht nur noch mehr Haß und Grausamkeit entfesselt hat, aber um so wichtiger ist es, wenn in dieser furchtbaren Dissonanz ein Grundakkord für diejenigen, die seiner bedürfen, erklingt, und dieser wird nur außerhalb der dissonierenden Welt vernommen werden können. Eine Stätte und ein Werk rein erhalten als Zeugnis der Kraft der deutschen Kunst, glauben Sie mir, hochgeehrter Herr, daß dies von ungeheurem Werte ist, selbst nur in der Vorstellung derjenigen, welche nicht daran teilnehmen können. Die Kunst und ihre Ausübung hat durch die Verbreitung unserer Werke auch nicht das geringste gewonnen; befragen Sie sämtliche Künstler darüber. Ich kann natürlich für die Beschaffenheit meiner spätesten Nachkommen nicht stehen. Wenn wir die preußische Geschichte zum Beispiel befragen, so sehen wir als Träger der in dieser Geschichte von alters her rühmlichst bekannten Namen sehr tüchtige Männer. Doch sollte in unserem Fall dies nicht eintreffen, so hätte das wenig auf sich, da mit der durch die Zeit gefesteten Tradition sich ein Werk ergeben hätte, woran gar nicht mehr zu rütteln wäre. Ich gebe Ihnen dankbar zu, daß jetzt eine bestimmte Befähigung, nicht nur Gesinnung nötig ist, und so danke ich Gott täglich, daß er mir den edlen, hochbegabten Sohn schenkte, der jetzt den größten Teil meiner

Aufgabe übernimmt und mir die Zukunft sichert. Später wird die Künstlergenossenschaft dieses verrichten.

So handelt es sich hier mit nichten um einen Familienbesitz sondern um ein Asyl für die Kunst und um die Reinerhaltung eines einzig weihevollen Werkes. In Ihrer Tätigkeit können Sie, hochgeehrter Herr, sich keine Vorstellung von den Empfindungen des großen Künstlers in unserer heutigen Welt bilden. Da, wo Sie eine *via triumphalis* in Berlin damals erblickten, war es eine *via crucis* der schwersten Art. Wie könnte der Künstler, der einen Kulturgedanken mit sich trägt, sich durch einen momentan noch so gewaltigen Eindruck und noch so brausende Akklamationen befriedigt erkennen, wenn dieser sein Gedanke unverstanden bleibt? Ist nicht vielmehr diese Verkenning und Verlassenheit gerade inmitten des Zujubelns von einer Tragik, welche uns auf das Wesen der Dinge führt, uns den Gehalt aller großen Dichtungen und aller tiefen Religionen vor den Sinn ruft und uns die Notwendigkeit einer idealen Stätte mit der zwingenden Macht des verehrungsvollen Mitgefühls empfinden läßt?

Sollte es meiner geringen Feder nicht beschieden sein Sie, hochgeehrter Herr, zu meiner Überzeugung zu gewinnen, so möchte ich an Ihr Gefühl für Gerechtigkeit mich wenden. Warum soll einzig dem Musiker das Recht auf seine Werke verweigert werden, das jedem Industriellen, jedem Dotation erhaltenden Staatsmann oder Feldherrn gewährt wird? Der Gerechtigkeit gegenüber erscheint sogar eine 50jährige Schutzfrist gering, und sie wurde auf Grund irriger Daten und persönlicher Gehässigkeit abgelehnt!

Ich glaube aber bestimmt, daß der Gerechtigkeitssinn im Reichstag wieder erwachen wird. Ich habe mich einzig an das Gefühl gewendet und kann es einzig, Sie, hochgeehrter Herr, haben mir gefühlvoll erwidert, und das hat mich sehr gerührt.

Ihre Schilderung der Aufführung in Konstantinopel zugunsten der Hungernen hat mich bewegt. Solche Erscheinungen würden niemals durch unsere Kunststätte, und Parsifal als Heiligtum darin, gehemmt.

Wie ich Ihnen bereits sagte, verkehre ich gern mit Andersdenkenden (unter der Bedingung der gleichen Gesinnung und der Achtung vor einander); entweder werde ich von meinem Gegner überzeugt und verliere einen Irrtum, oder ich überzeuge ihn von der von mir erkannten Wahrheit. (Ich mußte über die Schreckensparole des Einflusses lächeln, wenn wir auch in dem gegebenen Fall gar keinen ausgeübt. Beruht denn nicht alles auf gegenseitigem Einfluß und Einwirkung, üben Bücher, Menschen, Kunstwerke nicht Einfluß auf uns, ja, würden im Reichstag Reden gehalten, wenn man nicht beeinflussen wollte? Man könnte sonst nur die Vorlagen der Regierung anhören und dann abstimmen.) Oder aber, ich werde meiner Überzeugung mir klarer bewußt, auch wenn ich nichts erwirke.

So haben Sie Dank, hochgeehrter Herr, daß Sie mir zu diesem Austausch Gelegenheit gaben. Sie sagen mir, daß Sie mir als Mensch, nicht als Parteigänger Antwort geben, und zu dem Menschen, dem freundlich gesinnten, sprach ich von Herzen und vertrauensvoll. Ich bitte diese Mitteilungen als vertraulich zu betrachten und schließe mit dem erneuerten Ausdrucke meines Dankes und der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung C. Wagner. Weit besser, als ich es vermöchte, haben zwei hervorragende Persönlichkeiten, Hans von Wolzogen und H. Chamberlain, das Thema unserer Korrespondenz besprochen. Ich erlaube mir die Aufsätze deshalb zu senden.«

MIT meinem hier nachfolgenden, am 23. Juni 1901 geschriebenen Brief schloß die Korrespondenz. Die Vorbemerkung zu meinem vorigen Schreiben hat auch für das andere Geltung. Dazu stelle ich fest, daß hier meine etwas scharf getönte Erwiderung auf gewisse briefliche Andeutungen und Ausführungen Cosima Wagners über Bismarck, die Hohenzollerndynastie, Parlamentarismus usw. nicht wiedergegeben ist, da sie zur Klärung der Frage, eben des Parsifalschutzes, nichts beizutragen vermochte:

»Hochgeehrte Frau, von ganzem Herzen danke ich Ihnen für den großen Beweis von Vertrauen, das mir Ihr gütiges Schreiben vom 3. Juni bekundete. Ich hatte von Tag zu Tag gehofft eine ruhige Stunde zu finden, die es mir ermöglichen würde auf den reichen Inhalt Ihres Briefes in meiner Antwort wirklich einzugehen. Leider ist mir das nun doch unmöglich. Deshalb muß ich mich bescheiden nur einigen Ihrer Anregungen mit wenigen kurzen Bemerkungen zu folgen.

Daß Richard Wagner Schwerstes auf der via crucis zu leiden hatte, ist ebenso unbestreitbar wie die endliche glorreiche Eroberung seiner via triumphalis. Jedenfalls hatte er im Unterschied zu der ungeheuren Mehrzahl der Menschen, die ausschließlich auf die via crucis verdammt sind, seinen herrlichen Triumphweg. Welch ein Weg einsamer Künstlerhöhe! Von ihr aus verkündete er seinen Willen betreffs des Parsifal: Parsifal für Bayreuth! Allein die Komplikation der uns umgebenden Verhältnisse ist gewaltiger als der mächtigste Einzelwille: Richard Wagner wollte für die Aufführungen die höchste künstlerische Wiedergabe aller seiner genialen Schöpfungen. Dieser berechtigte Wille scheiterte an der totalen Unzulänglichkeit der heutigen Bühne. Er wollte zu höchsten künstlerischen Zwecken zwischen 1876 und 1882 die Verwertung des Bayreuther Festspielhauses. Er wollte die Untergeltlichkeit für Bayreuth usw. usw. Wie es mit alledem steht, dessen sind Sie sich gewiß mit allen Kunstverständigen schmerzlich bewußt. Auch der Parsifal wird nicht ewig Bayreuth verbleiben können. Er wird seine Heimat, sein neues Bayreuth dort finden, wo (vielleicht erst nach Jahrzehnten) der Genius Wagnerscher Kunst seine Schwingen am machtvollsten entfaltet, wo unter besonders günstigen Umständen die reproduktiven Künstler ihre hehre Aufgabe restlos, vollendet wie nie zuvor bewältigen. Die gleiche starke Zuversicht hege ich nicht nur für den Parsifal sondern für alle Werke des Meisters. Ja, noch mehr. Die unvergänglichen Meisterwerke aller Länder und aller Zeiten können sich nur dadurch behaupten und der Menschenwelt Erquickung spenden, daß sie nicht an bestimmte Örtlichkeiten oder Personenkreise gekettet sind . . .

Nun, hochgeehrte Frau, gestatten Sie ein Wort über die nur zu natürliche Wirkungslosigkeit unserer größten Künstler, Klassiker und Weisen, unserer vorzüglichen Gallerieen, Museen, unserer wissenschaftlichen Veranstaltungen usw. auf die eigentlichen, die breiten Volksmassen. Eine realistische Betrachtung, die ebensoweit vom Optimismus wie von jedem schwächlichen oder entnervenden Pessimismus entfernt ist. Hierbei kann ich mir nicht die Bemerkung versagen, daß es gerade Richard Wagner war, der, ganz abgesehen von der sonnigen Heiterkeit der Meistersinger usw. usw., trotz seiner gelegentlichen theoretischen Hinneigung zu Schopenhauer durch den ganzen Aufbau seiner Kunsttaten und seines gesamten Lebenswerks den Pessimismus als unfruchtbare Lebensanschauung ad absurdum geführt hat.

»Vertiefung«, nicht »Verbreitung«! Ganz recht, nicht um flache Aufklärung, planlose Zufallsverbreitung, nicht um ästhetische Bettelsuppen für die Menge kann es sich handeln. Das schadet schließlich mehr als es nützt.

Worauf es mir in meiner brieflichen Andeutung vom Mai dieses Jahres ankam, das ist die Anerkennung der Forderung, daß das geistige Gesamtniveau des Volkes durch Erziehung von Generationen aus den kellerdumpfen Tiefen des Daseins zu jetzt ungeahnter intellektueller, sittlicher und ästhetischer Sonnenhöhe hinaufgeführt werde. Da handelt es sich um die hohe geistige Existenz eines ganzen Volkes, jetzt um stümperhafte, vulgäre Erziehungsbestrebungen, die immer nur den Effekt haben die Volksmassen intellektuell und materiell zu verwahrlosen. Allgemeine höchste Bildung soll Gemeingut aller werden, nicht aber Sonderbesitz einer verhältnismäßig kleinen Anzahl gewissermaßen privilegierter Individuen bleiben. Also nochmals: nicht Verflachung sondern Erweiterung und Vertiefung im edelsten Wortsinn. Bevor man aber (will man nicht wie ein törichter Utopist handeln) solchem gewaltigen Fernziele entgegenschreitet, ist *eine* Voraussetzung zu erfüllen, die ich als die sichere Grundlage des Vorhabens erachte. Unseren heutigen Erziehungsbestrebungen, soweit sie auf das Volk abzielen, fehlt die Basis. Es sind und bleiben das Bauunternehmen, denen das Fundament fehlt. Kein vernünftiger Baumeister aber beginnt sein Werk mit dem Dachstuhl oder den Obergeschossen. Die unabweisliche Voraussetzung allgemeiner und hoher Volksbildung ist mir die gesicherte materielle Existenz, ist der befriedigende wirtschaftliche Untergrund, ist die wohlfundierte ökonomische Lage für alle unsere Volksgenossen, wie sie nur in eherner Rücksichtslosigkeit die völlige Umgestaltung unserer gesellschaftlichen, politischen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse mit sich bringt und mit sich führen muß. Erst diese Voraussetzung, dann jene Volkserziehung und Bildung! Und daran wird sich konsequent in unerschöpflicher Fülle ein höchstes Verstehen und Fördern auch der Kunst und Künstler, der Wissenschaft und idealer Strebungen reihen, deren Mangel Sie mit allen Vorwärtstrebenden heute tief beklagen müssen. Des angebrochenen Jahrhunderts Riesenaufgabe ist die Erfüllung dieses Gedankens, der den Sieg verbürgt.

Daher werden Sie mir verzeihen, sehr verehrte Frau, wenn für mich unter der zwingenden Logik dieser Denkweise und angesichts der Größe solcher Aufgabe die Fragen des Urheber- und Verlagsrechtes sowie die Unterfragen der 30- oder 50jährigen Schutzfrist oder auch des dauernden Schutzes (des Monopols) irgendeines einzelnen, und sei es des erhabensten, weihevollsten Kunstwerkes, nur eine sekundäre Bedeutung haben können ...

Das freilich kann mich nicht hindern die Verunglimpfungen des Meisters oder Ihrer Person rückhaltlos zu verurteilen, von welcher Seite auch der Schimpf gekommen sein möge. Ich beziehe mich hierbei besonders auf die 77. und 86. Plenarsitzung des Jahres 1901. Da es nun für Sie oder Ihr Archiv nicht ganz wertlos sein kann in den Besitz der betreffenden Verhandlungsberichte zu gelangen, so bitte ich Sie um die Erlaubnis Ihnen die Stenographischen Berichte der 3 Lesungen sowie alle einschlägigen Drucksachen dazu und den Gesetzentwurf in seiner schließlichen Fassung beigehtend überreichen zu dürfen. Persönliche Gehässigkeit mag sich im Reichstag hervorgewagt haben, ausschlaggebend jedoch ist sie in keinem Fall bei irgendeiner Abstimmung gewesen. Höchst drollig wirkte die heillose Verwirrung und Zerfahrenheit im Lager der bürgerlichen (der antisozialen) Parteien. Ihnen

ist das physische Privateigentum, auch das Privateigentum an Produktionsmitteln (also das zu den jämmerlichsten und verwerflichsten Ausbeutungszwecken verwendbare) 3mal heilig. Dagegen arbeiten sie der gleichen Anerkennung des geistigen Eigentums entgegen. Das physische Eigentum erwerben sie unumschränkt und in Ewigkeit, für das Erbrecht geistigen Eigentums versagt ihr Interesse.

Nun bin ich der letzte, der sich darüber beklagt; auch habe ich kein Verlangen mitzuwirken das herrschende schlechte Recht noch schlechter zu gestalten. Denn für mich sind die arbeitslose Erwerbung riesigen Besitzes durch Erbtitel, die Erdrosselung der Freiheit und des Fortschritts durch das wahnsinnige, Übermacht verleihende Eigentum an Gut und Gold, der verderbliche Privatbesitz an Produktionsmitteln und Rohstoffen so schwere massenmörderische Verbrechen gegen die arbeitenden Klassen, daß sogar die Einzelercheinungen von Betrug oder Mord (die natürlich jeder Zivilisierte verdammt) dagegen nur federleicht wiegen. Denn hier handelt es sich nicht um die verhängnisvollsten Verbrechen gegen ein Volk sondern um namenlos entsetzliche Greuel auf geistigem und materiellem Gebiet gegen *alle* modernen, kulturfähigen Völker . . .

Diese furchtbare Perspektive kann Sie, eine starkherzige Frau, die Tochter des in Saint-Simonschen Anschauungen wohlbewanderten großen Franz Liszt nicht erschrecken. Der Unterschied zwischen damals und heute ist allerdings ausgeprägt genug vorhanden; denn das, was im Liszt-Wagnerschen Kreis in einer bestimmten Epoche als utopistischer Gefühlskommunismus vorhanden war, das ist heute überwunden in der Gestalt bewußter Erkenntnis, in der Form des neuzeitlichen, wissenschaftlichen Sozialismus. Er ist der unzerstörbare Fels, auf dessen granitnem Untergrund in Zukunft auch die leichten Zelte der schönen Künste sicher vor Mißgunst und Erschütterungen aufgeschlagen werden können.

Hochgeehrte Frau, nach alledem wird Ihr Appell an das Gerechtigkeitsgefühl des Reichstags vergeblich sein. Rechnen Sie nicht damit. Rechnen Sie nur mit der Güte, der Unverwüstlichkeit und der sieghaften Schönheit des Parsifal. Auf eine so tiefgehende Gegensätzlichkeit in Tagesfragen sowohl wie in den Weltanschauungen werden Sie, als Sie die Güte hatten mir zu schreiben, doch vielleicht nicht gerechnet haben. Allein ich müßte außerordentlich klein von Ihnen gedacht haben, wenn ich es fertiggebracht hätte in den großen Fragen der politischen, sozialen oder sonstigen Gegensätze ausweichend oder mit kläglichen Vertuschungen zu antworten. So liegen die Dinge: Abgründe gähnen drohend zwischen den Menschen; aber wahre Achtung und Verehrung vermögen dennoch diamantene Brücken von einem zum anderen zu schlagen. Es ist hier zunächst zwischen uns die Rede gewesen von dem Volk und seinen Beziehungen zur Kunst sowie von einer wirklich idealen Volkserziehung und ihrer einzigen und unabweislichen Voraussetzung. Nun noch kleine Details.

Unanfechtbar ist es, wenn Sie die gelegentliche Bemerkung einstreuen, daß niemand für seine Nachkommen einstehen kann. Nur beweist Ihre Exemplifikation auf die preußische Geschichte nicht, was Sie bewiesen sehen möchten. Auch ich habe über die »Schreckensparole« von der Bayreuther Beeinflussung des Urheberrechts nur lächeln können und stimme Ihnen gern zu. In der Sache selbst stehen wir also (und das ist das *negative* Resultat) einander nach wie vor gleich zwei Fechtern gegenüber, von denen keiner dem andern Boden auch nur um Haaresbreite abgewinnen könnte. Indem ich Ihr

individuelles Recht voll anerkenne, wahre ich auch meiner Individualität die freie Überzeugung. Es tröstet mich, daß unsere Kräfte trotzallem nach einer Richtung gemeinsam wirken ...

Jedenfalls Dank für die Ermöglichung einer solchen Aussprache. Indem ich Ihnen herzlichstes Lebewohl sage, erlaube ich mir meine besten Wünsche für Haus Wahnfried und die kommenden Parsifalaufführungen auszusprechen. Sehr verehrte Frau, mit der Versicherung außerordentlicher Hochachtung und Ergebenheit zeichnet Fritz Kunert.«

Menschliches, Irrtümliches und Allzumenschliches sind und bleiben identisch. Doch es schwinden Irrungen und Schwächen gleich dem Schnee vor der Sonne gegenüber den Vorzügen der Gesamtpersönlichkeit. Trotz der Vielseitigkeit ihres psychischen Wesens zwang sich Cosima Wagner im Dienst des Bayreuther Gedankens heroisch zu fanatischer Einseitigkeit ihres Fühlens, Strebens und ihrer Handlungen. Damit erhob sie sich zu einer der bedeutendsten Frauengestalten des 19. wie des angehenden 20. Jahrhunderts.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Gerhard Kreyszig

Krise

Das Wirtschaftsjahr 1930 steht im Zeichen einer wirtschaftlichen Depression, die in *Deutschland* durch die Verkettung mit der Etatskatastrophe des Reichs und der Finanznot der Kommunen noch besonders erschwert worden ist. Die Gunst der Witterung, die im Frühjahr wie im Herbst die saisonmäßige Arbeitslosigkeit in den Außenberufen, besonders im Baugewerbe, hätte überbrücken können, mußte ungenutzt vorübergehen. Statt dessen stieg die konjunkturelle Arbeitslosigkeit unentwegt weiter. Im 1. Halbjahr 1930 gab es monatsdurchschnittlich 3,1 Millionen Arbeitssuchende, während es 1929 nur 2,3 und 1928 nur 1,6 Millionen gewesen waren. Die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und der Krisenfürsorge waren monatsdurchschnittlich auf 2,2 Millionen gestiegen; in den Jahren vorher waren es demgegenüber 1,7 respektive nur 1,1 Millionen gewesen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund verzeichnete Ende September 22,8% Vollarbeitslose und 14,5% in Kurzarbeit stehende Mitglieder. Mit über 3½ Millionen hat Deutschland heute die größte Arbeitslosigkeit seit der Stabilisierung. Nach dem Lauf des 3. Quartals 1930 zeigt sich deutlich, daß die augenblickliche Wirtschaftsdpression wesentlich stärker ist als die letzte Krise 1926. Der Leerlauf des gesamten Produktionsapparats wurde, gegenüber dem höchsten Beschäftigungsgrad der Hochkonjunktur, die vorausging, im Jahr

1926 auf 17,4% berechnet. Heute liegen gegenüber dem günstigsten Stand vom Juli 1929 im Durchschnitt 25,7% der gesamten Maschinerie der Wirtschaft brach. Die Produktivgüterindustrien sind dabei mit einem Rückgang um 31,8% erheblich schlechter, die weiterverarbeitenden Industrien mit 22% Rückgang etwas günstiger beschäftigt als der Durchschnitt. Am schärfsten betroffen ist von den volkswirtschaftlich besonders wichtigen Industrien die Grobeisenwirtschaft, deren Produktionsrückgang bei der Roheisengewinnung 44% (1926 nur 30%), bei der Rohstahlproduktion 45% (1926 nur 36%) und in den Walzwerken ebenfalls 45% (1926 nur 30%) betrug. Eine Reihe kleinerer Industriezweige ist allerdings heute überhaupt nur noch zu 25 bis 30% beschäftigt. Die Krise ist also um beinahe die Hälfte schärfer als 1926, das Riesenheer der Arbeitslosen entsprechend angewachsen. Bis zum Jahresende werden wir 2 Millionen mehr Arbeitslose haben als vor Jahresfrist. Die Depression wird aber nicht nur durch ihr Ausmaß sondern insbesondere durch ihre Dauer charakterisiert. 1926 hielt der durchschnittliche Produktionsrückgang 8 Monate an, mit Ende des 3. Quartals 1930 stehen wir aber bereits im 15. Monat ununterbrochen rückläufiger Konjunktur, und die verarbeitende Industrie steckt mit 28 Monaten absteigender Beschäftigung bereits genau doppelt so lange in der Krise wie 1926, wo nach 14 Monaten der Umschwung zur Besserung einsetzte. Hinzu kommt, daß heute noch nicht abzusehen ist, wann eine Be-

lebung der Wirtschaftslage kommen wird; das Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft wird bei unzureichendem Preisabbau immer geringer und führt zu dauernd sinkenden volkswirtschaftlichen Umsätzen. Die Güterwagengestellung, ein Merkmal, ist heute um 20% geringer als Mitte 1929, der Rückgang der beförderten Güter beträgt sogar 28,5%. Die Gesamtumsätze der Volkswirtschaft waren mit etwa 47 Milliarden im 3. Quartal 1930 um rund 8 Milliarden oder 15% geringer als 1929. Der Binnenhandel, der zwischen 80 bis 95% aller Umsätze ausmacht, bleibt im 2. Quartal um 3½, im 3. Quartal um 5 Milliarden hinter den Umsätzen des vorigen Jahres zurück.

Die Wirtschaft *Frankreichs* kennt zwar immer noch keine Arbeitslosigkeit, wird aber trotzdem von sozialen Kämpfen nicht verschont. In Nordfrankreich kämpften 140 000 Textil- und Metallarbeiter im Streik um die Erhöhung ihrer Löhne. Es ging dabei nicht, wie behauptet wurde, um einen Kampf gegen die neue Sozialversicherung sondern um den Lohnausgleich gegenüber den steigenden Lebenshaltungskosten. Daß sich in allerletzter Zeit auch in Frankreich Anfänge einer Krise zeigen, braucht nicht wunderzunehmen, da die französische Wirtschaft so weit schließlich mit der des Auslands verknüpft ist, daß sie von der Gesamtsituation nicht völlig unberührt bleiben kann. Doch wird dadurch ihre Gesundheit insgesamt nur sehr wenig angegriffen. Gleichwohl hat Frankreich auf die Dauer ein Interesse daran, daß die Wirtschaft namentlich seines Nachbarlands Deutschland wieder richtig in Gang kommt. In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des ehemaligen französischen Ministers Yves Le Trocquer sehr zu beachten, der am 4. Dezember in seinem Vortrag in Berlin für eine deutsch-französische Wirtschaftsunion eintrat (siehe dazu auch den Artikel Kaliskis Überwindung der Krise?, in diesem Band Seite 1201).

In *England* gab es Anfang August über 2 Millionen Arbeitslose, unter denen sich ½ Million weibliche Arbeitskräfte befand. Damit war der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit von 1921 überschritten. Die britische Regierung griff deshalb ein altes Projekt neu auf und sieht in einem umfangreichen Landwirtschaftsprogramm die Ansiedlung von Arbeitslosen vor. Durch Einführung des 9. Schuljahrs von Ostern 1931 ab glaubt man für 500 000 Menschen Arbeitsplätze erhalten respektive freimachen zu können.

Die weitere Zuspitzung der Wirtschaftslage in den *Vereinigten Staaten von Amerika* zeigt sich in erhöhten Schwierigkeiten amerikanischer Bankhäuser, deren Kredite in gewaltigem Umfang festgefroren sind, in einer weitem Verschärfung der bereits chronischen Autokratie und spiegelt sich in auffallender Weise wider im Ergebnis der Wahlen zum Bundesrat und Bundesrepräsentantenhaus, die eine Niederlage für den Präsidenten Hoover bedeuten, dem man die Schuld am Zusammenbruch der Prosperität gibt. Abgesehen davon, daß die Kaufkraft in den Vereinigten Staaten, die früher zu einem erheblichen Teil aus Spekulationsgewinnen der Börse gestärkt wurde, erheblich nachgelassen hat, bietet auch der Außenhandel keinen Ausgleich. In den ersten 9 Monaten 1930 ist die Ausfuhr hinter den Ergebnissen der gleichen Zeit 1929 um 28% zurückgeblieben. Die geplante 3tägige Arbeitswoche im amerikanischen Stahltrust verdeutlicht sowohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie auch das Bemühen zeigt die absolute Arbeitslosigkeit nicht zu stark anschwellen zu lassen, die für Amerika ein besonders brennendes Problem ist, weil es keinerlei staatliche Unterstützungs- und Hilseinrichtungen gibt. Die Anzahl der Arbeitslosen wird heute bereits auf mehr als 6 Millionen geschätzt.

Kapitalversorgung

Die Frage der Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft steht heute um so mehr im Vordergrund, als die verflossenen Monate der Wirtschaft zwar überaus reichliche Geldmittel, jedoch nur relativ geringfügige langfristige Kapitalien zur Verfügung stellten, die allein die Konjunktur beleben könnten. Obwohl man bei der Feststellung der Höhe der Kapitalbildung auf Schätzungen angewiesen ist, wurde sie für 1927 übereinstimmend auf 9 Milliarden Mark beziffert, und weiter bestand Übereinstimmung darüber, daß sie 1928 größer gewesen sein müsse; sie wird die 10-Milliarden-Grenze wahrscheinlich überschritten haben. Es liegt andererseits offen zutage, daß die Kapitalbildung im Jahr 1929, in dem sich die ersten Krisenanzeichen bemerkbar machten, geringer war als 1928. Geht man von den gleichen Beobachtungsmerkmalen aus, so gelangt man, bei Anwendung der gleichen Schätzungsmethoden, zu dem Ergebnis, daß die Kapitalbildung 1929 etwa um ⅓ geringer war als 1928. So war der Spareinlagenzuwachs um 275

Millionen geringer, die Auslandsanleihen gingen um $\frac{1}{2}$ Milliarde, der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen um 885 Millionen zurück, Kapitalerhöhungen und Neugründungen von Aktiengesellschaften benötigten 500 Millionen weniger, und auch die Kapitalneuanlagen der Lebens- und Sozialversicherungsinstitute waren geringer als 1928. Die gesamte Kapitalbildung dürfte deshalb 1929 unter 7 Milliarden Mark zurückgeblieben sein. Dem steht als Kontrast gegenüber, daß das Unternehmer-einkommen 1929 um 1 Milliarde höher war als 1928; zudem ist es fraglich, ob im Zeitalter der Selbstfinanzierung nicht ein größerer Teil als die Hälfte der gesamten Kapitalbildung unsichtbar erfolgt. Durch Kapitalflucht einerseits, durch Vergrößerung des in Reserve stehenden Geldkapitals (Kreditorenzuwachs der Großbanken, Geldmarktlüsigkeit) andererseits werden Millionenbeträge der Umwandlung in volkswirtschaftliches Sachkapital entzogen. Es ist um so bemerkenswerter, daß die geschätzte Kapitalbildung 1929 in um so höherem Maß aus nichtkapitalistischen Kapitalquellen (Sparkassen, Sozialversicherung, Hauszinssteuer) gespeist wird und das Argument der Unternehmerhinfälligkeit macht, das private Kapital sei die beste Basis der Kapitalbildung und müsse begünstigt werden.

Die jetzt seit über Jahresfrist bereits anhaltende Verknappung am Kapitalmarkt, der sich wiederholt als völlig verstopft gezeigt hat, ist nicht nur ein schweres Hemmnis für die Besserung der Wirtschaftslage sondern birgt für die Gesamtwirtschaft zugleich deshalb große Gefahren, weil mangels langfristiger zur Verfügung stehender Kapitalien die kurzfristige Verschuldung bedrohlich wächst. Von Anfang September bis Ende Oktober wies die Reichsbank als Folge der nationalsozialistischen Welle und der Beunruhigung der politischen Situation das Ergebnis der Währungs-attacke mit einem Gold- und Devisenverlust von 596 Millionen Mark offen aus; in Wirklichkeit sind die Abflüsse noch größer gewesen. Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 4 auf 5% war die Folge. Da sich der Reichsbankstatus durch den Auslandszwischenkredit des Reichs wieder gebessert hat, sind diese "politischen" Wirkungen rasch vergessen worden. Um so beredter ist die Sprache der monatlichen Ausweise der Großbanken. Bis Ende September hatten sich die langfristigen Kreditoren innerhalb Monatsfrist um 800 Millionen

oder 10% verringert, insbesondere durch Zurückziehung von Auslandsgeldern. Gleichzeitig waren allerdings die täglich fälligen Einlagen um 390 Millionen oder 6% gestiegen. Nur ein Teil der Kreditoren ging also verloren, die anderen wurden lediglich auf kürzere Fristen umdisponiert. Entscheidend für die Zuspitzung auch der Geldmarktverhältnisse wurde erst der starke Rückgang der kurzfristigen Einlagen im Oktober, der über 500 Millionen hinausging und also erheblich stärker war als die vorübergehende Septemberzunahme. Innerhalb zweier hochpolitischer Krisenmonate ergibt sich danach aus den Großbankbilanzen ein Gesamtkreditoren-schwund von 1,218 Milliarden Mark. Der Abbau der Kreditkosten wird noch auf lange Zeit eine der wichtigsten Forderungen der Konjunkturpolitik bleiben. Die Schuldzinsen für die Bankkredite sind im 3. Jahresquartal wieder von 7 auf 8% gestiegen. Die Nettokosten für erststellige Hypotheken verharren auf der enormen Höhe von 8,7%. Wann werden die Großbanken Wirtschafts- statt nur Profitpolitik zu treiben beginnen?

Außenhandel Die weltwirtschaftliche Verflechtung der kapitalistischen Länder läßt für den Außenhandel Deutschlands Erleichterungen kaum erhoffen, wird vielmehr Erschwerungen zur Folge haben. Es zeugt für die hohe Exportfähigkeit Deutschlands, daß einschließlich eines Ausfuhrüberschusses im September die deutsche Außenhandelsbilanz seit Januar 1930 bereits im September mit genau 1 Milliarde Mark aktiv war; im Oktober hat sich der Überschuß noch um 240 Millionen erhöht. Die Ursache dieser Bilanz ist in einer erfreulichen Steigerung der Fertigwarenausfuhr zu suchen. An sich führen Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage fast immer zu einer Aktivierung der Handelsbilanz, weil die Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen zurückgeht, während auf der andern Seite erhöhte Exportanstrengungen den Ausfall der Kaufkraft im Inland wettmachen sollen. Zur richtigen Beurteilung des diesmaligen hohen Ausfuhrüberschusses muß insbesondere der starke Preissturz berücksichtigt werden, der, von den Rohstoffen ausgehend, sich schließlich auch auf die Fertigwarenprodukte ausgewirkt hat. Vergleicht man die Ergebnisse der ersten 9 Monate des Jahres 1929 mit denen des Jahres 1930, so zeigt sich, daß die Lebensmitteleinfuhr von 2,9 auf 2,1 Milliarde gesunken

ist. Die Rohstoffeinfuhr ging von 5,4 auf 4,3 Milliarden, also um reichlich 1 Milliarde zurück. Dagegen sank der Fertigwarenausfuhrüberschuß innerhalb dieser 9 Monate nur von 7,3 auf 6,8 Milliarden. Berücksichtigt man den gewaltigen Sturz der Weltmarktpreise und des internationalen Preisniveaus, so kommt man bezüglich der gesamten Warenbilanz zu dem Ergebnis, daß die Einfuhr wertmäßig um ungefähr 20% gesunken ist, in ihrem mengenmäßigen Umfang aber nur um 9% hinter den Vorjahrsergebnissen zurückbleibt. Die Ausfuhrwerte zeigten eine wertmäßige Verringerung um 9%, die Menge der Ausfuhr war indessen nur um 3,4% geringer als im vorigen Jahr.

Preisabbau Die am lebhaftesten, zugleich aber auch absolut unfruchtbar diskutierte Frage der letzten Monate ist: Abbau der Preise. So einheitlich diese Forderung im Interesse der brachliegenden Wirtschaft vertreten wurde, so umstritten waren die Wege, die als gangbar vorgeschlagen wurden. Die Möglichkeiten einer ganz allgemeinen Senkung des Preisniveaus ergaben sich zunächst aus dem Sturz der industriellen Rohstoffpreise in der ganzen Welt um 20 bis 40% durchschnittlich, zum andern aus dem Sinken der Agrarpreise, das, soweit es sich um die wichtigsten agrarischen Rohstoffe, Roggen und Weizen, handelt, als Folge guter Ernten ebenfalls eine weltwirtschaftliche Erscheinung ist. Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band Seite 1261 und folgende) hat die Preisabbaudebatten ganz besonders in Fluß gebracht. Es zeigt sich dabei, daß der Arbeiterklasse auferlegt worden ist die Senkung der Produktionskosten zunächst auf ihre Schultern zu nehmen. Im Anschluß daran sind alle Wirtschaftskreise gegen einander in Wettstreit getreten, wem der Vortritt beim Preisabbau gebühre. Klein- und Großhandel insbesondere behaupten mit unüberprüfbareren Rechnungen die Preise bereits zu 15 bis 20% abgebaut zu haben; erst ein fühlbarer Zinsabbau durch die Banken und ein energischer Abbau der Reichsbahntarife könnten weitere Preissenkungen zur Folge haben. Der Ausgangspunkt der gesamten Lohn- und Preisdebatte ist dabei über der Pfennigrechnung vollkommen vergessen, der Gesichtspunkt der Konjunkturbelebung durch Preisabbau ist beiseite geschoben.

Sowenig eine Senkung vieler Preise bestritten werden kann, so entschieden muß daran festgehalten werden aufzuzeigen, wo die größten Hemmungen eines wesentlich weitergehenden Preisabbaus liegen. Der Vergleich zwischen Großhandels- und Lebenshaltungsindex zeigt seit Januar 1929 bis Oktober 1930 im Großhandel einen Preisabbau um 11,6%, dem eine Verringerung der Lebenshaltungskosten um nur 5% gegenübersteht. Entgegen den Statistiken der Händlerorganisationen sind die Ernährungs-kosten in der gleichen Zeit nur um 8,3%, die Kosten für Bekleidung um 8,4% gesunken, während der sonstige Bedarf sich trotz seiner enormen Höhe (Index 197,2) sogar um 1,3% verteuert hat. Zweifelsohne schluckt der über-setzte Handelsapparat wesentliche Bestandteile des Preisabbaus, ehe die Ware bis zum Konsumenten gelangt.

**Kaufkraft-
abnahme** Der Kaufkraftschwund wird durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, in der Lohn- und Gehaltsabbau mit rapid steigender Arbeitslosigkeit zusammen-treffen, unaufhaltsam zum akuten Kaufkraftverfall, der zu immer größerer Einengung der Absatzmöglichkeiten im Inland führen muß. Die Senkung des Realverdiensts der Arbeitnehmer läßt damit die Hoffnung schwinden, daß eine Belebung der Konjunktur, die durch Zunahme neuer Investitionen wirtschaftlich nicht möglich ist, von der Konsumseite her erfolgen kann. Der hinter den Ergebnissen früherer Jahre erheblich zurückbleibende Umfang des Weihnachtsgeschäfts in diesem Jahr beleuchtet wie ein Scheinwerfer die Marktsituation. Dem Rückgang des gesamten Arbeitseinkommens 1930 um rund 10% steht nur eine Verringerung der Lebenshaltungskosten um 3 bis 4% gegenüber. Die Kaufkraft verfällt also immer stärker. Die Wochenumsätze der Konsumvereine geben darüber aufschlußreiche Zahlen, wenn man sie dem Lebenshaltungskostenindex gegenüberstellt und die tatsächliche Kaufkraft der umgesetzten Geldbeträge errechnet. Der durchschnittliche Wochenumsatz 1927 mit 6,95 Mark entsprach einer Realkaufkraft von 4,70 Mark; 1928 steigt die Realkaufkraft auf 5,48, 1929 auf 6,05 Mark, und im Oktober wurden 9,79 Mark mit einer Kaufkraft von 6,38 Mark umgesetzt. Hinter dem Oktoberumsatz 1930 mit 8,52 Mark steht aber nur noch eine Kaufkraft von 5,86 Mark. Der tatsächliche Kaufkraftverfall erreicht also gegenüber dem Vorjahr 8,1%.

Totenliste

Mitte Juni schied *Bern Meyer* durch Freitod aus dem Leben (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 907). Die Sache der deutschen Arbeiter verlor einen Menschen, der seine Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst der freien Gewerkschaften und der Partei gestellt hatte. Ihm verdanken wir die Tatsache, daß die organisierte Arbeiterklasse heute in der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein Finanzinstitut besitzt, das es ihr ermöglicht ihre Kraft im Kampf auszuwerten. Als die Bank über alle Anfangswirrnisse hinaus gekräftigt dastand, ließen ihn persönliche Differenzen seinem Werk den Rücken kehren. Es ist ein Verlust für die Bewegung, daß er den Freitod wählte, weil seine Bewerbung um einen Direktorposten der Berliner Stadtbank ohne Erfolg blieb, und ihm dadurch die Möglichkeit genommen war für die Allgemeinheit zu wirken.

Am 15. Juni starb in Berlin *Arthur Salomonsohn*, 72 Jahre alt. An der Einreihung der Diskontogesellschaft in die Zahl der Großbanken hatte er entscheidenden Anteil. Bei der Fusion seiner Bank mit der Deutschen Bank zog er sich vom aktiven Wirken zurück. Er war Mitbegründer und Vorsitzender des Zentralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, wirkte im Zentralausschuß der Reichsbank und im Reichswirtschaftsrat. Er hat wie wenige die Strömung der kapitalistischen Wirtschaft zur Monopolisierung erfaßt.

Kurze Chronik Das Institut für Konjunkturforschung schätzte die Anzahl der *Arbeitslosen*

in den kapitalistisch bewirtschafteten Ländern Ende September auf 16 bis 18 Millionen. ◊ Die Panamerikanische Landwirtschaftskonferenz beschloß die Begründung einer Hypothekenbank, die der Landwirtschaft *Lateinamerikas* Kredit geben soll. ◊ Die Regierung des britischen Dominions *Canada* hat in den Vereinigten Staaten von Amerika (nicht im Mutterland) eine Anleihe von 400 Millionen Mark aufgenommen. ◊ Hingewiesen sei wiederum auf den *Kalender* Gesellschaft und Wirtschaft von H. C. B. Sommer und Adolf Wilhelm Bauche /Berlin, E. Laub/, der für 1931 zum zweitenmal erscheint und auch diesmal durch anschauliche Wochenblätter wissenswerte Zusammenhänge aus dem Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und der Gewerkschaftsarbeit plastisch vor Augen führt.

Literatur

Sehr gutes Material zur Reparationsfrage wie zur gesamten Wirtschaftslage Deutschlands bietet *Leo Horwitz* in seinem Büchlein *Um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft* /Berlin, Zentralverlag/. ◊ Beachtliche Vorschläge zur Reform der Finanzpolitik macht *Moritz Julius Bonn* in seinem Buch *Der Neue Plan als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik* /München, Duncker & Humblot/. Er fordert unter anderm schärfste Monopolkontrolle. Ob freilich ein selbständiges Finanzministerium das Allheilmittel ist, bleibt höchst fragwürdig. ◊ In 2. Auflage liegt *Felix Somarys* Bankpolitik vor /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Der Autor zeichnet die großen Entwicklungslinien und die Aufgaben der Banken in der Volkswirtschaft. Sein Werk ist eine ausgezeichnete Arbeit, die die verwickelten Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Finanzkapital im internationalen Maßstab glänzend behandelt und eine Reihe wertvollster Beiträge zur Frage Banken und Konjunktur und zur Rolle der Banken im Konzentrationsprozeß gibt. ◊ In 26., verbesserter Auflage erschien *Georg Obst*s bekanntes Buch *Geld-, Bank- und Börsenwesen* /Stuttgart, C. F. Poeschel/. Die Höhe der Auflagen (100 000) ist ein Maßstab der Volkstümlichkeit. ◊ Der Schöpfer der Karte des zollpolitischen Europas, *Sir Clive Morrinson-Bell*, setzt sich mit seiner Arbeit *Tariff Walls, a European Crusade* /London, John Murray/ dafür ein, daß die Zollmauern Europas verschwinden. Er sieht die Dinge vom englischen Standpunkt aus. Aber der anzustrebende Vereinigte Europäische Kontinent wird zwar im Innern Freiverkehr haben, nach außen aber erst recht zollgeschützt sein müssen. ◊ Von dem Werk *12 Jahre Ruhrbergbau* (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1094, 1929 I Seite 236, 1929 II Seite 934) erschien unter dem Titel *Das Ringen um die Kohle* der 4. Band /Berlin, Reimar Hobbing/, in dem Hans Spethmann die Jahre 1923 bis 1925 behandelt. Der Ruhrkrieg wird freilich noch heute in Deutschland nicht richtig gesehen; die (von England geförderte) Psychose jener Zeit ist nicht überwunden und verstärkt vielfach noch heute die Hindernisse, die man einer deutsch-französischen Zusammenarbeit entgegenstellt. Mit solchem Vorbehalt ist die Arbeit, die der Autor dieses Buchs vollbracht hat, als nicht geringe Leistung zu bewerten. Das Gesamtwerk soll noch durch einen 5., einen Bilderband, abgeschlossen werden.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Deutschland Die gewerbliche Betriebszählung für das Deutsche Reich vom Jahr 1925, deren Ergebnisse vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, zählt 21 600 öffentliche Unternehmungen mit 1,7 Millionen Personen. Von dem durch die gewerbliche Betriebszählung überhaupt nachgewiesenen Kreis beschäftigter Personen entfallen auf öffentliche Betriebe unter Einschluß von Reichsbahn und Reichspost 9,4% des Personals und nach deren Abzug 3,4% (0,6 Millionen Personen). Den größten Umfang hat natürlich die gewerbliche Betätigung der Gemeinden. Nach der Betriebszählung entfallen auf sie 12 432 Unternehmungen mit 306 505 Beschäftigten. Davon umfassen die kommunalen Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Verkehrsbetriebe zusammen rund 100 000 Personen; auf die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten entfallen zirka 40 000 Personen, auf die Straßenreinigung, Kanalisation und Müllabfuhr zirka 25 000 Personen. Die anderen politischen Selbstverwaltungskörper, vor allem die Provinzen und Kreise, sind mit 2300 Unternehmungen vertreten, die eine Belegschaft von 64 000 Personen aufweisen. Sparkassenbetriebe, Krankenhäuser und Straßenbaubetriebe stehen im Vordergrund. Auf die Länder entfallen 1450 Unternehmungen mit 102 000 Beschäftigten. In den staatlichen Bergwerken arbeiten rund 12 000 Personen. Für das Reich werden nach Abzug der Reichsbahn mit zirka 755 000 Personen und der Reichspost mit zirka 355 000 Personen nur noch 500 Unternehmungen mit insgesamt 45 000 Beschäftigten als Wirtschaftsbetriebe nachgewiesen. Die gewerbliche Betriebszählung weist zirka 1000 gemischtwirtschaftliche Unternehmungen nach, in denen rund 300 000 Personen beschäftigt sind. Bei 624 Unternehmungen mit rund 230 000 Beschäftigten befindet sich mehr als die Hälfte des Geschäftskapitals im Besitz von öffentlichen Körperschaften. Unverständlicherweise sind die Unternehmungen mit privater Rechtsform, deren Geschäftsanteile sich zu 100% in der öffentlichen Hand befinden, ebenfalls den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen zugerechnet worden. Trotz diesem und manchem andern Fehler bilden auch die wenigen Feststellungen der Betriebszählungen eine Bereicherung der Erkenntnisunterlagen für die öffentliche Wirtschaft.

Öffentliche Aufträge

Seit langem diskutiert man die Frage, in welchem Maß eine geregelte Verteilung der öffentlichen Aufträge an die Privatwirtschaft Einfluß auf den Ablauf der Konjunktur auszuüben vermag. Der Gesamtumfang der öffentlichen Aufträge des Reichs, der Länder und der Reichsbahn und Reichspost betrug im Jahr 1929 etwa 2,5 Milliarden Reichsmark. Aus einer neuen, dem Reichstag vorgelegten Statistik geht hervor, wie sich diese Summe auf die einzelnen Behörden und Ämter verteilt, und auf welche Gewerbegebiete sie sich erstreckt. Allerdings beschränkt sich diese Statistik nur auf Aufträge von 20 000 Mark aufwärts; für gewisse Aufträge der Reichspost und Reichsbahn liegt die Meldegrenze sogar bei 50 000 Mark. Daher sind in der Statistik nur weniger als 50% der Gesamtaufträge mit 1,15 Milliarden Mark erfaßt worden.

Es ergibt sich, daß die Reichsbahn im letzten Jahr rund 790 Millionen, die Reichspost 187 Millionen, das Reichsverkehrsministerium rund 56 Millionen, das Reichswehrministerium 40 Millionen, das Reichsfinanzministerium 13 Millionen, sonstige Reichsministerien 4 Millionen, und die Länder 64 Millionen vergeben haben. 27,4% der Gesamtaufträge entfielen auf den Bergbau, 18,1% auf Maschinen, Apparate und Fahrzeuge, 14,1% auf elektrische Maschinen und Materialien, je 11% auf Eisen, Stahl und sonstige Metalle und auf das Baugewerbe, 0,5% auf die Lederindustrie und 0,3% auf das Bekleidungs-gewerbe. Der geringe Anteil der zuletzt genannten Gewerbegruppen erklärt sich größtenteils daraus, daß die von diesen Gewerben hergestellten Waren meist in zahlreichen Einzelposten hergestellt werden, die unter dem Betrag von 20 000 Mark liegen.

Preisabbau Die Regierung verlangt von der Wirtschaft mit Recht einen umfassenden Abbau der Preise, nachdem die Wirtschaft bei der Regierung den Lohnabbau erreicht hat (siehe darüber auch die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 1255). Im Gegensatz zum Lohnabbau kommt der Preisabbau aber nur sehr langsam in Gang. An wichtigeren Preisherabsetzungen ist bisher zu registrieren: Herabsetzung der Kohlenpreise um 9%, der Holzpreise um 17 bis 20%, der Preise für Walzwerksprodukte um 3%; von den Baustoffen sind Zement im Durchschnitt um 10%, Ziegel um 10 bis 15%, Fensterglas um 22% und Plat-

ten um 35 bis 40% im Preis gefallen. Der Baukostenindex ist seit Januar 1930 um rund 11% zurückgegangen. In Berlin ist der Brotpreis von 50 auf 46 Pfennig herabgesetzt worden, unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichts von 1225 auf 1250 Gramm für das Normalbrot. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pfennig für 10 Pfund gesenkt. Bei der Eisenverarbeitung beträgt die Preissenkung 3¼ bis 10%, bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40%, bei Aluminium 10%, bei Gummireifen 10%, bei Linoleum 5,3% usw.

So erfreulich diese ersten Erfolge sind, so muß doch betont werden, daß von einer wirklich merkbaren Entlastung der breiteren Schichten des Volkes noch nicht die Rede sein kann. In der Konfektion, beispielsweise, sind die Preise der Fertigwaren von der Fabrik aus um 9% zurückgegangen, die Fertigwaren im Laden aber nur um 5% ermäßigt worden. Daß die Preissenkung sich auf dem Weg zum Verbraucher immer mehr und mehr verliert, geht hier besonders daraus hervor, daß den Preissenkungen der Fertigwaren in der Fabrik und im Laden ein Preissturz der Rohstoffe seit Anfang des Jahres um 33% und der Halbwaren um 22% gegenübersteht.

Von den Markenartikeln ist eine Reihe im Preis gesenkt worden. Der Reichswirtschaftsrat zählt sie in seinem Gutachten zu der Frage der Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen auf. Er hat in einem am 28. August gebildeten Arbeitsausschuß, in dem Max Cohen als Vorsitzender, Eduard Hamm und Fritz Naphtali als Berichterstatter fungierten, den Fragenkomplex gründlich beraten und Sachverständige dazu angehört. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß stimmte am 12. November seinen Vorschlägen bei. Ihnen entsprechend ersucht er die Reichsregierung die Senkung für die Markenwaren im besondern auf dem Gebiet der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Bedarfs auf der ganzen Linie durchzuführen. Er empfiehlt darüber hinaus den Erzeuger- und Händlerverbänden kurze Fristen zu setzen, innerhalb deren die Preissenkung in ausreichendem Maß erfolgt sein muß; würden die Fristen nicht eingehalten werden, so soll die Reichsregierung von ihren Vollmachten Gebrauch machen und die Preisbindungen eigenmächtig lockern respektive aufheben. Ein dem Reichswirtschaftsrat unterbreiteter Vorschlag empfahl die Errichtung eines vom Reichswirtschaftsrat ehrenamtlich zu verwaltenden Katasters für Marken-

erzeugnisse; alle Markenartikel sollten eingetragen werden, und das Katasteramt sollte das Recht erhalten alle Kalkulationsunterlagen zu prüfen und Verhandlungen zwischen den Produzenten und den Vertreibern über die Festsetzung der Preise zu führen. Die Preisbindung hat ja nicht zuletzt gerade den Vorteil Preissenkungen in der vorgesehenen Höhe für jedermann nachprüfbar und deshalb für den Verbrauch unmittelbar effektiv zu machen.

In weiteren Gutachten behandelt der Reichswirtschaftsrat unter anderen die Frage der Kohlen-, Eisen-, Baustoffe- und Düngemittelpreisbindungen. Er kritisiert unter anderm mit großer Schärfe die Zustände in der Zementwirtschaft, die einseitige Außenseiterbekämpfung sowie die Einführung von sogenannten Kampzementen, die zur völligen Preisundurchsichtigkeit geführt haben. Auf Grund der Notverordnung soll gegebenenfalls der Preisschutz in der Ziegel- und Tapetenindustrie aufgehoben werden. Bei der Tapetenindustrie ist das bereits erfolgt. In der Eisen- und Braunkohlenwirtschaft empfiehlt der Reichswirtschaftsrat über die bereits vorgenommene Preissenkung hinaus eine Vereinfachung der Absatzorganisationen. In der Eisenwirtschaft wird eine starke und schnelle Senkung der deutschen Inlandspreise gefordert, die gegenüber den Preisen im Ausland unerträglich überhöht sind. Die Senkung soll sich nicht nur auf die Grundpreise sondern auch auf die Effektivpreise einschließlich der Auf- und Überpreise erstrecken.

Preußen: Die Preußische Elektrizitätsgesellschaft hat in der **Elektrizitätswirtschaft** Thüringer Gasgesellschaft Fuß gefaßt, während die Aktiengesellschaft Elektra in Dresden, hinter der die Sächsischen Werke stehen, ihren ursprünglichen Aktienbesitz nicht unwesentlich erhöht hat. Diese beiden staatlichen Gesellschaften verfügen jetzt über einen stattlichen Teil der Thüringer Gasaktien. Wohl erst auf der nächsten Generalversammlung wird sich zeigen, ob sie nur eine qualifizierte Kapitaloder auch eine qualifizierte Stimmenminorität des Unternehmens kontrollieren. Die Bedeutung dieser Transaktion liegt darin, daß das preußische und das sächsische Unternehmen jetzt Einfluß auf einen wichtigen Kunden und Konkurrenten gewonnen haben. Die Stellung der Thüringer Gasgesellschaft im westlichen Deutschland ist in den letzten Jahren immer stärker geworden. Auf dem Ge-

biet der Gasversorgung kreuzen sich ihre Interessen mit denen des Freistaats Sachsen wie mit denen der Frankfurter Gasgesellschaft und der Ruhrgasgesellschaft. Weit verzweigt sind ihre Beteiligungen in allen großen Stromversorgungsgebieten. Im Jahr 1929 ist sie auch in den Interessenbereich der Preussischen Elektrizitätsaktiengesellschaft vorgestoßen. Das mußte diese als eine Störung der eigenen Pläne empfinden. Auch in Thüringen, das elektropolitisch zwischen der Preussischen Elektrizitätsaktiengesellschaft und der Aktiengesellschaft Sächsische Werke aufgeteilt ist, besitzt die Thüringer Gasgesellschaft einen starken Einfluß.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generaldirektor Richard Westphal und den Vertretern der Großbanken im Aufsichtsrat der Thüringer Gasgesellschaft haben den Aktienerwerb durch die beiden Staatsunternehmungen erleichtert. Die beiden staatlichen Gruppen werden bemüht sein der Thüringer Gasgesellschaft in Zukunft einen Aufgabenkreis zuzuweisen, der sich sowohl ihrer eigenen Versorgungspolitik wie auch der bisherigen Entwicklung der Thüringer Gasgesellschaft einfügt.

Preußen; Erdölpolitik Der preussische Staat hat über die Preussische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft die Bohrrechte der Aktiengesellschaft Anton Raky erworben und damit aktiv in die Auswertung deutschen Erdölvorkommens eingegriffen. Es handelt sich bei dem erworbenen Gelände um etwa 1500 Morgen ölfündigen Gebiets in der Nähe von Oedesse und Edemissen nördlich von Ölheim im Hannoverschen. Auf diesem Gebiet befinden sich zurzeit 4 Bohrungen mit einer Fündigkeit von zurzeit täglich 70 Tonnen; 2 weitere Bohrungen sind in Angriff genommen. Mit erworben wurden alle Apparaturen, die zum Betrieb der fündigen Sonden notwendig sind, darunter eine Ölleitung nach dem Bahnhof Steddesdorf und eine Tankanlage in der Nähe dieses Bahnhofs von 600 000 Kubikmeter Fassungsvermögen. Der Bürgschaftsausschuß des Preussischen Landtags hat für die Ausbeutung des Terrains 8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Trägerin des Kredits ist die Dachgesellschaft der preussischen Staatsunternehmungen: die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerksaktiengesellschaft. Zur Verwertung des gewonnenen Rohöls beabsichtigt die Preussische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft eine

Raffinerie zu bauen. Sie besaß bereits früher mit der Vorbesitzerin des jetzt erworbenen Terrains, der Rakygesellschaft, gemeinsame Bohrinteressen im hannoverschen Ölgebiet und in Rumänien. Sie stieß später ihren 50prozentigen Anteil an der Rakygesellschaft ab und überließ ihn der Gräfllich Schaffgotschschen Verwaltung. Die Beteiligungen in Rumänien wurden von ihr allein weitergeführt. Schwierigkeiten zwischen Raky und Schaffgotsch führten nun zur Übernahme des Terrains durch die Preussische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, die damit in den Besitz des überhaupt umfangreichsten Reservats der Erdölvorkommen Deutschlands kommt. Preußen ist damit der amerikanischen Erdölindustrie zuvorgekommen, die bereit war Raky das Terrain für 8,5 Millionen Mark abzunehmen. Nachdem in den letzten Jahren bei den deutschen Erdölgesellschaften merkliche Ertragsfortschritte zu verzeichnen waren, begannen sich die Amerikaner lebhafter für die Vorkommen in der Lüneburger Heide zu interessieren. Sie dokumentierten das insbesondere durch die Gründung der North European Oil Company, die sich in Deutschland als Nord-europäische Erdölgesellschaft mit beschränkter Haftung etablierte. Neben den Terrainerwerbungen in der Lüneburger Heide konnte sie sich Reservate in Oldenburg, Mecklenburg, Pommern und anderswo sichern. Angesichts dieses starken Vordringens der Amerikaner in die deutsche Erdölindustrie glaubte der preussische Staat, bei dem Vorliegen eines so günstigen Objekts, der wirtschaftlichen Betätigung des Auslands in der deutschen Erdölindustrie durch eigene Betätigung eine Grenze setzen zu müssen. In der Tat: Die Erdölproduktion steigt in Deutschland. Während im Jahr 1929 104 000 Tonnen produziert wurden, rechnet man trotz Produktionsdrosselung in diesem Jahr mit 170- bis 180 000 Tonnen. Es muß dabei allerdings bedacht werden, daß mit dieser eigenen Produktion nur etwa 6% des Gesamtverbrauchs gedeckt werden. Wenn auch die Rentabilitätsmöglichkeiten für eine Betätigung des Staats in der Erdölwirtschaft durchaus unsicher sind, so war es doch Aufgabe eines Staats im nationalen Interesse einer Überfremdung der deutschen Erdölindustrie Einhalt zu gebieten. Im übrigen hat der preussische Staat als Eigentümer großer Bergwerksunternehmungen bewiesen, daß er sich auch gut auf dem Erdölgebiet zu betätigen vermag.

Tagungen Ende April fand in Würzburg eine Tagung der *Bodenreformer* statt. Den Hauptvortrag hielt Lietz über den Bau-landgesetzentwurf. Während sich ein Teil der Bodenreformer mit diesem Gesetzentwurf vorläufig einverstanden erklärte, stellte Lietz in seiner von der Tagung angenommenen Resolution fest, daß der Bund Deutscher Bodenreformer gegen den Entwurf ist und, entsprechend den Grundsätzen des Wohnheimstätten-gesetzes und den Vorschlägen des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, folgende Mindestforderungen stellt: Es sollen Grundstücke und Rechte an Grundstücken, die auf Grund des Gesetzes erworben werden, nur unter Sicherungen abgegeben werden dürfen, die einen Mißbrauch, besonders preistreibender Art, ausschließen. Der Gemeinde müsse das Recht gegeben werden für gemeinnützige Zwecke und für Klein- und Mittelwohnungen nötige Grundstücke zu einem gerechten Preis zu kaufen und zu enteignen. Auf der Tagung wurde Adolf Damaschke wieder zum Vorsitzenden des Bundes gewählt, in den Vorstand kamen unter anderen Walther Simons, Otto Auhagen und Helene Weber. Der 3. *Internationale Polizeikongreß* fand vom 24. bis zum 30. September in Antwerpen statt. Vertreter von 23 europäischen sowie 3 außereuropäischen Staaten waren erschienen. Behandelt wurden unter anderm die Verwendung des Flugzeugs im Kampf gegen das Verbrechen, der internationale Erkennungsdienst, der Kampf gegen Rauschgift und Alkoholschmuggel sowie Schutzmaßnahmen gegen Angriffe auf die Sicherheit des Betriebs der Geldinstitute.

Totenliste In Godesberg starb Mitte April der ehemalige Regierungspräsident *Francis Kruse*, im Alter von 75 Jahren. Er war zuerst Landrat in Altena, wurde dann Regierungspräsident in Minden und später in Düsseldorf. Der frühere Regierungspräsident von Sigmaringen *Emil Belzer* starb Mitte September, im Alter von 71 Jahren. Von 1906 bis 1913 war er als Zentrumsmittglied Abgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag, seit 1921 im Preußischen Staatsrat. In Guben starb *Karl Wolf*, 69 Jahre alt. Er hat sich besondere Verdienste als Deichhauptmann des Kaltenborn-Großbrüsender und Schenkendorf-Gubener Deichverbands erworben.

Kurze Chronik Die reichseigene Aktiengesellschaft *Vereinigte Industrieunternehmungen*, die sogenannte Viag, hat im Zusammenhang mit ihren elektrowirtschaftlichen Interessen eine Beteiligung an der Bergbaugesellschaft Ilse erworben, die seit langem in enger Geschäftsverbindung mit ihren Elektrowerken steht. ◊ Die katastrophale Lage in der *Weltzuckerwirtschaft* veranlaßte die Erzeuger zu Verhandlungen mit dem Ziel einer Produktionseinschränkung. Nach mancherlei Mißerfolgen kam in Amsterdam eine Einigung zwischen den beiden wichtigsten Parteien auf dem Rohrzuckermarkt, den Cubanern und den Javanern, zustande. Die Erzeugung soll durchschnittlich um 10% verringert werden. Die Amsterdamer Verhandlungen wurden in Brüssel fortgesetzt, wo neben den Rohrzuckererzeugern auch die Rübenzuckerproduzenten Europas vertreten waren. Sie sind indessen vorerst gescheitert.

Literatur Von neuen Schriften über den italienischen *Fascismus*, deren Besprechung noch vorbehalten bleibt, seien in erster Linie genannt die Arbeiten Ernst Wilhelm Eschmanns *Der fascistische Staat in Italien* /Breslau, Ferdinand Hirt/ und *Der Fascismus in Europa* /Berlin, Junker & Dünhaupt/; letztgenannte behandelt vor allem Wesen und Ziele der fascistischen Außenpolitik. Die Bedeutung des fascistischen Phänomens für die innenpolitischen Gestaltungsaufgaben der europäischen Staaten kennzeichnet Hermann Heller (*Europa und der Fascismus* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./). Von der verfassungsrechtlichen Seite aus beleuchtet Gerhard Leibholz den Fascismus (zu den Problemen des fascistischen Verfassungsrechts /Berlin, Walter de Gruyter & Co./). Die fascistischen Versuche eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung aufzubauen werden, größtenteils unkritisch, von Hans Reupke in der Schrift *Das Wirtschaftssystem des Fascismus* /Berlin, Reimar Hobbing/ dargestellt. Der selbe Verfasser hat im Hobbingschen Verlag jetzt auch eine Arbeit *Unternehmer und Arbeiter im fascistischen Wirtschaftssystem* veröffentlicht. Daß der Fascismus kein nachahmbares System ist, zeigt Ludwig Bernhard in der Studie *Der Staatsgedanke des Fascismus* /Berlin, Julius Springer/; diese Arbeit ist für die Frage der Beziehungen zwischen italienischem Fascismus und deutschem nationalsozialistischen Wollen von besonderer Bedeutung.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Wirtschaft und Gewerkschaft Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund trat Mitte Oktober in einer Resolution zur Wirtschaftslage mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit. Wer mit der breiten Masse der Arbeiter Fühlung hat, weiß, wie groß der Wunsch nach klaren Parolen der Gewerkschafts- und Parteiführung ist, die den Parolen der sogenannten Kommunisten und Nationalsozialisten entgegenzustellen sind. Gewiß sind diese Parolen flach und haltlos und in ihrer Flachheit auch von jedem nur einigermaßen geschulten Funktionär zu widerlegen. Aber das genügt nicht. Es ist notwendig ihnen ein bestimmtes Programm entgegenzusetzen. Es zu geben ist der Zweck der Resolution, die auf der Bundesausschußsitzung vom 12. und 13. Oktober nach einem ausführlichen Referat Theodor Leiparts gefaßt wurde. Das Kernproblem ist für die Gewerkschaften heute zweifellos die Entlastung des Arbeitsmarkts. Deshalb wird eine weitgehende Notmaßnahme gefordert, nämlich die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche in Deutschland, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwangs zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Die Gewerkschaften greifen damit das in der Frankfurter Zeitung veröffentlichte und vieldiskutierte Projekt R. C. Gütermanns auf, das sie ausbauen und verbessern. Sie fordern auch in Verfolgung Gütermannscher Gedankengänge, daß die Zulassung von Überstunden möglichst auf Ausnahmefälle zu beschränken ist, »mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat«. Weiterhin wird »die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder gefordert, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen«. In Ergänzung dieser Vorschläge fordert der Gewerkschaftsbund eine Senkung der überhöhten Preise und eine wirklich durchgreifende Kartellkontrolle. Praktisch würde dann eine Senkung des Nominallohns der Arbeiter keine Senkung des Reallohns mit sich führen. Und darauf kommt es den Gewerkschaften an. Die Resolution enthält dann unter anderem die Forderung nach Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms. Sodann vor allem auch eine

Stellungnahme zur Reparationsfrage. In ihr kommt zum Ausdruck, daß die Freien Gewerkschaften von ihrer grundsätzlichen Forderung einer Annullierung der internationalen Kriegsschulden niemals abgewichen sind und sich heute, angesichts der Wirtschaftslage, von neuem für diese Forderung einsetzen (siehe darüber den Artikel Schwarz' Ein Weg zur Befreiung Deutschlands und Europas, in diesem Band Seite 988). So sehr auch gerade dieser Abschnitt der Resolution zu begrüßen ist, so wäre doch zu wünschen gewesen, daß an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit einmal von seiten der Gewerkschaften ausgesprochen worden wäre, daß zu einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage eine auf Schaffung eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsblocks hinzielende Verständigungspolitik notwendig ist. Ein klares Bekenntnis hierzu wäre in der Öffentlichkeit nicht ohne Wirkung gewesen.

Zur Preissenkungsaktion nahmen am 22. November die Spitzenverbände der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften aller 3 Richtungen in einer großen gemeinsamen Resolution nochmals eingehend Stellung. Sie fordern darin zur Organisation der gemeinsamen Bekämpfung der unberechtigt hohen Lebenshaltungskosten auf, zur Förderung der genossenschaftlichen Organisationen, der Förderung der direkten Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und städtischen Konsumenten. Schließlich wird zur Selbsthilfe aufgerufen: »Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mitsamt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann! Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!«

Von der Unternehmenseite aus erfolgte der Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten mit aller Schärfe, und er führte auch hier und da zu beträchtlichen Erfolgen. Eröffnet wurde er mit dem Versuch die Löhne der Berliner Metallarbeiter zu senken. Es kam durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministers Adam Stegerwald, unter Übergehung des zuständigen Schlichters Rudolf Wissell, am 11. Oktober zu einem Schiedsspruch des eigens dazu berufenen Vortragenden Rats im Bremer Senat Richard Volkens, einem Spruch, der die Löhne aller über 18 Jahre alten Arbeiter um 8% und die der Jugendlichen und Frauen um 6% kürzte.

Über 100 000 Metallarbeiter wurden nun zu einem schweren Abwehrstreik genötigt. Der Kampf wurde, trotz den sehr ungünstigen Organisationsverhältnissen, mit großem Elan durchgeführt. Alle Versuche der Kommunistischen Partei und der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition den Streik für ihre Parteiziele auszunutzen schlugen fehl. Die Metallarbeiter, die organisierten wie die große Masse der unorganisierten, folgten geschlossen den Parolen der Gewerkschaften. Am Anfang der 2. Streikwoche drohten die Unternehmer, bei denen inzwischen die radikalen Elemente die Oberhand bekommen hatten, mit der Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern im Reich. In dieser Situation wurde der Vorschlag gemacht wie bei der Aussperrung in Nordwest 1928 durch einen unparteiischen Schlichter eine Entscheidung treffen zu lassen. Nach längeren Verhandlungen wurde schließlich einem Schiedsgericht von 3 Unparteiischen diese Entscheidung übertragen. Dabei ernannte der Reichsarbeitsminister den früheren Minister Heinrich Brauns zum Vorsitzenden, als Beisitzer auf Vorschlag der Unternehmer Karl Jarres und Hugo Sinzheimer auf Vorschlag der Arbeitnehmer. Auf Grund der Vereinbarungen wurde dann noch vor der Fällung des Schiedsspruchs, zu dessen Annahme sich die beiden Parteien verpflichtet hatten, die Arbeit in allen Betrieben wiederaufgenommen. Der Schiedsspruch, der schließlich am 8. November von dem Dreimännerkollegium gefällt wurde, brachte den Metallarbeitern eine schwere Enttäuschung. Er enthält gegenüber dem oben genannten Spruch des Schlichters Volkers keinerlei nennenswerte Milderung. Vor allem rief es in der gesamten Arbeiterklasse das stärkste Befremden hervor, daß auch Hugo Sinzheimer diesem Spruch zugestimmt hat. Obwohl die Unparteiischen in ihrer Erklärung zum Schiedsspruch betonten, daß er keineswegs als maßgebend für andere Entscheidungen angesehen werden dürfe, ist er als Signal für weitere Lohnabbauaktionen betrachtet worden. Die Gewerkschaften sind damit auf der ganzen Front in schwere Abwehrkämpfe gedrängt worden. Es liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse sondern der Gesamtwirtschaft, daß das Reallohniveau der breiten Massen erhalten bleibt.

Internationale Auf der am 30. September und 1. Oktober in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Ge-

werkschaftsbunds wurde der bisherige Untersekretär Walter Schevenels zum Generalsekretär an Stelle des am 1. Januar 1931 ausscheidenden, um die Internationale hochverdienten Johann Sassenbach gewählt. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit wurde das Arbeitsamt aufgefordert eine Erhebung über die Wirtschaftslage vorzunehmen, um die Möglichkeit der Durchführung der auf dem Stockholmer Kongreß beschlossenen 44-Stunden-Woche zu prüfen. Die Erhebung soll sich vorwiegend auf folgende Punkte erstrecken: Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, Rohstoffe und Fertigfabrikate, Kapital und Arbeitslosenversicherung. Weiter wurde das Sekretariat in Verfolg der Stockholmer Beschlüsse mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs für ein Sozialpolitisches Programm beauftragt.

Der neue Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds steht in seinem 37. Lebensjahr. Er stammt aus einer belgischen Arbeiterfamilie, deren Name in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung von jeher einen guten Klang hatte. Der Großvater Schevenels war Begründer und Mitglied der Brüsseler Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation, der Vater ist als Ständiger Sekretär der Metallarbeiterföderation von Antwerpen tätig. Walter Schevenels ist gelernter Metallarbeiter. Ein mit vieler Mühe erkämpftes Studium an der Universität mußte er wegen einer schweren Krankheit abbrechen. Während des Kriegs gehörte er der Minderheitsgruppe der Arbeiterpartei an, die die Politik von Stockholm verteidigte. Bei Abschluß des Waffenstillstands mußte er als "Defaitist" ins Ausland flüchten. Nach seiner Freisprechung nahm er seine politische und gewerkschaftliche Tätigkeit wieder auf. 1921 finden wir ihn als Hilfssekretär der Metallarbeiterföderation, 1923 als Generalsekretär und Redakteur der Sektion Antwerpen dieses Verbands. 1929 wurde er zum Untersekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds gewählt. Er hat sich hier besonders der Arbeit in Genf gewidmet, ferner hervorragend an der Aufstellung der wirtschaftlichen Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der Vorbereitung eines Sozialpolitischen Programms beteiligt. In der Woche vom 24. bis zum 31. August fand in der Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds in Bernau bei Berlin eine 1. Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder statt. Es nahmen 38

Teilnehmer aus 12 verschiedenen Ländern teil. Auf der Konferenz wurden gewerkschaftliche Tagesfragen und gewerkschaftliche Einrichtungen besprochen. Es sprachen unter anderen über den Internationalen Gewerkschaftsbund und seine Aufgaben Johann Sassenbach, über die deutsche Landeszentrale Peter Graßmann und Ernst Schulze. Nach dem ausgezeichneten Gelingen dieser für eine engere Fühlung- und Kenntnisnahme von Gewerkschaftern aller Länder so wichtigen 1. Konferenz sind weitere Konferenzen geplant; und zwar im nächsten Jahr voraussichtlich in Oxford, im übernächsten in Uccle in Belgien.

England: Der diesjährige englische
Kongreß 1930 Gewerkschaftskongreß, der

Anfang September in Nottingham stattfand, wurde sowohl in England selbst wie im Ausland mit großer Spannung erwartet. Denn es standen Fragen von weitreichender Bedeutung zur Diskussion, so das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften und die Stellungnahme der Gewerkschaften zur sogenannten Empireidee.

In der erstgenannten Frage vermutete man kommende Differenzen. Aber die radikalen Elemente der Independent Labour Party, die gewünscht hätten, daß die Gewerkschaften in die von ihnen geführte Opposition eingeschwenkt wären, wurden enttäuscht. Schon kurz vor dem Kongreß beantwortete eine Reihe englischer Gewerkschaftsführer im Daily Herald eine Aufforderung des Mitglieds der Independent Labour Party George Kirkwood, die Gewerkschaften sollten die Independent Labour Party als ihre politische Vertretung anerkennen, ablehnend. So schrieb Herbert James Cook, der einst so radikale Bergarbeiterführer: »Wir haben ebensowenig Bedarf nach einer politischen Minderheitsbewegung wie nach einer wirtschaftlichen Minderheitsbewegung.« Auf dem Kongreß ergab sich mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaften hinter der Regierung MacDohald stehen. Dafür erwarten sie allerdings auch von ihr, daß sie das von der konservativen Regierung im Jahr 1927 angenommene Gesetz gegen die Gewerkschaften aufhebe.

Zur Frage der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des Britischen Reichs lag ein Bericht des Wirtschaftsausschusses des Generalrats des Gewerkschaftskongresses vor. Dieser Bericht ist sehr stark auf eine engere Zusammenarbeit der Nationen des Britischen Weltreichs gerichtet. So heißt es einleitend: »Wenn die

Politik der Bildung von Wirtschaftsblocks von den Nationen weiter befolgt wird, so ist nach unserer Meinung die Konsolidierung des britischen Gemeinwesens von Nationen am ehesten durchführbar.« Praktisch wird gefordert, »daß alle 3 bis 4 Jahre Wirtschaftskonferenzen abgehalten werden sollen, an denen Vertreter Großbritanniens, der Dominions und Kolonien die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Reichs diskutieren und beraten könnten... Die Konferenzen müßten für Kontinuität Sorge tragen, und ihre Aufgabe wäre eine Wirtschaftspolitik des Britischen Gemeinwesens, unabhängig von der Parteipolitik, zu entwickeln.« Dieser Bericht des Wirtschaftsausschusses, dessen praktische Forderungen mit denen der englischen Unternehmerverbände übereinstimmen, stand im Mittelpunkt einer ergebnisreichen Diskussion. Er wurde von Ernest Bevin verteidigt, von Henry Elvin, dem Generalsekretär des Angestelltenverbands, angegriffen. Schon vor Eröffnung der eigentlichen Debatte über diesen Gegenstand hatte Walter Citrine, der Vorsitzende des Kongresses, die gegenwärtige Haltung der Mehrheit der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht: »Ich glaube, es besteht nicht die geringste Aussicht, daß sich die Gewerkschaftsbewegung je auf den Standpunkt einer allgemeinen Schutzollpolitik stellt. Andererseits glaube ich aber auch nicht, daß sich die Gewerkschaftsbewegung je durch irgendeine starke Freihandelstheorie binden lassen wird. Das Entgegengesetzte des Freihandels ist nicht der Schutzolltarif, sondern der geordnete Handel.« Die Gewerkschaften denken weniger an ein lückenloses Zollsystem als etwa an das System der Errichtung von Einkaufsbehörden. Trotzdem bleibt die Tatsache einer bewußten Schwenkung der englischen Gewerkschaften von einer Freihandelspolitik zu einer Politik eines geordneten Empirehandels bestehen. Die Wahl eines so entschiedenen Protektionisten wie Oswald Mosley in den Vorstand der Arbeiterpartei hat einige Wochen später auf dem englischen Parteitag erneut bestätigt, daß der Wille zu einer Schwenkung in der ganzen englischen Wirtschaftspolitik in der britischen Arbeiterklasse sehr groß zu sein scheint (siehe hierzu den Artikel Weingartz' Auf dem Weg zum Britischen Imperium, in diesem Band Seite 878 und folgende). Von den übrigen Fragen, die weiter auf diesem Kongreß behandelt wurden, sei hier nur noch die Frage der Familienzuschläge herausgegriffen. Ein gemein-

samer Ausschuß des Generalrats der Gewerkschaften und der Labour Party hatte einen Antrag ausgearbeitet, der Familienzuschläge forderte, die aus Steuermitteln vom Staat gezahlt werden sollten. Ein Minderheitsbericht lehnte diese Methode ab und forderte dafür Ausbau des Sozialdienstes. Nach lebhafter Diskussion wurde er, vom Generalrat unterstützt, mit einer sehr großen Mehrheit vom Kongreß angenommen.

Erwähnenswert ist ferner noch eine Resolution zur Arbeitszeit, die sich für eine normale 44-Stunden-Woche für Arbeiten über Tag und für eine Sechsstundenschicht für Schichtarbeiter und Arbeiter kontinuierlicher Betriebe ausspricht.

Tagungen Der *Gewerkschaftsbund der Angestellten*, die der bisherigen Demokratischen Partei nahestehende große Angestelltenorganisation (sie zählte Mitte 1930 rund 340 000 Mitglieder), hielt Mitte September seinen 5. Bundestag und damit verbunden zugleich die Feier seines 10jährigen Bestehens ab. Der Bundesvorsteher Gustav Schneider konnte von der günstigen Entwicklung der Organisation in den letzten Jahren berichten. Vom 18. bis zum 20. September fand der 3. Bundeskongreß des *Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds*, der freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation, in München statt. Er legte feierlich Verwahrung gegen die Maßnahmen des thüringischen Innenministers Wilhelm Frick ein, der den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den ihm angeschlossenen Verband Thüringer Polizeibeamter als eine politische Vereinigung erklärt und den Beamten der Landespolizei Thüringens jede Tätigkeit für die Organisation verboten hat. Der Bundesvorstand wurde ersucht »alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um gegebenenfalls durch Beschreitung des Rechtsweges die Aufhebung der Verbotsverfügung zu erwirken«. Richard Völter vom Vorstand referierte über rationale Personalpolitik in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben, Hermann Heller sprach in einem sehr beachtenswerten Referat über das Thema *Der Beamte im sozialen Volksstaat*.

Eigenpublikationen Das neue (6.) Jahrbuch des *Internationalen Gewerkschaftsbunds* in Amsterdam enthält auf 250 Seiten ein äußerst umfangreiches statistisches Material. Sowohl die Mitgliederzahlen wie die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher, dem

Internationalen Gewerkschaftsbund wie den internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen sind aufs genaueste zusammengestellt. Durch ausführliche Angaben über die Gewerkschaften verschiedener Richtungen, ihre Verteilung auf die einzelnen Länder und Erdteile wird dieses Bild in überaus wertvoller Weise abgerundet.

Kurze Chronik Auf der 8. Bundesausschußsitzung des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds*, die am 19. September in Dresden stattfand, referierte der Vertreter für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Julius Meyer-Brodnitz, über den Stand der Gewerbehygiene in Deutschland. Es wurde dann über den Stand und die Entwicklung der Volksfürsorge gesprochen, dieses großen, von den Gewerkschaften und den Genossenschaften gemeinsam getragenen Versicherungsunternehmens. Ferner wurde die Gründung einer Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser beschlossen, deren Gründungskapital in Höhe von 50 000 Mark vom Bundesvorstand übernommen wird. ◊ Der *Ägyptische Gewerkschaftsbund*, der bisher schon in freundschaftlichen Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund stand, hat ihm nunmehr seinen Beitritt angemeldet. In Anbetracht der Tatsache, daß sich der Internationale Gewerkschaftsbund heute noch im wesentlichen aus europäischen Gewerkschaften zusammensetzt, ist jeder Beitritt einer nichteuropäischen Organisation besonders zu begrüßen. ◊ Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbunds bestellte *Arthur Hayday* zum diesjährigen Präsidenten der Landeszentrale. Hayday, der jetzt im 61. Lebensjahr steht, hat sich ganz besonders um die Organisierung der ungelerten Arbeiter verdient gemacht.

Literatur Die Formen der neuzeitlichen Arbeiterbewegung betitelt sich eine Abhandlung, deren Verfasser, *Hermann Krueger*, auf 122 Seiten die Genossenschaften, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, der Schweiz und Belgiens in ihrer Entwicklung und ihrem Wesen zu behandeln versucht (Weinfelden, Neuenschwandersche Buchdruckerei). Ein ganz hervorragender Kenner der Arbeiterbewegung könnte vielleicht eine solche knappe, konzentrierte, alles Wesentliche enthaltende Darstellung geben. Krueger gelingt dies nicht.

Nationale Bewegung / Markus Joffe

Ramischwili † Am 7. Dezember wurde in Paris der georgische Politiker Noë Ramischwili ermordet, vermutlich von einem Agenten Moskaus. Er war erst 49 Jahre alt und einer der einflußreichsten Führer der georgischen Sozialdemokratie und zugleich der georgischen Freiheitsbewegung. Seit seinen Jugendjahren, schon als Student in Dorpat, nahm er an der revolutionären Bewegung eifrig teil, wofür er mehrfach unter dem Zarenregime Einkerkerungen und Verbannungen erdulden mußte. Während des Weltkriegs war er schärfster Gegner der Kriegspolitik, was ihm den Ruf eines Deutschenfreunds und erneute polizeiliche Verfolgungen eintrug. Er betätigte sich meist organisatorisch und journalistisch. 1918, als die Unabhängigkeit Georgiens proklamiert wurde, war Ramischwili Vorsitzender der ersten nationalen (sozialistischen) Regierung Georgiens. Später war er, die ganze Unabhängigkeitsperiode hindurch, Innenminister, und er arbeitete mit eiserner Energie und Tatkraft an dem Aufbau des neuen Staats, mitunter auch zugleich als Kriegs- und Kultusminister. Nach der Eroberung und Annexion Georgiens durch die Bolschewisten /1921/ ging die georgische Regierung ins Ausland. Seitdem lebte auch Ramischwili im Exil in Paris und teilte das schwere Los der Emigranten. Jedoch blieb er in regster Verbindung mit den in Georgien illegal tätigen politischen Organisationen, vor allem den sozialdemokratischen, die die Wiederherstellung der Freiheit ihres Landes erstreben. Als der tätigste Führer der gesamten georgischen politischen Emigration arbeitete er auch in europäischen politischen Kreisen unermüdlich für die Sache Georgiens. Als ein begeisterter Kämpfer für die Selbstbestimmung seines Heimatlands und entschlossener Anhänger der Demokratie war Ramischwili seit jeher der schärfste und von den Bolschewisten am meisten gehaßte Gegner des Gewaltregimes. Nun ist dieser Freiheitskämpfer beseitigt.

Indien Der 2 Bände umfassende Bericht der Simonkommission (siehe über ihn die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 1008) fand in der Öffentlichen Meinung Englands einen recht günstigen Widerhall. Weniger günstig war der Empfang, der dem Simonbericht in Indien selbst zuteil wurde, wo seine Ver-

öffentlichung die einzelnen politischen und sozialen Gruppierungen zu einer endgültigen und klaren Stellungnahme veranlaßte. Die Kongreßpartei, als Vertreterin der schärfsten Form des nationalen Gedankens im Land, verhängte sofort nach Eintreffen der Simonkommission den Boykott über sie und nahm späterhin vom Bericht dieser von ihr ignorierten Körperschaft offiziell keine Kenntnis. Diejenigen Mitglieder der Kongreßpartei, die privatim den Bericht studierten, wiesen ihn als »leere Farce«, »geschmackloses Spiel« und »für Indien beleidigend« mit Entrüstung zurück. Das ausschlaggebende Moment für diese völlige Ablehnung des Simonberichts mag hauptsächlich dessen Prämisse sein, wonach die Indische Frage nur auf der Basis einer Britisch Indien sowie die unabhängigen Provinzen Indiens umfassenden föderalistischen Regierung gelöst und geregelt werden könne. Der Bericht weist darauf hin, Allindien bedeute mehr als Britisch Indien, da $\frac{9}{20}$ der Bodenfläche sowie $\frac{1}{5}$ der Gesamtbevölkerung nicht zu Britisch Indien gehörten. Nach ihm muß also eine Dominionverfassung eine zentralistische und föderative Einigung Indiens vorausgehen. Das allein reicht schon aus, um die Kongreßpartei vor den Kopf zu stoßen. Das Gelingen oder Mißlingen ihrer Bemühungen wird nämlich unerwartet von neuen Kräften abhängig gemacht, die sich ihrer direkten Kontrolle und Beeinflussung entziehen: von dem guten Willen der einzelnen indischen Fürsten, die sich von anderen Beweggründen und Interessen bestimmen lassen als den für die nationalen Parteien einzig ausschlaggebenden. Zweifellos hat die Simonkommission keine für England glücklichere Lösung der akuten Indischen Frage bei der augenblicklichen Konstellation der Verhältnisse vorschlagen können als durch die Befürwortung eines föderierten Großindiens. Die Fürsten sind stark mit England liiert, und Großbritannien würde sich ihrer jederzeit bedienen können, um mit konstitutionellen Mitteln die Errichtung eines vom Britischen Reich völlig losgelösten Hindustaats zu hintertreiben. Angesichts dieser Sachlage wird es auch verständlich, warum sich der Simonbericht plötzlich angelegen sein läßt die alten Klagen und Beschwerden der indischen Fürsten gegen die dominierende und entscheidende Rolle Britisch Indiens in Fragen allgemeinindischen Charakters hervorzusuchen und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Stellung der

Fürsten selber zum Vorschlag eines föderalisierten Indiens ist noch nicht klar; jedenfalls werden auch sie ihre politischen und sozialen Bedenken haben, nicht zuletzt einfach Angst durch die Aufhebung ihrer Staatsgrenzen auch der Welle der demokratischen Propaganda nicht genügend Einhalt tun zu können und allmählich zu den bisher strengstens gemiedenen Modifikationen ihres Regierungssystems gezwungen zu werden. Die Moslems, in ihrer steten Furcht vor einer brahmanischen Oligarchie, kritisieren vorwiegend den ihnen unzureichend scheinenden Vorschlag der ihnen im Simonbericht zgedachten proportionellen Vertretung in der Legislatur. Ähnliche Bedenken äußern auch die Sichts, die eine 2prozentige Vertretung in der Federal Assembly für völlig ungenügend erachten.

Nachdem die Friedensverhandlungen des Vizekönigs Lord Irwin mit Gandhi, Motilal und Jawaharlal Nehru, den Brüdern Pathel und Serodschini Naidu, die zu diesem Zweck aus den Gefängnissen, in denen sie untergebracht worden waren, in ein einziges Gefängnis übergeführt wurden, an der Weigerung Gandhis gescheitert waren den Feldzug des zivilen Ungehorsams bis nach Abschluß der Konferenz einzustellen, teilte die britische Regierung am 10. September mit, daß sich die indische Vertretung zur Round Table Conference aus 66 Indern aller Konfessionen und Parteien, die Vertreter des Nationalkongresses ausgenommen, zusammensetzen würde.

So zerfallen die indischen Vertreter auf der Round Table Conference in 3 Gruppen. Es sind dies: 1. die Vertreter der indischen Fürstentümer, 2. der rechte Flügel der Nationalisten (früher unter dem Namen der Gemäßigten bekannt, jetzt unter dem der Liberalen), der eine Dominionverfassung fordert, mit den Extremisten über das Endziel einer völligen Unabhängigkeit einig ist, von ihnen in den politischen Kampfmethoden abweicht, 3. ein loses Aggregat von Vertretern verschiedener kleinerer Gruppen; der Moslems, der Großgrundbesitzer, der niederen Kasten, des europäischen Handels, der Christen usw., die, für die prinzipielle Lösung der wichtigsten zur Diskussion stehenden Fragen von unerheblicher Bedeutung, darauf bedacht sind ihre Interessen zu wahren. Praktische Ergebnisse hat die Konferenz, die offiziell am 12. November vom englischen König eröffnet wurde, bisher noch nicht gezeitigt. Die langatmigen, oft mit orientalischer Bildhaftigkeit vor-

getragenen Ausführungen der einzelnen Redner haben immerhin in bedeutendem Maß zur Klärung der Situation beigetragen. Die Mehrzahl der indischen Delegierten vertritt einmütig die Überzeugung, daß die Schaffung einer neuen Verfassung für Indien unter keinen Umständen hinausgeschoben werden dürfe, sonst sei mit einem offenen Ausbruch von Feindseligkeiten sowie mit einer völligen Loslösung Indiens von England zu rechnen. Für den Föderationsvorschlag des Simonberichts erklärten sich im Prinzip die indischen Fürsten.

Palästina Am 25. August wurde der Bericht der Mandatskommission beim Völkerbund im Zusammenhang mit den Ereignissen im August 1929 in Palästina, dem sich eine Kritik der allgemeinen Politik und Haltung Englands als Mandatarmacht anschließt, zusammen mit einer Antwort Arthur Hendersons veröffentlicht. Die Kommission macht England den schwerwiegenden Vorwurf unzureichende Militärkräfte in Palästina unterhalten zu haben und stellt ihre Unfähigkeit fest die zu erwartenden Ereignisse voraussehen. England hätte den ökonomischen und sozialen Fortschritt im Land ungenügend gefördert, sich auch nicht um die Besserung der Beziehungen zwischen Arabern und Juden gekümmert. In der Antwort der britischen Regierung wurde der Kommission vorgehalten, sie hätte bis Juli 1929 die selbe Politik gutgeheißen, die sie beginnend mit August 1929 verwerfe. Der arabische Ausbruch im August 1929 wird als unvorbereitet und daher auch unvorhersehbar hingestellt. Am 8. September schlug der Berichterstatter der Mandatskommission eine Versöhnungsformel vor, die grundsätzlich die Richtigkeit der von der Kommission geübten Kritik anerkennt, aber die großen Schwierigkeiten nicht außer acht lassen will, mit denen die Mandatarmacht in Palästina zu kämpfen habe. Darauf erklärte Henderson im Namen der englischen Regierung, die Kommission hätte das volle Recht Kritik an der Mandatarmacht zu üben; die Regierung wüschte ihre Bemühungen um die Sicherung des Friedens und des Wohlstands in allen Bevölkerungsschichten Palästinas fortzusetzen. Diese Erklärung Hendersons wurde von der Öffentlichkeit als ein Sieg der Mandatskommission betrachtet. Um so mehr wurde sie, am 20. Oktober, durch 2 Veröffentlichungen der englischen Regierung überrascht: eine Deklaration des britischen Kolo-

nialamts und einen Bericht des Sachverständigen Sir John Simpson, die sich beide als Anschlag auf die jüdische Sache in Palästina erwiesen. Wie aus ihnen hervorgeht, beabsichtigt die britische Regierung ihre Pflichten als Mandatarmacht in Palästina auf den Schutz der Interessen der in Palästina zurzeit ansässigen Juden und Araber zu beschränken und das Jüdische Nationalheim in seiner augenblicklichen Form als abgeschlossenes und auskristallisiertes Gebilde zu betrachten, ohne an seinen Ausbau im Sinn der Balfourdeklaration weiterhin zu denken. Als Protest gegen diesen kaum beschönigten Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens erfolgte der Rücktritt Chajm Weizmanns von seinen Ämtern als Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency for Palestine. Auch Lord Melchett kündigte in einem Offenen Brief an, daß er sich infolge der in den beiden Denkschriften niedergelegten neuen Richtlinien der britischen Politik in Palästina veranlaßt sehe den Vorsitz im Council der Jewish Agency niederzulegen. Er bezeichnete beide Veröffentlichungen ganz offen als einen Wortbruch Großbritanniens gegenüber der jüdischen Nation.

Am 17. November fand im englischen Unterhaus die lange hinausgeschobene Palästina-Debatte statt. Lloyd George, der den Angriff auf die Regierung eröffnete, bezeichnete die neue Palästina-Politik als ein Abweichen von den internationalen Verpflichtungen und als den Juden gegenüber unfair. Er ging alsdann auf die einzelnen Punkte des Weißbuchs ein und übte vernichtende Kritik an der gesamten Argumentation des Dokuments. Im Namen der Regierung antwortete der Unterstaatssekretär für die Kolonien Drummond Shiels. Er erklärte, die Grundprinzipien der Palästina-Politik würden sich nach wie vor nach den Bestimmungen des Mandats richten. Den Einwänden und Angriffen Lloyd Georges vermochte er nichts entgegenzusetzen als die fadenscheinige Erklärung, es lägen offenbar »Mißverständnisse« in der Deutung des Weißbuchs vor. Auch aus den Ausführungen MacDonalds, der dem Oppositionsredner Amery antwortete, ging deutlich hervor, daß die Regierung wohl die Form des Weißbuchs als einen Mißgriff empfinde und den für die Juden so verletzenden Ton des Dokuments durch Komplimente für ihre kolonialisatorischen Leistungen im Land gern mildern möchte, daß sie aber praktisch an den neuen Richtlinien der

Palästina-Politik, trotz aller scharfen Kritik, festzuhalten gedenke. Die Äußerungen der Regierungsvertreter im Lauf der Debatte waren so unklar und verwirrend, daß es nach Schluß des offiziellen Teils der Parlamentssitzung zu einem merkwürdigen Satyrspiel kam: Nachdem der Marineminister Alexander im Namen der Regierung das Schlußwort ergriffen hatte, um zusammenfassend zu betonen, die britische Regierung hätte, wie aus der Diskussion klar hervorgegangen sei, keineswegs die Absicht das Jüdische Nationalheim in seinem gegenwärtigen Stadium erstarren zu lassen, wurde von mehreren Abgeordneten, die der langen Reden kurzen Sinn vernehmen wollten, eine Anfrage an Shiels gerichtet, ob nun eigentlich das Weißbuch aufrechterhalten bleibe oder nicht. Nach einem erneuten Versuch eine ausweichende Antwort zu geben und die Fragesteller auf die Debattergebnisse zu verweisen, sah sich Shiels unter dem Druck der Zwischenrufe zur unumwundenen Erklärung gezwungen: »Es ist ganz klar, daß das Weißbuch, wie es heute von mir erläutert und ergänzt worden ist, in Kraft bleibt.«

In einem erfreulichen Gegensatz zu diesem diplomatischen Schleichhandel der englischen Politiker stehen die geradlinigen Äußerungen, die die französischen Staatsmänner Paul Painlevé, französischer Ministerpräsident zur Zeit der Balfourdeklaration, die ehemaligen Minister Justin Godart und Albert de Monzie sowie der sozialistische Führer Jean Longuet in einer großen Protestversammlung gegen die neue englische Palästina-Politik abgaben, die die Vereine France-Palestine und Jeunesse Juive in Paris einberufen hatten. Sie erklärten klipp und klar, Frankreich hafte mit für die dem jüdischen Volk gegebenen Versprechen, und es werde sein Wort einzulösen wissen.

Mazedonische Frage Die lange hinausgeschobenen Maßnahmen zur Unterdrückung einer der bedrohlichsten Balkanbewegungen: der Internationalen Mazedonischen Revolutionären Organisation, die für die mazedonische Unabhängigkeit kämpft, werden nun in Angriff genommen. Diese Bewegung datiert seit den Friedensabmachungen von 1919, durch die das mazedonische Territorium so verteilt wurde, daß der größte Teil, obwohl nur von einigen hundert Serben bewohnt, Jugoslawien zufiel, ein kleinerer Teil mit zirka 300 000 Griechen Griechenland, und der

kleinste Teil Bulgarien, obwohl über 1 Million Bulgaren über die insgesamt verteilte Fläche verstreut lebten. In Jugoslawien stellte sich nun die Organisation als Aufgabe alle Serben aus dem frühern mazedonischen Land zu vertreiben, in Bulgarien gedachte sie einen Staat im Staat zu bilden und durch terroristische Akte aufrechtzuerhalten.

Am 11. August begann die bulgarische Regierung, einem Druck von außen nachgebend, mit der Inhaftierung führender Mitglieder der Organisation, angefangen mit dem mächtigen Iwan Michailow, der Jahre hindurch als ungekrönter König von Bulgarisch Mazedonien galt, und der eines 1926 begangenen Mordes an dem gemäßigt mazedonischen Revolutionär, dem General Protogerow, beschuldigt wurde. Teilweise wurde diese neue Politik auch durch das Eintreten des Expremiers Zankow in das Ministerium Liaptschew bestimmt, der Sühne für den Mord an Protogerow verlangte.

Die Union of Macedonian Associations in den Vereinigten Staaten von Amerika überreichte dem Völkerbund ein ausführliches Memorandum, in dem sie sich über die Politik der jugoslawischen Regierung in Mazedonien beschwert und den Völkerbund bittet »der antinationalen, mit inquisitorischen Mitteln betriebenen Politik der Jugoslawen in Mazedonien ein Ende zu machen und die Regierung Jugoslawiens zu veranlassen die Minderheitsrechte, die den Mazedoniern zukommen, ihnen einzuräumen«. Die Union verlangt außerdem die Entsendung einer speziellen internationalen Untersuchungskommission zur Lösung der Mazedonischen Frage.

Die jugoslawische Regierung lehnt es ab das Vorhandensein einer mazedonisch-bulgarischen Minderheit in ihrem Bereich anzuerkennen, mit der Begründung, eine slawische Minorität sei in einem Land von slawischer Majorität undenkbar. Wohl erklärt sich die jugoslawische Regierung bereit der Bevölkerung des Vardarbanats, wie Mazedonien heute heißt, gewisse Konzessionen einzuräumen, doch unter der Bedingung, daß diese Konzessionen als den Bürgern Jugoslawiens, nicht aber als einer bestimmten Minderheit gewährt erachtet werden. Jegliche Bezugnahme auf Minderheitenrechte erscheint der jugoslawischen Regierung gleichbedeutend mit dem Versuch den bulgarischen Charakter Mazedoniens anzuerkennen und infolgedessen auch die Hauptbegründung ihres Anspruchs auf diese Provinz: ihren serbischen Charakter, anzufechten.

Totenliste Einer der leidenschaftlichsten Vertreter des Deutschtums innerhalb der Tschechoslowakei, der Publizist *Oskar Kuh*, Gatte der großen Künstlerin Else Lehmann, starb Ende Mai in Prag, im Alter von 70 Jahren. Er war früher Mitarbeiter an der in Prag erscheinenden *Bohemia*, gab zuletzt ein eigenes Blatt heraus.

Am 18. Juni starb in Straßburg *Albert Matthis*. Die beiden Brüder, Albert und Adolphe Matthis, im Leben und Wirken eng mit einander verbunden wie einst die Brüder Goncourt, sind die berühmtesten und eigenartigsten dichterischen Vertreter des elsässischen Volkstums (siehe die Rundschau Dichtkunst, 1930 II Seite 824 und folgende) und, natürlich ohne Feindschaft gegen Deutschland, der französischen Sache zugetan. Als 1918 das Elsaß wieder zu Frankreich gekommen war, feierten sie dies in einem berühmten Lied *Mir sin fränzöesch*. Auf dem Sankt Gallemaettel, dem von ihm besungenen Friedhof bei Straßburg, wurde Albert, nach seinem Wunsch nur von seinem Bruder geleitet, beigesetzt.

Am 30. Juni starb in Paris *Khaichosro Tschelokaschwili*, in seinem 42. Lebensjahr. Er entstammte einer alten Familie, deren Name in der Geschichte Georgiens einen guten Klang besaß. Er war, auch während des Weltkriegs, einer der hervorragendsten Offiziere der russischen Armee. Nach dem bolschewistischen Staatsstreich erklärte sich Georgien unabhängig. Tschelokaschwili gehörte nun der georgischen Armee an und nahm an allen ihren Verteidigungskämpfen heldenmütigen Anteil. Nach der Überwältigung Georgiens durch die Bolschewisten /1921/ blieb er noch einige Jahre im Land, hielt sich mit seinen Rebellen scharen meistens in den Bergen auf und führte von da aus einen tapfern Kampf gegen die Eroberer. Er war auch militärischer Führer des bekannten georgischen Aufstands von 1924. Nach der blutigen Unterdrückung dieser Erhebung mußte Tschelokaschwili, mehrfach verwundet, mit einer Schar von Mitkämpfern ins Ausland flüchten. Nun ist er an den Folgen einer Lungenverwundung, die ihn der Tuberkulose überlieferte, fern seiner Heimat gestorben.

Kurze Chronik Am 12. November veranstaltete die Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte in Berlin einen Aufbauabend mit dem Thema *Nationaler Sozialismus*. Herman Kranold umriß in klarer Weise die Stellung des Sozialis-

mus zum nationalen Gedanken. In der kontradiktorischen Diskussion wurden wesentliche Anschauungen angedeutet, aber nicht durchgeführt. Mit sachlichem Ernst zeigte Otto Straßer die Gefühlsgrundlage des Nationalsozialismus seiner (oppositionellen) Richtung. Was ihm unmittelbar darauf erwidert wurde, ging am Entscheidenden seiner Anschauung vorbei. Nur Meta Corssen traf den Kern der Sache, als sie darlegte, daß der italienische Fascismus prinzipiell andern Geistes sei als die deutschvölkische Dogmatik; doch wurde sie in der späten Stunde kaum verstanden. Diese Aussprache stellt jedenfalls einen wichtigen Anfang dar. ◊ Die Kölnische Zeitung erinnerte im Oktober an einen Ausspruch *Mussolinis über den Antisemitismus*, aus dem hervorgeht, daß für ihn der Begriff der Nation nicht materiell-biologischer Art (Nation als Unterabteilung der Rasse) sondern geistig-ethisches Postulat (Nation als Willens- und daher Schicksalsgemeinschaft) ist. Mussolini hatte 1927 bei einem Empfang ausländischer Journalisten in Rom gesagt: »Antisemitismus bedeutet Zerstörung und Spaltung, Fascistischer Antisemitismus oder antisemitischer Fascismus ist daher eine krasse Absurdität. Wir amüsieren uns in Italien köstlich, wenn wir hören, daß in Deutschland die Antisemiten ihr Glück mit dem Fascismus versuchen... Wir erheben aber mit aller Verschiedenheit Einspruch, daß auf diese Weise der Fascismus bloßgestellt wird. Der Antisemitismus ist ein Produkt der Barbarei, während der Fascismus auf der höchsten Zivilisationsstufe steht und dem Antisemitismus diametral entgegengesetzt ist.« ◊ Von 1911 bis 1921 erschien zur Vertretung regionalistischer Tendenzen in der *Provence* das Blatt *L'Aioli*. Seit dem 7. September, dem 100. Geburtstag *Frédéri Mistrals*, haben 7 Schüler *Mistrals* dieses Blatt wiederauferweckt. ◊ In *Winnipeg* hat sich ein *Deutsch-Canadischer Bund* von *Manitoba* gebildet, dessen Aufruf mit den Worten schließt: »Wer weiß, ob die Deutschrussen nach *Paraguay* und *Mexico* hätten auswandern müssen, wenn eine Vereinigung aller Deutschen *Canadas* geschlossen hinter ihnen gestanden hätte.« Freilich, was als Lokalinteresse berechtigt erscheint, braucht nicht mit dem gesamtdeutschen Interesse übereinzustimmen, das uns nicht Länder des britischen Herrschaftsbereichs sondern den werdenden Vereinigten Europäischen Kontinent und die ihm angehörenden Gebiete *Afrikas* als künftiges Siedlungsfeld weist.

Literatur

In dem von *Fritz Dietrich* unter dem Titel *Die Gandhirevolution* herausgegebenen Sammelbuch mit Beiträgen von *Paul Birukow*, *Robert Braun*, *Martin Buber*, *Theodor Lessing* und anderen mehr /*Dresden*, *Wolfgang Jess*/ versucht ein jeder der zahlreichen in diesem Buch vereinigten Autoren dem so eigenartigen Phänomen der Gandhibewegung einen besondern Aspekt abzugewinnen und ihn für die europäische Politik fruchtbar zu machen, die kein einziges der großen ethischen und pathetischen Momente mehr aufzuweisen vermag, wie sie für die Politik gewordene Lehre *Gandhis* bezeichnend sind. ◊ Das Buch *Ischwar Nath Topas The Growth and Development of National Thought in India* /*Hamburg*, *Friederichsen, de Gruyter & Co.*/ behandelt eingehend die historische Entwicklung *Indiens* in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht, im Zusammenhang mit dem nationalen Gedanken, dessen Ursprünge und Verwurzungen auf Grund eines reichen Tatsachenmaterials in ihrer ganzen Bedeutung für die Vergangenheit und Gegenwart *Indiens* nachgewiesen werden. ◊ Das Buch *Jakob Klatzkins Probleme des modernen Judentums* /*Berlin*, *Lambert Schneider*/, das in seiner gedrängten Fülle die präziseste Übersicht über die politische und geistige Situation des Weltjudentums gewährt, ist zu einem wahren Handbuch aller geworden, denen an einer solchen ehrlichen Präzisierung gelegen ist. Daß es nunmehr in 4. Auflage erscheint, kann als Beweis dafür gelten, daß deren Anzahl im Steigen begriffen ist. ◊ Im Gegensatz zu diesem Werk ist *Constantin Brunnens* Buch *Von den Pflichten der Juden und den Pflichten des Staates* /*Berlin*, *Gustav Kiepenheuer*/ eine schwülstige, an manchen Stellen von einem morbiden Pathos und einer völlig unzeitgemäßen Allegorieensucht durchsetzte Veröffentlichung, deren Autor den Juden »Pflichten« zumutet, die mit einer endgültigen Selbstvernichtung identisch sind, und alle Bestrebungen der jüdischen Nation mit pseudoprophetischen Allüren von Grund aus verdammt. ◊ Als Sonderdruck aus dem Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie /*Berlin*, *Walter de Gruyter & Co.*/ erschien eine übersichtliche Abhandlung *Ernst Marburgs* über den so überaus komplizierten ungarisch-rumänischen Opantantenstreit, dessen praktische Lösung anscheinend mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verbunden ist.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Wladimir Lasarew

Polarlicht

In einem in Königsberg gehaltenen Vortrag berichtete Ernst Brüche /Berlin/ über Experimente zu Störmers Polarlichttheorie. Eugen Goldstein hatte zuerst die Vermutung ausgesprochen, daß die Polarlichterscheinungen durch elektrische Strahlungen der Sonne hervorgerufen werden. Christian Birkeland vertritt ebenfalls diese Auffassung; er konnte 1899 zunächst experimentell nachweisen, daß die einer magnetischen Kugel zufliegenden elektrischen Teilchen in polaren Zonen auftreten. Friedrich Carl Störmer gelang eine mathematische Formulierung des Problems, die quantitativ präzise Aussagen ermöglicht, so daß jetzt eine Experimentiertechnik ersonnen werden mußte, die alle Feinheiten der Theorie wiedergeben könnte. Das vermag tatsächlich die von Brüche und W. Ende gewählte Anordnung zur Erzeugung von Fadenstrahlen, das heißt gaskonzentrierten Elektronenstrahlen von geringem Querschnitt, größerer Länge (über 1 Meter) und definierter Geschwindigkeit. Den Ausgangspunkt der Theorie bildet die Tatsache, daß das Außenfeld einer gleichmäßig magnetisierten Eisenkugel dem des magnetischen Dipols gleich ist. Störmer identifiziert nun das Erdfeld mit dem Feld eines magnetischen Dipols. Es ergibt sich ferner, daß den Dipol ein zur magnetischen Achse symmetrischer, wulstartiger Raum umgibt, in den Elektronen nicht eindringen können. Für die Erde liegt die Grenze zwischen elektronenfreiem und elektronenerfülltem Gebiet außerhalb der Mondentfernung. Der Grund dafür, daß wir Nord- und Südlichter, aber keine derartigen Erscheinungen am Äquator wahrnehmen, liegt gerade darin, daß die Erde von dem elektronenfreien Raum, dem »Elektro-*nentorus*« der Störmerschen Theorie umgeben ist. Die neuerdings beobachtete Wiederkehr elektromagnetischer Kurzwelligensignale aus dem Weltraum läßt vermuten, daß es sich hierbei um eine Reflexion an der Grenzfläche des elektronenfreien Raums handelt.

Raman

Der diesjährige Nobelpreis für Physik wurde Tschandrasechar Venkataram Raman /Kalkutta/ für seine Arbeiten über die Streuung des Lichts zuerkannt. Den Nobelpreis für Chemie erhielt der Professor für Organische Chemie an der Technischen Hochschule München Hans

Fischer für Erforschung der Zusammensetzung der Blut- und Blattfarbstoffe sowie für Synthese des Hämins. Die Verdienste der beiden Nobelpreisträger weisen einen gemeinsamen Zug auf: Sie haben beide in stiller Laboratoriumsarbeit ein ganzes Menschenleben dem Werk gewidmet, das nun die höchste Auszeichnung erfahren hat.

Die experimentelle Entdeckung Ramans ist mit März 1928 datiert. Sie hat seitdem mehrere hundert Arbeiten in allen Ländern hervorgerufen. Die Erscheinung, die in der Fachliteratur als Ramaneffekt bezeichnet wird, besteht darin, daß ein Lichtstrahl von bestimmter Wellenlänge beim Durchgang durch die Materie eine für dieses Medium charakteristische Energieänderung erleidet. Diese Änderung wurde schon im Jahr 1923 von Adolf Smekal aus quantentheoretischen Gründen vorausgesehen, und ihre Auffindung im Laboratorium bedeutet eine schöne Bestätigung der Quantentheorie. Darauf beruht die prinzipielle Bedeutung der gesamten Ramanforschung. Zum Verständnis des Ramaneffekts hat man sich zunächst zu vergegenwärtigen, daß ein Lichtstrahl von bestimmter Wellenlänge eine wohldefinierte Energie besitzt; je kleiner die Wellenlänge, um so größer ist diese Energie. Die Lichtwelle oder, wie man heute sagt, das Lichtquant tritt unterwegs mit den Molekülen der Materie in Wechselwirkung, die verschiedenartig sein kann. Einmal kann das Molekül die Lichtenergie, das heißt das Lichtquant, restlos absorbieren und dadurch seine eigene innere Energie vergrößern. Dieser Vorgang ist nur dann möglich, wenn die von dem Lichtquant geführte Energie gleich ist der Differenz zwischen der Energie des Moleküls im Normalzustand und einem der angeregten Energieniveaus; denn nach der Quantentheorie kann die innere Energie eines Moleküls eben nur um ganz definierte Quanten variieren. Ferner kann das Lichtquant von dem Molekül reflektiert oder gestreut werden, was von der Wellenlänge des Lichts abhängt: Je kleiner die Wellenlänge, um so größer ist der Anteil des reflektierten Lichts. Die Wellenlänge des Lichtquants ändert sich bei der Reflexion nicht. Je nach der Durchsichtigkeit des Mediums bleibt ein gewisser Teil des Lichts überhaupt unverändert. Nach der Quantentheorie ist schließlich noch eine Art Wechselwirkung zwischen Lichtquant und Molekül denkbar: Das Lichtquant gibt an das Molekül einen Teil seiner Energie ab, der ausreicht, um das Molekül auf ein höheres Energie-

niveau zu heben, während der Rest der Lichtenergie sich weiter fortpflanzt als Licht, aber nunmehr von größerer Wellenlänge, entsprechend seiner verminderten Energie. Auch der umgekehrte Fall ist möglich: Ein Molekül, das einen Überschuss an innerer Energie gegenüber dem Normalzustand besitzt, gibt einen Teil dieser Energie an das vorbeifliegende Lichtquant ab und sinkt daher auf ein tieferes Energieniveau; dann hat das Lichtquant nach dem Zusammentreffen mit dem Molekül, entsprechend dem Anwachsen seiner Energie, eine kleinere Wellenlänge als vorher. Diese Änderung des Lichts beim Durchgang durch die Materie wurde nun von Raman spektroskopisch nachgewiesen, nachdem er viele Jahre an diesem Fragenkomplex gearbeitet hatte. Der Ramaneffekt besteht also, genau formuliert, darin, daß die Wellenlängen des Lichts, durch Streuung an der Materie, zum Teil nach längeren oder kürzeren Wellen hin verschoben werden, was sich im Spektrum bemerkbar macht. Die Differenz der Wellenlängen des ursprünglichen und des veränderten Lichtstrahls ist somit eine für das Molekül des streuenden Mediums charakteristische Größe; die Ausmessung dieser, meist sehr geringen Differenz vermittelt uns eine Kenntnis der Energieniveaus von Molekülen und gewährt also einen neuen Einblick in die innermolekulare Welt.

Von den übrigen Arbeiten Ramans sei sein Beitrag für das Handbuch der Physik /Berlin, Julius Springer/ über Musik-Instrumente und ihre Klänge erwähnt.

Fischer (Hans) Hans Fischer ist der Sohn eines Chemikers. Er wurde 1881 geboren, studierte Chemie und Medizin. Im Laboratorium der 2. Medizinischen Klinik in München gelang es ihm zunächst das Bilirubin und dann dessen Reduktionsprodukte kristallinisch darzustellen. Auf die Untersuchung der Gallenfarbstoffe folgte zwangsweise die des Blutfarbstoffs. Es gelang Fischer, als erstem, das Hämoglobin des Menschen in reinen Kristallen zu erhalten. Das Bilirubin wie das Hämatin wurden eingehenden Abbauprosuchen unterworfen, wobei sich die einzelnen Bausteine des Gallen- und Blutfarbstoffs, die Pyrrole, nachweisen ließen. Im Anschluß daran folgten synthetische Versuche, insbesondere wurden verschiedene Pyrrole dargestellt. Nach ärztlichem Staatsexamen habilitierte sich Fischer für das Fach der Pathologischen Chemie. Seine Untersuchungen über die

Blut- und Gallenfarbstoffe und über die Porphyrine hatten unterdessen großes Aufsehen erregt, und so wurde er schon 1916 zum ordentlichen Professor der Chemie in Innsbruck bestellt. Im Jahr 1921 folgte er dem Ruf nach München an das Organisch-Chemische Laboratorium der Technischen Hochschule. Hier gelang es ihm nicht bloß die ganze Reihe Porphyrine sondern auch das Hämatin synthetisch darzustellen, und dieses hat sich als restlos identisch mit dem des roten Blutfarbstoffs erwiesen. Neuerdings befaßt sich Hans Fischer mit Pflanzenfarbstoffen, insbesondere mit Chlorophyll.

Tagungen Vom 3. bis zum 7. September fand in Königsberg der 6. *Deutsche Physikertag* statt.

Auf der dort ihm folgenden 91. *Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte*, der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Technische Physik (siehe über sie auch die Rundschau Biologie, in diesem Band Seite 1164) wurden unter anderen folgende Vorträge gehalten: Fritz Paneth /Königsberg/ Das natürliche System der Elemente, Viktor Moritz Goldschmidt /Göttingen/ Geochemische Verteilungsgesetze und kosmische Häufigkeit der Elemente, Otto Hahn /Berlin/ Das Alter der Erde, Werner Heisenberg /Leipzig/ Kausalität und Quantenmechanik, Friedrich Hund /Leipzig/ Methoden der Deutung und Vorhersage von Molekelspektren, Christian Gerthsen /Tübingen/ Kanalstrahlen, Otto Stern /Hamburg/ Beugungserscheinungen an Molekularstrahlen, Emil Rupp /Berlin/ Anwendung der Elektroneninterferenzen zur Strukturanalyse, F. Kirchner /München/ Neue Versuche über Elektronenbeugung.

Gemeinverständliche Schriften Als 11. Band der bekannten Sammlung *Verständliche Wissenschaft* /Berlin, Julius Springer/ erschien eine mit 25 Abbildungen ausgestattete, durchaus leichtfaßliche und vielseitige Einführung in die *Organische Chemie* von Loewen. Die Darstellung zeichnet sich durch überlegene Plastizität und geschickt getroffene Eigenartigkeit aus, die nirgends gegen Wissenschaftlichkeit verstößt. Eugen Rabinowitsch' und Erich Thilos *Periodisches System* /Stuttgart, Ferdinand Enke/ sei allen denjenigen aufs wärmste empfohlen, die den guten Willen haben die heutigen Vorstellungen über Bestandteile der Atome, das Atommodell, den Aufbau des periodischen Systems, die Periodizität der chemischen

Eigenschaften (so betiteln sich die einzelnen Kapitel des Buchs) zu erfassen. Das nur knapp 300 Seiten starke Werk bietet auf diesem kleinen Raum und bei aller Bescheidenheit seines Titels eine begrifflich und sprachlich überaus klare Einführung in die Ergebnisse der neuern und neuesten Forschung.

Totenliste Am 7. September starb der ordentliche Professor für Physikalische Chemie an der Universität Breslau *Walter Herz*, im Alter von 55 Jahren. Er war ein vorbildlich gewissenhafter Forscher und ein ausgezeichnete Lehrer. Sein Leitfadene der Theoretischen Chemie erschien jetzt in 4. Auflage /Stuttgart, F. Enke/.

In Rom starb Anfang September der Direktor der Vatikanischen Sternwarte *Johann Georg Hagen*, im Alter von 82 Jahren. Seine Forschungen auf dem Gebiet der veränderlichen Sterne fanden internationale Anerkennung.

Ende September starb an den Folgen eines Automobilunfalls der Leiter des Instituts für Analytische Chemie an der Technischen Hochschule Wien *Ludwig Moser*, im Alter von 50 Jahren. Seine Monographie über Reindarstellung von Gasen ist sehr bekannt.

Am 17. Oktober starb in Berlin *Kurt Joel*, im Alter von 66 Jahren. Er verfügte über ein ganz seltenes, wirkliches Wissen beinahe auf allen Gebieten der Naturerkenntnis. Er war Redakteur der Vossischen Zeitung für Naturwissenschaften und schrieb dort noch vor kurzem die ausgezeichneten Berichte von der Tagung der Deutschen Naturforscher und Ärzte in Königsberg. Die ihn kannten, wissen, daß ein erster Mensch dahingegangen ist, eine der wenigen Persönlichkeiten unter denen, die für die Presse der Nachkriegszeit arbeiten.

Am 18. Oktober starb in Berlin, fast 70 Jahre alt, der Astronom *Adolf Marcuse*, der auch als Geophysiker sehr bekannt war. Er verfaßte ein Handbuch der geographischen Ortsbestimmung /Braunschweig, Friedr. Vieweg & Sohn/.

Kurze Chronik Nachdem in letzter Zeit das Ergebnis des *Michelsonversuchs* (Unabhängigkeit der Lichtgeschwindigkeit von der Erddrehung, bekanntlich einer der Ausgangspunkte der Relativitätstheorie) verschiedentlich angezweifelt wurde, hat das Physikalische Institut der Universität Jena eine Nachprüfung dieses Versuchs veranstaltet. Die Firma Zeiß stellte dabei ihre Instrumente, darunter ein registrieren-

des Interferometer von 21 Meter Lichtweg, zur Verfügung. Der Leiter der Versuche *Georg Joos* berichtet: »Das gesteckte Ziel war fortlaufende Registrierungen zu gewinnen, welche als von jedermann nachprüfbar Dokumente eine eindeutige Entscheidung liefern sollten.« Die mikrophotometrische Ausmessung der Registrierungen hat nun ergeben, daß die Abweichungen von dem Ergebnis des ursprünglichen *Michelsonversuchs* durchweg auf störende Nebeneinflüsse zurückzuführen sind, somit die Relativitätstheorie auch von dieser Seite her unangreifbar bleibt. ◊ Der englische Gelehrte *James Jeans* hielt in Cambridge einen öffentlichen Vortrag über das Thema *Das rätselhafte Weltall*. Er gab eine Zusammenfassung des modernen *physikalischen Weltbilds* und analysierte dabei die Begriffe Kausalität und Wahrscheinlichkeit. ◊ Am 15. November waren 300 Jahre seit dem Tod *Johannes Keplers* verflossen. Vornehmlich in Prag, aber auch an anderen Orten veranstaltete man Feiern, die an diesen wahrhaft bedeutenden Geist erinnerten. ◊ Den Lehrstuhl der Experimentalphysik an der Universität Gießen übernimmt *Walter Bothe* als Nachfolger *Walter Königs*. ◊ Der Ordinarius der Chemischen Technologie an der Technischen Hochschule Braunschweig *Ernst Terres* folgt einem Ruf an die Technische Hochschule Berlin. ◊ Das Ordinariat der Physikalischen Chemie an der Universität Zürich wurde dem Leiter des Physikalisch-Chemischen Laboratoriums der Metallbank in Frankfurt *Hans von Halban* übertragen. ◊ Der Entdecker der Kanalstrahlen *Eugen Goldstein* wurde am 5. September 80 Jahre alt. Seine Arbeiten sind kürzlich in Ostwalds bekannte Sammlung *Klassiker der Exakten Wissenschaften* /Leipzig, Wilhelm Engelmann/ aufgenommen worden.

Literatur Von *Max Plancks* Einführung in die Theoretische Physik erschien kürzlich der abschließende 5. Band /Leipzig, S. Hirzel/. Er behandelt die klassische Theorie der Wärme, Wärmestrahlung und, im Anschluß daran, die Quantentheorie. *Planck* berichtet mit gediegener Abgeklärtheit über die Gedankengänge, die ihn zu der unwälvend kühnen Quantenhypothese führten. Das 5bändige Werk ist »zum Gebrauch bei Vorträgen sowie zum Selbstunterricht« bestimmt. An mathematischen Kenntnissen wird dabei nicht viel vorausgesetzt; die schwierigeren Integrationsmethoden werden an den betreffenden Stellen erörtert.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Bücher † Am 12. November starb in Leipzig, in seinem 84. Lebensjahr, der berühmte Altmeister der deutschen ökonomischen Wissenschaft, Karl Bücher, der Verfasser der unvergessenen trefflichen Abhandlung *Die Entstehung der Volkswirtschaft* /1893/. Jemand, der ihn persönlich kannte und seinen Lebenslauf genau verfolgt hat, berichtet in der Vossischen Zeitung Intimeres über ihn. Er war als Sohn eines rheinhessischen Bürstenmachers geboren. Der baumlange dürre Herr, mit dem linken Fuß auf dem rechten Knie hinter dem Katheder hängend, hat es sich auch in seinen letzten Jahren nicht bequem gemacht. Als Oberlehrer in Frankfurt begann er. Als der Verein für Sozialpolitik begründet wurde, berichtete er über dessen Kongresse an die Frankfurter Zeitung. Und als sämtliche Redakteure des Blatts auf Befehl Bismarcks in Gefängnishaft genommen wurden, ließ er den Unterricht unterrichten sein, stürzte in die Redaktion und machte das Blatt allein. 2 Jahre war er Redakteur an der Zeitung, bis er sich mit Leopold Sonnemann, dem Verleger, verkrachte. Mit Hilfe Schäffles gelang ihm, dem Bismarckgegner, die Habilitation in München. Er lehrte dann in Basel und Dorpat, bis er 1892 als Professor nach Leipzig berufen wurde. Dort blieb er bis zum Ende. Großes Aufsehen erregte es, als er bei einem Hoch auf Bismarck sich nicht erhob. Den Weg zu neuen Forschungen erschloß, wie vorher seine Entstehung der Volkswirtschaft, so seine spätere bedeutende soziologische Studie *Arbeit und Rhythmus* /1896/. Bücher war es auch, der die Zeitungswissenschaft begründete. Er hielt schon 1883 in Basel Vorlesungen über dieses bis dahin auf den Universitäten unbekanntes Thema. In Leipzig wurde auf seine Anregung hin 1917 ein Institut für Zeitungskunde gegründet, dessen Notwendigkeit Bücher in einer Schrift *Unsere Sache und die Tagespresse* /1915/ auseinandersetzte. Mit dieser Schrift entfesselte er aber einen heißen Kampf seiner speziellen Berufskollegen gegen sich, die die neue Wissenschaft und das Institut nicht anerkennen wollten. Der Streit wurde aber zu Büchners Gunsten beendet, der das Institut für Zeitungskunde dauernd weiter geleitet hat. Wie folgenreich und fruchtbar seine Wirkung war, bewies die Gründung von Dozenturen für Zeitungswissenschaft an einer Reihe von Universitäten.

Soziologie und Marxismus In einer deutschen Bearbeitung und Zusammenfassung erschienen die langjährigen instruktiven historischen Überblicks über die soziologischen Theorien des früher an der Petersburger Akademie, jetzt seit Jahren an der Harvarduniversität in Amerika wirkenden russischen Gelehrten *Pitirim Sorokin* (*Soziologische Theorien im 19. und 20. Jahrhundert* /München, C. H. Beck/), ein Werk, das bei der umfassenden Materialkenntnis seines Verfassers auf breite Leserkreise zählen kann. Ausgehend von der Skizzierung der »Mechanistischen Schule, die die sozialen Erscheinungen mit Begriffen und Auffassungen der Physik, Chemie und Mechanik zu erklären suchte«, und ihre bis zur Gegenwart nicht überholten Vorläufer in der sozialen Physik des 17. Jahrhunderts, später in Carey und Pareto ihre Hauptrepräsentanten besaß, wendet sich die Analyse in den weiteren Abschnitten der um Le Play gruppierten Richtung, der Geographischen Schule, der biologischen Erklärung sozialer Erscheinungen, der anthropogeographischen Selektions- und Vererbungslehre und dann, nach einem Resümee über die soziologische Erklärung der Klassenkämpfe und des Kriegs in der 2. Hälfte des Buchs, der Auseinandersetzung mit dem zu, was Sorokin als Soziologistische Schule bezeichnet: speziell den psychosozialen Theorien (über Religion, Sitten, Öffentliche Meinung und andere Kulturerscheinungen). Die Weite dessen, was man unter dem Gesichtspunkt der soziologischen Literatur zusammenfaßt, kommt mit überraschender Fülle zum Ausdruck. Zur Orientierung des Lesers ist ein Verzeichnis der im Text erwähnten Autoren respektive sonstiger charakteristischer Vertreter hinzugefügt, das allein schon 50 bis 60 Seiten füllt.

Eine arge Enttäuschung bereiten indes dem Leser die Ausführungen über Marx und Engels im 11., die Soziologistische Schule behandelnden Kapitel. Von einer politisch-moralischen Deklamation und Verdonnerung des Marxismus, wie wir sie unter pseudowissenschaftlicher Flagge in dem wilhelminischen Deutschland wiederholentlich erlebten, ist freilich bei der ganzen Anlage des Buchs nichts zu spüren. Die Einwendungen, die Sorokin vorbringt, stützen sich auf soziologische Erwägungen, aber daß er dabei für die große und bahnbrechende Eigenart des Marxschen Denkens gar kein Auge hat, daß er dem von Marx Gelei-

steten so farbenblind gegenübersteht wie etwa, um einen in sozialistischen Kreisen vielgelesenen Schriftsteller zu nennen, Hendrik de Man, frappt er darum nicht minder. Man stößt in diesen Auslassungen neben Bemängelungen, die sich gegen das Fehlen einer schärferen Bestimmtheit der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung richten, und die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, doch auch vielfach auf Behauptungen, die den Kenner der Marxschen Gedankenwelt geradezu parodistisch anmuten. Nach Aufstellung einer bunten Liste von Autoren, die ihre Aufmerksamkeit schon vor Marx den wirtschaftlichen Verhältnissen zugewendet haben, schwingt der Verfasser sich allen Ernstes zu der Behauptung auf: diese hätten »in ihren Arbeiten durch eine Untersuchung geschichtlicher Tatsachen alles [1] erwähnt, was in den Schriften von Marx und Engels zur materialistischen Geschichtsbetrachtung in Frage kommt«. Charakteristisch für Sorokin ist dabei unter anderem, daß auch der selige Roscher, dessen »Kinderbegriffe« Marx selbst in einer Anmerkung seines Kapitals so amüsan und schlagend annagelt, in der Reihe derer, die, wie es so schön heißt, »alles erwähnt« haben, »was in den Schriften von Marx und Engels steht«, mit angeführt wird. Nach der Ansicht Sorokins haben Marx und Engels wirklich überhaupt nichts Neues zu verkünden gehabt. Er wiederholt es ein paar Seiten später nochmals wörtlich: »Vom rein wissenschaftlichen Standpunkt ist in ihrer Theorie, soweit es sich um ihre gesunden Elemente handelt, alles von früheren Forschern bereits gesagt. Was wirklich Original ist, ist von der Wissenschaft weit entfernt. Die einzige "Leistung" der Theorie ist, daß sie die vor Marx gegebenen Gedanken in einer übertriebenen Form verallgemeinert hat. Diese allgemeinen Schlüsse sind, wie wir sahen [1], dunkel und doppelsinnig ausgedrückt und weniger das Ergebnis eines induktiven oder tatsächlichen Studiums als einer spekulativen und dogmatischen Deduktion . . . Man kann ihre wissenschaftlichen Beiträge [die von Marx und Engels] nicht einmal als etwas betrachten, was über dem Durchschnitt steht . . . Alles in allem haben Marx und Engels den Fortschritt der sozialen Wissenschaften eher gehemmt als erleichtert. Gegenwärtig gehört, wie wir sehen werden [1], ihre Theorie der Vergangenheit an . . . Nur ein Metaphysiker kann sich jetzt noch mit den Auf-

fassungen von Marx und Engels beschäftigen. Die Wissenschaft muß über sie hinweggehen und sich den induktiven und tatsächlichen Untersuchungen widmen, um die Verbindungen zwischen wirtschaftlichen und den anderen Seiten des sozialen Lebens zu finden.« Wie diese Überwindung Marx' und Engels' durch die fortschreitende moderne Wissenschaft, auf die Sorokin hinweist, in Wahrheit aussieht, ist aus dem weiteren Verlauf des Buchs zu ersehen, in dem der Autor in der Tat nur von allerhand trivial selbstverständlichen Wendungen der Reflexion zu berichten hat. Zum Beispiel davon, daß, während Marx die Ökonomie als Grundlage des sozialen Lebens betrachte, in dem letzten Jahrzehnt erkannt worden sei, daß die Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Erscheinungen höchst komplexer Natur seien, daß zwischen Produktionstechnik und Wirtschaftssystem, zwischen ihm und nichtwirtschaftlichen Erscheinungen nur eine lockere, weniger bestimmte und durch mannigfache Kausalverhältnisse vermittelte Verbindung bestehe, anders »als es Marx oder irgendein anderer Vertreter der deduktiven Auffassung der materialistischen Geschichtsbetrachtung annahm«. Als ob Marx, bei seiner Hervorkehrung der Ökonomie, die unendliche Kompliziertheit der wirklichen historischen Zusammenhänge hätte leugnen wollen, als ob das Wesen seiner Geschichtsauffassung in der dogmatischen Proklamierung eines einzigen Universalklärungsgrunds liege, der zu beliebiger Verwendung fix und fertig gegeben sei, ohne daß man sich um die konkreten Fälle viel zu kümmern habe. Als ob es überhaupt denkbar wäre, daß ein Geist von Marxscher Klarheit die Vielfältigkeit konkreten Ineinandergreifens nicht hätte sehen können. Wie viele verschiedene Gesichtspunkte zieht er allein in den historischen Parteien seines Kapitals heran. Und nichts konnte Engels, wie dem Bearbeiter dieser Rundschau aus seinen Briefen in lebendiger Erinnerung ist, so grimmig empören wie der schablonenhafte Leichtsinn, mit dem oft einige, auf allgemeine Phrasen reduzierte, von jeder wirklichen Versenkung ins Konkrete unberührte Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung ausgespielt wurden. Wie schalt er damals auf die jungen Literaten, die sich derlei zu schulden kommen ließen. Der Respekt vor der Empirie, den Sorokin mit so viel Nachdruck als charakteristisches Kennzei-

chen der neuern soziologischen Literatur hervorhebt, lag Marx und Engels ebenso im Blut, nur daß sie über diesem Stammgut nicht die höhere Aufgabe eines Ringens nach zusammenhängender denkender Erfassung des Mannigfaltigen vergaßen. Nur im Zusammenhang mit dem Weg, den sie gewiesen, läßt sich eine Erhebung der Soziologie aus der direktionslosen Zersplitterung ihres gegenwärtigen Zustands erwarten.

Kapitalismus Das Schicksal des deutschen Kapitalismus nennt sich ein Schriftchen von *Moritz Julius Bonn*, der an der Berliner Handelshochschule als Professor wirkt. Es erschien jetzt in neuer, erweiterter Auflage, etwa 130 Seiten stark /Berlin, S. Fischer/, und wird hoffentlich den Weg in weite Kreise nehmen. Auch für die sozialistischen Leser bietet das Schriftchen mit seinem vorurteilslosen Sinn und den Schlaglichtern, die es auf die Niedergangerscheinungen des Kapitalismus, speziell des deutschen Kapitalismus, nach dem Weltkrieg wirft, eine Fülle des Anregenden. Ausgehend von einer eindrucksvollen Skizzierung der veränderten Situation auf dem Weltmarkt, der »Gegenkolonisation«, wie Bonn es nennt, die den weiteren wirtschaftlichen Expansionstendenzen der führenden europäischen Staaten enge Schranken setzt und in den erwachenden nationalen Tendenzen in China, Indien und anderswo vielfach einen kräftigen Stützpunkt findet, wendet sich die Darstellung mit zersetzender Schärfe den inneren Widersprüchen, speziell der deutschen kapitalistischen Finanzpolitik in der Nachkriegszeit zu, die den Kapitalismus unter dem Druck enger Klassen- und Cliquesinteressen notwendig immer mehr zu unterhöhlen strebt. »Das System des wirklich freien Wettbewerbs unter einigermaßen gleichen Bedingungen«, worauf sich die Wortführer des Kapitalismus als auf den ideologischen Rechtfertigungsgrund der neuen Wirtschaftsordnung ehemals berufen hätten, habe sich »in Europa nie ungehemmt einspielen können«. Was den Kapitalismus trotz seiner ungleichen Verteilung der Lebensbedürfnisse trotzdem lebensfähig gemacht habe, sei »seine Fähigkeit durch Verbilligung des Produktionsprozesses immer größere Gütermengen zu schaffen und immer breiteren Schichten, auch wenn ihr Einkommen gering blieb, durch Preisfall steigenden Anteil an den materiellen Gütern des Lebens zu geben. Der Kapitalismus kann nicht existieren, wenn er seine Aufgabe

nur darin sieht den Besitzern von Kapital eine Rente zu sichern... Die Nichtkapitalisten besitzen heute die politische Macht... Die Politik ist demokratisch geworden. Und demokratisch wird sie bleiben... Er [der Kapitalismus] muß, wenn er sich behaupten will, nicht nur seine autoritären Formen abstreifen, wie er das in Amerika den eigentlich amerikanischen Arbeitern gegenüber schon lange getan hat... Er muß vor allen Dingen auch in seinen Leistungen demokratisch werden. Das heißt, er muß den Vorteil, den er dank seiner ökonomisch-technischen Beweglichkeit besitzt, so ausnutzen, daß der Nutzen des Kapitalisten des Nutzens der Allgemeinheit wegen vertragen wird... Der autoritär gerichtete deutsche Kapitalismus, insbesondere die schwere Industrie, hat nie mitverdienen lassen wollen.« Das kapitalistische System könne sich »durch hohe Löhne, verhältnismäßig niedrige Preise der Lebensnotwendigkeiten und dauernde Beschäftigung rechtfertigen wie in den Vereinigten Staaten«. Wolle oder könne der Kapitalismus das nicht, so müsse er »sich durch Übernahme sozialer Lasten einschließlich ausreichender Arbeitslosenfürsorge versichern«. »Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre "Rote Armee"... Wenn der Kapitalismus auf die Dauer nichts verdient und den Übergang zu Verdienstmöglichkeiten über Preisherabsetzungen und rücksichtslose Abschreibungen fürchtet, dann ist er nicht zu halten. Der Versuch diesen Verlust durch Schutzzölle oder Subventionen der Allgemeinheit aufzubürden ist auf die Dauer undurchführbar.« Der deutsche Kapitalismus habe diese einfache Erwägung nie angestellt, er trage, besonders in der Schwerindustrie, deren Produktion vor allem auf Heeres-, Flottenaufträgen und Eisenbahnlieferungen beruhe, bürokratische Züge. Die Revolution nach dem verlorenen Krieg habe die Macht dieser führenden Schichten nicht erschüttert, ja in mancher Beziehung noch verstärkt. Bonn schildert weiter die Tendenzen zur Ausbildung eines kapitalistischen Ständestaats, die sich in Deutschland nach verschiedenen Seiten geltend machen. Die mit gewaltigen Anlagelasten ausgestattete Großindustrie und Kartellorganisation haben Vorstellungen ausgebildet und ihnen vielfach in der parlamentarischen Gesetzgebung zum Durchbruch verholfen, als ob ein Unternehmen ein gewisser-

maßen moralisches Recht auf die Herauswirtschaftung seiner Selbstkosten besitze, als ob der Staat verpflichtet sei im Notfall hier einzuspringen. Diese Art von Kapitalismus sehe ein Recht gleichbleibender Rente als selbstverständlichen Grundsatz der Wirtschaftsverfassung an, während sie gleichzeitig das Recht auf einen Soziallohn in heller Entrüstung ablehne. Die technische Ausrüstung der Betriebe sei vielfach ohne jede vernünftige Berechnung der möglichen Rentabilität in die Höhe getrieben. Aber für den Schaden solle nicht der Verantwortliche, der gewinnen wollte und darum, wenn er falsch gerechnet hat, das Risiko mit Recht zu tragen hätte, sondern die Allgemeinheit, der Staat, mit seinen immer erneuten verteuernenden Schutzzöllen aufkommen. Und vielfach seien es gerade zurückgebliebene Unternehmungen, in deren Namen man an den Staat derartige unverschämte Forderungen stelle, deren Sinnlosigkeit ja doch vom Standpunkt des auf freiem Wettbewerb basierenden kapitalistischen Systems evident zutage liege. »Denn wenn es sich als möglich erweisen sollte durch zusammenhanglose, einander völlig widersprechende Maßnahmen in der Verwaltung des Kapitalmarktes und durch Manipulierung der Preise eine Wirtschaftskrise wie die gegenwärtige zu überwinden, wenn man durch staatliche Finanzierung und durch staatliche Zinsreglung Preisabbau betreiben und eine Anpassung der Produktion an den Konsum herbeiführen kann und gleichzeitig durch Schutzmaßnahmen zollpolitischer Art Preise erhöhen kann, ohne daß die Allgemeinheit leidet, dann wäre bewiesen, daß man die theoretischen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung weder zu erkennen noch zu befolgen braucht, um das Wirtschaftsleben Deutschlands nach Wunsch zu gestalten. Wenn ein derartiger Sozialismus von Fall zu Fall in den Händen von Leuten, die gar nicht wissen, daß sie Sozialismus treiben, Erfolg hat, dann wird man die echten Sozialisten kaum verhindern können die Plätze ihrer Wegbereiter einzunehmen. Wahrlich, das Schicksal des deutschen Kapitalismus liegt in schwachen Händen.«

Von *Eduard Heimann*, auf dessen Stellungnahme zu manchen Fragen des Sozialismus bei Besprechung seines Aufsatzes über das Sozialisierungsproblem in dieser Rundschau (1930 I Seite 276 und folgende) bereits eingegangen wurde, erschien ein Buch unter dem Titel *Soziale Theorie des Kapitalismus, Theorie der Sozialpolitik* /Tübingen, J. C. B.

Mohr/, das seinen Standpunkt im Zusammenhang entwickelt. Heimann sieht das Wesentliche der Arbeiterbewegung in dem, was er Sozialpolitik nennt, und was ihm vor allem als ein Kampf der Arbeit um wachsende »Freiheit und Verantwortung« erscheint, in eben diesem Kampf, der täglich neue Anforderungen stellt, bei dem die Arbeiterklasse ihre Kräfte entfalten könne. Nur in diesem Streben sei die Hoffnung auf einen Endsieg des Sozialismus, den eine bloße Eroberung der politischen Macht nie schaffen könne, zu erhoffen. Wenn auch die Worte Freiheit und Verantwortung, auf die Heimann so viel Gewicht legt, bei Marx keine Rolle spielen, so hat das Bewußtsein von der mächtigen Bedeutung des Auf- und Vorwärtstrebens der Arbeiterklasse vor allem bei Marx und im Marxismus niemals gefehlt. Man sieht nicht recht, worin der Gegensatz hier liegen soll. Und ebenso gegenstandslos erscheint der Vorwurf, daß Marx in seiner Zukunftsprognose »in einen materialistischen Glauben an bloße Institutionen zurückgefallen« sei. Marx lehrt, so liest man bei Heimann mit Verwunderung, daß die eigentlich organisatorisch produktive Aufgabe der Sozialisierung dem Kapitalismus zufällt und von ihm gelöst wird. Also Übergang der bereits fertig organisierten Wirtschaft in die Hände der Gemeinschaft. Revolution nur im Überbau. Soziale, nicht ökonomische Revolution. Das ist, sagt der Verfasser, der eigentliche Sozialisierungsakt bei Marx, da die ökonomische Revolution grundsätzlich dem Kapitalismus übertragen ist und von ihm vollzogen wird. Als ob die einfache Erwägung, daß eine sozialistische Produktion für den wirklichen Bedarf der Gesellschaft ohne prinzipielle Umstellung der nationalen Arbeitsteilung, die der Kapitalismus als Erbe hinterlassen, nicht möglich sei, dem Marxschen Geist hätte entgegen können.

Hodgskins Thomas Hodgskins gehört in die Reihe der alten englischen Utopisten, die, ohne die gelegentlichen Bemerkungen über sie, die sich in Marxschen Schriften finden, heute wohl lange einer völligen Vergessenheit anheimgefallen wären. Der Abstand zwischen seinen Grundauffassungen und der modernen, in den Grundzügen von Marx geprägten Denkweise tritt in dem Büchlein *Georg Hans Schützes* Die Lehre von der Verteilung in der Volkswirtschaft bei Thomas Hodgskins /Leipzig, F. W. Gloeckner & Co./ so stark hervor, daß eine historische

Würdigung des Mannes sehr erschwert ist. Interessant ist die außerordentlich starke Beeinflussung Hodgskins durch die naturrechtliche Lehre der bürgerlichen Aufklärungphilosophie und seine damit zusammenhängende Schwärmerei für die freie Konkurrenz. Die Einleitung Schützes gibt eine kurze Biographie des Autors, der im Jahr 1787 im Haus eines Proviantmeisters der englischen Flotte geboren wurde und bald nach seiner Beförderung zum Offizier die Stellung wegen Streitigkeiten aufgab. Seine Beschwerdeschrift, die der englischen Nation gewidmet ist, erregte in radikalen Kreisen Englands Aufsehen und vermittelte seine Bekanntschaft mit Jeremy Bentham, Francis Place, James Mill und William Godwin. Nach längerer Reise in Deutschland faßte er die dort erhaltenen ökonomisch-politischen Eindrücke in einer Studie zusammen, die schon seiner Skepsis gegenüber jeder Form von Regierungseinmischung charakteristischen Ausdruck gibt. Durch Vermittlung Places und Mills erhielt er, ökonomisch schwer bedrängt, eine Anstellung als Parlamentsberichterstatte beim Morning Chronicle und gründete, ein Zeichen seines rastlosen sozialen Reformeifers, kaum in London wieder angekommen, ein Arbeitermagazin, eine Zeitschrift, die der Verbreitung aufklärenden Bildungstoffs in Arbeiterkreisen dienen sollte. Auch ein Geldgeber fand sich, der bereit war ein weiteres Unternehmen zur Abhaltung von billigen Arbeitervorlesungen, eine Art von Arbeiterschule, zu finanzieren, in der Hodgskin als ehrenamtlicher Sekretär zu wirken vermochte. Dabei nahm er regen Anteil an dem politischen Kampf gegen die Arbeitervereinsverbote. Aus dieser Politik ging sein Buch Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals oder Beweis der Unproduktivität des Kapitals unter Bezugnahme auf die gegenwärtigen Arbeitervereinigungen hervor, eine Arbeit, die Marx im 1. Band seines Kapitals mit Auszeichnung erwähnt, und die bei ihrem Erscheinen von der herrschenden Partei scharf angegriffen wurde. Seine Schriften der nächsten Zeit handeln vor allem von der Konfrontierung des natürlichen und künstlichen Eigentumsrechts. Auslassungen, in denen er im Anschluß an John Lockes nur bürgerlich gemeinte Lehre, daß jedes Eigentum letztlich auf Arbeit beruhe, sich in revolutionärer Weise gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung wandte, die sich keineswegs um solche Grundsätze kümmere. In den

vierziger Jahren hatte er eine Zeitlang Berührung mit der chartistischen Bewegung, schloß sich dann aber mit um so größerem Eifer der Cobdenschen Freihandelsbewegung an. In der 1. Hälfte der fünfziger Jahre erschienen seine letzten Schriften, in denen er die heutige Gesellschaft anklagt, daß sie durch ihr Abweichen von einer natürlichen Ordnung die Verbrechen, über die sie Beschwerde führe, selbst hervorrufe. Die letzten Jahrzehnte seines langen Lebens verbrachte er ganz zurückgezogen, in der treuen Obhut seiner jüngsten Tochter.

Die »natürliche Verteilung des Reichtums«, die Hodgskin im Gegensatz zu den führenden Ökonomen, speziell Ricardo, vertritt, kommt über allgemeine ethisch-philosophische Doktrinen, wie etwa: daß die menschliche Arbeit allen Reichtum schaffe und darum den einzigen Rechtsgrund zum Genuß der Güter darstelle, im wesentlichen nicht hinaus. Von einer fruchtbareren Verfolgung des historischen Entwicklungsgangs, in dem die Ökonomie die ökonomischen Klassenkämpfe und den Sozialismus als Endziel einer proletarischen Bewegung zur Entfaltung bringt, ist bei Hodgskin nicht die Rede. Jenes angebliche Naturgesetz reduziert sich bei ihm auf den Satz, daß die Natur die Deckung alles menschlichen Güterbedarfs an die Vorbedingung menschlicher Arbeit geknüpft habe, und daß der Mensch den Anspruch auf seinen eigenen unverkürzten Arbeitsertrag zu erheben habe. Seine Polemik gegen das Kapital geht an dem Marxschen Kernpunkt, daß es den Mehrwert aus dem Arbeiter herauschlage, der bei rationellerer Organisation dem Wohl der arbeitenden Gesellschaftsglieder selbst dienstbar gemacht werden könne, achtlos vorbei und verläuft sich in seltsame Spekulationen über die Unterschiede von festem und umlaufendem Kapital, von dem nur das eine, nicht das andere, das sich hauptsächlich aus Geld zur Lohnzahlung zusammensetze, als Produktionsmittel fungieren könne, aber auch als Produktionsmittel selbst das Resultat lebendiger Arbeit bilde.

Zeitungskunde Am 17. Oktober wurde das Berliner Institut für Zeitungswissenschaft, das bis dahin provisorisch in der Preußischen Staatsbibliothek untergebracht war, in seine neuen endgültigen Räume im früheren Marstallgebäude überführt. Der preußische Kultusminister Adolf Grimme hielt die Einweihungsrede, in der er die Aufgaben der Zeitungspressen dahin zu-

sammenfaßte, daß sie die Versachlichung der Kämpfe um die Macht im Staat zu erreichen suchen müsse. Der Leiter des Instituts, Emil Dovifat, gedachte der beiden größten Streiter im Kampf für die Zeitungslehre als Wissenschaft, Karl Büchers und Adolf von Harnacks, der unter andern 77 Foliobände Weltkriegsmaterial gesammelt und diese wertvolle Sammlung dem Institut als Leihgabe überwiesen hat. Er schilderte sodann die Organisation des Instituts, in dem, wie er sagte, 3300 deutsche Zeitungen historisch verfolgt und beobachtet werden, und für fast sämtliche ausländischen Zeitungen eine Kartothek angelegt ist. Vom 22. bis zum 25. Oktober tagte in Berlin der 2. Kongreß der 1926 gegründeten *Fédération Internationale des Journalistes*, zu dem 60 Delegierte aus verschiedenen Ländern sich eingefunden hatten. Den Kommissionsbericht erstattete der Franzose George Bourdon, der dafür eintrat in Zukunft auch die Vereinigungen der ausländischen Presse in den verschiedenen Hauptstädten in den Verband aufzunehmen. Eine besondere Aussprache fand über die »sprechende Presse«, das heißt Mitteilungen durch Rundfunk, statt. Albert Thomas setzte sich als Leiter des Internationalen Arbeitsamts für die materielle und rechtliche Sicherung der Journalisten, der wichtigsten Mitarbeiter am Friedenswerk von Genf, ein. Endlich wurde beschlossen einen Ehrengerichtshof für journalistische Fragen zu konstituieren.

Gemeinverständliche
Schriften

Gunnar Westin Silverstolpe bringt in einem schmalen Bändchen von 200 Seiten,

das er *Nationalökonomie für alle* nennt (Leipzig, A. Deichert/), eine kurze einleitende Übersicht über eine Reihe der in der ökonomischen Literatur behandelten Hauptfragen, die, sowenig sie (zum Beispiel in der Ausführung über Kapital und Kapitalismus) zu begrifflich schärfster Formulierung vordringt, doch dem Zeitungsleser einen erwünschten Aufschluß geben mag.

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erscheint, von Helene Bauer geleitet, eine *Wirtschaft und Politik* genannte Reihe kleiner ökonomischer Aufklärungsschriften zur Propagierung in der Partei, deren Verbreitung auch in deutschen Genossenskreisen entschieden zu begrüßen wäre. Das Eröffnungsheft: Die kapitalistische Wirtschaft von Robert Alsegg, gibt auf 30 Seiten in vorzüglich lichtvoller Darstellung einen einleitenden Ausblick auf Art und Aufbau der kapitalistischen Or-

ganisation und den Zusammenhang ihrer Funktionäre. Ganz unabhängig von der schwierigen Marxschen Terminologie skizziert der Verfasser auf je 2 bis 3 Seiten die Haupttypen: den Fabrikanten, Kaufmann, Grundbesitzer, Geldbesitzer, das Proletariat und die Zwischenschichten; das 2. Kapitel, 6 Seiten stark, analysiert in kluger Gedrängtheit Ware, Geld und Kapital, während das 3. den Kreislauf des Kapitals bespricht, insbesondere Konkurrenz, Kredit, Bank und Börse, Krisen, Akkumulation und Konzentration. In ähnlicher Weise skizziert, in einem andern Heftchen, Hans Adler das Werden der Weltwirtschaft, mit aktueller Hervorkehrung der Störungen, die der Weltkrieg im Gefolge hatte; den Abschluß bildet ein Ausblick auf die Aufgaben, die die Weltwirtschaft dem Sozialismus stellt. In einem Heft, betitelt Weltwirtschaft und Staatenpolitik, rückt Albert Lauterbach das historische Verhältnis von Kapitalismus, Demokratie und Nationalstaaten in den Vordergrund, um dann den Zusammenhängen zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik nach dem Weltkrieg näher nachzugehen.

Kurze Chronik Am 24. Oktober konnte die *Deutsche Hochschule für Politik* auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken. Sie feierte es durch eine akademische Feier im Plenarsaal des Reichstags, in der der Leipziger Staatsrechtler Richard Schmidt den Festvortrag hielt, und zwar über das Thema Das Führerproblem in der modernen Demokratie. Der Staatssekretär Erich Zweigert vom Reichsinnenministerium betonte in einer Ansprache, daß es die Aufgabe der politischen Erziehungsarbeit der Hochschule sei Verständnis für den neuen Staat zu wecken. < Kapital und Kapitalismus war das Grundthema eines *Lehrgangs für höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte* in Pymont, den die Deutsche Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung vom 24. August bis zum 13. September veranstaltet hatte. < Die Universität Frankfurt berief als Professor für Pädagogik den bisherigen Direktor des Sozialpolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik Carl Mennicke. Mennicke hat eine Reihe von Arbeiten pädagogischen, soziologischen und philosophischen Inhalts veröffentlicht. Er gibt die Blätter für religiösen Sozialismus heraus und ist den Lesern der Sozialistischen Monatshefte, in denen er 1920 und 1921 die Rundschau Geistige Bewegung bearbeitete, als Mitarbeiter bekannt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Erzähler Überseeische Exotik; wie soll der Dichter ihrer Herr werden? Als der genießende, überschwengliche, von jeder Tropik überraschte Maler, der den Leser in das Gestrüpp der Eindrücke ganz und gar hineinwickelt, bis in dem empfänglichsten ein Rausch und eine Raserei entstehen. *René Maran*, ein Sohn Afrikas, ein Neger, der im Kral geboren wurde, und der nachher erst auf europäische Schulen und Hochschulen gelangte, will nur der realistische Schilderer seiner afrikanischen Heimat sein. Über seinen Roman *Batuala* wurde hier schon vor Jahren berichtet. Neuerdings erschien diese »Geschichte eines Negers« als 1. Band einer schönen Ausgabe, deren 2. Band vom »Negerhund« *Dschuma* erzählt und *Die Seele Afrikas* heißt (übersetzt von Claire Goll /Basel, Rheinverlag/). Maran will genau die Erinnerungen auffrischen, die er aus der Jugend hatte. Er beschreibt die Zustände im französischen Mittelafrika. Es sind die Zustände des Paradiesischen. Doch dem Paradies sind auch die Höllen nahe und der Aberglaube, der Üppigkeit sind auch nahe die Seuche und die Trockenheit, wo dann die Menschen elend zugrunde gehen, weil sie nur auf die Natur angewiesen sind und noch wenig lernten sich gegen ihre Tücke zu schützen. Ganz benachbart unter einem Dach leben Tier und Mensch. *Batuala* ist nicht nur ein großer Häuptling, Dieb, Ackerbauer und Jäger, er ist auch ein tiefer Menschenkenner, der sofort einsieht, wo der Europäer schwach wird. Die Sittenschilderung des Negers *René Maran* ist darum ein sehr interessantes Dokument, und die Franzosen, die gern alles Neue, alles Wollen ermuntern, gaben dem Verfasser auch einen ihrer so repräsentativen Literaturpreise.

Der polnische See- und Abenteuerdichter *Joseph Conrad* wußte in englischer Sprache die zartesten Worte zu finden. Seine Geschichte *Freya* von den 7 Inseln /Berlin, S. Fischer/ ist eins seiner Bravourstücke. Diese kleine Geschichte von dem Untergang eines nordischen Mädchens ist eher eine Ballade als ein Roman. *Conrad* konzentrierte eben gern die Geschehnisse, die er sich aus seiner Seemannskarriere erträumt oder als Erfahrungsgut heimgebracht hatte, um die lyrische Romantik seiner Leser zu befriedigen. Er war ein Realist, der mit unerschöpflicher Phantasie nachhalf.

Bedeutende Gaben bringt der geheimnisvolle deutsche Erzähler *B. Traven*. Man weiß nicht, wer er ist. Daß er in Wirklichkeit nicht *Traven* heißt, wird vermutet. Man hält ihn für einen deutschen *Jack London*, der sich irgendwo verbirgt. Aus exotischen Landstrichen jenseits des Ozeans schickt er seine Büchermanuskripte nach Deutschland. Sein Roman *Das Totenschiff*, der jetzt aus der Büchergilde in den weiter um sich greifenden Berliner Verlag *Universitas* übernommen wird, ist ein mächtig wirkendes Buch, das nicht nur belletristische sondern auch sozialpolitische Bedeutung hat und darüber hinaus ganz meisterlich unterhält. Auf dem *Totenschiff* wird der Prolet geschunden, den die Borniertheit der Politiker in die Schicksals- und Staatenlosigkeit hincinschleudert. Solch ein Schlucker kann mit bürgerlichen Papieren nicht aufwarten, weder mit Paß noch Arbeitsbuch; da er zur See fahren will, akzeptiert ihn kein ordentliches Schiff. Heuer muß er auf dem *Totenschiff* nehmen, auf der Leichenfähre des Ozeans, die trotz allen Seeaufsichtsbehörden heute noch Ankerlichter darf. Das *Totenschiff* trägt Lasten und diese Proleten. Dem Reeder ist gedient, wenn das Schiff vom Meer verschluckt wird. Dann bleiben im Hafenanamt noch die Schiffspapiere, die gegen eine gute Versicherungssumme eingelöst werden. *Traven* kennt das Detail des Berufs, von dem er erzählt, die Maschinen und den Kohlenbunker, die Stürme, die Riffe, den Skorbit und alles andere, was zum Arbeitstag dieses *Totenschiffs* gehört. Man wird sich mit diesem merkwürdigen *B. Traven* noch besonders zu beschäftigen haben.

Immer noch unversiegt ist *Selma Lagerlöf*. Ihr Erzählungsband *Die Silbergrube* /München, Albert Langen/ vereinigt eine Menge kurzer Geschichten, die den Leser entzücken. Sie ist die unverwüstliche Epikerin, die mit Philanthropie und einer Gabe, die der Natur gleicht, belletristische Epigramme und große Romane zu formen vermag. Sie will nicht gestalten, sie gestaltet eben, und man findet in ihrem *Werker* erst recht den Abstand heraus, der sie von allem artistisch Verbogenen, von allem literarisch Ergübelten trennt.

Gegenwarts-epik Liest man das ungewöhnlich schöne und innige Buch *Karl Heinrich Wagners Brot* /Leipzig, Inselverlag/, so erinnert man sich an *Hamsuns Mutter Erde*. Es geschieht in beiden Romanen

fast das gleiche. Ein starker Mensch zieht in die Einöde, und es gelingt ihm dem geizigen Boden alles Fruchtbare und Nahrhafte abzurufen. Es gelingt ihm sich Haus, Hof, Frau und Nachkommen zu schaffen. Die Enttäuschung fehlt nicht. Dürre und schlechte Jahre, auch schlechte Menschen stören das Reifen des Brots. Manchmal leiden sowohl die Kinder wie die Saat des Einödsbauern unter der Mißwirtschaft des Schicksals. Doch am Schluß siegen die Entschiedenheit, die Energie, die Gradheit, der Fleiß. Nichts in dem Buch ist gebrochen und traditionell.

Barbara oder Die Frömmigkeit nannte *Franz Werfel* seinen neuen Roman /Wien, Paul Zsolnay/. Grundstoff des fast 800 Seiten starken Buchs ist die Geschichte von dem schlichten Magdherzen, die *Gustave Flaubert* im *Coeur simple* berichtet. Die Hausmagd schufte für die wohlhabende Familie bis ans Ende ihrer Tage. Dann ist für ihr Herz nichts anderes übrig geblieben als ein vollkommenes Verschmelzen mit dem Unglück der Noblesse, der sie diente. So gefesselt wurde sie in sich, daß sie bereit ist alle Übel der herunterkommenden Herrschaft auf sich zu nehmen. Barbara, die religiöse einfache Marienbeterin, opfert sich für den etwas leichtfertigen Sohn ihrer durch Leichtfertigkeit und außerdem noch durch den Untergang der österreichischen Monarchie ruinierten Herrschaft. Es hält sich die bürgerliche Herrschaft des westlichen Kulturkreises, damit sie selbst nicht Hiobspagen zu erdulden hat, für diese Qual einen Stellvertreter.

Wie aber, wenn Hiob nun wieder aufsteht, wenn er nicht abwälzen kann, was ihm allein die Vorsehung auferlegt? Den Roman, nein, die wirklich moderne biblische Legende dieses Unglücksträgers erzählt *Joseph Roth* in seinem »Roman eines einfachen Mannes« *Hiob* /Berlin, Gustav Kiepenheuer/. Aus Innigkeit, Klugheit, sozialem und politischem Begreifen schöpft er. Er will keinen Spott in seine Betrachtung träufeln. Erzählen will er nur, wie ein sehr irdisch gestimmter Priester die Menschen Dinge sieht. Die Plackerei eines ostjüdischen Kleinkinderlehrers. In Lust zeugt er 2 Söhne, kräftige Jungen, ein schönes wildes Mädchen, und als letzten den Krüppel, der nicht einmal zwischen dem Kot der Straße und dem Brot unterscheiden kann. Und während nun die gesunden und schönen Kinder und auch die unermüdliche und geduldige Frau des armen Juden dahingerafft werden,

hineingerissen in Verschollenheit und Weltkrieg oder in den frühen Tod oder ins Irrenhaus, während der arme Jude zur Neuen Welt ausgewandert ist, um dort das Glück zu suchen, das er als Änderung seiner Hiobsexistenz erhofft, geschieht ein biblisches Wunder. Der Krüppel, der nicht die Gabe des Sprechens und kaum die Gabe des Stammens und Stöhnens besaß, ist aufgewacht, ist ein schöpferischer Musiker geworden und kommt, um den Hiobsvater noch einmal zu erlösen. Gar nichts an diesem Buch ist verschönt oder durch stilistische Experimente verschandelt. Roth hat sich nun zu einem vollkommenen Erzähler, Organisator des Stofflichen und Beseeler des Menschlichen entwickelt. Er ist volkstümlich und künstlerisch zugleich, und er braucht nirgends erzwungene Gesten.

In Wehmut soll der Leser schon getaucht werden, sobald er die 1. Seite des Buchs aufschlägt; das wünscht *Max Barthel* für seinen Roman *Der Mensch am Kreuz* /Berlin, Der Bücherkreis/. Der Priester, der aus der Kutte springt, der die Armut rings auf sich nehmen möchte, der eingesperrte und das Gitter sprengende Gottesmann, das ist *Barthels* Hauptperson. Er erzählt schwermütig, nachdenklich, nicht so realistisch wie der vorzügliche Roth und der erfahrene Traven. *Barthels* ist literarische Intelligenz, während seine Vorbilder literarische Originalität sind.

Von gleichem Schlag ist auch *Heinz Liepmann*, gekrönt mit dem Harperpreis. Man gönne dem jungen Schriftsteller die Belohnung und stelle fest, daß er in allem, was literarisch gelernt und bewältigt werden muß, sehr gut besteht. Die eine Hälfte seines Romans *Die Hilflosen* /Frankfurt, Rütten & Loening/, die im kaiserlichen Rußland unter abhängigen, gedrückten und mißhandelten Bauern spielt, ist ganz nach russischem Belletristenbeispiel, übrigens bester Gattung, abgefaßt. Der 2. Teil spielt in Deutschland unter Kupplern, Spitzeln, Dirnen, in Berliner Lasterquartieren, in Hamburger Verbrecherhöhlen. Aber das ist seltsam: Der Schriftsteller sieht oder beschreibt viel besser, was er nicht gesehen hat: die russische Welt. Sobald er in seiner eigenen Heimat landet, fängt er zu stammeln an. Die Geschehnisse, die in Rußland logisch und sogar eindrucksvoll vor sich gingen, verwirren sich, sobald sie nach Deutschland hinübergeführt werden. Immerhin ist die Vehemenz zu spüren, mit der der Verfasser sich ans Werk setzte.

Sozialroman Schon der Titel soll die Pointe des ganzen Gedankenkreises verraten, den der Dichter schließen oder auflösen möchte: Hast du dich verlaufen? von *Georg Fink* /Berlin, Bruno Cassirer/. Der Dichter fragt ernst und ironisch zugleich. Der Mann, von dem Fink erzählt, ist ein eigentümliches, bis zum Wahnsinn absonderliches Menschenkind. Obwohl er brav und begütert ist, zieht es ihn zur leichtfertigen und begerlichsten Frau, und er geht an Sinnen- und Seelenverwirrung zugrunde. *Georg Fink*, der als sein erstes Buch eine mit Selbstverräterei vollgestopfte Erzählung *Mich hungert* /Berlin, Bruno Cassirer/ schrieb, ist bald ein greulicher Kolportageschriftsteller, der alle schon abgebrauchten Wortbilder über Großstadtleid und Großstadtlaster noch einmal mißbraucht. Er ist bald aber auch ein ganz selbständiger bis zur Genialität gesteigerter Schilderer. Proletarierquartiere, Berliner Unterwelt, Hamburger Zigeuner des Verbrechens und der Häfen, Tingeltangel, Volksmärkte; alles das ist sein Thema. Damit es bewältigt wird, ist die ungeheure Detailkenntnis nötig. Die Pariser haben für diese Themata ihren Francis Carco. *Georg Fink* schwelgt in Eindrücken und in dem Wunsch zur Produktion. Erwähnt sei, daß auch diese Seitengänger der Literatur von dem universalen Genie Balzacs abstammen. Der 2bändige Roman *Lion Feuchtwangers* Erfolg /Berlin, Gustav Kiepenheuer/ will nach dem Untertitel »3 Jahre Geschichte einer Provinz« beschreiben. Er gibt auf ungefähr 900 Seiten einen Bericht über die nationalsozialistische Degenerierung Bayerns. Fememord, Schwabinger Bohème, auch gerade und mutige Menschheit inmitten all des Wirrwarrs; das ist sein Thema. Chronikartig soll diese ganze Zeit aufgerollt werden. Hineingeleuchtet soll in die Stadt München werden, die solche Schwarmgeister für Vernunft und Wahnsinn beherbergt. Diese Münchener Zeit, die wir alle im Gedächtnis haben, war in ihrer Art auch von gespenstischer Größe. Aber Feuchtwanger geht ihr kaum auf den Grund. Er irrt in dem Glauben, daß seine impressionistische Methode die Wahrheitsmethode sei. Er ist in diesem Buch ein Ästhet. Und schließlich verfällt er in Breite und macht durch einen nicht ganz natürlichen Stil (der durch bajuvarische Derbheit so etwas wie bayrische Heimat gestalten soll) den Leser ungeduldig. Dieser Schriftsteller von großen Gaben ist hier nicht auf seinem richtigen Feld.

Almanache Die Verlagsalmanache, die jetzt alljährlich regelmäßig erscheinen, bieten die angenehmste Zerstreuung. Der Almanach des Züricher *Amaltheaverlags* 1931 enthält hauptsächlich Abschnitte der interessanten historischen Bücher, die der Wiener Herausgeber veröffentlicht. Österreichisches und Europäisches wird gebracht. Der Almanach des *Inselverlags* in Leipzig auf das Jahr 1931 enthält als Kostbarstes jene seltsamen Briefe Rainer Maria Rilkes, in denen er von seiner Arbeitsamkeit und Frömmigkeit an die Schwester meldet. Der Almanach des *Verlags S. Fischer* in Berlin druckt belletristische Stücke ab. Aber auch allhand Historisches und Dokumentarisches, Aufsätze von Willy Hellpach, Carlo Sforza und Hermann Hesse. Das wichtigste Stück ist die aus dem Nachlaß Hugo von Hofmannsthal abgedruckte Abhandlung über Poesie und Leben. Sehr vielseitig ist das Jahrbuch des *Verlags Paul Zsolnay* in Wien. Seine wichtigsten Autoren sind Schalom Asch, Romain Rolland, Max Brod, Franz Werfel, Henri Barbusse und andere. Unter den Selbstbiographien, die sonst auch in diesem Jahrbuch zu lesen sind, ragt die Lebensbeschreibung Schalom Asch' durch belehrende Einzelheiten und den schönen gelassenen Ton der Darstellung hervor.

Kurze Chronik Den literarischen Nobelpreis dieses Jahres erhielt *Sinclair Lewis*. Das Stockholmer Richterkollegium machte sein Kompliment vor der amerikanischen Literatur, in der es einige sehr robuste Sozialkritiker und Polemiker gibt. Unter diesen scharfsichtigen und scharfzüngigen Schriftstellern verdient Sinclair Lewis sicher am ersten den Preis. Er hat den amerikanischen *Babbit*, den ewigen Spießbürger und spekulierenden Egoisten, prächtig entlarvt, und dieses Werk der Enthüllung brachte ihm internationalen Ruhm. Wichtiger noch ist sein neuer Roman *Sam Dodsworth*, für die Antithese Amerika-Europa als Kulturproblem, dann auch als Zeichen einer Abkehr des neuen Amerikas von der landesüblichen Frauenvergottung. ◊ In Tokio wurde eine *Shakespearegesellschaft* gegründet. Sie will Shakespeareliteratur sammeln, Shakespearestudien fördern, auch Vorträge und Veröffentlichungen über Shakespeare veranstalten und Shakespearesche Stücke auf das japanische Theater bringen. ◊ Paris ehrt das Andenken *Marcel Prousts*, indem es eine große Straße nach ihm

benennt. ◊ Zur Erinnerung an *Blasco Ibanez* wurde in einer öffentlichen Anlage von Mentone ein Denkmal enthüllt. ◊ Die Berliner Vereinigung Porza nimmt sich der wenig beachteten Werke *Carl Hauptmanns* an, der am 4. Februar 1921 starb (siehe diese Rundschau, 1921 I Seite 159 und folgende). Mit Unterstützung der neugegründeten Carl-Hauptmann-Gesellschaft (die mit der Ehrung des toten Dichters zugleich die Förderung junger Talente verbinden will) soll demnächst Carl Hauptmanns Drama *Musik* in der Berliner Volksbühne aufgeführt werden. Zur Werbung weiterer Freunde für diese Sache wurde am Totensonntag im Berliner Haus der Presse eine Gedächtnisfeier veranstaltet, bei der Alexander Petschnikow und Heinz Tiessen die Totentanzmelodie aus den *Armseligen Besenbindern* spielten, Elsbeth Bruck die prophetische Vision *Carl Hauptmanns*, das *Tedeum* *Krieg*, las.

Literatur René Fülöp-Miller und Friedrich Eckstein konnten das Tagebuch *Raskolnikows* und andere Fragmente *Dostojewskijs* zusammentragen (München, R. Piper & Co.). Man nimmt allgemein an, daß *Dostojewskij* mit rasender Einbildungskraft seine großen Werke auf das Papier wütete und dann nicht mehr viel umgestaltete. Die jetzt vorgelegten Fragmente, die man durch die biographischen Aufzeichnungen der Töchter *Dostojewskijs* ergänzen mag, zeigen, daß auch dieses Genie der Fruchtbarkeit ringen mußte. Es gelang ihm nicht sofort die seiner Vision aufblitzenden Wesen durch die Sprache zu bewältigen. Ja, er mußte sich psychologische Skizzen anlegen. Er unterstützte sein Gedächtnis gelegentlich, um sich durch die Familie seiner tragischen Gestalten hindurchzuwinden, auch durch eine Art zeichnerischer Steuergographie, die ihm allein verständlich war, und die nachträglich sehr schwer zu deuten ist. Dieses technische Kämpfen, das sich bei *Balzac* selten, öfter schon bei *Dickens* und bei *Zola* und bei den Goncourts und bei *Gottfried Keller* feststellen läßt, ergibt einen äußerst wichtigen Einblick in die geistige Verfassung des epischen Genies. ◊ Die Leiche *Max Dauthendey*s wurde aus Java nach Deutschland zurückgeholt und in seiner Vaterstadt Würzburg endgültig beigesetzt. So erscheinen die Briefe, die er an seine Frau in langen Jahren der Einsamkeit und der Trennung schrieb, im richtigen Augenblick. Dieser Briefband, unter dem Titel *Mich ruft dein Bild* (München, Al-

bert Langen/), enthält viel Deprimierendes. *Dauthendey* kämpfte Zeit seines Lebens mit der primitiven Sorge ums Brot. Als er sich losreißen konnte und in Indien den mächtigen Antrieb für seine Dichtung empfing, überraschte ihn der Krieg. Er wurde von vielem Heimweh geplagt. Falsche Freunde versuchen nun diesen großartigen Lyriker parteiisch auszubuten und ihn in ein reaktionäres Lager hinüberzureißen. Es wäre besser, wenn man sich in das schönere Geheimnis seines Genies vertiefte. ◊ *Jakob Wassermann* widmete ein Buch der Andacht und Erinnerung dem toten *Hugo von Hofmannsthal*. *Hofmannsthal* der Freund wird geschildert (Berlin, S. Fischer/). Das Mosaik dieses schönen, innigen, etwas schwer zugänglichen, nur mit dem Ernstesten und Höchsten beschäftigten Lebens wird sorgfältig zusammengetragen. Und *Wassermann* erzählt mit der ihm eigenen Menschenkenntnis und Lyrik.

Musik / Max Bulting

Französische Klaviermusik Es ist nicht ganz leicht vom deutschen Beobachtungsposten aus der französischen Musik gerecht zu werden; man muß vielleicht auf dem Umweg über Malerei und Literatur, in denen sich der Geist Frankreichs am reinsten spiegelt, allerhand rekapitulieren, um eine Basis zur Beurteilung der letzten Entwicklung französischer Musik zu finden. Das Schlagwort *Klassizismus*, das man für sie prägte, trifft nicht ganz den Kern der Sache. Es geht darum abseits der Tagesproblematik eine Form der Musikäußerung zu finden, die einer auf Formvollendung begründeten geistigen Haltung entspricht. Man fand sie in bereits bewährten Meisterwerken. Interessant ist dabei nur: Der Musiker, der diese Idee heute prominent vertritt, ist kein Franzose sondern der Russe *Igor Strawinskij* (Klavierkonzert, *Oedipus rex*). Also ist die klassizistische Welle, die sich augenblicklich in der französischen Musik zeigt, doch wohl nicht eine urfranzösische Angelegenheit. Und besonders merkwürdig ist, daß der alle anderen neuen Musiker Frankreichs überragende *Milhaud* diese klassizistische Welle negiert.

Instrumental: Das Spielerische in jeder Beziehung beherrscht das Schaffen. Weder pianistische noch klangliche Probleme werden aufgerollt. Man schreibt eine Musik für, nicht, wie fast alle deutschen Musiker, gegen das Klavier. Das ist ohne Zweifel eine positiv zu wertende Tatsache, die dieser Musik bei der Verbrei-

tung sehr zustatten kommen wird, mag sie auch die Gefahr einer nur äußerlichen Glätte in sich tragen. Bei den letzten Veröffentlichungen französischer Klaviermusik fehlt Darius Milhaud; er schrieb den Christoph Columbus, der hier als ein »ganz großer Wurf« gewürdigt wurde (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 624 und folgende), und arbeitet bereits wieder an einer neuen Oper. Dadurch entfällt der wichtige Vergleichspunkt: Was für eine Klaviermusik würde er heute schreiben, wo seine Kollegen nur noch die klassizistische Manier zu kennen scheinen?

Da ist *Francis Poulenc*. Er veröffentlicht 2 Novelletten, ein Concert champêtre, ein Concert chorégraphique (für Klavier und 18 Instrumente), Aubade. Wie alles, was er schreibt, außerordentlich klug und geschickt: die Novelletten ein "Zurück zu Schumann"; das Concert champêtre erinnert an Couperin; Aubade, Musik zu einer mythologischen Balletthandlung (kennzeichnend die Regieanweisung, die Inszenierung sei »in jenem griechischen Geist zu halten, wie er in den Gemälden der Schule von Fontainebleau zu finden ist«), liebt den pastosen Stil Rameaus. Alle diese Dinge sind zu artistisch, andererseits steckt so viel echte Grazie, so viel Charme darin, daß es einem nicht einfallen kann mit dem schweren Geschütz danach zu schießen. Das sind schon ganz reizende Werkchen.

Unmöglich dagegen ist die 2. Sonatine *Jean Wieners*, eine ganz undiskutable, völlig unschöpferische Angelegenheit, fatale Salonmusik. Wiener, emporgehoben durch einen billigen Snobismus, der sich an der nicht unwitzigen Jazzfrechheit in seiner Sonatine syncopee und seinem Concert Franco-Americain ergötzte, zeigt sich hier als eines jener Talente, die einer frischen impulsiven Erstlingsgeste der Verneinung später keine entsprechende positive Arbeit folgen lassen. Nur darum scheint der Fall bemerkenswert, weil wir ihn in der Entwicklung der neuen Musik bedenklich häufig erlebten.

Der musikalische Impressionismus, in dessen Zeichen Claude Debussy dem Klavier Meisterwerke schenkte, die kompositorisch und pianistisch zum Schönsten gehören, was die Klavierliteratur besitzt, scheint heute begraben. Der letzte Erbe dieses musikalischen Vermächtnisses, *Maurice Ravel*, schreibt eine Pavane, in der Haltung klassizistisch.

Tonfilmmusik Der Tonfilm ist noch nicht sehr alt, und man könnte auf dem Standpunkt stehen eine junge, sich eben entwickelnde Kunst-

form nicht durch vorzeitige Kritik um einen nötigen Kredit bringen zu wollen. Dieser Standpunkt wird bestimmt auch da immer richtig sein, wo das ernsthafte künstlerische Bemühen außer Frage steht. Der Tonfilm als neue Kunstform ist hier, als die Filmindustrie sich seiner zu bemächtigen begann, kritisch analysiert (siehe die Rundschau Bewegungskunst, 1928 II Seite 825, und diese Rundschau, 1929 I Seite 262) und dann fortlaufend in seinen einzelnen Erzeugnissen besprochen worden. Es genügt daher resumierend festzustellen: Der Tonfilm, als neue Kunstmöglichkeit eine ernstzunehmende Angelegenheit, ist in der Form, die die Filmgesellschaften augenblicklich bieten, gar nicht scharf genug abzulehnen. Welche Potenzen im Tonfilm stecken, haben die wenigen wirklich in künstlerisches Neuland vorstoßenden Werke gezeigt, voran der hier bereits in den Rundschau Vortragskunst und Bewegungskunst (in diesem Band Seite 950 und 1049) gewürdigte französische Film *Sous les toits de Paris*. Immerhin, der Musiker hatte vom Tonfilm mit seinen großen technischen Möglichkeiten ganz andere Leistungen auf musikalischem Gebiet erwartet, als was bis jetzt da gezeigt wurde. Die musikalische Behandlung hat eigentlich nur in einer einzigen Gruppe von Tonfilmen Ansätze zu einer Musikform gezeigt, die absolut tonfilmeigen, das heißt auf keinem andern musikalischen Gebiet darstellbar ist: in den Micky-Maus-Filmen. Da ist in der Durchdringung von filmischer Bewegung und musikalischem Ablauf, in der nur der mechanischen Reproduktion möglichen, übersteigerten Groteske, eine Kunstform gelungen, die man sich, jenseits aller Tricks und Verzerrungen, in unendlichen Varianten vorstellen kann. Eine Fülle von Bewegungsmöglichkeiten täte sich auf, wenn sie ausgenutzt würden. Statt dessen werden zu Dutzenden immer wieder ödeste Operettenfilme gedreht, und die Musik wird zur banalsten Rolle: bloßer Stimmungsmalerei oder des Schlagergeschäfts, herabgewürdigt. Vielleicht ist ein Tonfilm im Sinn von *musikalischem* Film überhaupt eine Utopie: Der überscharfe Realismus des Films verträgt am Ende gar nicht die Behandlung durch eine Kunst, die wie die Musik im Irrealen wurzelt. Vielleicht läuft die Parallele zum Tonfilm gar nicht durch die Oper sondern durch das Schauspiel, und die Musik wird hier wie da immer nur eine Rolle 2. Grads spielen müssen? Das würde sich herausstellen, wenn man einmal einem Mu-

siker von Rang, der sich ernsthaft für den Tonfilm interessiert, Gelegenheit gäbe einen Tonfilm zu schreiben, und zwar ohne Rücksicht aufs Filmgeschäft. Aber dazu wird es wohl so bald nicht kommen, und so wird, was im Interesse der ersten Musik nur zu begrüßen wäre, hoffentlich auf den übertriebenen Tonfilmrausch eine Zeit der Besinnung kommen, in der die Hörer wieder an die Quellen wirklicher Kunst zurückfinden werden. Auf jeden Kulturtiefstand folgt ein Aufschwung. Tiefer als augenblicklich mit der Weimarer Bilderstürmerei und dem Durchschnittsniveau der Tonfilmindustrie und der Amüsiertheater kann eine Kunstkultur eigentlich nicht herabsinken. Also kommt wohl bald die Zeit, wo es wieder nach oben geht.

Dresden Paul Aron hat für seine Abende Neue Musik in Dresden wieder ein außerordentlich interessantes Programm zusammengestellt: Darius Milhauds Oper *Der arme Matrose*, Paul Hindemiths Oper *Sancta Susanna*, Igor Strawinskij's Ballett *Les noces*, Bela Bartoks Klavierkonzert, Arnold Schönbergs Begleitmusik zu einer Lichtspielszene und Pierrot Lunaire, eine Symphonie Nikolaj Lopatnikows und die Uraufführung eines neuen abendfüllenden Oratoriums von Hermann Reutter, betitelt *Lobgesang*; dazu noch Chöre, Kammermusikwerke und anderes von Krenek, Strawinskij, Schönberg, Hindemith. Die nun bereits 10jährige Arbeit Paul Arons, der jedes Jahr 5 Abende mit nur neuer Musik in Dresden veranstaltet, ist um so höher zu bewerten, als man weiß, daß er der einzige ist, der sich in dieser Weise für das neue musikalische Schaffen einsetzt, und mit welchen Schwierigkeiten er dabei zu kämpfen hat. Die Dresdener Staatsoper hat längst ihren Ehrgeiz eine Stätte der bewußten Aktivität zu sein (man erinnert sich, daß es Ernst Schuch in Dresden war, der 1905 gegen die größten Widerstände die sensationelle Uraufführung der *Salome* Richard Strauß' durchsetzte) aufgegeben und beschränkt sich auf Aufführungen der Klassiker und der akademischen Brahmsnachsfolge. So werden schon seit Jahren Hindemith, Schönberg, Bartok, Weill, Berg, Krenek im Spielplan und in den Symphoniekonzerten der Sächsischen Staatsoper bewußt ignoriert; an eine Einstudierung etwa eines der dramatischen Werke dieser Autoren wird überhaupt nicht gedacht. Nicht einmal ein Werk Strawinskij's steht auf dem Spiel-

plan. Bezeichnend ist, daß Paul Aron die Aufführung von Hindemiths *Sancta Susanna* auf Drohungen rechtsradikaler und klerikaler Kreise absetzen mußte, daß er dieses Jahr anonyme (die persönliche Feigheit ist ja das Kennzeichen jener Gattung) Drohbriefe erhielt: man werde seine Abende stören, wenn er es wagte Tschechen aufzuführen. (Wahrscheinlich ist Krenek den Leuten, trotz seiner Wandlung zum "Unpolitischen", immer noch zu gefährlich.) Diese Dinge reihen sich würdig den Frankfurter Skandalen um Weills Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny, wo die Nationalsozialisten in Stärke von 150 Mann das Opernhaus zu stürmen versuchten, dem Frickschen Verbot des Piscatorstudios und dem Protest der Klerikalen gegen den Film *Frauennot-Frauen Glück* an.

Totenliste An einem Blinddarmlleiden starb in Berlin am 14. November der Filmmusikkomponist *Edmund Meisel*, im Alter von 35 Jahren. Seine beste Arbeit war die Musik zu dem (stummen) Potemkinfilm (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1926 Seite 581). Bei allen Gaben, speziell für die Möglichkeiten einer filmischen Begleitmusik, hat er es doch nicht verstanden die musikalische Bewegung gegenüber der filmischen entscheidend schöpferisch durchzusetzen; immerhin wird er in diesem Bestreben von der Filmindustrie nicht nur nicht unterstützt sondern wahrscheinlich sogar gehindert worden sein, da man dort bekanntermaßen sehr große Angst vor Experimenten hat, durch die man plötzlich gezwungen werden könnte an Stelle der leicht zu produzierenden Dutzendware Kunstwerke zu schaffen.

Kurze Chronik Die Musical Fund Society of Philadelphia hat einen Preis von 1000 Dollars für eine Komposition für Solo, Streichquartett und Orchester (warum diese Zusammenstellung?) ausgesetzt; Endtermin für die Einsendung ist der 31. Dezember 1931. <> Ein internationales Preisgericht veranstaltete unter dem Motto *Lied der Nationen* einen Wettbewerb um das beste Lied. Er wurde am 8. Dezember in Nizza ausgetragen. Es beteiligten sich an ihm 15 Nationen. Der 1. Preis fiel dem Ungarn Adolf Ernst zu. Ernst hatte seinerzeit wegen Spionageverdachts im Gefängnis zu Bordeaux gesessen und dort das Lied komponiert, das nun preisgekrönt wurde; eine Ironie der Dinge, die manchmal die mensch-

liche Begrenztheit durchbrechen. ◊ Das neueste Werk *Wladimir Vogels* sind 2 Etuden für Orchester. ◊ Die Oper *Hugo Herrmanns* *Vasantasena*, ein Auftrag der Intendanz des Staatstheaters Wiesbaden (ein in der neuern Operngeschichte bis jetzt einzig dastehender Fall, der hoffentlich bald Nachahmung findet), erlebt ihre Uraufführung an der Staatsoper Wiesbaden unter der musikalischen Leitung des Intendanten Paul Bekker. ◊ Nach Georg Büchners *Revolutionsdrama* arbeitet *Nikolaj Lopatnikow* an einer Oper *Danton*. ◊ Die *Staatliche Hochschule für Musik* in Berlin berief Heinz Tiessen in die Kompositionsklasse, als Nachfolger Robert Kahns, ferner Ernst Grenzbech an die Gesangsabteilung, Paul Höffer an die Kompositionsabteilung und Bruno Eisner an die Klavierabteilung.

Literatur In dem von Hermann Kretzschmer begonnenen Führer durch den Konzertsaal /Leipzig, Breitkopf & Härtel/ bearbeitete *Hans Mersmann* die Kammermusik. Es sei darauf aus mehreren Gründen hingewiesen. Die 4 Bände (der 1. ist noch nicht erschienen) sind als eine Geschichte der Kammermusik zu werten, freilich eine Geschichte ohne Geschichtchen, eine Zeitung ohne Klatsch. Für den mit der Musik einigermaßen vertrauten Leser ist die Darstellung, die nur nach Komponisten einteilt und doch die sachliche Entwicklungslinie äußerst stark hervorhebt, sehr interessant, dabei übersichtlich und vollständig. In diesem Sinn ist besonders dem 4. Band großer Wert zuzuerkennen. Der 2. Band (Beethoven) mag als Beispiel dafür gelten, wie wenig trocken man Musikwerke analysieren kann. Diese Form über Musik zu sprechen ist für alle, die Einführungen brauchen, die rechte; denn es wird immer im Sinn des Musikalischen, immer aus der Sache und für sie gesprochen, nie in dem üblichen Symbolstil, der zu falschem Pathos und gänzlichem Mißverstehen von Musik führt. Ein weiterer praktischer Zweck der Bücher wird schließlich darin erreicht, daß man auf wenig beachtete Literatur aufmerksam gemacht wird und ein reichhaltiges Nachschlagebuch zur Verfügung hat. Die Vereinigung von Geschichte, Einführung und Nachschlagebuch ist so gut geglückt wie man es sonst kaum finden wird. Der Arbeit *Mersmanns* ist deshalb die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Vortragskunst / Felix Stössinger

Guilbert Auch in diesem Jahr ist Yvette Guilbert nach Berlin gekommen; vielleicht nur, um ihre Zuhörer zu überzeugen, daß sie sich doch an ihr niemals werden sattsehen oder -hören können. Eine Künstlerin wie sie ist wie die Natur selbst, die den Menschen niemals erschöpft sondern immer erneuert. Es ist deshalb unmöglich ihre Leistung in Worten endgültig zu umschreiben. Wenn in dem Aufsatz über Yvette Guilbert und den französischen Geist hier (1926 Seite 235 und folgende) versucht wurde die Formeln ihres spezifisch französischen Genies auszusprechen, so zeigte dieses Jahr ihr Wesen, wie wenig es durch eine Darstellung des Worts fixiert werden kann. Ganz davon abgesehen, daß diese Yvette in diesen 5 Jahren wieder so viel jünger geworden ist, scheint sich auch ihre Kunst, wie jeder schöpferische Akt, dauernd zu erneuern. Jetzt ist sie schon so weit die grausamste Wahrheit und die heiterste Unschuld zu verkörpern, und dabei vor allem Frau zu sein. Ihre stummen Dialoge zwischen den Strophen mit einem Partner aus der Chanson entwickeln eine Mimik, die dem Zuschauer nicht nur zeigt, was sie empfindet, sondern auch mitteilt, was der andere zu ihr sagt. Guilberts Gestaltenreichtum ist so groß, daß 3 Generationen nicht fertig wurden ihn sich einzuprägen. Nun haben wir es dank 2 Electrolaplatten leichter ihre berühmten Chansons mit dem letzten Schmelz des Pariser Dialekts festzuhalten. Sie offenbaren das neue Wunder, daß man nämlich Yvette Guilbert auch sieht, wenn man sie nur hört: Jeder Ton von ihr erinnert zugleich an die Gebärde, mit der sie ihn gesprochen hat, und die unverwechselbar zu ihm gehört.

Geiger und Pianisten Während die geistige Stagnation des Berliner Musiklebens nur ein Symptom dafür ist, daß sich keine produktive Gesellschaftsschicht mit dem neuen Schaffen innerlich verbunden fühlt, erinnert uns eine große Reihe von Instrumentalisten daran, daß klassische deutsche Musik heute von Angehörigen der verschiedensten Nationen in wahrer Vollendung vorgeführt wird.

4 große ausländische Geiger haben in diesen Wochen in Berlin gespielt und drängen zu einer Revision der Beurteilung ihrer Leistungen. Nach dem technischen Können allein sind die Leistungen Elmans, Menuhims, Thibauds und Huber-

mans nicht abzuwägen. Was einmal bei Paganini und Liszt ein technisches Wunder war, wird heute bei jedem Absolventen der Hochschule für Musik vorausgesetzt. Aber auch wenn das Bewältigen der technischen Schwierigkeiten selbstverständlich geworden ist, bringt doch erst die Art, wie der Künstler dieses Vermögen in den Dienst des Geistes stellt, sein eigentlich künstlerisches Wesen zum Ausdruck. Der Geiger *Mischu Elman* bezaubert durch einen sinnlich verschleierte Ton und durch die Anmut seiner Bogenführung. Aber wenn ein Künstler seines Rufs uns nicht mit Bach und Beethoven fesseln kann, wohl aber durch die gesellschaftliche Eleganz gewinnt, die er aus einem Konzert *Vieuxtemps'* reizvoll lebendig macht, dann muß er doch aus der Klasse der großen Geiger ausscheiden. Die Frage, ob *Jehudi Menuhim* immer zu ihr gehören wird, kann man trotz der bestrickenden Schönheit seines Spiels und seines angeborenen Tons nicht bedingungslos bejahen. In der Kunst der Wunderkinder verblaßt oft genug der Zauber des Geniehaften mit den Jahren. Als 12jähriger offenbarte Menuhim vor einem Jahr eine Begnadung, der man in Rührung lauschte. In diesem Jahr schien er nicht mehr diesen Reiz so vollständig auszuüben. In dem Knaben wächst ein Mann heran, der ein Stück kindlicher Reinheit bereits verdrängt hat, ohne sie durch eine Reife, die erst werden soll, ersetzen zu können. Von seinen Electrolaschallplatten bringen die mit den kleinen Stücken sein Wesen am schönsten zum Ausdruck. In seinem Ton ist ein inneres Glühen, aber doch auch eine Ahnung wirklicher Größe. Zwar enttäuscht sein Schallplattenhauptwerk: Bachs Solosonate C-Dur, zuerst dadurch, daß ihm für den 1. Satz das Gefühl von etwas unendlich Langsamem noch fehlt. Dafür wird die Fuge, das Hauptstück des Werks, prachtvoll gespielt. Obwohl alle Welt geneigt schien, schon weil es voriges Jahr so war, den Eindruck Menuhims für so groß auszugeben wie man ihn in der Erinnerung hatte, hat unter den Geigern dieses Jahres *Jacques Thibaud* unbestreitbar durch reine Kunst so stark gewirkt, daß aus 2 Auftreten deren 4 wurden, und ein neuer Begriff des französischen Geigenstils in Berlin zurückgeblieben ist. Thibaud gibt weit mehr als, wie man so sagt, den Stil eines jeden Werks. Er bildet die Form so klar heraus, daß er dem Hörer das Musikstück wie eine plastische Figur von allen Seiten zeigt. Ein *Andante* von Mozart wie von einer voll-

endeten Sängerin vorgetragen, die Chaconne von Bach auf ihren unerschöpflichen heroischen Gehalt zurückgeführt, und dazwischen noch einen *Saint-Saëns* mit solcher Eleganz gespielt, daß das Werk auch auf die Hörer wirkte, die eigentlich glauben für *Saint-Saëns* zu gut zu sein: das alles schuf einen Gesamteindruck von stiller aber klassischer Wirkung. Ein Satz aus dem E-Dur-Konzert Bachs auf *Electrola* sphärisch klar gespielt, dazu noch etwa Beethovens Romanze F-Dur, gestattet dem Hörer das Erlebnis dieser klassischen Abende für sich fortzusetzen. Bedenkt man, daß nicht nur Thibaud, sondern auch Pablo Casals und Alfred Cortot in Berlin in ihrem vollen Wert erkannt worden sind, dann wünscht man doppelt diese 3 Künstler, die heute zusammen die beste Kammermusikvereinigung der Welt bilden, endlich zusammen musizieren zu hören. An künstlerischer und geigerischer Kultur gibt es ein Plus Thibaud gegenüber überhaupt nicht. Wohl aber kann ein Künstler durch eine besondere Dämonie seines Wesens jenseits aller Klassifizierungen eine neue Kategorie der Musik vor uns enthüllen. Auf dem Gebiet der musikalischen Reproduktion vermag dies heute kein anderer als *Bronislaw Huberman*. Es ist eine Reihe, die von Paganini und Liszt über Busoni zu ihm führt. Das vollkommene Rätsel Hubermans ist sein Ton. An einem andern Geigenton kann man den vollendeten Ausdruck dessen rühmen, was für den Geigenton spezifisch ist. Bei Huberman geht gerade das Geigerische über alle Geigennorm hinaus. Sein Ton ist entmaterialisiert und kommt wie aus der Luft. In welcher tragisch heitern Sublimierung erstrahlte Beethovens Violinkonzert, mit dessen 1. Satz Beethoven vielleicht nur dieses eine Mal die formale Reinheit Mozarts und Bachs erreicht hat. Obwohl die Schallplatten gerade den Geigenton mit einer gewissen Verstählung bedrohen, bringen sie doch den Ton Hubermans ganz zum Klingen; so das Violinkonzert Tschai-kowskij's auf Parlophon, ein wahrer Traum von Schönheit, und die soeben auf Columbia herausgebrachte Kreuzersonate Beethovens. (Übrigens entspricht der musikalischen Universalität Hubermans seine geistige. In einem Sonderheft der Zeitschrift *Panuropa* schildert er seinen Weg zum kontinentaleuropäischen Gedanken durch das Erlebnis des Begreifens, daß die Überlegenheit Amerikas auf seiner kontinentalen Basis beruht. Die in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahrzehnten organisch ent-

wickelte kontinentaleuropäische Idee mußte schon ihrer Universalität wegen auch einer Persönlichkeit wie Huberman auf welchem Weg immer nahekommen. Auch Liszt und Busoni waren den vorauseilenden Ideen ihrer Zeit verbunden.) Die großen Pianisten der Gegenwart sind nicht so geschlossen wie die Geiger in Berlin aufgetreten. *Artur Schnabel*, den auch als Menschen das soziale Erlebnis ergriffen hat, spielte in einem Walterkonzert das Klavierkonzert Beethovens Es-Dur. Wie erblickt Schnabel in jeder Phrase dieses schönen Parts das Spiegelbild einer seelischen Regung, und wie zart gibt er es wieder. Dagegen ist *Wladimir Horowitz* der Virtuose eines neuen großen Stils, der monumentale Wirkungen anstrebt. Er hat 2 Hände, um 2 Wesen auszudrücken. Die linke holt mit gewaltigen Schlägen Töne einer Erzglocke aus dem Klavier, während die rechte in anderen Stücken ganz zarte silbrige Pastelle hinzaubert. Auf Zuruf gab er die durch seine Electrolaplatte berühmten Carmenvariationen mit Verve wieder. *Alexander Borowskij* hat in 2 Konzerten aus der Musik des 18. Jahrhunderts Stücke von erstaunlicher Modernität vorgeführt. Nicht wenn Borowskij sein Spiel an einen linearen Stil bindet, sondern wenn er sich ganz ungehemmt seiner Kraft überläßt, enthüllt er sich als der eminente Pianist, der keine Konzessionen an einen spielerischen Geschmack macht. Wie Borowskij brachte auch *Wilhelm Kempff* in seinem Bachabend zum Bewußtsein, daß ein starker Könnner, der Bach leidenschaftlich liebt, ihm am besten dient, wenn er sich nicht durch einen angeblich allein richtigen Vortrag binden läßt. Kempff spielte die Fugen nicht wie eine überlegene, jenseits der Dinge ruhende Macht sondern wie die Auseinandersetzung eines leidenschaftlichen Ichs mit einem unbekanntem Du. Auch in diesen Jahren, in denen die Musik des 17. und 18. Jahrhunderts so recht erst entdeckt wird, war es epochemachend, daß nach Stücken aus dem Wohltemperierten Klavier, denen sich große Pianisten oft genug zaghaft verschlossen haben, sich die Hörschaft, hingerissen von einer unbekanntem Schönheit, zu Ovationen erhob und mitten im Programm die Zugabe weiterer Werke Bachs erzwang.

Schallplatten Die Schallplatte verdrängt seit einigen Jahren auf dem Weihnachtsmarkt das Buch als Geschenkartikel. Man mag dies bedauern, aber man kann nicht bestreiten, daß die Sicherheit mit Platten dem Be-

schenken eine Freude zu machen größer ist. Deswegen sei auch hier eine kurze Übersicht über einige Platten gegeben, die, unabhängig von einer Würdigung in anderen Zusammenhängen, heute als wertvolle Neuheiten angezeigt seien. Unter den *Orchesterplatten* gebührt der neuen *Electrolaplatte* *Arturo Toscaninis* der Vorrang. Sie führt uns die Overtüre zu Rossinis *Barbier von Sevilla* vor. Wieder zeigt uns Toscanini, daß diese italienische Musik nicht nur, wie man bisher in Deutschland glaubte, Melodie hat sondern auch Stil. Den Freunden *Leopold Stokowskis* bringt *Electrola* auf 3 Platten *Bizets Arlésiennesuite*, die *Stokowskis Orchester*, dieses Wunder von Präzision, fast schon zu viel Präzision, in ihrer melodischen Fülle vorüberlanten läßt. In den Konzerten *Wilhelm Furtwänglers* hat kürzlich *Maurice Ravels Boléro* Sensation gemacht. Es ist ein einzigartiges Stück, in dem eine andalusisch-nordafrikanische Melodie ohne Wandlung durch alle Instrumente geführt wird, bis sich das Orchester mit einem Aufschrei sozusagen selbst von dieser Schwermut befreit, in die man versinken möchte. Eine *Grammophonaufnahme* dieses Werks, mit südlicher Klarheit vom *Pariser Lamoureuxorchester* gespielt, wird dazu beitragen dieses seltsame Stück auch in den deutschen Orchesterprogrammen heimisch zu machen. Nach *Bachs Choralvorspielen* hat *Schönberg Bachs Orgelpräludium und Fuge Es-Dur* für Orchester bearbeitet. Das in einem *Klempererkonzert* bereits gespielte Werk ist von *Erich Kleiber* auf 2 *Ultraphonplatten* übertragen worden, die technisch vorzüglich sind. Die Bearbeitung schafft eigentlich ein neues Werk und geht weit über Transpositionen, wie etwa die *Busonis* der *Chaconne* für Klavier, hinaus. Für *Ultraphon* brachte *Kleiber* ferner die Overtüre zu *Berlioz' Benvenuto Cellini* sehr romantisch, *Wilhelm Grosz* die *Kleine Nachtmusik Mozarts* mit beschwingter Klarheit heraus. 2 große Orchesterpublikationen seien zunächst registriert: Die *Pastorale* in einer wundervoll überlegenen Darstellung durch *Hans Pfitzner* auf *Grammophon* und die 5. *Symphonie Tschairowskij*s in einer, wie man hier schon sagen muß: endgültigen Aufführung unter *Willem Mengelberg* mit dem *Amsterdamer Konzertgebouworchester* auf *Odeon*; die 1. Platte dieser Aufnahme ist übrigens merkwürdig schwach, aber von ihrer Rückseite an bis zum Schluß des Werks auf 7 Platten ist eine Klangfülle festgehalten, die selbst auf kleinen Apparaten die Schönheit dieser Musik neu erschafft.

Unter den neuen *Gesangsplatten* gibt es eine ganz große Überraschung: 4 neue Stücke von Enrico Caruso. Sie sind erst jetzt auf 2 Electrolaplatten herausgekommen. Unheimlich wirkt es diese Stimme 9 Jahre nach dem Tod ihres Trägers mit Nachlaßwerken zu vernahmen. Auf der einen Platte ist eine in wundervollem Französisch gesungene Arie Lullys von erhabener Schönheit; auf der andern wirkt ein Addio Tostis wie ein Abschiedslied des großen Sängers an die Welt. Electrola bringt das Racheduett aus Verdis Othello mit Aureliano Pertile und Benvenuto Franci, auf der Rückseite die von Pertile schön gesungene Romanze aus Donizettis Liebestrank. Unter den deutschen *Gesangsplatten* ist das Duett Kezal-Haus aus Smetanas Verkaufter Braut mit Michael Bohnen und Joseph Schmidt auf Ultraphon hervorzuheben.

Die *Instrumentalplatten* bringen eine Fülle des Schönen: Pablo Casals spielt Beethovens Cellosolone A-Dur auf Electrola. Die selbe Produktion bietet die ganze Partita Bachs D-Moll, zu der die berühmte Chaconne gehört, in dem souveränen Vortrag Adolf Buschs, der freilich nicht so ergreifend ist wie der Jacques Thibauds, und als besondere Überraschung die Aufführung der 1928 in Eisenach in Bachs eigener Handschrift wiederaufgefundenen Sonate für Violine und Klavier mit einem langsamen Satz von mystischer Schönheit, den Adolf Busch und Rudolf Serkin ergreifend spielen. Alle Schallplattenproduktionen bringen außerdem wie selbstverständlich, denn dies ist ja das Hauptgeschäft, dessen Umfang die Produktion ernster Platten erst gestattet, eine Fülle von Unterhaltungsmusik, die von Banalem bis zu Mitreißendem reicht. Aus der Tanzproduktion das heranzuholen, was wirklichen Jazzrhythmus enthält, wird auch zu den Aufgaben dieser Rundschau gehören.

Kurze Chronik Vortragskunst in letzter Vollendung machte das Gastspiel der *Comédie Française* in Berlin vom 4. bis zum 22. Dezember zu einem Erlebnis, dem gegenüber die öffentliche Kritik Berlins nahezu vollständig versagt hat. ◊ Die Berliner Scala bringt fast jeden Monat auch auf dem Gebiet der Vortragskunst die Spitzenleistungen des internationalen Variétés. Im Oktober nahm *Grock* (siehe über ihn die Rundschau Bewegungskunst, 1929 II Seite 758), hoffentlich nicht für immer, von der Bühne Abschied. Die Grazie seines Dialogs konnte bisher nie-

mand erreichen. ◊ Nächst Ernst Hardt in Köln hat Eugen Kurt Fischer im *Leipziger Sender* die auch in dieser Rundschau erhobene Forderung: der Wirkung des dramatischen Worts zu vertrauen, in seinem dramatischen Spielplan verwirklicht. Er brachte von der klassischen Literatur Shakespeare, Schiller, Goethe, Kleist, Hölderlin, von neuen Dramatikern Unamuno und Schaeffer in wirkungsvoller Hörspielregie heraus. ◊ Der *Westdeutsche Rundfunk* führte Mozarts Requiem auf. Von diesem den Hörer entzückenden Singpiel sind bisher nur 4 Aufführungen nachzuweisen. Wäre es nicht an der Zeit, daß unsere Opernbühnen es "entdeckten"? ◊ Am 11. November, am Waffenstillstandstag, nahm der neue französische *Großsender Straßburg* seine Tätigkeit mit Mozarts Requiem auf, das mit einem erst französisch, dann deutsch gesprochenen Satz würdigen Gedenkens für die Opfer des Völkerkriegs eingeleitet wurde. Das Straßburger Tagesprogramm dauert 11 Stunden und enthält außer den französisch und deutsch übermittelten Ansagen auch deutsche Vorträge. Sein Programm bereichert auch den Berliner Empfang. Mit dem 4-Röhren-Netzempfänger Geadem ist Straßburg selbst in besonders ungünstiger Berliner Gegend schon nachmittags hörbar. Ein starkes musikalisches Erlebnis war die Aufführung des Oratoriums Ruth von César Franck, das, inbrünstig gesungen, das Genie des 23jährigen Komponisten enthüllte. ◊ Die Serenade der Salzburger Festspiele wurde am 7. August auf dem Hof der Erzbischöflichen Residenz auf 51 europäische Sender übertragen. Das ist die *umfassendste Sendung* in der Geschichte des Rundfunks. ◊ Der Rundfunk hat bereits eine große Zeitschriftenliteratur ins Leben gerufen, die vor allem der praktischen Aufgabe dient die *Rundfunkprogramme* zu verbreiten und zu erläutern. Besonders durchgesetzt haben sich in einer Auflage von 400 000 Exemplaren Die Sendung /Berlin/, die auf allen Gebieten gute Beiträge bringt, und Europafunk /München/ dank einer besonders praktischen, patentierten Anordnung des Gesamtprogramms, nämlich nicht nur nach Sendern, wie es alle haben, sondern in stundenmäßiger Zusammenfassung. In beiden Organen fehlt leider meist das Programm des Senders Algier, der von Berlin gut zu vernahmen ist. ◊ 16274 Antworten erhielt der Süddeutsche Rundfunk auf die Frage, ob bestimmte Darbietungen *Originalsendungen oder Schallplattenübertragungen* gewesen wären. Richtig waren nur 52 Ant-

worten. ◊ Das Prager Deutsche Theater hat auf seiner Bühne eine *Lautsprecheranlage* aufgestellt, um das Material der Stimme wirkungsvoller zu übertragen. Vermutlich wird der Lautsprecher der Stimme in der Tiefe nachhelfen, aber ihre Fehler in der Mittellage und Höhe um so deutlicher machen. ◊ Die Preise von Schallplatten und Wiedergabeapparaten werden niedriger; die für Electrola sind bereits stark herabgesetzt.

Literatur Von 1891 bis 1898 hat *Felix Weingartner* als Dirigent der Symphoniekonzerte des damals Königlichen Opernhauses eine Konzertform geschaffen, die die Erfüllung eines so vollkommenen Musizierens war, wie man es von so offiziellen Veranstaltungen erwarten muß, aber zugleich ein Werk, das allem gehörte, was damals in Berlin jung war. Weingartner lebt daher in der Erinnerung als eine Persönlichkeit weiter, die ihrem Wesen nach zur Jugend gehört, auch deswegen, weil er zu allem Autoritären im Gegensatz stand. Seine Laufbahn wurde oft von Konflikten bestimmt, die er temperamentvoll unbekümmert auf sich nahm. Schon aus diesem Grund lesen wir seine Lebenserinnerungen /Zürich, Orell Füßli/ mit besonderen Erwartungen. Und wir werden nicht enttäuscht. Weingartner erzählt sein Leben mit der Natürlichkeit, die ihn so sympathisch macht, und ohne jede Präntention wird offenbar, daß ihn Dinge, die gegen die Gerechtigkeit verstießen, ebenso berührten wie seine Kunst selbst. Als Student hatte er Beziehungen zu Persönlichkeiten, die noch Goethe, Beethoven und Schubert gekannt, ja geduzt hatten, als junger Mensch erlebte er den Kampf um Richard Wagner und die Generation der großen Sänger, wie Emil Scaria, Franz Betz, Hedwig Reicher-Kindermann, die Brünhilde und Carmen sang, Rosa Sucher, die unvergleichliche und unerreichte Isoldo (siehe über sie die Rundschau Bühnenkunst, 1927 I Seite 505 und folgende). Wie von selbst befand sich Weingartner ohne weiteres im Hause Wagners und im Hause Liszts. Mit tiefer Beschämung lesen wir, wie würdelos Wagners Familie eine Persönlichkeit vom Rang Hermann Levis, des ersten Dirigenten des Parsifal und des Übersetzers von Berlioz' Trojanern, behandelte. Was Weingartner in seiner großen Berliner Zeit geleistet hat, ist verklungen, aber seine Erinnerungen beständigen schon in ihrem 1. Band die Persönlichkeit, die so stark gewirkt hat, und lassen uns gern den 2. Band erwarten.

Bühnenkunst / Walther Petry

Japanisches Theater Auch ohne den Einwand, den der Direktor des Berliner Ostasiatischen Museums gegen die Truppe erhob, die im Theater des Westens in Berlin japanisches Theater spielte, wäre dieses Spiel als geschickte Nachahmung des japanischen Theaters erkennbar gewesen. Die Truppe erfüllte gerade mit dieser Nachahmung die Erwartungen eines bestimmten Zuschauerkreises aufs beste. Nachdem die Kritik aus der Befremdung und kritischen Unsicherheit heraus das exotische Spiel, um es ja nicht zu verkennen, als die Erfüllung jeder Theatermöglichkeit entschieden gelobt hatte, war dem Publikum, das sich aus der Not der Zeit gern in die Kirschblütengegend einer Kulisse entführen läßt, das Zeichen zur Begeisterung gegeben. Von der japanischen Spielleitung wurde zugegeben, daß Stücke wie Darstellung an den europäischen Geschmack angeglichen waren. Diese Versicherung bedeutete für den europäischen Geschmack kein Kompliment. Nach dem Vorbild der japanischen Exportartikelindustrie vollzog sich die Angleichung auf der verlässlichen Grundlage des schlechten Geschmacks. Auf dreierlei Weise war man dem mangelnden Verständnis des europäischen Zuschauers entgegengekommen: Die japanische Dekoration ersetzte man durch unkultivierte illuminierte Farbigkeiten, wie sie ähnlich nur der amerikanische Farbentfilm bietet. Das differenzierte Orchester wurde auf etwa 3 Mann beschränkt, die den musikalischen Spielfaktor (der im japanischen Theater als selbständiges Element in die Handlung eingefügt ist, an einigen Stellen das mimisch-gestische Spiel rhythmisch-lautlich weiterführt) nur notdürftig punktierten. Zuletzt redigierte man die Stücke. Übrig blieb also eine Truppe von Akrobaten und Schwertkämpfern, die nach angesagter Inhaltsangabe 3 Stücke und einige Tänze darstellten, die in wenigen Passagen das Urbild erkennen ließen, sonst aber durch ungenügende Sprechkunst, unexakte Gestik, durch Auflösung der traditionellen Form es verwischten. Was aber an einer japanischen Truppe einzig interessiert, ist die Darstellung der originalen, streng gewahrten Kunstform, dieser aus Musik, Tanz, Mimik, Kampf und Sprache notenschriftgenau ausgearbeiteten Spieleinheit, deren allgemeinemenschliche Inhalte auch in der exklusiv nationalen japanischen Form lesbar bleiben.

Das zunächst Befremdliche dieser Form geht auf eine wesentliche Verschiebung des Schwerpunkts zurück: In der Mitte des japanischen Theaters steht nicht das Stück, sondern der Schauspieler, nicht ein Ensemble, sondern der Hauptakteur. Er war stummer Mime. Daraus schreibt sich die starke Artikulation der Körpersprache her. Es gab für alle Leidenschaften das ganz fest umschriebene Zeichen: Haß, Liebe, Zorn, Eifersucht, Zerknirschung waren mimisch bis zum starren Lineament der Maske herausgearbeitet. Die einzelne Rolle hatte keine Entwicklung. Jeder Darsteller war typisch als Träger eines scharf begrenzten Charakters gefaßt. Für das lebendig wechselnde Gesicht trat die fest übermalte Rollenphysiognomie. Jede Bewegung ging bis in ihren äußersten Ausdruck und verhielt darin. Der Wechsel von Pose zu Pose geschah nicht fließend sondern ruckhaft. Diese Folge von symbolisch verständlichen Haltungen ruhte auf dem Charakter der Musik. Die japanische Tonsprache ist rhythmisch und akzentuiert. Mit diesen Elementen war das Spiel des Schauspielers gegeben. Es ähnelte nicht so sehr dem Tanz, wie wir ihn europäisch verstehen, als einem rhythmisch geordneten Wechsel von inhaltvollen Attitüden. Wirkungsvoll blieb diese starre Form durch den Inhalt ungebrochener Leidenschaft. Aus der Regungslosigkeit, die spannungsvoll in der Bewegungsschrift die Zäsuren setzt, reißt sie den Spieler jäh in die ausfälligste Haltung. Ihre Gewalt wird durch den streng einfallenden Stil, der die realistische Wildheit mäßigt, Kunstform. Die Kunst der Pantomime ist auch im spätern japanischen Theater der Kern. Texte wurden erst improvisiert, später festgelegt, immer rhythmisch deklamiert, an besonderen Stellen gesungen.

Als Hilfsmittel für die richtige Erkenntnis des japanischen Darstellungsstils bietet sich das reiche Holzschnittwerk an, das in unzähligen Blättern jede Spielphase festhält. Gesang, Deklamation und Musik sind von Grammophonplatten hörbar (die in der Lautabteilung der Berliner Staatsbibliothek der Studienbenutzung freistehen). Eine künstlerisch wertvolle Übertragung der japanischen Bühnensprache ins Filmische bot der Film Im Schatten des Joshiwara.

Berliner Volksbühne Man spielte als Jubiläumsaufführung, sich und dem Dichter zu Ehren, Gerhart Hauptmanns Drama *Die Weber*. Die Regie

führte Karl Heinz Martin. Seiner Inszenierung haftete der Fehler an das Stück, das eine zeitlich und örtlich fest umschriebene Situation wirkungsvoll mit dramaturgischen Mitteln der neunziger Jahre abhandelt, äußerlich technisch "modernisieren" zu wollen; der selbe Fehler, der auch seine Caesarszenierung verdorben hat. Martin geht von der Bühnenapparatur, deren geschickte Handhabung sichere Effekte verspricht, auf das Drama los, oft, wie beim Shakespeare, so energisch, daß vom Drama nichts mehr übrigbleibt. Wichtig ist ihm das theatralisch pompöse Bild; Massigkeit ist sein regieliches Zeichen. Die Teile des Dramas, die diesen Neigungen entsprechen: Volksszenen, Tumulte, Versammlungen, werden stark betont, die eigentlichen Interieurs aber werden zerrissen. Man sollte aber eine regieliche Belebung der Stücke, statt wie hier durch räumliche Ausweitung, durch räumliche Einengung, durch Konzentration der Spieler, durch Entfaltung der sprachlichen Energieen versuchen. Nachhaltiger als das gewaltmäÙig Dekorative wirkt das blank herausgearbeitete Geistige des Dramas.

Friedrich Wolfs *Matrosen von Cattaro*, ein Stück, das die österreichische Matrosenrevolte von 1917 schildert, ein Lehrstück von gutem Bau und stärkster Einschlagskraft, zeigte genauer als Hauptmanns Weber die heutige Situation der Volksbühne: Sie ist durch das Verhalten ihres zugleich radikalisierten wie undisziplinierten Publikums gefährdet. Das Publikum verlangt Zeitstücke, man führt ihm die *Matrosen von Cattaro* vor; es ist durch die revolutionäre Haltung des Stücks so begeistert, daß es das Spiel stört, eine Zustimmung, die praktisch der Ablehnung gleichkommt. Das Stück ist ausgezeichnet, ein Exempel. Es folgt der Geschichte. 40 Kriegsschiffe meutern, hissen die rote Fahne, man bildet einen Matrosenrat, der, statt notwendigste Entschlüsse zu fassen, ergebnislose Debatten führt, bis der Moment des Handelns vorbei ist, die Bucht von Cattaro von regierungstreuen Schiffen abgeriegelt ist, und man das Ultimatum der Küstenbatterien: Kapitulation, Wiederherstellung der Offiziersgewalt, anzunehmen gezwungen ist. Diese Handlung wird von Wolf in 2 Zügen, hinauf bis zur geglückten Rebellion, abwärts bis zur kampflosen Ergebung, klar in Szene gesetzt. Dem 1. Teil folgt das Publikum mit Jubel, dem 2. mit Unruhe. Aber die revolutionäre Lehre entspringt beiden Teilen. Der Führer des Auf-

stands wird begeistert gefeiert; bei besonders schlagenden Sätzen reißt der Jubel des Parterres ihm das Wort weg. Die Darsteller der Gegenpartei werden mit Schimpfen und Verwünschungen zugedeckt. Damit beweist man, daß man der Wirklichkeit, deren Einprägung das Stück sich widmet, nicht gewachsen ist; man faßt das Spiel wie einen Vortrag von Thesen, wie eine Parteireden. Nicht aber soll in diesem Spiel ein Gedanke ausgesprochen, sondern der schwierige Vollzug des Gedankens in einer historischen Wirklichkeit gezeigt werden; darum ist der 2. Teil wichtiger als der 1., und das Ganze wichtiger als der einzelne Teil. Autor, Regie und Schauspieler waren der Aufgabe gewachsen, nicht die Hörerschaft. Wo es aufzumerken galt, war sie begeistert oder ungehalten. Sie war tumultuarisch und naiv, disziplinlos. Sie demonstrierte gegen ihre eigene Forderung. Denn das Zeitstück, sofern es sich belebt, Rundung bekommt, sich der Wirklichkeit bemächtigt, stellt nicht nur eine Idee heraus sondern das Werden einer Idee gegen eine Welt der Widerstände.

Ibsendrama 1879 schrieb Henrik Ibsen die *Nora* als Gesellschaftskritik, Einleitung einer Frauenbewegung, die die Frau zum eigengegründeten ernsten und bewußten Leben führen sollte. Die Aufführung des Berliner Staatstheaters, im Schillertheater unter der Regie Jürgen Fehlings, erwies das Stück abseits seiner einstigen Absicht als noch lebendig. Die ehemalige Wirkung sicherte die Sentenz, mit der Nora am Schluß des Dramas aus der Ehe, ihrem Puppenheim, auf einen selbständigen Lebensweg hinaustritt. Diese Sentenz, der theoretisch-pädagogische Zielpunkt des Stücks, ist heute seine einzige tote Stelle. Aber die 3 hinführenden Akte, früher Mittel zum Zweck, beginnen jetzt aus Eigenem zu leben. Aus einem gesellschaftskritischen Angriff von bestimmter historischer Bedingung verwandelt sich das Stück in ein Charakterschauspiel. Es lebt aus seiner menschlichen Einsicht, seiner psychologischen, noch heute überzeugenden Differenzierung, aus einer Fülle realistischer Beobachtung und seiner nicht erschütterten technischen Konstruktion. Das Stück fügt sich mit Leichtigkeit in die traditionelle Regel der Einheit des Orts und der Zeit. Es entwickelt in 24 Stunden in einer Bürgerstube der achtziger Jahre ein Schicksal. Seine Mittel sind genaue Exposition,

deutliche, dabei nuancierte Charaktere, bedrängende Projektion der Fabel aus ihren, der Charaktere, inneren Bedingungen. Die geistige Absicht des Dialogs bleibt ganz in die realistische Banalität gebunden. Nicht aus der einzelnen Replik, aus ihrem zaktigen Gewebe, dem atmosphärischen Gespinnst bereitet sich das Leben des Stücks. Wie ist, mit diesem Ibsenschen Dialog verglichen, seiner detaillistischen Fülle, seiner geheimen Spannung, die Sprechführung eines modernen Gesellschaftsstücks grob, offen, intellektuell. Die Weisheit Ibsens verbirgt sich ganz im Zuständlichen; die Figuren sprechen von Kleidern, gesellschaftlichen Stellungen, Geld, Wechseln, Kindern, Weihnacht; aber wie sie von Anfang in einer bestimmten Ordnung, lebensmäßigen Gebundenheit sich gegenüberstehen, bereitet der Dichter aus der sichtbaren Trivialität das fühlbare Gesetz ihres Schicksals. Die vorzügliche Aufführung (mit Lucie Mannheim als Nora) stellte Ibsen (ohne die Distanz aufzuheben; man spielte im Kostüm der achtziger Jahre) wieder zu Recht in den Kreis heutigen Theaters.

Hofmannsthal-Lustspiel Wir kommen zur annähernden Erklärung des Lustspiels *Der Schwierige* von Hugo von Hofmannsthal, das in der Regie Max Reinhardts in Berlin in der Komödie aufgeführt wird, wenn wir seinen Stil durch 2 Sätze fassen, die der Dichter in seinem Buch für die Freunde niederschrieb: »Es fehlt in unserer Zeit«, schreibt er, »den repräsentativen Dingen an Geist, und den geistigen an Relief.« Und: »Man kann 60 Jahre alt geworden sein, ohne zu ahnen, was ein Charakter ist.« In der Tat sind diese Bemühungen in dem Lustspiel aufzufinden: ein repräsentables Verhältnis, die Gesellschaft der Wiener Aristokratie, geistig abzubilden und zugleich den wirklichen Entwurf einer neuen Charaktereinsicht zu bieten. Es versteht sich von selbst, daß Stoff und Form zu einem Lustspiel zusammengingen, weil das Lustspiel, österreichisch gesehen, durch Anmut und Ironie (diese hier in einer kaum bekannten Feinheit) und durch allegorische Auffassung des Gesellschaftlichen die Vergeistigung nahelegt, und das neue Charakterbild gleichsam natürlich und diskret eingezeichnet, nicht eigentlich dramatisch und direkt präsentiert werden sollte. Auf diese Weise gelang es die Originalität des Lustspiels fast ganz zu verbergen. Der Schwierige wird als seltsame Er-

scheinung eines engen gesellschaftlichen Bereichs genommen, fast als ironische Spiegelung begriffen und belächelt. Er ist aber eine Figur tiefer menschlicher Wesenseinsicht, auch gegen die Umwelt deutlich abgehoben, und wo diese in zart komischem Licht wandelt, bleibt der Dichter ihm immer ernst zugewandt. Die tiefere Ironie des Stücks liegt sogar darin einen Menschen, in dem sich eine bestimmte Kultur einer Gesellschaft zuhöchst und am reinsten darstellt, so zu dieser Gesellschaft zu kontrastieren, daß sich Verwicklungen ergeben; sie ergeben sich aber nicht, weil der Schwierige schwierig ist, sondern weil seine Umgebung, an der er erscheint, seine Einfachheit und seine Komplikation (er wurzelt in beidem) immer falsch beantwortet. Natürlich und gleichsam vollendet konnte dieser Charakter nur erscheinen, wenn man ihn als Endpunkt einer langen menschlichen Entwicklung zeichnete, also etwa der des österreichischen Adels, wodurch sein Typus sich zugleich mit einem Charme und einer Bescheidenheit umkleidet, die ihm jedes Absichtliche, fast jedes Besondere nehmen. Aber dies ist künstlerischer Takt Hofmannsthal's, eines einsichtigen, voraussichtigen Dichters, der alle niederfallenden Fäden der literarischen Formentwicklung aufnimmt, weiterknüpft, also ein höchstes Maß von Traditionalität (Verantwortung zur Vergangenheit) mit einem hellen Durchblicken der Gegenwart und Zukunft vereinte. Auch technisch genommen scheint der Schwierige in die Figur des Grafen Bühl vollkommen einzugehen, weil der Graf, durch seine Position jeder materiellen Bestimmung weitgehend enthoben, eben seinen geistigen Charakter unvermischt leben kann: den der Unbestimmtheit, der Unabhängigkeit; er ist ein unfixierter Mensch und damit schon in einer extrem geistigen Lage, die aber, lustspielmäßig, sich fast nur negativ, durch die Verwirrung verhält, die ein solcher Mensch ringsum wider Willen anstiftet. Das Neue des Charakters wird also nicht expliziert, das lag nicht im Sinn des Dichters, dem auch am Spiel, sogar am Lustspiel gelegen war; der mit diesem Stück eine Gesellschaftskomödie schrieb, die so leicht wie gewichtig, so heiter bei so tiefem Unterton, so formtreu, so inhaltlich reich, im Deutschen bis jetzt noch nicht vorhanden war.

Was die Aufführung des Lustspiels angeht, so liegt ihr sichtbarstes Verdienst eben darin, daß sie es überhaupt heraus-

stellte. Die sorgfältige Besetzung verhinderte nicht zahllose falsche Nuancen. Den Tribut ans Theater zahlte das Stück durch Vergrößerung der Effekte, die man durch stärkere Kontrastierung der Figuren besorgte, indes die Feinheit des Lustspiels auf Behutsamkeit der Zeichnung, Kunst der Nuance gestellt ist. An solchen Eingriffen zeigt sich aber gerade, von wie festem Gehalt das Stück ist, das seinen tiefmenschlichen Wahrheitsgehalt unzerstörbar auch durch solche Minderungen darreicht. Die Anmerkung muß folgen, daß die Dankeschuld Reinhardt's an Hofmannsthal mit dieser Aufführung nicht abgegolten sein kann; die Aufführung des letzten großen Werkes des Dichters *Der Turm* bleibt immer wieder zu fordern.

Kurze Chronik Eines der ältesten *Pariser* Theater, das Théâtre Montparnasse auf dem linken

Seineufer, wo Antoine Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts die erste Freie Bühne Europas gründete, ist jetzt durch den hervorragenden Regisseur der französischen Bühne, Gaston Baty, mit einer Übersetzung von Weills Dreigroschenoper (unter dem französischen Titel *Opéra de quatre sous*) eröffnet worden. Das vorzüglich aufgeführte Werk fand außerordentlichen Beifall. ◊ In der *Berliner* Städtischen Oper, die jetzt unter der Leitung Kurt Singers steht, werden die Generalproben fortan den Erwerbslosen, besonders stellungslosen Musikern, zugänglich gemacht. ◊ Das *Königsberger* Opernhaus veranstaltet neuerdings geschlossene Vorstellungen für Arbeitslose, zu deren kostenloser Durchführung sich Intendanz und Personal bei Übernahme der Subvention bereit erklärt haben. Der Besuch dieser Vorstellungen wird durch das Arbeitsamt vermittelt. ◊ Die Nationalversammlung in Angora beschloß in *Konstantinopel* ein Türkisches Nationaltheater zu errichten, das 1931 bereits eröffnet werden soll. Zur Erlangung eines Bauplans wird ein Preis ausgeschrieben.

Literatur Im Volksbühnenverlag in Berlin erschien der 1. Teil einer von *Siegfried Nestriepke* geschriebenen Geschichte der Volksbühne Berlin. Sie beginnt mit der Gründung der Freien Volksbühne 1890, beschreibt, auf Grund sorgfältig gesammelten Materials, Polizeiakten, Dokumenten, Erinnerungen älterer Mitglieder, die einzelnen Epochen der Bewegung. Nestriepke gibt eine Charakterisierung

der Personen, aus deren Anstoß und Zusammenschluß sich die Idee der Volksbühne entwickelte, also von Bruno Wille, Wilhelm Bölsche, Julius Türk, Julius Hart, Curt Baake, Conrad Schmidt, Carl Wildberger; er beschreibt die Gründung, die Arbeit der Mitgliedswerbung, die Programme und Leistungen des Vereins; erste Aufführungen von Ibsen, Hauptmann, Schiller usw., den Kampf gegen die polizeilichen Einmischungen, die Spaltung 1892, die Gründung der Neuen Freien Volksbühne, die Nebeneinanderarbeit der beiden Vereine in den folgenden Jahren, neue Polizeikämpfe, die Selbstaflösung der Freien Volksbühne, die endliche Besiegung der Zensur und Wiedererrichtung; die aufsteigende Entwicklung bis 1902, dem parallel die Entwicklung der Neuen Freien Volksbühne, die allmählich, bis 1908, den Schwesterverein überwuchs, die Vorarbeiten zum Bau eines eigenen Hauses, die Gründung des Volksbühnenkartells, den Übergang zum Verband der Freien Volksbühnen; eine Epoche, die mit dem Hausbau am Bülowplatz 1914 abschloß. Nestriepke ist dieser Geschichte ein sachlicher Beschreiber, sein Wille ist auf dokumentarische Fülle gerichtet; Porträtaufnahmen helfen diese Absicht verwirklichen.

◊ Eine Sammlung von Aufsätzen zum *japanischen Theater* gab Curt Glaser heraus /Berlin, Würfelverlag/. Der Hauptbeitrag des Bandes: Zur Geschichte des Theaters in Japan von Fritz Rumpf, gibt einen instruktiven historischen Abriss der Entwicklung der japanischen Bühnenkunst aus den Tänzen und Tanzspielen der Frühzeit, den Pantomimen, den Spielen der sogenannten buddhistischen Zeit (ungefähr 600 bis 1300), zur Theaterform der neuern Zeit, die mit dem Kabuki, dem Volkstheater, am Ausgang des 17. Jahrhunderts beginnt, im 18. Jahrhundert ihre volle Ausbildung erreicht, um dann ohne wesentliche Veränderungen bis heute zu dauern. Dieser Aufsatz gibt eine allgemeine, stichwortmäßig kurze Information; die Traditionalität des japanischen Theaters wird deutlich. Er wird durch einen andern des selben Verfassers, der sich der Geschichte des Nospieles widmet, durch ein Feuilleton von Friedrich Perszynski Vom No, durch einen kurzen Artikel Kazubiko Sanos Schauspieler in Frauenrollen und den Aufsatz Curt Glasers Von den Formen des japanischen Schauspiels ergänzt. Das Buch ist mit Photographien von Schauspielern, mit Reproduktionen von Holzsnitten illustriert.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wübrandt

Marktforschung Die Erforschung des landwirtschaftlichen Marktes ist in Deutschland noch jung.

Lange Zeit war Landwirtschaftswissenschaft vor allem die Lehre von der Technik des Landbaus. Erst unter Friedrich Aereboe ist das Wirtschaftsproblem in den Vordergrund gerückt worden, und erst in den letzten 3 bis 4 Jahren wird in Deutschland landwirtschaftliche Marktforschung getrieben. Die Marktbeobachtung liegt in Händen der vom Deutschen Landwirtschaftsrat eingerichteten Preisberichtsstelle, die Marktforschung beim Institut für Konjunkturforschung, der vom Reich gegründeten Reichsforschungsstelle für Landwirtschaftliches Marktwesen und dem preußischen Institut für landwirtschaftliche Marktforschung an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. Das letztgenannte Institut gibt seit Mitte dieses Jahres eine Monatschrift Blätter für Landwirtschaftliche Marktforschung heraus, in der jeweils die Ergebnisse der Institutsarbeiten und sonstige interessante Untersuchungen veröffentlicht werden. Über Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung wurde bereits in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 1062) berichtet. Die Reichsforschungsstelle hat in neuester Zeit, nachdem sie bereits 1929 die äußerst wirkungsvolle Schweinefibel Fritz Baades herausgegeben hat, ihre ersten wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht. Im 31. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/ behandelt Aloys Brinkmeyer die Preisgestaltung auf dem Brotmarkt. Der Verfasser, der wiederholt mit Untersuchungen über die Brotpreisspanne an die Öffentlichkeit getreten ist, kommt zu dem Ergebnis, daß die Brotpreisspanne von Ort zu Ort in Deutschland Schwankungen bis zu 100 % aufweist, die nicht durch objektive Kostenunterschiede bedingt sind. Durch rationelle Brotproduktion und Abbau überhöhter Spannung kann nach Brinkmeyer der Preis für Brot um insgesamt durchschnittlich 20 % ohne Verringerung der Getreidepreise gesenkt werden. Die Arbeit dürfte in der Preissenkungsdiskussion als wissenschaftliche Basis dienen.

Zu gleicher Zeit erschien als 32. Sonderheft der selben Serie eine Schrift Hermann Paetzmanns Der Standort der deutschen Schweinehaltung. Paetzmann zeigt die Konzentration der deutschen Schweinehaltung in Nordwestdeutsch-

land. Während durchschnittlich im übrigen Reich die Dichte der Schweinehaltung unter 100 Stück pro 100 Hektar liegt, werden in Nordwestdeutschland teilweise über 500 Schweine pro 100 Hektar Ackerland gehalten. Die nordwestdeutsche Schweinemast ist größtenteils auf ausländischem Futtergetreide aufgebaut. Sie verdankt ihre Entstehung der Differenzierung von Roggen- und Futtergersteszoll, die in Deutschland vor dem Krieg zu starkem Roggenexport im Osten und Gersteimport im Westen geführt hat. Die neue Roggenpolitik will das ausländische Futtergetreide im Nordwesten durch deutschen Eosinroggen ersetzen. Nach Paetzmanns Berechnungen lassen sich in Westdeutschland zirka 8- bis 900 000 Tonnen der ausländischen Futtergetreidezufuhr durch Eosinroggen ersetzen. Paetzmann berücksichtigt freilich bei diesen Berechnungen nicht, daß sich bei Absperrung der Futtergetreidezufuhr Verschiebungen des Standorts ergeben.

Eine 3. wichtige Schrift über landwirtschaftliche Marktforschung erschien als 9. Heft der Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung /Bonn, Kurt Schroeder/. Sie betitelt sich Preisvoraussage bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und hat Mordecai Ezekiel zum Verfasser, der, am Federal Farm Board in Washington tätig, eine große Zahl von außerordentlich wichtigen Schriften auf den Gebieten der mathematischen Statistik und der Preisanalyse bei Agrarprodukten veröffentlicht hat. Die Schrift versucht in die Probleme der landwirtschaftlichen Preisprognose einzuführen, ohne dabei mathematische Vorkenntnisse vorauszusetzen. Diese Aufgabe hat sie glänzend gelöst.

Zuckerfragen Die deutsche Zuckerproduktion ist dem Verbrauch weit vorausgeeilt. Der Verbrauch geht zurück. Die Anbaufläche stieg in den letzten Jahren. Der Zuckerpreis ist in Deutschland seit 1928 gesetzlich geregelt. Steigende Zuckermengen werden mit enormen Verlusten ins Zollausland hineingepumpt, auf Kosten der Landwirtschaft und des Verbrauchs. Der Zuckerpreis beträgt in Deutschland 300% des Weltmarktpreises. Die Aufgabe Verbrauch und Erzeugung in Einklang zu bringen läßt sich durch Revision des Zuckerhöchstpreises erreichen. Eine Zuckerpreissenkung würde automatisch zur Steigerung des Verbrauchs und zur Ausschaltung der am teuersten arbeitenden Erzeuger aus der Produk-

tion führen. Die Zuckerindustrie will jedoch einen andern Weg zur Lösung des Zuckerproblems einschlagen: nämlich den Inlandsabsatz von Zucker kontingentieren, um für dieses Kontingent, dessen Belieferung ausschließlich den bisherigen Zuckerrübenanbauern überlassen würde, den geltenden Zuckerhöchstpreis zu sichern. Mit dieser Maßnahme würde die bisherige Anbauverteilung der Zuckerrüben stabilisiert. In den letzten Jahren ist eine starke Verlagerung des Zuckerrübenbaus vom mittel- und ostdeutschen Großbetrieb in den süd- und westdeutschen Bauernbetrieb eingetreten. Begründet ist sie in der Rübenmüdigkeit des Bodens und den steigenden Arbeitsschwierigkeiten im Großbetrieb einerseits (Beschränkung des ausländischen Wanderarbeiterkontingents nach dem Krieg), der großen Arbeitsintensität des Bauernbetriebs und der bessern Verwertungsmöglichkeit der Nebenprodukte der Zuckerrübe durch Verfütterung im viehstärkern Bauernbetrieb andererseits. Diese Entwicklung, die noch am Anfang steht und für die Intensivierung des Bauernbetriebs von großer Bedeutung sein wird (die Zuckerrübe ist der Schrittmacher moderner Ackerkultur), ist eine Wanderung der Rübe von hohen zu niedrigen Produktionskosten. Sie würde durch Kontingentierung aufgehalten werden, außerdem müßte eine Kontingentierung in den bisherigen Zuckerrübenwirtschaften zur Bildung von Monopolwerten führen. Anbaukontingente würden vielleicht in Zukunft ein ähnliches Handelsobjekt darstellen wie Brennrechte der Branntweinmonopolverwaltung. Wollte eine Fabrik ihr Kontingent erweitern, so müßte sie es von anderen Fabriken kaufen; wollte ein Landwirt, der bisher keine Zuckerrüben baute, in Zukunft kontingentsberechtigter Rüben bauen, so müßte er ein Anbaurecht von einem andern Landwirt kaufen. Die billigere Erzeugung wäre mit der Ablösungssumme vorbelastet, während demjenigen Landwirt, der seine Rübenproduktion wegen zu hoher Kosten einschränken will, eine mühelose Einnahme durch Verkauf seines Anbaurechts gegeben würde. Es ist also zu wünschen, daß die Lösung des Zuckerproblems nicht in der Kontingentierung gesucht wird.

Deutschland: Durch die Notverordnung Agrarmaßnahmen des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 ist eine Reihe neuer Schutz- und Zollmaßnahmen zugunsten einzelner landwirtschaftlicher Betriebszweige erlassen worden.

Der Futtergersteszoll wurde um 50% erhöht. Bei Bezug von Eosinroggen bleibt der bisherige Zoll bestehen. Der Abgabepreis für Eosinroggen wurde aber ebenfalls erhöht. Für den Braugersteszoll erhielt die Regierung die Ermächtigung den Zoll an den Weizen Zoll anzugleichen, das heißt um 5 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen. Für Roggenkleie galt bisher ein Zoll von 7,50 Mark, Weizenkleie (ein wichtiges Produktionsmittel der deutschen Milchwirtschaft) war zollfrei. Nunmehr beträgt der Zoll für sämtliche Kleie 10 Mark pro Doppelzentner. Der Hirsezoll wurde von 1,50 auf 15 Mark erhöht. Die erst im laufenden Jahr stark ausgedehnte Erteilung von Einfuhrscheinen (Exportprämie) ist, nachdem im Frühjahr der Betrag einer 2stelligen Millionenziffer durch Fehler in der Einfuhrscheintechnik ohne Nutzen für die Landwirtschaft vergeudet worden war, für alle Produkte, mit Ausnahme von Schweinen und frischem Schweinefleisch, gesperrt worden. Die nicht für den Schweineexport oder für bereits früher vorgenommene Exporte verbrauchten Einfuhrscheine (im Etatsjahr 1930-1931 104 Millionen Mark) wurden und werden für die Roggenstützung verwendet. Für Hopfen, Talg und Schmalz wurde die Regierung ermächtigt einen Zwang zur Beimischung inländischer Erzeugnisse zu verfügen. Ebenso soll in Zukunft kein Weizenbrot mehr hergestellt werden. Zum Weizenroggenbrot müssen 30% Roggen beigemischt werden, in allen anderen Backwaren aus Weizen dürfen in Zukunft 10% Kartoffelmehl ohne Kenntlichmachung beigefügt werden. In Gastwirtschaften darf den Gästen überhaupt nur noch Roggenbrot verkauft werden.

Milchwirtschaftliches Institut - Im Oktober konnte das Milchwirtschaftliche Institut der Landwirtschaftskammer für Brandenburg und Berlin, das in Oranienburg bei Berlin seinen Sitz hat, auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Auf der Jubiläumsfeier, mit der zugleich die 2. Milchwirtschaftliche Tagung eröffnet wurde, und an der Vertreter des Reichsernährungsministeriums, des Preussischen Landwirtschaftsministeriums, befreundeter Organisationen und des Berliner Milchhandels teilnahmen, hielt der Oberlandwirtschaftsrat Tasch einen eingehenden Vortrag über die Lage der märkischen Milchproduktion, der von allgemeinem Interesse auch speziell für die Berliner Bevölkerung war, die einen

erheblichen Teil märkischer Milch und Milchprodukte konsumiert. Die märkischen Landwirte besitzen insgesamt 450 000 Kühe, die jährlich eine Milliarde Liter Milch erzeugen. Durch die Wirksamkeit des Milchwirtschaftlichen Instituts in Oranienburg und anderer landwirtschaftlicher Institutionen wie der Milchkontrollvereine sei es gelungen die jährliche Milchproduktion einer märkischen Kuh von 1900 Liter in der Vorkriegszeit auf 2200 bis 2300 Liter zu heben. Leider fehle es in dem schwerringenden Osten der Mark an modern eingerichteten Molkeereien zur Verwertung der Milch. Zur Leistungssteigerung der brandenburgischen Milchwirtschaft trage wesentlich das Milchabkommen zwischen dem Berliner Milchhandel und den landwirtschaftlichen Organisationen der Provinz bei, wonach der Preis der Milch nach Qualität und Sauberkeit normiert wird.

Kurze Chronik Die veränderte Preisrelation zwischen Roggen und Weizen wirkt sich in der Verschiebung der Anbaufläche aus. Die Roggenfläche hat in Preußen um rund 10% abgenommen, die Anbaufläche des Weizens um 6,6% zugenommen. Der größte Teil des dem Roggenbau entzogenen Landes scheint demnach für andere Früchte, in der Hauptsache für den Feldfutterbau, vorbehalten zu sein. ◊ Der Reichstag beschloß eine Untersuchungskommission zur Klärung der gegen die Durchführung der Roggenstützung erhobenen Vorwürfe einzusetzen. In der Öffentlichkeit wurde die Meinung laut, daß die Roggenstützung technisch falsch durchgeführt worden, und daß die Hauptgewinne nicht der Landwirtschaft sondern dem Handel zugute gekommen seien. ◊ Der Oberforsterrat Viktor Dieterich wurde Ordinarius für Forstpolitik, Forstbetriebswirtschaftslehre und Waldwerterschätzung an der Münchener Universität. ◊ Den neuerrichteten Lehrstuhl für Obstbau an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule erhielt Erwin Kemmer, Stellvertretender Abteilungsvorsteher an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Europäische Kolonialarbeit 2 europäische Länder haben kürzlich mit einander ein koloniales Abkommen geschlossen. Das eine hat unter Übervölkerung zu leiden und entsendet zahlreiche Auswanderer in andere Länder; das andere hat große, wegen Mangels

an Arbeitskräften nicht besiedelte und bewirtschaftete Kolonialgebiete. Infolgedessen haben beide Länder eine Abrede getroffen, wonach ein wichtiger Teil der Kolonien des einen Landes in Afrika den Arbeitslosen des andern Landes zur Besiedlung anvertraut wird. Keine Angst: Es handelt sich nicht um Deutschland und Frankreich, die bleiben hübsch ordentlich "Erbfeinde", sondern um Polen und Portugal in Angola. Der Essor Colonial et Maritime, ein Brüsseler Blatt, das ausgesprochen germanophob ist und die Briandschen Europapläne oft verspottet, konnte sich der Wirkung dieses Beispiels so wenig entziehen, daß er in seinem Kommentar zu der Nachricht am 22. Mai schrieb: »Die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Norwegens, Litauens, Lettlands, Estlands, Finnlands, sogar Rumäniens kann der kolonialen Arbeit der anderen Länder wunderbare Hilfe leisten, die sich in den Schwarzen Erdteil geteilt haben, ohne die Mittel zu wissen ihn wirklich vollständig zu kolonisieren... Wenn die Vereinigten Staaten von Europa Gestalt gewinnen (wenigstens in ihrer Zoll- und Wirtschaftsorganisation), so ist es durchaus möglich, daß sie daran denken ernsthaft praktisch und zum Besten aller koloniale Vereinigte Staaten zu schaffen, die, in engem Einvernehmen, die koloniale Arbeit verlängern würden, an der jedes europäische Volk einen Anteil haben wird, der in möglichst logischer Art nach den Rassen und den ökonomischen Mitteln gewählt werden würde... Laßt uns wenigstens die Hoffnung auf diese neue Formel der Einigung der Völker ins Auge lassen, indem wir uns verbünden in der gemeinsamen Aufgabe der prächtigen kolonialen Arbeit.«

So müssen vor der Gewalt der Tatsache des Zusammenwachsens des Europäischen Kontinents die Unvernünftigen und Hassenden verstummen und sich bekehren. Wenigstens in Polen, Portugal und Belgien. Und, fragen wir, in Deutschland?

Goldküste: Ebenso wie in den anderen
Kakaobau Gebieten der Tropen, in denen sich in den Jahren 1914 bis 1927 die Produktion der bäuerlichen Eingeborenenbetriebe sehr schnell entwickelt hatte, bewirkte auch in der englischen Kolonie Goldküste in Westafrika der Rückschlag aller Preise für Roherzeugnisse auf dem Weltmarkt einen schweren Niedergang ihrer Wirtschaft. Die Konsum- und Investitionsfähigkeit des Landes beruht namentlich auf dem Ertrag des Kakaobaus. Der Wert der

Kakaoernte, die 1927 noch 9,6 Millionen Pfund Sterling wert war, nahm aber gerade besonders stark ab, so daß sie 1929 nur noch 7 Millionen Pfund Sterling brachte. Zum Teil wird dieser Rückgang auch dem Umstand zugeschrieben, daß Kakao in der Kolonie hauptsächlich von Eingeborenen in Kleinbetrieben erzeugt wird, und daß diese Betriebe die Produktion zum Teil außerordentlich primitiv vornehmen. Auch verfügen sie nicht über die nötigen Kenntnisse für richtige Behandlung des Roherzeugnisses. Die Regierung will ihnen deshalb jetzt bessere Ausbildungsmöglichkeiten geben. Ebenfalls versucht sie jetzt Genossenschaften der Eingeborenen zustande zu bringen, sie hat das hierfür geplante Gesetzgebungswerk nicht nur den beiden (natürlich durchweg mit Europäern besetzten) Handelskammern des Gebiets sondern auch, zum erstenmal so vorgehend, dem Provinzialrat der Häuptlinge zur Begutachtung vorgelegt. Dieser hat eine Anzahl von Abänderungsvorschlägen gemacht. Auf Grund der so umgearbeiteten Bestimmungen sind bisher 4 Genossenschaften von eingeborenen Bauern gegründet worden, die auch in der Qualität der von ihren Mitgliedern erzeugten Kakaomassen bemerkenswerte Fortschritte verzeichnen können.

Der Vorgang ist einmal deshalb interessant, weil er zeigt, daß sich afrikanische Bauern manchmal leichter und schneller der genossenschaftlichen Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung zugänglich erweisen als selbst große Teile des Bauerntums in Europa; dann aber, weil er beweist, daß die Kolonialverwaltung der Engländer in Westafrika, die sich in einem bemerkenswerten Grad (im Gegensatz zu den meisten sonstigen Gebieten, in denen der Brite herrscht) entschlossen gezeigt hat den Neger als bäuerlichen Produzenten zu verselbständigen, an diesem Vorgehen festhält. Mit Recht sagt Henry Labouret in den Renseignements Coloniaux darüber: »Dieses Einschalten [der Häuptlingsversammlung in den Zug der Gesetzgebung] ist ein charakteristischer Beweis für das Vorgehen der englischen Verwaltung, das dahin strebt den eingeborenen Häuptlingen Verantwortungsgefühl zu geben und ihnen mehr und mehr die Bestimmung des Schicksals ihrer Leute zu überlassen.« Wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß auch in diesen Gebieten natürlich die Engländer nicht daran denken derartige Rechte der Häuptlinge in den großen politischen Fragen zu schaffen oder nur zu dulden.

Kurze Chronik Belgien hat einen *Naturschutzpark* von 2000 Quadratkilometer Größe nördlich vom Kiwusee geschaffen, der die großen, noch tätigen Vulkane des Virunga- und des Ufumbirogebirges (bis 4500 Meter Höhe) umfaßt. Das Gebiet ist reich an Wald und Wild (Elefanten, Büffeln, Leoparden, Hyänen, Schimpansen, Gorillas usw.). Jede Jagd ist untersagt. Die Bevölkerung besteht aus Negern der Bantustämme, hamitischen Völkern und Zwergmenschen. ◊ Bei Frauenunruhen in *Britisch Nigerian* haben die Engländer seit Juni 44 Frauen und 1 Mann von der eingeborenen Bevölkerung mit Maschinengewehren zu Tode "befriedet". Die Sache wird hier erwähnt, weil sie in der deutschen Presse seinerzeit nicht zu finden war; ihr zufolge schießen in den Kolonien nur die Franzosen und die Belgier. ◊ In der Provinz Bukoba, Distrikte Bugufi und Busubi, des Mandatsgebiets *Tanganyika* ereignete sich im März und April 1929 eine Hungersnot, der nach dem Geständnis in dem jetzt vorliegenden Bericht der Mandatsregierung (Report to the League of Nations on the Administration of Tanganyika Territory for the Year 1929 /London, H. M. Stationary Office/) etwa 500 Menschen zum Opfer gefallen sind. So brennt es am grünen britischen Holz? Die Anzahl der Europäer in diesem Mandatsgebiet betrug 5778 zu Anfang 1929; davon waren 1333 Deutsche und 3067 Briten (einschließlich südafrikanische Buren). Die eingeborene Bevölkerung zählte 1928 4 741 000, das heißt 635 000 mehr als bei der Zählung von 1921; nichteuropäische Fremde waren dort schon 1920 etwa 15000; seitdem sind sie vorsichtigerweise nie wieder mitgezählt worden, haben aber stets zugenommen. ◊ In *Sierra Leone* wurde im Jahr 1929 mit dem Abbau von Platinerz begonnen, in der Zentralprovinz wurde ein Chromerzlager entdeckt.

Literatur Das Buch *L'Inde moderne* von dem, sozialistischen Auffassungen nahestehenden Lyoner Professor der Rechte *André Philip* /Paris, Félix Alcan/ behandelt in breiter und gründlicher Darstellung die politischen und sozialen Probleme des indischen Landes. Es gibt augenblicklich kein Buch, das in diese Dinge so kritisch und zugleich so verständnisvoll einführt wie dieses. Es ist außerordentlich lehrreich einmal von einem nichtbritischen, aber für koloniale Probleme nicht blinden Autor die indischen Angelegenheiten besprochen zu finden. Vieles, was

man sonst nicht oder nur nebenbei in sorgfältig wegretuschierender Darstellung erfährt, wird hier in bester Quellenbenutzung dargelegt: so die in gewissen Teilen Indiens heute noch in voller Blüte stehende Schuldklaverei, die Gründe, weshalb die schon von Marx so köstlich gekennzeichneten mill-owners der Textilindustrie in Lancashire, die offenbar einen Dauertypus darstellen, sich weniger für Sozialreform in England als vielmehr in Indien interessieren, der fast vollständige Übergang der Verarbeitung der bengalischen Jute von dem schottischen Bezirk um Dundee auf Indien, wo die selben Unternehmer, aber anders und schlechter bezahlte Arbeiter die Sackrohlfaser verarbeiten, die Höhe der Dividenden der mit europäischem Kapital arbeitenden indischen industriellen und Bergbaubetriebe usw. Klingt es nicht für Europäer in doppeltem Sinn "märchenhaft", nämlich märchenhaft im Sinn des Glücks der Aktionäre und der Ausbeutung der eingeborenen Arbeiter, wenn sich ergibt, daß bei 7 Bergwerksgesellschaften von 1901 bis 1926 und bei 1 von 1906 bis 1921 die Dividenden (in % des nominellen Aktienkapitals ausgedrückt) bei der Unternehmung A zwischen 37,5 und 160% betragen, B zwischen 17,5 und 67%, C zwischen 5 und 36% (keine Angaben für 1916 bis 1920), D zwischen 16,2 und 50%, E zwischen 8 und 55%, F zwischen 12 und 90%, G zwischen 8,5 und 57% und H zwischen 46 und 85% (nur für 1906 bis 1921 Angaben vorhanden). Dabei fallen die dicksten Dividenden durchweg in die letzten Jahre der Berichtszeit, die niedrigsten in die Jahre des Geschäftsanfangs. Im ganzen: als Schilderung der indischen Probleme klar, verständlich, übersichtlich, aufschlußreich, von einem durch den britischen Star nicht im Blick getrüben, sachkundigen und durchaus realpolitischen Freund der fortschrittlichen und sozialen Mächte in der indischen nationalen Bewegung. ◊ Ein ganz außerordentlich instruktives Buch ist das des Inders *L. C. Jain* *Indigenous Banking in India* /London, Macmillan & Co./, auf das man noch ausführlich zu sprechen kommen wird, auf das aber als beste augenblicklich vorhandene Quelle über das Bankwesen der Eingeborenen in Indien schon jetzt hingewiesen sei. Noch ein halbes Dutzend Arbeiten wie die von Jain und Philip, und das Dunkel, das für die Europäer der englische Cant und das Hinduliteratentum über Asiens Südhalbinsel gelegt und über ihr erhalten haben, wird sich allmählich aufhellen.

Lebensgestaltung / Lisbeth Stern

Allgemeines Als die Aufgabe dieser Rundschau denkt sich die Redaktion das Aufmerken eigentlich gerade auf die allergehäufigsten Dinge vom Tag, die sich fast täglich unter unseren Händen unmerklich ändern und wandeln. Da gibt es unter diesem Gesichtspunkt kaum Dinge, die gleichgültig wären. Hier sind in erster Reihe das Wandeln der Dinge und die Richtung und Art dieses Wandels das Entscheidende. Da muß man natürlich die Gesellschaft als etwas durchaus Zusammenhängendes ansehen, sowohl in der zeitlichen wie in der räumlichen Beziehung. Die Abgrenzungen, wie sie die anderen Rundschauen sich stellen, nach bestimmten Inhalten, gibt es hier kaum. Diese will nur zeigen, wie das, was ich gestern wußte, und was mein Besitz war, heute etwas ganz anderes ist; vielleicht ist es mir aus den Händen verschwunden, wo anders hin, vielleicht auch überhaupt zerronnen. Immer wieder muß man sich die Gesellschaft als einen Baum denken, dessen einer Ast neue Schößlinge treibt, während ein anderer abstirbt. Der eine blüht, und der andere hat noch nicht einmal seine Knospen angesetzt. Und so ist auch das Wachsen der Gesellschaft. Hier sind nicht die einzelnen Menschen, und was sie gearbeitet haben, das Ausschlaggebende, sondern das Wachsen selbst. Es ist das ein ständiges Durcheinanderschießen der Kräfte, die auch wieder in verschiedenem Tempo und auch in verschiedener Richtung treiben, und es gibt das ein sich immer verschiebendes Bild. Ähnlich wie man jetzt auch die physikalischen Kräfte sieht. Wenn man früher an die geistigen Kräfte der Menschheit die starren Koordinaten der absoluten Werte anlegte, so möchte man heute sie nur in ihrem Gegeneinander verstehen, in ihrem Zusammenhang in der Welt. Das ist eine sehr mühselige und heikle Sache, die nirgends Ruhe gibt. Die Naturwissenschaft wußte wohl seit langem, daß sie immer gewärtig sein muß alles wiederumzustellen, wenn die Dinge ihr ein anderes und neues Gesicht zeigen. Aber auf den anderen Gebieten scheint es jetzt fast noch augenfälliger. Was man als fertig in der Tasche zu haben glaubte, ist fort. Das sind aber nicht Taschenspielerkunststücke, die uns das Leben da auf-tischt. Sondern das ununterbrochene Wachsen, das wohl zuzeiten verschiedenen stark ist (und jetzt mag es wohl

besonders stark treiben), macht hier und dort Dinge wertlos, die eben noch voll Leben waren. Durch diese ewigen Änderungen wird aber die Vergangenheit nicht etwa entkräftet. Natürlich bleibt sie die Basis, aber ihr Vorrat ist unerschöpflich, und immer wieder wird man neue Dinge finden, die einen befruchten. Vor mehreren Generationen war Praxiteles für die deutsche Klassik das Vorbild; heute wissen wir mit den Spätgriechen wenig anzufangen. Aber man muß sich immer wieder sagen, daß es nie *eine* wirkende Kraft gibt, sondern tausend, die oft genug gegen einander laufen mögen, und erst in ihrem Gesamt ergeben sie das Leben unserer Kultur. So braucht offenbar das künstlerisch oder politisch Revolutionäre die erhaltende Kraft neben sich, und es ist in der Ordnung, daß sie gegen einander kämpfen. Worauf es ankommt, ist, daß sie überhaupt Lebenssaft haben und nicht totes Holz geworden sind. Es wäre auch Unsinn von jedem zu verlangen, daß er mit dem Neulebendigen sofort umgehen könne. Auch sogar Unsinn, daß er es sofort erkenne. Wenn jemand vom Alten noch seinen Lebenssaft empfängt, dann ist es auch recht so. Nur muß er eben überhaupt noch Saft haben. Die Ideale, oder wie man es nennen will, dürfen bei ihm keine Attrappen sein. Dafür muß er alle seine Sinne offen halten (das sind Unterscheidungen, die einem nicht in den Schoß fallen, die erarbeitet werden müssen), denn auch scheinbar Revolutionäres kann Attrappe sein. Eine solche Attrappe ist sehr oft der Nationalismus. Als zur Verfassungsfeier im Berliner Stadion die deutschen Flüsse dargestellt wurden, zum Schluß der deutsche Rhein und seine Städte, die nun »von Sklavenbanden befreit« seien, und das Publikum das Deutschlandlied sang, da hatte man die unangenehme Empfindung, wie wenn da Ideologien gefeiert würden, denen keine Wirklichkeit mehr entsprach. Ein ähnlich unangenehmer Nachgeschmack, wie man ihn zu Anfang des Kriegs hatte, wenn man zum Beispiel mitsingen wollte: »Wir treten zum Beten«, Man wollte und will ebenso auch jetzt in eine Gemeinsamkeit hinein, und dabei fühlt man es doch im Grund: Das hier bietet keine Gemeinschaft. Gewiß wünscht man sich den Rhein deutsch (das sicher), aber was alles dahinter steht, sind mehr oder weniger Gefühle, die sich um ein Nichts bewegen. Die Gefühle sind da, aber sie sind schief in ihrer Zentrierung.

Und schiefe Dinge und Halbwahrheiten sind bekanntermaßen viel gefährlicher als eigentliche Lügen. Und es gibt sie hüben wie drüben genugsam.

Mit der feierlichen Aufbauschung solcher Gefühle gehen wir an dem wirklich Wichtigen und Fruchtbaren vorbei. Die Befreiungen, um die es sich heute handeln soll, sind andere, und die Gemeinsamkeiten, in denen wir heute stehen sollen, sind auch andere als die der Nationalitäten. Gewiß mögen die fremden Verwaltungen oft unerträglich gewesen sein, aber für die Arbeiterklasse ist das Militär seit langem der selbe Fremdkörper, welcher Nation er auch angehört. Und ihre feindliche Stellung zum Kapitalismus ist auch international, wenigstens innerhalb unserer europäischen Kulturgruppe. Auch gibt es nicht etwa eine natürliche Rassenfremdheit zwischen den Franzosen und Deutschen, sonst hätten sich nicht die französischen Bauern oft so gut mit den deutschen Soldaten vertragen. Das sind eben alles aufgepeitschte Ideologien, die aber unter Umständen so wuchern können, daß sie dem, was wirklich wachsen will, Luft und Licht nehmen. Und für das, was wachsen will, soll man sich die Sinne offen halten. Die Sinne. Denn was da entscheidet und wertet, ist gar nicht so recht eigentlich die Intelligenz, was eben die Soldatenschaft und das Landvolk so und so oft bewiesen haben. Ihre Haltung war einfach und gesund. Die Bildung der Intellektuellen mit ihrer Überlieferung von scheinbaren Idealen ist eine zweischneidige Sache. Es kommt nämlich nicht so sehr darauf an die Ideale verstehen zu können als darauf ihnen gegenüber die Naivetät zu behalten. Und diese wird durch das Gewicht der Überlieferung und ihrer Autorität bei den Gebildeten sehr oft gebrochen. In den Gewohnheiten und den nebensächlichen und äußeren Dingen scheinen übrigens die Nichtgebildeten wieder mehr Autorität zu fühlen und konservativer zu sein als die Intellektuellen. Für die Intellektuellen ist es unter Umständen ein Zeichen von Bildung, wenn die Gewohnheiten, die Ansprüche und Urteile, kurz das, was zu ihrem Habitus gehört, sich in einem ständigen Fluß befinden, und da gilt es im Vortrab zu sein. Aber diese Beweglichkeit bedeutet nicht eigentlich Freiheit des einzelnen. Im Gegenteil ist es ganz komisch, wie geschlossen die Gebildeten sich unter einander immer halten. Ein paar Sondermenschen abgerechnet, sind sie eigentlich nur unisono zu sehen.

Nicht innerlich; da fallen sie schon auseinander. Aber im Äußern holen sie diese Zusammenhanglosigkeit durch eine Geschlossenheit der Manieren ein. Kommt man in einen Gesellschaftsraum einer "guten Gesellschaft", dann ist alles wer weiß wie sehr auf einander abgestimmt; das Tempo der Bewegung, die Lautigkeit des Sprechens, ja auch die Lebhaftigkeit der Anteilnahme. Wie ganz anders sieht es gleich aus, wenn Ungebildete oder gar Kinder zufällig in einen Raum gepfercht sind. Nähme man die Wände weg, würde alles auseinander- und durcheinanderstieben, wie Jungvieh, das aus dem Stall kommt. Natürlich ist das nicht bei gemeinsamer Arbeit oder etwa bei Festen oder Demonstrationen der Fall. Da schafft das gleiche Ziel eine wirkliche Gemeinsamkeit, dann aber eine Gemeinsamkeit, wie sie die Gebildeten selten aufbringen. Charakteristisch ist jetzt übrigens für die Gebildeten, soweit sie zum Beispiel vom Berliner Westen repräsentiert werden, ihr Verhältnis zum "Mondänen". Das Wort ist jetzt in jedermanns Mund und wird ganz eindeutig als Lob gemeint, während es doch früher mehr eine etwas gefürchtete Kehrseite der bürgerlichen Gesellschaft bedeutete. Jetzt heißt mondän eigentlich alles, was elegant ist. Nun könnte man sagen: Vielleicht sind unsere Eleganz und unsere Mode auch im selben Sinn mondän. Aber das stimmt wohl nicht. Der spezifische Sinn des Worts leuchtet einem erst ein, wenn er etwa die Ägyptische Abteilung im Berliner Museum sieht. Die ägyptische Kultur ist auch "mondän", und natürlich gebraucht man dabei nicht das Wort im Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft sondern ganz im positiven Sinn. Der Inhalt des Worts hat sich gefüllt. Er bezeichnet jetzt den Typus der "Dame" überhaupt. Sie ist lässig in der Haltung, ihr Körper gibt jedem kleinen körperlichen oder seelischen Druck sofort nach, ihre "Aufmachung" könnte man als starke erotische Attacke auffassen, wenn sie nicht andererseits eine ebenso starke Distanz zu allem Erotischen zeigte, so daß man eigentlich nur mehr die sekundär sexuellen Nerven in Aktion glaubt. Die Dame von heute (oder vielmehr von gestern, denn die Mode wendet sich ja gerade jetzt wieder davon ab) sieht ja auch kaum wie eine Frau aus. Des öfters kann einem da heute wohl ein Irrtum derart unterlaufen, denn auf die eleganten Männer mit ihren weiblichen langen Knickerbockers trifft genau das

selbe zu. Vor allem waren die Frauen schlank bis zur Durchsichtigkeit und Körperlosigkeit. Und genau alles das fühlt man auch im Ägyptischen Museum, das heißt natürlich nur bei der spätern ägyptischen Kultur. Die Eindrücke jener Kunst gehen ebenso glatt, so ohne alle Übertragung ein wie ein kunstgewerblicher Salon aus Berlin. Die Damen des Kurfürstendamms könnten mit denen von Ägypten durchaus ihre Kleider vertauschen, ihren Schmuck und ihre Kappen. Ihre Körperhaltung ist die selbe, auch weiß man nur mit Mühe, ob der Amenophis vielleicht eine Frau ist, und ebenso unklar ist die Königin Nofretete. Das Geschlecht, das Alter, das individuelle Gepräge überhaupt, alles ist gegen den Typus zurückgetreten, und das alles liegt in dem Wort Mondänität drin. Die Ähnlichkeit unserer Kultur mit der ägyptischen, die sich auch in der Gleichheit der Straßen und Bauten zeigt, setzt wohl tiefere gemeinsame Quellen voraus. Die Größe und Mächtigkeit des Kapitals, das Summarische seiner Gewaltigkeit auf der einen Seite und dagegen die unruhige und vielgestaltige Welt der Arbeitskräfte, das mag vielleicht die Parallele geben zu der Mächtigkeit der Herrscherkaste und der Welt der Sklaven im alten Ägypten. Die selben geraden weitgespannten Straßen, die selben phantastischen Verknüpfungen zwischen Weltpunkten, die räumlich und zeitlich ganz weit auseinanderliegen, und die Unkörperlichkeit und dabei Strenge dieser Zusammenhänge. Und wie körperlich und schwer daneben die Welt der Sklaven im alten Ägypten mit ihren starkknochigen Köpfen, und wie körperlich auch die Welt etwa der Neger in den Vereinigten Staaten jetzt neben der angelsächsischen Welt. Aber neben den sich ständig weitenden Dingen bleiben auch wieder die alten beschränkten Ideologien bestehen: so als ob sich gar nichts geändert hätte. In der Epoche des weltumspannenden Kapitalismus hat die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland jenen Sprung in die Freiheit des Selbstverständlichen nicht gemacht, das für das ancien régime vor der Großen Revolution Lebensform war, und das nach ihr die westliche Bourgeoisie zum Teil erreicht hat. Da erscheint heute in Deutschland ein Buch, dessen Verfasserin, Frida Spandow, eine Anweisung für die Dame im modernen Gesellschaftsleben bringt /Stuttgart, G. Mönch/. Alle Probleme über Kleidung bei verschiedenen Gelegenheiten, und was es dergleichen sonst

noch gibt, findet man da beantwortet, alles in der Art des alten Knigge. Man ist wieder ganz überrascht über die enge und kleinbürgerliche Art die Dinge anzufassen. Aus allen Dingen, die so reizend irisierend und beweglich sein können, wenn sie nicht im Mittelpunkt stehen, sind lauter zentrale Angelegenheiten gemacht, und damit ist auf alle Ewigkeit hinaus ihnen jede Liebenswürdigkeit genommen. Immer wieder das selbe ängstliche Schielen auf Geltung und Standeswürde, das Ding gerade am entgegengesetzten Ende angefaßt.

Dies ein (ganz unwichtiges) Beispiel für die Art, wie das Leben in einem bestimmten Kreis angesehen wird. Nun soll diese Rundschau nach und nach alle Gebiete aufsuchen, um aufzunehmen, was wirklich ist, und wie anders es vielfach erscheint. Und dann später auf das selbe zurückkommen, um den Gestaltwandel in den Dingen selbst und den (durchaus ihm nicht immer parallelen) Auffassungswandel festzustellen.

Kind und Welt Im Frühjahr gab die Staatliche Hochschule für Musik in Berlin ein Konzert für Kindermusik. Die beiden Sachen, die einen in erster Reihe interessierten (Paul Hindemith und Paul Dessau), hatten eine auffallend andere Auffassung vom Kind und von unserm Verhältnis zu ihm als die vorige Generation. Das Kind ist gar nicht mehr das unbedingt reine und unschuldige, das nur von der Kultur der Großen intellektuell und moralisch verdorben werden kann. Man betont im Gegenteil gerade das Verhältnis vom Kind zur Welt der Großen, in die es doch hinein will und soll, und faßt es von da aus viel handfester an. Die Sachen wendeten sich allerdings auch an etwas größere Kinder, eigentlich auch mehr an Jungen, durchaus ganz unlyrisch und sachlich. Daß man heute die Kinder gut versteht, ist wichtig. Nicht die Kleinen, mit denen man sich vor Jahren in erster Reihe beschäftigte, sondern gerade die Größeren und gerade die Knaben. Die wirklich herrliche und harte Kräftigkeit und Objektivität, die zum Beispiel in ihren Singstimmen liegt, wird offenbar jetzt neu gefühlt. Eine Reihe von Kompositionen spricht dafür. Außer den Lehrstücken, die, wie oben erwähnt, die Hochschule in Berlin aufführte, brachte dort am 7. Dezember eine Matinee in der Staatsoper am Platz der Republik Chöre von Hermann Schein aus der Zeit um 1600, die merkwürdig gut zu

uns passen, und dann die Weill-Brecht-sche Schulooper Der Jasager (eins der wesentlichen Erzeugnisse dieser Jahre, über das noch Besonderes ausgesagt werden muß), in einer Aufführung, die in der absoluten Hingabe der mitwirkenden Jungen an das Werk selber schon seinen Sinn erfüllte.

Auf dem Weihnachtsmarkt ist wieder eine ganze Menge sehr guter Bücher für Kinder, von denen man aber doch die Empfindung hat, als stimmten sie nicht in unsere Zeit. Das vorige Jahrhundert mit der Herausgabe der Volksmärchen und der Rittergeschichten war für die Kinder damals sicher ungeheuer befruchtend. Aber heute? Die Phantasie jener Zeit ist vor allem zu sehr an die Zweifelt von den dunklen Stuben auf der einen Seite und der endlosen Welt auf der andern gebunden. Heute sind die Stuben nicht mehr ganz so dunkel, und die Welt nicht mehr endlos. Immerhin spinnen die meisten der Bücher im alten Sinn weiter. Auch ist es ja wohl nicht ganz klar, was an die Stelle treten sollte. Die Phantasie ist heute beiseite geschoben. Das Hinüber ins Unwirkliche hat seinen Schimmer verloren. Die Wirklichkeit steht im Vordergrund. Man will auch die Kinder nicht von der Welt der Großen getrennt sehen, man will sie, im Gegenteil, durchaus an der Welt der Großen teilnehmen lassen. Und doch wäre es falsch, wollte man sagen, es gäbe keine Phantasie heute. Sie ist nur anders geworden, und sie sitzt wo anders: nämlich zwischen den Dingen mitten drin, oder vielleicht noch besser: *in* den Dingen; so wie man auch dem sachlichsten Bau sehr wohl anfühlen kann, ob bei ihm Phantasie mitgebaut hat oder nicht. Und in dem Sinn werden auch die Spiele der Kinder immer Phantasie haben können. Besonders gut in der Richtung ist das Buch Erich Kästners Emil und die Detektive. Das ist eben die Welt von heute, und was da vorkommt, geht in die Kinderköpfe hinein, ohne daß man erst ein anderes Register anschlägt. Sehr hübsch ist auch Hedwig Lohb' Wunderbuch der Kinderspiele (siehe über beide Bücher die Rundschau Neuerscheinungen, in diesem Band Seite 1306). Es ist eigentlich für die Großen gemeint, eine Sammlung von lauter Kinderspielen, für kleine und größere Kinder. Man sieht so recht, was es Gutes bedeutet, wenn die Phantasie der Kinder sich immer mit Selbstspielen verknüpft, nicht allein in Geschichten nährt. So bleibt alles schön zusammen: Kopf, Arme, Hände usw.

Gegenwart

Die Industrialisierung unserer Zeit hat uns so merkwürdig abrücken lassen von den Schnittpunkten, die die Natur ins Leben gesetzt hat. Wie oft begegnete man früher auf der Straße Leichenzügen. Hier und da war es Sitte, daß Männer dann den Hut zogen, aber auch ohne dies bedeutete es für jeden Vorübergehenden doch immer irgendein Stillhalten. Jetzt hat man seit Jahren keinen Leichenzug gesehen. Der Tote wird nachts in die Friedhofhalle gebracht, und von dem Riß abgesehen, den er für die Angehörigen und für die Arbeitsfreunde bedeutet, weiß die Welt nichts vom Tod. Sie faßt den Menschen so ausschließlich als Arbeitskraft und wertet ihn auch nur danach, daß diese Knotenpunkte in der Natur, die doch immer ein inneres Anhalten verlangen, ganz übergangen werden. Auch mit den Entbindungen, die meist in der Anstalt gemacht werden, ist es nicht viel anders. Für den Arbeitstag unserer Welt bedeuten sie fast nur eine Störung. So gilt scheinbar nur die Gegenwart. Doch denkt man sich, daß die Zukunft dem Utilitarismus wieder entwachsen wird. Einstweilen freilich scheinen wir der Vergangenheit noch viel näher als der Zukunft. Manche Vorkommnisse der letzten Zeit lassen einen plötzlich fühlen, wie man einige Dinge noch mitschleppt, die einen ganz mittelalterlichen Eindruck machen. Bei der Gehaltsreduktion der Staatsbeamten war immer wieder von ihren „wohlerworbenen Rechten“ die Rede. Klingt das nicht genau so wie man früher die Lehnsherren behandelte? Für die und die Pflichten, die ihr eurer Regierung gegenüber habt, bekommt ihr eine Reihe von Vorrechten, so daß der Staat mit euch als einer Stütze fest rechnen kann. Wie das so recht in den Staat der individuellen Freiheit hineingepaßt sein soll, ist nicht einzusehen. Und ganz ähnlich liegt es auch mit den Vorrechten, die die Studenten sich zuschreiben. Daß die Universität für die Polizei Tabu sei, scheint gar nicht einmal ein wirklich verbrieftes Recht zu sein. Aber ein Traditionsrecht ist es offenbar, was ja genugsam aus der Empörung der Studenten hervorgeht, daß die Polizei es gewagt hat einzugreifen. Wenn man diese Vorrechte sich recht beseht, kann man sie nicht anders ansehen denn als illegitimes Kaufgeld. Fremdheit und Haß der Nationen, die in der Nachkriegszeit wieder eine so große Rolle spielen und die Einigung unseres Kontinents verlangsamten, kom-

men, wie oben angedeutet wurde, nicht aus Blutgründen sondern werden zweckhaft "gemacht". Sie verschwinden, wenn man mit unbefangenen Augen selber sieht, ohne an das Eingelernte zu denken. Welch einen Wust von Schiefheiten finden wir tagaus tagein in unseren Zeitungen über den angeblichen Deutschenhaß in Frankreich! Um so mehr sollte man einen kurzen Bericht beachten, den der Vorwärts am 7. Oktober brachte. Ein Deutscher erzählt, wie es ihm in Frankreich ergangen ist, als er, genötigt plötzlich aus der Schweiz dahin zu fahren, dort ohne Paß anlangte. Auf der Hinreise fragte ihn überhaupt niemand nach dem Paß. Als er ihm auf der Rückreise abgefordert wird, und er seine Geschichte vorträgt, wird ihm unter höflichsten Entschuldigungen der Beamten, daß man ihn belästigt habe, sofort ein Durchreisevisum für ganze 80 Pfennige aufgestempelt. Der Verfasser der Notiz fragt, was ihm wohl in Deutschland als Ausländer im gleichen Fall passiert wäre. Im übrigen berichtete er, wie so viele andere auch, von der unvergleichlich liebenswürdigen Aufnahme, die er überall gerade als Deutscher in Frankreich gefunden habe, obgleich er dort es niemals unterließ zu sagen, daß er Kriegsteilnehmer gewesen sei.

Erotik

Erotik ist heute nicht mehr ein so zentrales Gesprächsthema wie vor ein paar

Jahrzehnten, als man noch um eine Art Befreiung des Sexuallebens kämpfen mußte. Der Prinzipienfanatismus hat sich leergelaufen, und die ganzen, etwas dogmatischen Orientierungen in Liebesdingen sind fallengelassen. Die Einsicht scheint sich durchgesetzt zu haben, daß die Konstitutionen seelischer und körperlicher Art auf dem Gebiet genau so verschieden sind wie auf allen anderen, und daß von allgemeinen Grundsätzen keine Rede sein kann. Man hat eingesehen, daß den einen ein Liebesverhältnis durch das ganze Leben ausfüllen kann, und daß wieder der andere mit jeder neuen Liebe auch ein neues Leben anfängt: vor allem auch, daß die Frauen in der Liebe genau die selben Rechte zu beanspruchen haben wie die Männer, daß aber für sie durch die Kinder die Verhältnisse nur viel komplizierter liegen. Und an all die verschiedenen Formen der Perversionen geht man eben heute nur vom ärztlichen Standpunkt heran. Daß man jetzt so bescheiden und einfach der Natur gegenübersteht, ist wichtig. Neben allem andern hat sicher auch

Sigmund Freud viel dazu beigetragen. Er hat uns daran gewöhnt den Sexualtrieb als etwas anzusehen, das eigentlich immer in Aktion ist, so wie etwa die Funktionen unserer anderen Drüsen. Damit haben sich die vielen Prinzipien und ein gut Teil all der Probleme einfach verflüchtigt. Man denke an all die leichten Theaterstücke der letzten Jahre, die die Liebe fast nur im spielerischen Sinn nahmen. Sie erzeugten natürlich allerhand erotische Spannungen, aber sie gehen wieder aus dem Körper heraus, im Lachen, setzen sich nicht mehr fest. Gewiß gibt es Zeiten im Leben, in denen die erotischen Dinge einem so nah zu Leibe gerückt sind, daß man für ihre Spielhaftigkeit durchaus keinen Sinn hat. Aber in den anderen Perioden des langen Lebens ist die Erotik doch nicht tot. Sie wird sich nur mehr an die sekundären Funktionen halten, die von der Kultur beeinflusbar sind. Es mag sein, daß die Kultur dem ganz eigentlichen Geschlechtstrieb und seiner chaotischen Kraft etwas von ihrem Impetus nimmt, aber das wäre nur im Rahmen dessen, was überhaupt die Kultur zu leisten vermag; was an Form gewonnen wird, geht eben an Kraft verloren. Das Verletzende, das früher im Spielerischen lag, war wahrscheinlich nur, daß das Spiel nicht zwischen 2 gleichen Gegnern war, daß es sich immer um ein Subjekt und Objekt handelte. Das geht natürlich nicht. Aber wenn diese Auffassung auch aus den dunkelsten Winkeln der Seele verschwindet, dann hätten die Menschen alles Recht darauf auch mit dem Trieb spielen zu dürfen. Vielleicht ist eine solche Gelassenheit nur eine Art Altersweisheit, aber sie hat eine befreiende und lösende Kraft, die nirgends so gebraucht wird wie in der Liebesbeziehung. In den Zeiten, in denen die Erotik sich selbst eine strenge Disziplin auferlegt, und eine solche Disziplin auch durchaus Sinn hat, tut sie es nie aus Achtung vor Disziplin an sich. Immer nimmt dann ein anderer Lebensfaktor so viel Raum ein, daß für die Liebesdinge nicht mehr viel übrig bleibt. In den Bürgerkreisen des 19. Jahrhunderts und vielleicht auch noch jetzt unter manchen Kleinbürgern mögen die Sparsamkeit und der Trieb seine Familie in die Höhe zu bringen solche Faktoren gewesen sein, im Mittelalter oder in der Reformation war es wohl die Religion, bei den Juden die zusammenhaltende Kraft der Verteidigung. Und heute scheint es, als ob der sexuelle Trieb wieder in den Hintergrund tritt. Er ist lange nicht

mehr so laut und so unruhig wie vor ein paar Jahrzehnten. Es ist sicher aber nicht die Religion, die ihn in Schach hält, auch nicht die Familie oder die Rasse. Vielleicht aber doch eine neue kollektive Art der Stellung zur Arbeit. Eine Debatte in der Öffentlichkeit rief vor einiger Zeit das Buch *Ehe* zu dritt hervor, eine Übersetzung und vollständige Bearbeitung von La maîtresse légitime von Georges-Anquetil durch L. Steinfeld /Berlin, Manverlag/. Man versteht nach dieser Bearbeitung nicht mehr so ganz den reißenden Absatz, den das Buch in Frankreich gefunden hat; es muß durch die Bearbeitung teilweise ein etwas anderes, nicht mehr so lebendiges Gesicht bekommen haben. Anquetil will versuchen den Menschen aus all den Schwierigkeiten herauszuhelfen, in die sie ihre Eheinstitution verwickelt hat. Er nimmt die jetzige Form der Ehe durchaus als eine Erbschaftsinstitution, engstens mit unserer Wirtschaftsform verknüpft. Als ersten Schritt, um aus den Verlogenheiten herauszukommen, denkt er sich die Abschaffung des Bigamieparagrafen, der ohnedies im öffentlichen Rechtsgefühl keinerlei Boden mehr habe. Er befürwortet die staatliche Anerkennung der Liebesverhältnisse, aus denen Kinder stammen. Er hofft damit das Verantwortungsgefühl der Väter gegen ihre Kinder zu heben, wie auch dem Überschuß der Frauen zu ihrem Recht auf Liebe und Kinder zu verhelfen. Auch denkt er in die Prostitution damit eine Bresche zu schlagen und die Eugenik zu fördern. Das Buch hat einen warmen und reinen moralischen Unterton (manchmal allerdings etwas weitschweifig und lehrhaft). Aber die Legalisierung der Geliebten bringt nicht entfernt eine Lösung dessen, worauf es ankommt. So wenig die in den neunziger Jahren propagierte Freie Liebe, in der man eine Panazee sah, sie gebracht hat. Was den Menschen heute erotisch bestimmt, liegt jenseits der öffentlichen Regelung.

Theater und Publikum Aus der Geschichte der Berliner Volksbühne, die Siegfried Nestriepke zu ihrer Jubiläumsfeier zu schreiben begonnen hat (siehe die Rundschau Bühnenkunst, in diesem Band Seite 1292 und folgende), kann man ersehen, wie anders das Publikum geworden ist, wie sehr anders seine Stellung zur Kunst. Vor 40 Jahren tat sich die Volksbühne in Berlin zusammen, so wie die Freie Bühne, aus Opposition gegen die damaligen Theater. Man verlangte auf der

Bühne das Leben zu sehen, wie man es selbst lebte, das Leben mit allen seinen Nöten, seinen Häßlichkeiten und Gebundenheiten. Dieses Verlangen stellte nicht allein eine Gruppe junger Intellektueller sondern mit ihnen auch eine große Gruppe Arbeiter. Die Idee dieser neuen Kunst verknüpfte sich für sie mit der Idee des Sozialismus und des freien Denkens, alles wuchs für sie aus der selben Wurzel, und alles hatte die selbe aufschließende Kraft. Inzwischen haben aber diese Ideen in den Köpfen ihre Jugend verloren, die Zeit war schneller als die Köpfe, und die Volksbühne ist ein Theater geworden wie manches andere auch, und Bühne und Publikum stehen sich wieder in kühler Distanz gegenüber. Es hat sich nun innerhalb der Volksbühne wieder eine Opposition gebildet, die auch wieder gegen die Distanz ankämpft. Aber das kann jetzt natürlich nur in einem andern Sinn geschehen. Die Kunst soll, so verkündet jene Opposition, predigen, soll Tendenz geben und soll Forderungen ans Publikum stellen, so eindringlich wie nur möglich, und alle Mittel, die ihr dafür gut sind, soll sie auch benutzen. Leider ist aber der Inhalt dieser Forderungen nicht eigentlich klar, und was an Substanz da hin und wieder zutage tritt, ist zuweilen noch weit mehr veraltet als die Vorstellungswelt des getreuen Stammublikums. So nur ist es zu erklären, daß diese Opposition sich bis jetzt größtenteils im Opponieren selbst verzettelt hat.

Zeitspiegel Durch ein Urteil des Thüringischen Oberverwaltungsgerichts Jena wurde am 2. Oktober das Verbot des Innenministeriums gegen eine Piscatoraufführung des Theaterstücks *Frauen in Not* von Carl Credé aufgehoben. Da die Diskussion über den § 218, gegen den sich das Stück richte, in breitester Öffentlichkeit geführt werde, so könne die Tendenz des Stücks ein Verbot der Aufführung nicht rechtfertigen. Im Hinblick auf den Film *Zyankali*, der nach dem gleichnamigen Schauspiel des Stuttgarter Arztes Friedrich Wolf hergestellt worden ist, hatte sich die Berliner Filmoberprüfstelle mit einem Einspruch gegen seine Freigabe auseinandersetzen, der von süddeutschen Ländern ausgegangen war. Die Prüfstelle kam zu dem Ergebnis, daß der Film, dessen Tendenz sich gleichfalls gegen den § 218 richtet, entsittlichend, verrohend und zum Klassenhaß aufreizend sei.

Zu Theaterskandalen kam es neuerdings in Frankfurt bei einer Aufführung von Kurt Weills Oper *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny* sowie im Württembergischen Landestheater zu Stuttgart bei der Aufführung eines Negerstücks *Ossip Dymows Schatten über Harlem*. Der Schriftsteller Bruno Nelissen Haken, der als Praktikant am Arbeitsamt Nordmark tätig war, ließ im Verlag Eugen Diederichs in Jena einen Arbeitslosenroman *Der Fall Bundhund* erscheinen, in dem er die mechanisch gehandhabte Bürokratie von Arbeitsämtern schilderte. Er wurde daraufhin von seiner Dienststelle fristlos entlassen. Der Anatom der Berliner Universität Rudolf Armin Fick hielt es in seiner Vorlesung am 29. November für gut Bemerkungen über französische Offiziere im Weltkrieg zu machen, die angeblich Amulette aus verknöcherten Geschlechtsteilen wie exotische Volksstämme getragen hätten; deutsche Offiziere, meinte der Professor, ständen zu hoch, als daß sie dies hätten tun können. Die zahlreich anwesenden Ausländer, die gekommen waren, um über Anatomie zu hören, werden einen überwältigenden Eindruck von dem Geist hervorragender deutscher Wissenschaftler bekommen haben.

Totenliste Der Erfinder des Ping-Pong, des Tischtennis, *James Gibb*, starb, 75 Jahre alt, im April auf seiner Besitzung auf der Insel Wight. In seiner Jugend war er ein bekannter Langstreckenläufer. Am 29. Juli starb am Herzschlag der berühmte italienische Fechtmeister *It-tore Schiavoni* in Berlin, wo er seit Jahren einer der ersten Lehrer der Fechtkunst war. Seine Schüler haben auf zahlreichen Turnieren den Ruhm ihres Meisters verkündet. Am 25. September starb in Berlin, 64 Jahre alt, *Otto Schöning*, einer der besten Kenner des Eissports, früher Vorsitzender des Berliner Eislaufvereins und über 40 Jahre lang Redakteur der Zeitschrift *Der Eissport*. Schöning besaß eine der reichsten Bibliotheken über Wintersport und wohl das umfassendste Archiv für Eissport. Er war auch ein allgemein geschätzter Preisrichter. Am 20. November starb in Berlin ein Radsportler von großem Ruf, *Ernst Wilke*, in seinem 63. Lebensjahr. Er war von Beruf Buchhändler, bald Mitinhaber des angesehenen Verlags Dietrich Reimer. Seine Mußzeit widmete er dem Radsport. Er gründete in Berlin die Treptower Radrennbahn.

Kurze Chronik Das *Reisen* wird jetzt so allgemein, daß eines Tags die Erde nicht mehr ausreichen wird. Die Menschen verstehen auch mit kleinen Mitteln es möglich zu machen; und vielleicht kommen sie gerade durch ihre kleinen Mittel dem lokal Eigenartigen viel näher. Eine Fußtour durch die Winkel der Welt gibt eine Reihe von Blickpunkten, an denen die im großen Stil Reisenden vorbeifahren. Das Reisebeiblatt der Kölnischen Zeitung gibt da allerhand schöne Anregungen. ◊ Die Deutsche Hochschule für Leibesübungen veranstaltet von Zeit zu Zeit Mütterlehrgänge im Sport, an denen sie 6 Tage lang ältere Frauen zu sportlichen Übungen, Vorträgen und Spielen unter Leitung von Sportärztinnen vereinigt. Sie will damit nicht nur zur allgemeinen Gesundheitspflege sondern auch zur Verbreitung von Kenntnissen über *hygienische Jugenderziehung* beitragen. ◊ Die vorzüglichste und vielseitigste Sportlerin der Welt ist die Japanerin Hitomi, eine 23jährige Meisterin, die nicht nur im Lauf und Weitsprung Weltrekorde erzielte sondern ebenso eine hervorragende Fechterin, Schwimmerin, Tennisspielerin ist. Auch in sämtlichen anderen Sportarten leistet sie Vorzügliches. Sie verwendet ihre Kenntnisse auf dem Sportgebiet als Sportjournalistin. Nach dem Länderkampf Frankreich-Japan, auf dem sie 3 Wettbewerbe gewann, erklärte sie, daß sie sich jetzt vom aktiven Sport zurückziehen und *Frauensportpropaganda* treiben wolle. ◊ Eine ziemlich lange Entwicklung hat der *Rugbysport* in Frankreich hinter sich, wo er jetzt zu den beliebtesten Sportarten zählt. Die Franzosen bemühten sich lange die Engländer zu erreichen oder gar zu schlagen. Im Jahr 1927 gelang ihnen das endlich. In diesem Jahr fand wieder ein Fünfländerturnier zwischen England, Schottland, Irland, Wales und Frankreich statt, auf dem Frankreich siegreich war. In Deutschland hat sich der Rugbysport relativ noch wenig eingeführt; hier tritt an seine Stelle der Fußball. ◊ Gewaltiges Aufsehen unter den Sportinteressenten erregte der Sieg des französischen *Mittelstreckenläufers* Jules Ladoumègue über den Weltrekord Otto Peltzers Anfang Oktober: eine »phantastische Leistung«, wie die Neue Berliner Zeitung am 6. Oktober schrieb. ◊ Curt Hagen von der Stuttgarter Oper propagiert eine Reform der *Männerkleidung*. Aber er wird damit kaum Glück haben, obschon die von ihm

vorgeschlagene Kleidung gesund, einfach, billig und auch schön ist: eben wegen jener uniformen Geschlossenheit der "guten Gesellschaft". Für irgendwelche Sprünge in der Entwicklung ist die Mode sicher nicht zu haben; sie ändert sich nur, wenn ihr der Chor der Schneider die Sicherheit gibt.

Literatur Das Buch *Siegfried Kraucers* Die Angestellten aus dem neuesten Deutschland /Frankfurt, Sozietätsverlag/ gibt eine ganz ausgezeichnete Darstellung, wie sich die Welt dieser Menschenklasse geändert hat. Wie sie das Prae, das sie von früher her immer noch beanspruchte, durch ihr soziales Abgleiten verloren und ihren Anschluß an das Proletariat noch nicht gefunden hat. \diamond Wie mag es kommen, daß der Antialkoholismus sich so selten mit freier Lebensart verbindet? Überall ist es immer wieder die selbe kniffige Art, wie man sie aus den vegetarischen Speisehäusern kennt. Eine traurige Art von innerlicher Blutarmut. So ist auch das in Berlin erscheinende »Amtsblatt des Deutschen Guttemplerordens« *Neuland*. Erzählungen, tiefend von Moralität, wie für ein Einsegnungsbuch geschrieben. Warum verknüpft man denn auch immer solche, doch schließlich einfache Dinge wie vegetarische Kost oder alkoholfreie Getränke mit so viel "Weltanschauung"? \diamond Ganz anders ist das Organ des Deutschen Arbeiterabstinenzbundes *Der abstinente Arbeiter*, dessen Geschäftsstelle sich im Berliner Gewerkschaftshaus befindet. Dieses von Simon Katzenstein redigierte Blatt ist durchaus frisch und sachlich in der Stellung zu den Dingen, einfach und klar in der Tendenz. Die Verquickung von Abstinenz mit Religion oder Moral scheint besonders Boden in den nordischen Ländern zu haben. \diamond Auch die »Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung« *Gesundheit*, von der Berliner Ortskrankenkasse herausgegeben, ist verhältnismäßig gut im Ton; vielleicht etwas gut bürgerlich, aber anregend und lebendig.

EINZELNES

Neueracheinungen

Jugendbücher Der Verlag D. Gundert in Stuttgart erfreut uns in seiner Buchreihe Das Vogelnest durchweg durch sorgfältig ausgewählte Erzählungen und ausgezeichneten Text- und Bildruck. Auch Mairi, die ganz anspruchslose, nur einfach

warmherzige Kleinmädchengeschichte von *Anni Geiger-Gog*, mit Bildern von *Elisabeth Hahn*, ist sehr hübsch erzählt. Ein Stückchen Lebensgeschichte eines Schweizer Waisenkindes, das weder ein Musterexemplar noch ein Tunichtgut ist sondern einfach ein Kind.

Wir feiern Wiedersehen mit Bibi. Diesmal ist sie nicht allein sondern findet auf romantische, also wirklich für heutige Zeit ein bißchen zu romantische Weise, einen Gefährten: Ole, den frischen Jungen aus Amerika, der sich allein tapfer durchs Leben schlägt. Wie hübsch und abwechslungsreich ist es die Welt einmal wieder mit den Augen der gutherzigen, fröhlichen und nachdenklichen kleinen Bibi anzusehen. Und sie nimmt sich große Dinge vor, diesmal. Sie will alle Kinder der Welt aufrufen alle Tiere der Welt zu schützen. Kleine Bibi, könntest du nicht auch ein bißchen mit am Weltfrieden arbeiten? So viele Kinder in allen Ländern lieben dich und lesen, was du sagst, vielleicht bliebe etwas haften. Der neue Band der voriges Jahr in dieser Rundschau (1929 II Seite 1082 und folgende) besprochenen Bibibücher von *Karin Michaelis* Bibi und Ole ist mit vielen lebendigen Illustrationen von *Hedvig Collin* im Verlag Herbert Stuffer in Berlin erschienen. Für unsere Berliner kleinen Mädchen bringt der Verlag Müller & Kiepenheuer in Potsdam etwas ganz Besonderes: *Nickelmann* erlebt Berlin, ein sehr ernsthaft gemeintes Kinderbuch von *Tami Oelken*, die pädagogisch interessierten Kreisen bekannt ist. Das Buch schwindelt nicht und verklärt nicht. Dieses Großstadtkind aus Wilmersdorf muß Stellung nehmen zu Gegenwartsfragen, auf die es in seiner Umwelt aufmerksam wird: Schule und Portierswohnung, Fürsorgeerziehung und Ausverkaufspsychose, nette und unfreundliche Straßenbahnschaffner, Kinderball und Filmbegeisterung, und mitten drin *Nickelmann*, die 10jährige, deren verständige Mutter weiß, daß die Welt mit jedem Lebensjahr ein Stückchen größer wird, und die ihr Kind als Mitmenschen nimmt und einen Freund an ihm hat. Wie ernsthaft denkt dies kleine Mädchen über die Judenfrage nach, wie treffend ist das Milieu der Portiersfamilie geschildert. Es ist ein Buch für Eltern, die ihre Kinder nicht mehr mit Scheuklappen großziehen. Wer es nicht glaubt, daß eine Jungengeschichte aus Berlin und Neustadt ebenso spannend sein kann wie der Lederstrumpf, der lese selbst und schenke seinem Jungen *Erich Kästners* Emil und

die Detektive aus dem Verlag Williams & Co. in Berlin, der wirklich einen ausgezeichneten Griff für Kinderbücher hat. Wer es glaubt, liest es ja natürlich erst recht. Man kann sich denken, was es *Walter Trier* für einen Spaß gemacht hat dieses Buch zu illustrieren. Jungensabenteuerlust und Pffiffigkeit in Wilmersdorf und am Nollendorfsplatz, und am Schluß kommt Emil sogar fotografiert in die Zeitung. Er hat es verdient, er ist ein ganzer Kerl und ein anständiger Kerl. Wenn man aber auch aus einer so vergnügten Familie stammt. Sicherlich ist *Bengt Berg* ein großer Kinderfreund, sonst könnte er nicht so herrlich spannend und menschlich warm von *Ulle* erzählen, dem kleinen Schwedenjungen, der nach New York verpflanzt wird, dann nach Californien zu seinem Onkel auf die Pferdefarm kommt und von dort auf eine Filmexpedition ins innere Afrika mitgenommen wird. Dort erlebt er natürlich die tollsten Abenteuer (*Bengt Berg* weiß wirklich, was er seinen jungen Lesern schuldig ist), ebenso selbstverständlich kommt er heil hindurch, manchmal durch eigene Tüchtigkeit, meistens aber durch glückliche Fügungen. Köstlich ist das, wie *Ulle* eigentlich nie weiß, ob er nun wieder etwas furchtbar Dummes oder etwas furchtbar Schlaues angestellt hat; das ersieht er immer erst aus dem Urteil der Großen. Das Buch wird übrigens den großen Jungen ebensoviel Freude machen wie den kleinen, der Mutter ebenso wie dem Töchterchen, es ist durchaus nicht nur ein Kinderbuch. Wie alle *Bengt-Berg*-Bücher ist es im Verlag Dietrich Reimer in Berlin erschienen; es heißt *Arizona Charleys Junge*.
Otilie Kollwitz

Bastelbücher Der Verlag Friedrich Andreas Perthes in Stuttgart bringt 2 wunderschöne Bastelbücher heraus, die auf viele Weihnachtstische zu wünschen sind. Das eine: Familie Tüchtig von *Ursula Scherz*, mit Bildern von *William Wauer* und Photographien von *Rose Biesenthal*, ist den Teilnehmern an der Bastelstunde der Deutschen Welle zum Teil bekannt. Aber wie sehr werden sie sich freuen das dort Gehörte in einem Buch gesammelt und sehr erweitert wiederzufinden, mit vielen Bildern und Bastelanleitungen, die es auch den schwerer Greifenden leicht machen sich ihre Familie Tüchtig mit Gärtnerei, Freunden, Haustieren, Blumenstand und Gemüsegewagen, Stocklaternen und Kasperletheater aus wenig Material und mit geringen

Kosten selbst zu basteln. Das Schönste an diesem Buch ist die fröhliche, lebendige Art die Kinder zur Arbeit anzulegen; mit der ersten Figur, dem Gärtner Tüchtig, beginnt das Spiel, in dem jede fertige Puppe sogleich ihre Rolle übernimmt und mitspielt. Wem seine Weihnachtsruhe lieb ist, der soll nur gleich einen Vorrat an Blumendraht und Watte dazu schenken, damit Familie Tüchtig gleich in Angriff genommen werden kann; man kann damit unmöglich bis nach den Feiertagen warten, wenn man zwischen 9 und 14 Jahren ist.

Das andere bringt der selbe Verlag als neuen Band der Reihe seiner Wunderbücher heraus: Das Wunderbuch der Kinderspiele, ein Geschichten-, Spiel- und Bastelbuch von *Hedwig Lohb*. Das ist nun ein wirkliches Wunderbuch, es ersetzt einen ganzen Tisch voller Geschenke. Es ist ganz unmöglich, daß ein Kind keine Freude daran hat, es eignet sich ausgezeichnet als Gabe für jede Mutter, die ein Kind von 2 bis 13 Jahren hat. Kinderspiele durch ein ganzes Jahr vom lustigen Verschen beim Anziehen des Kleinsten bis zu Weihnachtssternen, Zauberkunststückchen und selbstgefertigten Weihnachtsgeschenken, Kinderspiele ohne kostbares Material, so anregend und fröhlich beschrieben, so wunderhübsch illustriert von *Richard Herdtle*, *Anne Haarer* und *Erika Hansen*, daß man am liebsten gar nicht bis zum Weihnachtsabend warten möchte, um alles das mit seinen Kindern auch zu spielen. Alle Spiele sind eingegliedert in eine Erzählung, die zum Immerweiterlesen lockt, es muß Geburtstag gefeiert werden mit Rätselraten, Schreibspielen und selbstgemaltem Bilderlotto, sogar ein Weihnachtstück wird aufgeführt. Selten erschien ein Buch so gegliedert, man hält mit ihm die Freude unzähliger Kinder in der Hand.
Otilie Kollwitz

Eltern und Kinder

Der Roman *Cecily Sidgwick's Mutterherz auf Reisen* / Berlin, Universitas/ ist sehr amüsant, zum Ausruhen für abgesspannte Menschen vorzüglich geeignet. Mit Humor und Überlegenheit erzählt eine Mutter von ihren 4 erwachsenen Kindern, deren Liebes-, Geld- oder andere Angelegenheiten sie dauernd in Atem halten und sie von ihrem geliebten Paris fort nach London, München oder Italien führen. Wie sie inmitten der Irrungen, Wirrungen ihrer Kinder weder ihre gute Laune noch ihren guten Appetit verliert, das ist wirklich lesens- und nachahmenswert.
Otilie Kollwitz